REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 468 · 20.12.2002

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 46 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Dr. Seltsam oder wie Linke lernten, die Bombe zu lieben
2. Lose für die Überlebenslotterie. En neuer, lukrativer Markt: Lebend"spende" von Organen - Erika Feyerabend, Roberto Rotondo
3. Organspendekommissionen müssen auf den Prüfstand!
4. Winds of Change. US-Kreise streben "Regimewechsel" im ganzen arabischen Raum an - Kt.
5. Neues vom Irak-Komitee - Kt.
6. Die neue Macht der Generäle. Interview mit Adam Keller von der israelischen Friedensorganisation Gush Shalom
7. Noch kein zweites Vietnam. Die Antikriegsbewegung in den USA mobilisiert Hunderttausende - Michael Hahn
8. Ein Gangster ist schlimm, zwei Gangsterbanden nicht besser. Winfried Wolf über einen kommenden Irakkrieg und die Rolle Deutschlands
9. Rhein-Main-Airport + Hahn = Ramstein + Spangdahlem. Die West-Pfalz soll zum globalen Sprungbrett der US-Air-Force werden - Thomas Klein
10. NATO-Gipfel in Prag: Schöne Bescherung für Interventionisten - Christopher Steinmetz
11. Introducing Cyberfeminism - nv
12. Cyberfeminismus für Fortgeschrittene. In "Technics of Cyber" ziehen Cyberfeministinnen kritisch Bilanz - Stefan Moebius
13. Gender oder Patriarchat? Gender troubles! - Stefanie Graefe
14. gender troubles aktuell
15. Florentiner Herbsttage. Skizzen und Eindrücke vom Europäischen Sozialforum - Gerhard Klas
16. "Die Bewegung verändert die Parteien". Interview mit Christophe Aguiton - Interview: Gerhard Klas
17. Die brennendsten Fragen wurden ausgeklammert - Boris Kagarlitzky
18. Stagnation auf hohem Niveau. Das Europäische Sozialforum und die radikale Linke - FelS
19. Aufruf der Europäischen Sozialen Bewegungen - Versammlung der Sozialen Bewegungen
20. An alle Bürgerinnen und Bürger Europas. Gemeinsam können wir diesen Krieg stoppen!
21. Auf Ungehorsamkeit steht Knast. Kriminalisierung der No globals nach dem ESF - NV
22. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
23. Rendite statt Rente. Der rot-grüne Systembruch in der Rentenversicherung - Andreas Bachmann
24. So tanzt es sich auf dem sozialen Vulkan. Alter Nicht-Frieden und neuer Populismus in Guatemala - Albert Sterr
25. Ein respektabler Brandstifter. Kolumbien: Drahtzieher von Bellacruz wieder auf freiem Fuß - Jochen Schüller
26. Klimawechsel mit Gänsehaut. Kolumbien: Paramilitärs wollen zukünftig lieber legal morden - Dario Azzellini
27. Virtueller Notstand in Venezuela. Die Opposition versucht mal wieder, Chávez zu stürzen - Dario Azzellini
28. Kuwait - Emirat unter US-Hoheit. Die Befreier von einst werden zunehmend als Besatzer empfunden - Rainer Werning
29. Ökokatastrophe an der Küste Nordspaniens: Selbstorganisation von unten <169> Zynismus von oben - Stefan Armborst
30. Zwischen Protest und Sozialpartnerschaft. Frankreichs Gewerkschaften und die "Reformen" der Mitte-Rechts-Regierung - Bernhard Schmid
31. Drei Jahre nach dem Millenium-Schlag. Die Urteile im Berliner RZ-Prozess sind längst gesprochen - mb.
32. Der Widerstand ist klein, aber fein - Elke Sommer-Seitenschlaeger
33. Der Protest erobert sich Spielraum zurück - Wolfgang Ehmke
34. "Wir wollen die Regierung stürzen." Von der Bambule zu einer neuen Massenbewegung - dk
35. Oskar und die Faschisierung. Deutsche Geschichtsdebatten um die "Endphase von Weimar" - Js.
36. Brüning? Wer war das noch gleich? - Js.

37. "Man möchte eigentlich nicht, dass Adorno Recht behält." Gespräch mit Lars Rensmann zur Kritischen Theorie über den Antisemitismus - Interview: Thomas Binger
38. Von der Unmöglichkeit, einen Katalanen bei Regen auf seinem Posten zu halten. Notizen aus den Anfängen des Spanischen Bürgerkriegs - Gerd Bedszent
39. Frauen in der Résistance. Ein lesenswertes Buch über ein vernachlässigtes Thema - Raphaela Kula
40. Scharnier zwischen Subkultur und Nazi-Politik. Standardwerk zum RechtsRock in Deutschland und Europa erschienen - DSe
41. Rostock nachgelesen. Das Buch "Politische Brandstiftung" bringt nicht viel Neues zum Rostocker Pogrom - Friedrich C. Burschel
42. Rote Helfer. Biografien über die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschland - Dietrich Marquardt
43. Sie suchen noch ein Geschenk für jemand ganz Besonderes? Dann sind Sie hier richtig: 25.000 Euro für ak!
44. AUFGEBLÄTTERT
45. KALENDER
46. Quelldatei auf468.htm

1. Dr. Seltsam oder wie Linke lernten, die Bombe zu lieben

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:46

Draußen ist es eisig kalt, Menschenmassen schieben sich durch Hamburgs Straßen, um Weihnachtsgeschenke zu ergattern, die letzten Seiten der Dezember ak werden layoutet, dabei dienen Spekulatius als Nervennahrung: Eigentlich ist alles wie immer. Gleichzeitig tummeln sich aber - und das ist ungewöhnlich - Kleingruppen in der Innenstadt, die mit einem Radiogerät bewaffnet, dem freien Radiosender FSK lauschen.

Demonstrieren heißt jetzt zerstreuen, denn wenn die Demo nicht in die Innenstadt darf, muss der Protest eben auf anderem Wege dort zu hören sein: durch den Äther. Bisher wurde den so genannten Bambule-Demonstrationen jede Route durch die Innenstadt verwehrt, müssen doch die KonsumentInnen vor den "ChaotInnen" geschützt werden. Über 20 Demos und Aktionen gab es in den letzten Wochen in Hamburg gegen den Mitte-Rechts-Senat, gegen Sozialabbau, gegen die Räumung von Bauwagenplätzen und für selbstbestimmtes Leben.

Angesichts dieser Fülle und angesichts der eisigen Kälte kann es aber nicht schaden, mal über alternative Demonstrationsformen nachzudenken: So wäre es schön, wenn jede/r einen Demo-Dummy ins Rennen schicken könnte, der Transparente und Schilder hält und laut protestiert. Das würde die eigenen Kräfte schonen und das schlechte Gewissen beruhigen, wenn man - wie die ak-RedakteurInnen jetzt - mal wieder arbeiten muss. Vielleicht kann man den Dummy aber auch einfach zum Editorialschreiben in die Redaktion schicken, während man selbst durch die Stadt flaniert.

Aber, großes Ehrenwort: Diese ak ist Handarbeit. Das zeigt sich schon an der besonderen Qualität und an dem breit gefächertem Themen-Mix. Neben einem großen Block zum drohenden Irak-Krieg und zum Antimilitarismus findet sich diesmal viel zu Süd- und Mittelamerika in der ak. In der Rubrik gender gibt es Neuigkeiten: unter dem Stichwort "Gendertroubles aktuell" werden - vergleichbar mit den Haarrissen - Kurzmeldungen vom, über und gegen das Patriarchat gesammelt.

Ob schon vor oder erst nach der Holy Night, die ersten Bomben auf den Irak fallen, ist noch unklar. Aber auch in der Linken wird schon eifrig der Fall der Fälle diskutiert. Ähnlich wie auf offizieller Regierungsseite sind auch hier wenig Zwischentöne und Differenzierungen zu hören. Wenn jedes "gegen den Krieg" zu einem "Für den Irak" und jede Kritik an der US-Militär-Politik als "Bedrohung für Israel" missverstanden wird, dann sind die Handlungsspielräume für eine antimilitaristische Mobilisierung begrenzt. Um so wichtiger ist es, dass in Zeiten, in denen eine bellizistische Linke zum Angriff bläst, Differenzierungen und Ambivalenzen zugelassen werden. In der Januar-ak werden wir uns - wohl oder übel - wieder mit dem Krieg beschäftigen und werden Linke, die immer noch nicht die Bombe lieben, zu Wort kommen lassen.

Eure ak-Redaktion

2. Lose für die Überlebenslotterie. En neuer, lukrativer Markt: Lebend"spende" von Organen

Ein neuer, lukrativer Markt: Lebend"spende" von Organen

Autor: Erika Feyerabend, Roberto Rotondo · Rubrik: Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:11

Geld verdienen mit der Hergabe von Körperteilen? Das Thema war bisher in Deutschland tabu. Trotzdem haben Transplantationschirurgen und Juristen jahrelang hinter verschlossenen Türen diskutiert, wie finanzielle Anreize die Bereitschaft zum Organe "spenden" gezielt steigern könnten. Jetzt fühlen sie sich stark genug, ihre Ideen öffentlich zu propagieren.

Fünf Jahre gilt das Transplantationsgesetz (TPG) nun schon, aber sein politisches Ziel hat es bislang verfehlt: Denn die Zahl der Organübertragungen stagniert hierzulande bei unter 4.000 im Jahr. Laut Angaben der deutschen Organverteilungsagentur DSO melden diverse Kliniken "hirntot" diagnostizierte Menschen einfach nicht. Über 30 Prozent der Angehörigen verweigern die "Organspende". Und: Nur wenige Menschen versterben unter Erfüllung der "Hirntod"-Kriterien.

So werben immer mehr Transplanteure für eine Alternative: Sie appellieren an gesunde Menschen, Körperteile für schwer Kranke herzugeben und nennen dies "Lebendspende". In den USA und einigen nordeuropäischen Staaten soll bereits fast jedes zweite verpflanzte Körperteil von einem gesunden "Spender" stammen. In Deutschland liegt ihr Anteil bei rund 17 Prozent. Tendenz: steigend.

Das TPG erlaubt "Lebendspenden", sofern zwischen OrgangeberIn und -nehmerIn eine enge persönliche Bindung existiert und weder Druck ausgeübt wurde noch Geschäfte im Hintergrund stehen. Dass alles mit rechten Dingen zugeht, sollen Gutachter-Kommissionen gewährleisten. In der Praxis agieren diese allerdings oft ziemlich halbherzig.

Diese Bedingungen eröffnen Chirurgen wie OrganhändlerInnen ein breites Aktionsfeld. Und inzwischen mobilisieren ganze Fraktionen innerhalb der Transplantationgesellschaften ihre Kräfte, um sagbar zu machen, was bisher verpönt war: Körper gegen Geld.

10.000 Dollar

für eine Niere

Im Juni lud Professor Christoph Broelsch, berühmt für seine Leber-Transplantationen, zu einem internationalen Symposium in die Ruhrmetropole Essen. Als "Höhepunkt" angekündigt war Professor Gary S. Becker. Der neoliberale Weltwirtschaftsexperte aus Chicago propagierte in Essen unverblümt die bezahlte Weitergabe von Nieren und Leberstücken. Wachsende Wartelisten und Schwarzmärkte für Organe, so Becker, zeigten ihm, dem Ökonomen, "dass die Preise nicht funktionieren". Eine "maßvolle Bezahlung" könne "die Schere zwischen Angebot und Nachfrage bei Organen vollkommen schließen". Auch Preisvorstellungen hatte Becker parat: 10.000 Dollar für eine Niere, das Doppelte für ein Stück Leber - zu zahlen von Versicherungen oder vom Staat.

Vom 10. -14. Dezember in München steigt nun der Kongress "Ethics in Organ Transplantation", veranstaltet von der Deutschen Akademie für Transplantationsmedizin. Referieren werden EthikerInnen, Transplantationschirurgen und Stammzellforscher. Das einleitende Symposium widmet sich vor allem der Frage nach den Grenzen der Lebendorgantransplantation. Erklärtes Ziel: Juristische Barrieren sollen niedergerissen werden. Die Methode der Wahl: Offene Fragen stellen - zum Beispiel zu den rechtlichen Grenzen und zum Für und Wider finanzieller Anreize für die "Lebendspende". So soll es ganz "normal" werden, über die Abgabe von Organen gegen Geld, Steuervorteile, Versicherungen oder Begräbniskostenerstattung zu diskutieren.

Zu den Vortragenden zählt unter anderem der Münchner Jurist Thomas Gutmann. Er hat gemeinsam mit dem Strafrechtler Ulrich Schroth ein Buch geschrieben, das ihn in Fachkreisen bekannt gemacht hat, Titel: "Organlebendspende in Europa", erschienen in der renommierten "Schriftenreihe Medizinrecht". Dieses Werk lässt an politischer Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig. Geht es nach den Autoren, sollen die Verhältnisse bald so sein: Jede/r soll jede/m spenden dürfen.

Die enge persönliche Verbundenheit zwischen SpenderIn und EmpfängerIn, die das Gesetz bislang noch vorschreibt, soll gestrichen oder wenigstens großzügig ausgelegt werden. Wie man TPG-Paragraphen locker interpretiert, hatte Bundesärztekammer-Berater Hans-Ludwig Schreiber schon im Oktober 1999 vorgeführt: "Eine persönliche Verbundenheit", spekulierte der Göttinger Strafrechtsprofessor in einer TV-Talkshow, könne ja schließlich "durch das Spendebedürfnis selbst entstehen".

20.000 Dollar

für ein Stück Leber

Wo Märkte entstehen, gibt es Knappheiten. Diesem Problem wird sich der bekannte britische Bioethiker John Harris auf der Münchner Tagung widmen: "Wer soll gerettet werden? Wer zuerst?" Harris hat schon vor Jahren das Modell einer "Überlebenslotterie" entworfen. Diese solle dann staatlich angeordnet werden, wenn der "soziale Druck", Körperteile im Falle des "Hirntodes" herzugeben, sich als nicht ausreichend erweist. "Jeder Mensch", visionierte Harris, "erhält eine Art Los-Nummer, die in einen Zentralrechner eingegeben wird. (...) Der Computer sucht die Nummer eines Spenders nach dem Zufalls-Prinzip und die selektierte Person wird getötet, damit mindestens zwei andere Menschen gerettet werden können."

Ein abstraktes Gedankenexperiment, das sicherlich nicht für die praktische Umsetzung gedacht ist. Doch die Logik der kollektiven Lebenszeitberechnung soll durch diese Rhetorik plausibel gemacht werden.

Um immer mehr Gesunde dazu zu bringen, eine Niere oder einen Leberlappen im Freundes- und Familienkreis abzugeben, reiche der Appell an die "Nächstenliebe" nicht mehr, meint auch Transplanteur Broelsch, der ebenfalls in München sprechen wird. Broelsch vermutet hinter dem chronischen Organmangel "die allzu menschliche Erfahrung, dass es ohne Anreize, ohne Motivation weder eine guteTat noch eine böse gibt". Der politisch denkende Chirurg regt an: Steuerfreibeträge für ausgefüllte Spenderausweise, einen Spenderbonus bei der Krankenversicherung, eine zusätzliche Lebensversicherung, spendiert von der Versicherung des Empfängers oder einen Spendenfreibetrag nach dem Muster einer gemeinnützigen Spende.

Philosophisch und medizinisch ausgebildete Promotoren des regulierten Organhandels sind in München ebenfalls geladen. So die britische Philosophin Janet Radcliffe-Richards, die in Transplanteurkreisen stets willkommen ist. Organhandel allein als Ausbeutung der Armen zu interpretieren, hält sie für zu kurz gegriffen. Sie fragt: "Und wenn Du so arm bist, dass Du Dein Auge verkaufen willst, tun wir Dir dann einen Gefallen, wenn dies verweigert wird und Du statt dessen an Hunger stirbst?" Unterbezahlung und Ausbeutung ließen sich sich durch Regulierungen verhindern, durch ein zentrales Verkaufssystem für Körperteile, mit Gesundheitschecks, angemessener Entlohnung, Versicherung und Finanzberatung.

Ist das etwa unethisch?

Über das Recht, Nieren zu veräußern oder zu kaufen, wird auch der israelische Nierenspezialist Michael Friedlaender sprechen. Israel gilt als eine zentrale Drehscheibe des internationalen Organmarktes. Warum nicht regulieren, was bislang dem Schwarzmarkt überlassen ist? Der Kauf sauberer, ausgewählter Nieren in einem offenen Markt sei unproblematisch, findet Friedlaender.

Debatten wie diese inszeniert man derzeit weltweit. So entstehen neue "Sagbarkeiten" auch in Israel, Großbritannien oder den USA. Dort gibt es schon Pilotprojekte mit finanziellen Entschädigungen für "LebendspenderInnen" und ihre Familien.

Der globalisierte Organmarkt ist längst Realität. Er macht besonders Menschen in Osteuropa und in Staaten des Südens zur Überlebensressource - für diejenigen, die es sich leisten können. Dass der bezahlte Transfer von Körperteilen auch in Transplantationszentren der westlichen Welt - unerlaubterweise - stattfindet, sickert immer mal wieder durch. Dieser Praxis zu gesellschaftlicher Normalität zu verhelfen, ist nicht zuletzt das Ziel der Münchner Veranstalter. Die ebenfalls offen verhandelten "Leistungsanreize", sei es für Organabgabe zu Lebzeiten oder auch im Falle des "Hirntodes", ergänzen das Projekt des ökonomisch taxierten Körpers. Konsequent fragt die Deutsche Akademie für Transplantationsmedizin: "Erstattung des Verdienstausfalls, Gewährung eines Versicherungspaketes oder Schmerzensgeldes, Erlass von Steuern oder übernommene Begräbniskosten - ist das ‚unethisch`?"

Antworten sollen denkbar und diskutierbar sein, finanzielle Anreize zur ganz normalen Verhandlungssache erklärt werden. Und sicher: In Zeiten des niedergehenden Wohlfahrtsstaates könnten Versicherungspakete oder Rentenversorgungen manchem ebenso attraktiv erscheinen wie der direkte Tausch von Körperstücken gegen Geld.

Erika Feyerabend

Roberto Rotondo

Weitere Informationen:

www.bioskop-forum.de

3. Organspendekommissionen müssen auf den Prüfstand!

Rubrik: Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:31

Gutachterkommissionen haben hierzulande den gesetzlichen Auftrag, die Freiwilligkeit von "Lebendorganspenden" zu prüfen und Geschäfte mit Nieren und Teilen von Leber, Lunge oder Dünndarm definitiv auszuschließen. Die Arbeit dieser Kommissionen, die gemäß Landesrecht bei den Ärztekammern eingerichtet worden sind, gehört dringend auf den Prüfstand.

Dass erheblicher Handlungsbedarf besteht, verdeutlichen Vorgänge, wie sie die Wochenzeitung Die Zeit in ihrer Ausgabe vom 5.12.2002 am Beispiel des Universitätsklinikums Essen schildert. Dort heißt es: "Nach der Statistik des israelischen Krankenkassen-Managers Rosenfeld wurden in den vergangenen zwei Jahren sieben gekaufte Nieren in Deutschland transplantiert, alle in Essen." Doch der Handel mit Organen und die Entnahme und Übertragung gekaufter Körperteile ist in Deutschland gesetzlich verboten, auch wenn der Münchner Kongress (s. nebenstehenden Artikel) finanzielle Anreize für Lebendspenden öffentlich ins Gespräch bringen wird.

Es ist nun Aufgabe der Staatsanwaltschaft, zügig zu klären, ob Rosenfelds Aussagen zutreffen, ob also MitarbeiterInnen des Essener Uni-Klinikums tatsächlich gekaufte Nieren transplantiert und somit gesetzwidrig gehandelt haben. Doch dabei darf es nicht bleiben.Unter die Lupe genommen werden muss auch die Arbeit der Lebendspendekommission der Ärztekammer Nordrhein. Sollten in ihrem Einflussbereich tatsächlich verkaufte Organe verpflanzt worden sein, wäre sie dafür mitverantwortlich.

Allerdings agieren Lebendspendekommissionen alles andere als durchsichtig. Ob Geld oder andere Vergünstigungen im Hintergrund stehen, ist faktisch kaum festzustellen. Und das Transplantationsgesetz schreibt nicht vor, dass die Gremien auch medizinische Aspekte einschließlich der Indikation zur Lebendspende überprüfen müssen.

Nach Darstellung der Zeit hat eine interne Befragung der Bundesärztekammer ergeben, dass von über 1.000 Anträgen auf Lebendspende nicht einmal ein Dutzend zurückgewiesen worden sind. Merkwürdig: Nicht einmal die Hälfte der 18 Kommissionen hört regelmäßig SpenderInnen und EmpfängerInnen an. Wie will man ausschließen, dass es finanzielle Absprachen zwischen SpenderIn und EmpfängerIn gibt, wenn man nicht einmal mit allen Beteiligten spricht?

Es ist zu befürchten, dass die Münchner Tagung zum Signal für die Kommerzialisierung der Organspende wird. Davor warnen BioSkop, medico international und der Arbeitskreis Medizin und Gewissen der Ärzteorganisation IPPNW in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 4.12.02.

4. Winds of Change. US-Kreise streben "Regimewechsel" im ganzen arabischen Raum an

Autor: Kt. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Nahost allgemein; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:12

Während manche immer noch rätseln, ob es demnächst zum zweiten Irak-Krieg kommen wird, streben "neokonservative" Kreise, die über die meisten Schlüsselpositionen in der US-Regierung verfügen, zunehmend offener und offensiver eine totale Umgestaltung des gesamten arabischen Raumes an. Iran gilt allgemein als nächstes Ziel, aber auch Syrien und der Libanon sowie Saudi-Arabien stehen schon unmittelbar auf der Tagesordnung.

Sprach man anfangs noch recht undiplomatisch vom "World War IV", der gegen den "militanten Islam" geführt werden müsse (1), hat man dies Unwort inzwischen gegen weitaus PR-kompatiblere Begriffe wie "Demokratisierung" und "Befreiung" ausgetauscht. Gab man anfangs noch unumwunden zu, dass die Moslems in aller Welt überwiegend keine sehr günstige Meinung von der Politik der USA haben, und begründete damit geradezu das Weltkrieg-Projekt (2), so lautet die offizielle Sprachregelung jetzt, dass zig Millionen Araber und Iraner nichts sehnlicher wünschen als ihre "Befreiung" durch die Streitkräfte und die finanzpolitischen Einwirkungen der USA. (3)

Eine neue Domino-Theorie (4) macht die Runde: Die "Befreiung" des Irak werde sich enorm ermutigend auf die demokratische Oppositionsbewegung im Iran auswirken und den Sturz der Mullah-Diktatur beschleunigen. Das syrische Regime könnte sich dann, eingekeilt zwischen Israel und pro-westlichen Gesellschaften in Jordanien, Irak und Iran, nicht mehr lange behaupten. Als nächstes würde dieser Theorie zufolge auch die Herrschaft der Saudis stürzen, zumal die Besetzung Iraks mit dem zweitgrößten Ölvorkommen der Welt die wirtschaftliche Bedeutung des saudi-arabischen Öls verringern würde. Ein Nebeneffekt wäre, nach Ansicht der Domino-Theoretiker, dass die Palästinenser fast jede Unterstützung verlieren würden, was sie der Ersetzung Arafats durch eine völlig neue Garnitur gefügiger Politiker und einem "Frieden" nach Maßgabe Sharons geneigt machen würde. Die USA müssten dieser Theorie zufolge kaum mehr tun, als die Oppositionsbewegungen im arabischen Raum schnell und großzügig zu unterstützen.(5)

Der Vordenker: Richard Perle

Richard Perle, Vorsitzender des mächtigen Defense Policy Board im Pentagon, ist der eigentliche Kopf des Netzwerks, das auf den mit amerikanischer Hilfe herbeizuführenden "Regimewechsel" im gesamten arabischen Raum hinarbeitet. Im Gespräch mit der Zeit (5.12.2002) sagte Perle: "Überall in der Region treffen wir auf sogenannte failed states, auf korrupte Machthaber, auf einen Mangel an Demokratie und Wandel. (...) Die ganze Region wird sich vor den winds of change fürchten müssen. Der Sturz von Saddam und die Demokratisierung des Iraks werden enorme Auswirkungen haben, auch auf Saudi-Arabien. (...) Wenn es uns gelingt, das Land (Irak) zu befrieden und eine stabile demokratische Regierung aufzubauen, dann steckt darin enormes Potenzial, auch andere Völker zu begeistern."

Freilich ist schwer einzusehen, warum den USA ausgerechnet im Irak gelingen sollte, was sie in Afghanistan nach dem Sturz der Taliban nicht einmal versucht, geschweige denn geschafft haben. Gerade die politische Richtung, für die Perle steht, hat es stets abgelehnt, nennenswerte personelle und finanzielle Ressourcen einzusetzen, um den wirtschaftlichen Aufschwung und die Reorganisierung eines unterworfenen Landes voranzutreiben.

Geradezu lächerlich ist es, wenn Perle, ein hochintelligenter und bestens informierter Politiker, der seit über 20 Jahren im Zentrum der Macht tätig ist (6), im Gespräch mit der Zeit behauptet: "Interessanterweise ist Amerika in der Region besonders dort unbeliebt, wo es engste Beziehungen zu den Regierungen unterhält - zum Beispiel in Saudi-Arabien und Ägypten. Hingegen mögen uns die Völker dort, wo wir Gegner der Regime sind - etwa im Irak und im Iran. Das muss uns doch eine Lehre sein." Solchen Unsinn, der Ursachen und Wirkungen auf den Kopf stellt, hört man in der amerikanischen Öffentlichkeit anscheinend gern. Tatsächlich zeigen Umfragen und Untersuchungen aus letzter Zeit jedoch, dass die USA gerade im Iran besonders unbeliebt sind: Lediglich 14 Prozent der Befragten äußerten sich positiv über die USA, einer der niedrigsten Werte überhaupt. (7)

Ein Bruch in

der israelischen Außenpolitik

Am 4. November 1995 ermordete ein nationalistischer israelischer Fanatiker den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jitzhak Rabin während einer Friedenskundgebung und löste damit eine schwere Erschütterung des Verhandlungsprozesses mit den Palästinensern aus, der gerade zu den ersten Oslo-Abkommen geführt hatte. Aus vorgezogenen Wahlen am 28. Mai 1996 ging Benjamin Netanjahu, der Rechtsaußen des Likud, als Sieger hervor.

Wenige Wochen später legte das israelisch-amerikanische "Institute for Advanced Strategic and Political Studies" (Büros in Jerusalem und Washington) dem neuen Regierungschef ein Konzept für eine grundsätzliche Umgestaltung der israelischen Außenpolitik vor, betitelt "A Clean Break: A New Strategy for Securing the Realm". (8). Federführend für diese Studie, die tatsächlich zur Grundlage von Netanjahus Außenpolitik wurde, war eine siebenköpfige ad-hoc "Study Group on a New Israeli Strategy Toward 2000". Abgesehen vom Institutspräsidenten Robert Loewenberg, einem nach Israel ausgewanderten US-Amerikaner mit doppelter Staatsbürgerschaft, bestand die "Studiengruppe" nur aus US-AmerikanerInnen. Leiter war Richard Perle; unter seinen MitarbeiterInnen befanden sich Douglas Feith, der jetzt die Schlüsselstellung eines Staatssekretärs für Politik im Pentagon hat, sowie das Ehepaar Meyrav und David Wurmser (9).

Die unter Leitung Perles im Sommer 1996 ausgearbeitete Studie enthielt bereits wesentliche Elemente der jetzigen Kampagne zur "revolutionären Umgestaltung" des gesamten Nahen und Mittleren Ostens. Einige der Empfehlungen:

- Israel solle eng mit der Türkei und Jordanien zusammenarbeiten, um die von ihm als Bedrohung empfundenen Nachbarn "einzudämmen, zu destabilisieren und zurückzudrängen" (to contain, destabilize, and roll-back some of its most dangereous threats).

- Israel solle seine Beziehungen zu den Palästinensern grundsätzlich ändern, sich an die Oslo-Abkommen nicht mehr gebunden fühlen, auf seinem Recht des jederzeitigen militärischen Eindringens in die besetzten Gebiete bestehen und, gemeinsam mit Jordanien, Alternativen zu Arafat fördern.

- Israel solle seine Beziehungen zu den USA auf eine neue Basis stellen, insbesondere mehr auf seiner völligen Selbstständigkeit bestehen. Als Voraussetzung dafür wurde gesehen, sich zunehmend von der amerikanischen Wirtschaftshilfe abzunabeln. (Der heikelste Punkt des ganzen Programms. Die Entwicklung läuft krisenhaft in die entgegengesetzte Richtung.) Israel solle sich propagandistisch stärker auf die "gemeinsamen Werte und Traditionen" beziehen, weil damit in der amerikanischen Öffentlichkeit Punkte zu machen seien. Israel solle den USA Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Raketenabwehr anbieten, weil das die Unterstützung für Israel im Kongress noch verstärken werde. Viele Kongressabgeordnete seien zwar kaum an Israel, aber sehr am Thema Raketenabwehr interessiert. Das könne hilfreich sein, um den Umzug der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem durchzusetzen. (Inzwischen erreicht.)

- Israel solle sich von Verhandlungen über die Rückgabe des Golan an Syrien verabschieden und stattdessen einen knallharten Kurs gegen Damaskus fahren. Dazu sollten Luftangriffe gegen ausgewählte Ziele in Syrien (deklariert als Vergeltung für angeblich von Damaskus unterstützte Terroraktionen) und die Ermunterung von Militäraktionen pro-israelischer libanesischer Kräfte gegen syrisches Gebiet gehören. Israel solle die pro-syrischen Strukturen im Libanon destabilisieren und eine internationale Propagandakampagne gegen (angebliche) syrische Massenvernichtungswaffen führen. Israel solle im Bündnis mit der Türkei und Jordanien sowie unter Ausnutzung von "Stammeskonflikten" eine Änderung der Landkarte der Region betreiben, die auch Syriens territoriale Integrität bedrohen würde (a redrawing of the map of the Middle East which would threaten Syria's territorial integrity).

- Israel solle sich auf den Sturz Saddam Husseins konzentrieren und die jordanische Königsfamilie der Haschemiten bei ihren Bestrebungen nach Wiedererlangung des irakischen Thrones (den sie bis 1958 besaßen) unterstützen und in diesem Kontext seine Beziehungen zu Jordanien erheblich verbessern. Israel solle außerdem seinen Einfluss in der US-amerikanischen Geschäftswelt dazu benutzen, Investitionen in Jordanien zu fördern.

Eskalation zum Flächenbrand

Dieses strategische Konzept ist sehr viel geschlossener und logischer als das PR-kompatible Gerede von einer "Demokratisierung" der Region, die angeblich vom Beispiel des niedergebombten, unterworfenen und besetzten Irak ausgehen soll. Die historische Erfahrung spricht dafür, dass der zweite Irak-Krieg, der jetzt für spätestens Anfang Februar 2003 erwartet wird, die Verbitterung in allen arabischen Staaten über das als arrogant, einseitig und ungerecht empfundene Vorgehen der USA steigern statt abmildern wird. So entwickelten sich die Dinge nach dem ersten Irak-Krieg 1991, und so geschah und geschieht es in Pakistan und anderen Ländern Asiens seit der Unterwerfung Afghanistans durch die USA. Terrorakte gegen Menschen aus den USA und Europa werden an Zahl und Ausmaß enorm zunehmen. Bisher wird weit über die Hälfte aller "islamischen" Attentate in der Welt von Palästinensern im engen Zusammenhang mit dem lokalen Konflikt verübt. Das heißt aber auch, dass für eine weltweite Eskalation noch ein riesiges Potenzial vorhanden ist.

Gleichzeitig werden sich lokale Konflikte zwischen Moslems und Angehörigen anderer Religionen verschärfen. (Kaschmir, Philippinen, Nigeria usw.) - All dies wird wiederum von denjenigen als Argument ausgeschlachtet werden, die heute schon mit vollem publizistischen Einsatz die These vertreten, der Hauptfeind sei nicht ein diffuser Terrorismus, sondern der militante Islam.

Die Ausdehnung "israelischer Verhältnisse" auf andere Teile der Welt ist, wenn diese Eskalation voranschreitet, nur noch eine Frage der Zeit. Voraussehbar, da das strategische Modell, ganz gleich ob man es nun "World War IV" oder "Demokratisierung" nennt, eine Übernahme der katastrophal gescheiterten israelischen Politik gegenüber den Arabern durch die USA bedeutet. Und da die meisten amerikanischen Exponenten dieser Strategie erklärtermaßen nicht nur allgemein Freunde Israels, sondern speziell des Likud und noch spezieller seines rechten Flügels sind, liegt der Gedanke nahe, dass die jetzt als "Befreiung" und "Demokratisierung" verkaufte Strategie die Eskalation zum regionalen Flächenbrand nicht nur als Risiko in Kauf nimmt, sondern geradezu bewusst anstrebt.

Nach dem Sturz Saddam Husseins und der Besetzung Iraks müsse man "gleich am folgenden Tag" Iran als nächstes Ziel in Angriff nehmen, sagte Israels Regierungschef Sharon in einem Gespräch mit der Londoner Times, das diese am 5. November veröffentlichte. So sehr Israel die amerikanisch-britischen Kriegspläne gegen Irak begrüße, müsse es doch darauf bestehen, dass Iran eine nicht weniger große Gefahr darstelle. Sharon bezog sich dabei zum einen auf die Behauptung, der Iran sei "ein Zentrum des Terrorismus", zum anderen auf die angebliche Entwicklung von Atomwaffen und Langstreckenraketen, die eine Gefahr nicht nur für Israel, sondern auch für Europa seien. Schon der damalige israelische Verteidigungsminister Ben Eliezer hatte bei seinem USA-Besuch im Februar erklärt, eigentlich würde er die Ausschaltung des Iran für noch wichtiger halten als den Sturz Saddam Husseins.

Dass die israelische Regierung mit großer publizistischer Lautstärke die Rangliste der nächsten US-amerikanischen Angriffsziele vorzugeben versucht, entspricht nicht gerade hundertprozentig normalen diplomatischen Gepflogenheiten und ist überdies völlig überflüssig, da die USA solche Hinweise nicht nötig haben, sondern sich bereits zuverlässig auf dem "richtigen" Weg befinden. Es entbehrt zudem angesichts der starken ökonomischen Abhängigkeit Israels von den USA und des augenscheinlichen Größenunterschiedes beider Staaten nicht einer gewissen Komik. "Ein Elefant und eine Maus gehen über eine Brücke. Sagt die Maus ..."

Die Washington Post berichtete am 27. November über ein "Israel Project", das von jüdischen Organisationen der USA und Einzelspendern finanziert wird. Diese Gruppe hatte gerade ein Strategiepapier produziert, das sich sowohl an "pro-Israel leaders" in den USA wie auch an die israelische Regierung richtet. Dieses Memo drückt, so die Washington Post, die Sorge jüdischer Kreise in den USA aus, dass deplatzierte Äußerungen von jüdischer und israelischer Seite die gemeinsamen Anstrengungen eher gefährden als fördern könnten. "Let American politicians fight it out on the floor of the Congress and in the media", und haltet selber einfach mal eine Zeit lang total den Mund, lautete die Botschaft. "Your silence allows everyone to focus on Iraq rather than Israel."

Mehrere Verfasser des Papiers haben laut Bericht früher als Berater israelischer Politiker gearbeitet und vor kurzem eine Pro-Israel-Anzeige in den US-Medien geschaltet. Sie meinen es zweifellos gut. Die Frage ist aber, ob der freundliche Rat nicht an der Tatsache vorbeizielt, dass Sharon ganz bewusst das Klischee zu nähren versucht, Israel bestimme die US-Politik, um damit die Wut in den arabischen Staaten weiter anzuheizen und die Eskalation voranzutreiben.

Kt.

Anmerkungen:

1) Der überwiegend "kalt" geführte Krieg gegen die Sowjetunion, der mit deren Zusammenbruch endete, wird dabei als dritter Weltkrieg mitgezählt.

Eliot Cohen im Wall Street Journal vom 20.11.2001: "This is World War IV".

Norman Podhoretz in der vom American Jewish Committee herausgegebenen Zeitschrift Commentary vom Februar 2002: "How to Win World War IV".

"WW IV The Battle Ahead", Leserbriefe und Kommentar von Norman Podhoretz in Commentary, Mai 2002.

James Woolsey, CIA-Chef unter Clinton: "We are in World War IV", lt. NewsMax.com, 25.7.2002.

2) Um zu beweisen, dass der Krieg nicht gegen den Terrorismus, sondern gegen den Islam schlechthin zu führen sei, zitierte Podhoretz die Umfrage einer kuwaitischen Zeitung, wonach angeblich 69 Prozent der Kuwaitis, Ägypter, Syrer, Libanesen und Palästinenser Bin Laden für einen arabischen Helden hielten.

3) Beispielsweise Richard Perle, Vorsitzender des Defense Policy Board im Pentagon und Kopf des "neokonservativen" Netzwerks, in der Zeit vom 5.12.2002: "Ich glaube fest, die überwiegende Mehrheit der Iraker wird von Befreiung und nicht von Okkupation und Landnahme sprechen."

Vor allem den Iranern wird unterstellt, sie seien der Mullah-Herrschaft so überdrüssig, dass sie nur noch auf ihre Befreiung durch die USA warten. Siehe z.B. Michael Ledeen in Jewish World Review, 13.11.2002: "We should liberate Iran first - now". Er setzt sich in diesem Artikel dafür ein, Iran noch vor Irak zu "befreien".

4) Die ursprüngliche Domino-Theorie stammt aus der Zeit des Vietnam-Kriegs in den 60er Jahren. Sie besagte, dass nach einem Sieg der "Kommunisten" in Vietnam wie Steine in einer Domino-Linie auch die Nachbarstaaten und dann die nächsten Staaten der Region - Laos, Kambodscha, Thailand, Burma, Philippinen usw. - "fallen" würden.

5) So beispielsweise Danielle Pletka in der Jerusalem Post vom 18.10.2002, "The Best-Case: Freedom for Iraq, Iran, and Syria". Pletka ist Vorstandsmitglied des Anfang November gegründeten "Committee for the Liberation of Iraq". (vgl. ak 467) Ähnlich Michael Ledeen in der Financial Times vom 24.9.2002, "The Real Foe is Middle Eastern Tyranny", und noch klarer im "Wallstreet Journal" vom 4.9.2002, "The War Won't End in Bagdad". Ledeen war in den 80er Jahren unter Reagan in die kriminelle Iran-Contra-Affäre verwickelt. Heute ist er u.a. Vorstandsmitglied des Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA) und Führungsmitglied eines ominösen "Committee for a Free Lebanon", das auf seiner Homepage Fidel Castro als einen der "meistgesuchten" Terror-Unterstützer präsentiert.

6) Perle begann seine Karriere 1969-1980 als Mitarbeiter des einflussreichen demokratischen Senators Henry Jackson, war anschließend 1981-1987 Staatssekretär für Internationale Sicherheitspolitik im Pentagon.

7) CNN, 26.2.2002. Den höchsten Sympathiewert haben die USA nach dieser von Gallup durchgeführten Umfrage im Libanon und in der Türkei mit 41 und 40 Prozent, den niedrigsten in Pakistan mit 5 Prozent. In Saudi-Arabien äußerten sich 16 Prozent positiv über die USA.

8) Der Text ist vollständig im Internet zu finden unter www.israeleconomy.org/strat1.htm

9) David Wurmser ist ein langjähriger enger Freund und Mitarbeiter von Perle. Er sitzt in den Vorständen mehrerer Organisationen des "neokonservativen" Netzwerks und arbeitet jetzt im Außenministerium als Special Assistant von John Bolton, dem Staatssekretär für Waffenkontrolle und internationale Sicherheit. Meyrav Wurmser ist Mitbegründerin und Ex-Chefin des amerikanischen Middle East Media Research Institute (MEMRI). Mitgründer Jigal Carmon hat viele Jahre für den militärischen Geheimdienst Israels gearbeitet. MEMRI beschäftigt sich mit anti-arabischer Propaganda und hat jetzt auch Zweigstellen in London, Jerusalem und Berlin.

5. Neues vom Irak-Komitee

Autor: Kt. · Rubrik: Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:33

In ak 467 berichteten wir über die Anfang November bekannt gegebene Gründung des "Committee for the Liberation of Iraq", das nach eigener Aussage PR-Arbeit für den Krieg gegen den Irak machen will. Die zum damaligen Zeitpunkt nur auf einem Artikel der Washington Post beruhenden Angaben zum Führungspersonal des Komitees sind inzwischen mit einer einzigen Ausnahme bestätigt: Senator John McCaine gehört nicht dem Komitee an.

Im Internetauftritt des Komitees sind jetzt die Namen des gesamten Vorstands zu finden. Der Kreis wird noch laufend durch Neuzugänge erweitert. Bemerkenswert ist allerdings, dass das Komitee bis jetzt, zwei Monaten nach seiner Gründung, kaum Öffentlichkeitsarbeit macht. So finden sich auf der Webseite des Komitees an aktuellen Texten nur eine einzige Presseerklärung (die Bekanntgabe seiner Gründung) und lediglich vier ausgewählt positive Zeitungsartikel über das Komitee.

Im Vorstand des CLI, dessen Vorsitz der frühere Außenminister George Shultz (1982-89) übernommen hat, sind gleich zwei Männer zu finden, denen Kriegsverbrechen vorgeworfen werden: Bob Kerrey, ehemaliger Senator aus Nebraska, war im Vietnamkrieg Kommandant einer Einheit, die am 25. Februar 1969 im Dorf Than Phong Frauen und Kinder erschoss. General Barry McCaffrey war im ersten Irak-Krieg verantwortlich für die barbarische Beschießung und Bombardierung der gemäß der UNO-Resolution aus Kuwait abziehenden irakischen Truppen am 26. und 27. Februar 1991. Auf dem "highway of death" starben damals Tausende, vielleicht sogar Zehntausende.

Weitere Militärs im CLI-Vorstand sind General Wayne A. Downing, während des Irak-Kriegs 1991 Leiter des Kommandos der Special Forces, und General Buster Glosson, der für die Planung des Luftkriegs gegen den Irak zuständig war. Downing war von Bush wenige Wochen nach dem 11. September zum Chef des neu geschaffenen Counterterrorism Office ernannt worden und zog sich kürzlich von diesem Amt zurück, ohne dass die Gründe öffentlich dargelegt wurden.

CLI-Vorstandsmitglied Richard Perle gilt als Kopf der Kriegstreiber in Washington. Er ist Vorsitzender des mächtigen Defense Policy Board, des Beratergremiums im Verteidigungsministerium. Außerdem nimmt er führende Positionen in vielen Organisationen ein, die heute zum Krieg gegen den Irak drängen. Darunter das Committee on NATO sowie das Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA) und das Washington Institute for Near East Policy, die beide zur Pro-Israel-Lobby gehören.

Weitere führende JINSA-Leute im CLI-Vorstand sind der frühere Kongressabgeordnete Stephen Solarz, Jeane J. Kirkpatrick, 1981-1985 Vertreterin der USA in der UNO, und James Woolsey, CIA-Chef unter Clinton.

Weitere Mitglieder des CLI-Vorstands sind u.a.:

- Thomas A. Dine, Präsident des Propagandasenders Radio Free Europe/Radio Liberty. 1980-1993 war er Chef der offiziellen Pro-Israel-Lobby AIPAC.

- Newt Gingrich, ehemaliger Sprecher des Repräsentantenhauses. Er galt während seiner Abgeordnetenzeit als engster Verbündeter des damaligen israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu im US-Kongress.

- Eliot Cohen, Militärexperte. Er leitete 1991-1993 die Arbeit an der offiziellen Studie über den Luftkrieg gegen den Irak.

- James R. Hoffa Jr., Präsident der International Brotherhood of Teamsters, der größten amerikanischen Gewerkschaft. Sie organisiert vor allem LKW-Fahrer. Hoffa machte in den letzten Monaten dadurch von sich reden, dass er bei den demokratischen Kongressabgeordneten für ein von UmweltschützerInnen bekämpftes Gesetz warb, das den Ölkonzernen die Ausbeutung eines riesigen Naturschutzgebietes in Nordost-Alaska erlauben würde. Das Gesetz scheiterte bisher an der hauchdünnen demokratischen Mehrheit im Senat und wird nach dem jüngsten Wahlerfolg der Republikaner nun wohl passieren.

- Barry Blechman, Gründer und Chef von DFI International, einer großen militärischen Beraterfirma, die für alle Teile der US-Armee, Regierungsstellen und die Rüstungsindustrie arbeitet.

- William Kristol, Chefredakteur des Weekly Standard, der zum Murdoch-Konzern gehört. Er ist Vorsitzender des New Citizenship Projects und dessen Unterorganisation Project for the New American Century, zweier "think tanks", die seit Jahren für ein militärisches starkes Amerika werben, das von seiner Stellung als einzige Supermacht offensiven Gebrauch macht. Kristol ist eine besonders rührige Betriebsnudel im Netzwerk der Kriegstreiber, beispielsweise durch das Zusammenbringen von Unterzeichnern für eine Vielzahl Offener Briefe, mit denen Präsident Bush unter Druck gesetzt werden soll.

Sechs der Vorstandsmitglieder gehören dem Defense Policy Board im Pentagon an: Perle, Shultz, Woolsey, Gingrich, Cohen und Blechman. Als dieses Gremium im Juli über den Vorschlag diskutierte, die saudi-arabischen Ölquellen militärisch zu besetzen, soll sich nach Medienberichten nur ein einziges Mitglied, Henry Kissinger, dagegen ausgesprochen haben.

Zwei Mitglieder des CLI-Vorstands, Perle und Kirkpatrick, gehören gleichzeitig dem Führungsgremium des "Committee for a Free Lebanon" (USCFL) an. Douglas Feith, jetzt in der Schlüsselstellung eines Staatssekretärs für Politik im Pentagon, ist (oder war zumindest bis zu seinem Eintritt in die Regierung) ebenfalls Führungsmitglied des USCFL, das auf seiner Internet-Homepage Fidel Castro zusammen mit Saddam Hussein, Bin Laden sowie den Staatschefs von Syrien, Nordkorea, Libyen, Iran und Sudan als "World's Most Wanted" Terror-Unterstützer präsentiert.

Kt.

6. Die neue Macht der Generäle. Interview mit Adam Keller von der israelischen Friedensorganisation Gush Shalom

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:02

In der Zeit vor einem möglichen US-Angriff auf Irak ist die Situation in Israel angespannt. Während die Wirtschaft in der schwersten Krise seit Jahrzehnten steckt, ist der politische Diskurs so weit nach rechts gerückt, dass viele eine gewaltsame Massenvertreibung von PalästinenserInnen befürchten. Die israelische Friedensorganisation Gush Shalom sieht Israel auf ein "türkisches Modell" zusteuern: Das wäre ein Staat mit einer gewählten Regierung, in dem die Militärs ein Vetorecht beanspruchen. Das Interview wurde geführt von der Redaktion des Salon Rouge im Freien Sender Kombinat (FSK) Hamburg.

Salon Rouge: Wie stehen Sie, wie steht Gush Shalom zu dem Krieg, den die USA und Großbritannien gegen Irak führen wollen?

Adam Keller: Wir sind sehr dagegen. Wir denken, das ist eine sehr schlechte Politik, die außerordentlich gefährlich für uns ist, falls sie dazu führt, dass Saddam Hussein mit dem Rücken zur Wand steht und die Waffen benutzt, die er eigentlich gar nicht benutzen will. Und wir sind sehr besorgt, dass Scharon diesen Krieg als Vorwand benutzen wird, um etwas sehr Aggressives gegen die PalästinenserInnen zu unternehmen.

Sie meinen den so genannten Transfer, die Vertreibung großer Gruppen von PalästinenserInnen, die in Israel immer offener diskutiert wird. Jüngste Umfragen sagen, dass fast 50 Prozent der Bevölkerung eine solche "ethnische Säuberung" befürworten. Was ist von solchen Zahlen zu halten?

Die Mehrheit der israelischen Bevölkerung will einen jüdischen Staat, also einen Staat, in dem die Juden klar und unmissverständlich die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Deshalb hat Israel auch nie das Westjordanland und den Gaza-Streifen annektiert. Diese Gebiete befinden sich nun seit Zweidrittel der israelischen Geschichte unter israelischer Herrschaft, dennoch wurden sie nie zum offiziellen Teil Israels erklärt. Der Grund ist einfach: Wären sie von Israel annektiert, würde man von Israel erwarten, dass die dort lebenden PalästinenserInnen das Wahlrecht für das israelische Parlament erhielten. Dann wäre Israel nicht länger ein Staat mit jüdischer Bevölkerungsmehrheit. Es wäre ein binationaler Staat, und wie Statistiken zeigen, würde es etwa zehn Jahre dauern, bis die PalästinenserInnen auf dem Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan in der Mehrheit wären. Und ich glaube, dass die Vorstellung, die PalästinenserInnen könnten die Mehrheit stellen, für die meisten Israelis ein Albtraum ist, dessen Verwirklichung sie mit allen Mitteln verhindern wollen.

Was dabei ein wenig paradox ist: Wenn man einen durchschnittlichen Israeli fragt: "Angenommen, wir könnten die PalästinenserInnen rauswerfen, ohne dafür zahlen zu müssen, ohne internationale Ächtung, ohne dass das einen größeren Krieg verursachen würde, einfach so, dass wir vollendete Tatsachen schaffen?" - ich glaube, dass wohl große Teile der israelischen Bevölkerung antworten würde: "Okay, lasst es uns machen!"

Aber wenn sie derselben Person sagen würden: "Wir können es nicht tun, die Weltgemeinschaft lässt das nicht zu, also welche Lösung schlägst du vor?", dann würde dieselbe Person sagen: "Okay, wenn es auf die andere Weise nicht zu machen ist, müssen wir aus den besetzten Gebieten raus." Aus demselben Grund, um die AraberInnen loszuwerden, würden die Leute sagen: "Gut, wenn wir die AraberInnen rauswerfen und das Land behalten können, fein. Wenn wir es nicht tun können, sollten wir das Land besser aufgeben, so dass wir die AraberInnen auf diese Weise loswerden."

Will Premierminister Scharon eine solche Vertreibung? Hat diese Forderung Rückhalt in der politischen Elite? Oder ist das nur populistisches Gerede der extremen Rechten?

Wie Sie wissen, gibt es in Israel extremistische Parteien, Parteien der extremen Rechten, die ganz offen sagen, als Teil ihres politischen Programmes, die einzige Lösung für das Problem mit den PalästinenserInnen sei, die PalästinenserInnen hinauszuwerfen. Wir wissen, dass diese Leute einen Vorwand suchen. Was wir nicht sicher wissen ist, ob Scharon ihre Ansicht teilt. Er sagt das natürlich nicht. Aber wir wissen, dass diese Leute offizielle Mitglieder seiner Regierung sind. Natürlich würde der Premierminister, wenn er dieser Meinung wäre, es nicht offen sagen.

Die US-Regierung bremst die israelische Regierung immer wieder in deren Vorgehen gegen die PalästinenserInnen. Ist von den USA zu erwarten, dass sie eine mögliche Massenvertreibung verhindern, oder könnte diese Vertreibung umgekehrt sogar Teil ihres Konzepts für eine Neugestaltung des Nahen Ostens sein?

Die Beobachtung, dass Bush im Augenblick Scharon von größeren Maßnahmen gegen die PalästinenserInnen zurückhält, beruhigt mich keineswegs. Ich denke, es wäre ziemlich dumm, Bush zu vertrauen. Ich traue ihm überhaupt nicht, und ich glaube, dass er einen verhängnisvollen Einfluss auf die ganze Welt ausübt. Ich glaube, es gibt verschiedene Lager, verschiedene Stimmen in der US-Regierung. Ganz sicherlich sind einige Leute aus dem Umfeld von Rumsfeld nicht nur in pragmatischer, sondern auch in ideologischer Hinsicht auf der Seite Scharons und der extremen Rechten in Israel.

Was die Ideen von einer so genannten Neugestaltung des Nahen Ostens angeht: Ich wäre absolut nicht überrascht, wenn die Amerikaner eine Art von Vertreibung der PalästinenserInnen akzeptieren würden. In diesem Augenblick weiß ich nicht, wie die Situation sich weiter entwickeln wird, aber mir scheint: Für eine Vertreibung würde ein Vorwand gebraucht werden, und das müsste ein Vorfall sein, bei dem viele Menschen in Israel getötet würden - Hunderte oder Tausende von Menschen. Das könnte entweder passieren, wenn es einen irakischen Angriff mit chemischen oder bakteriologischen Waffen gäbe. Oder wenn ein wirklich großer Terroranschlag verübt würde.

Sagen wir mal so: Wenn etwas von der Größenordnung dessen, was auf Bali passiert ist, in Tel Aviv passieren würde, also mit Hunderten getöteter Israelis, dann wäre das für Scharon ein ausreichender Vorwand. Er würde sagen, hier hat die palästinensische Seite etwas gemacht, was alle Regeln bricht; jetzt ist es an der Zeit, dass unsere Seite etwas sehr Drastisches macht, etwas, das ebenfalls alle Regeln bricht.

Ist die Kriegspolitik Scharons, die die Situation im Nahen Osten ja bereits extrem verschärft hat, nicht geradezu katastrophal gefährlich, wenn sie sogar ein Menschheitsverbrechen wie eine ethnische Säuberung einschließt? Könnte das nicht die ganze Region in Brand setzen?

Ja, absolut, absolut. Wir, die Leute von Gush Shalom und die Friedensbewegung generell, sind der Meinung, dass Scharon ein sehr, sehr gefährliches Spiel mit unserer Zukunft spielt. Man könnte sagen: Wenn sich aus der Geschichte etwas lernen lässt, dann Folgendes: Keine Militärmacht hält ewig. Selbst die größten Militärimperien der Welt fielen früher oder später, weil eine stärkere Macht auftauchte oder etwas anderes den Niedergang bewirkte. Wir sind sicherlich kein großes Imperium, wir sind, sagen wir mal, ein Mini-Imperium. In diesem Moment hängt die Existenz Israels vollkommen davon ab, dass wir stärker sind als die arabische Welt. Es ist ein sehr gefährliches Spiel, auf diese Weise weiterzumachen. Wir wünschen uns, dass ein Weg gefunden wird, wie Israel ein akzeptierter, anerkannter Teil in Nahost wird. Der Schlüssel dafür liegt bei den PalästinenserInnen: Es sind die PalästinenserInnen, die am meisten gelitten haben - unter der Gründung Israels, unter der Existenz Israels mit allen ihren Auswirkungen, und es gibt keine andere Möglichkeit dafür, dass die arabische Welt Israel als Teil der Region anerkennt, als die, dass die PalästinenserInnen dies anerkennen.

Der politische Diskurs in Israel hat sich extrem nach rechts verschoben, Militaristen und Araberhasser bestimmen das Geschehen. Welche Rolle spielt das Militär in dieser Entwicklung?

Zunächst einmal gibt es eine ganz offensichtliche Tatsache, die ziemlich Besorgnis erregend ist, nämlich die, dass die Generäle immer mehr Unabhängigkeit gewinnen und zusehends eine unabhängige politische Rolle einnehmen. Tatsächlich bewegt Israel sich gewisserweise auf ein türkisches Modell hin. Was ich damit meine, ist: Nehmen wir die Türkei, so haben wir ein Land, in dem es ein Mehrparteiensystem gibt, ein gewähltes Parlament, eine gewählte Regierung, aber die Generäle, die Armee spielen eine Schlüsselrolle in der Politik des Landes. Sie können ein Veto einlegen, und wenn die türkischen Generäle sagen, sie finden eine Sache inakzeptabel, so wird ihr Einspruch in aller Regel entscheiden, selbst wenn die zivilen Entscheidungsträger etwas anderes wollen.

Und ich fürchte, dass wir in Israel uns auf eine solche Situation zubewegen. Im Augenblick wird diese Tatsache dadurch verdeckt, dass die Generäle und Scharon mehr oder weniger an einem Strang ziehen. Die Generäle drängen auf eine aggressivere Politik, und auch Scharon will eine aggressivere Politik. Aber ich bin

nicht sicher, was passieren würde, wenn wir eine andere Regierung hätten, die eine andere Politik wollte. Ob die Generäle nicht versuchen würden, die Regierung aktiv daran zu hindern, ihre Politik zu verwirklichen.

Sehen Sie in einem solchen Fall die Gefahr eines Militärputsches?

Es muss nicht ein offener Putsch sein. Das wäre natürlich die extremste Situation. Wir sollten noch einmal das türkische Beispiel heranziehen: In der türkischen Geschichte gab es Zeiten, in denen die Armee offen die Kontrolle über das Land übernommen und ein Militärregime etabliert hat. Aber es gab viel häufiger Momente in der türkischen Geschichte, wo die Armee nicht die Macht übernommen hat, sondern ihr Veto gegen die Politik der Zivilregierung eingelegt hat. Und dieses Veto haben die zivilen Entscheidungsträger akzeptiert und die politischen Vorhaben nicht verwirklicht, gegen die die Generäle sich ausgesprochen hatten.

In Israel gibt es auch eine starke Durchmischung der politischen Eliten mit dem Militär. Es gibt die verbreitete Einstellung, dass der Umstand, General gewesen zu sein, eine gute Voraussetzung ist, um Politiker zu werden. Oder auch Geschäftsmann. Und tatsächlich sind unter den Ministern, Knesset-Abgeordneten und Vorstandsmitgliedern von Unternehmen ausgesprochen viele frühere Generäle. Also: Es besteht Grund zur Besorgnis.

Israel befindet sich in einer schweren ökonomischen Krise, die auch Ergebnis der Kriegspolitik Scharons ist. Wie steht die Wirtschaft zu dieser Politik?

Die Mehrheit der israelischen Geschäftsleute ist für eine Friedenspolitik. Sie sind der Ansicht, dass der einzige Weg aus der Wirtschaftskrise darin besteht, auf die eine oder andere Weise die Konfrontation mit dem PalästinenserInnen zu beenden. Diese Konfrontation treibt die TouristInnen aus dem Land, die für die israelische Wirtschaft von großer Bedeutung sind, sie treibt ausländische InvestorInnen aus dem Land, sie fügt der israelischen Wirtschaft schwere Schäden zu, da kann es gar keinen Zweifel geben.

Die Kosten der Kriegspolitik sind enorm. Wer soll sie eigentlich bezahlen?

Wie gewöhnlich, wie in den meisten Gesellschaften, sind es die ärmeren Leute, die den Preis bezahlen müssen. Es gibt in der israelischen Gesellschaft einen ziemlich deutlichen Prozess der Polarisierung, einer immer extremeren Spaltung in Arm und Reich. Israel war früher ein Wohlfahrtsstaat, unter der Staatsführung Ben Gurions. Die Gründerväter Israels vertraten eine sozialdemokratische Ideologie und zum größten Teil auch eine sozialdemokratische Praxis.

Bis in die siebziger Jahre war die israelische Gesellschaft verhältnismäßig egalitär, der Graben zwischen Arm und Reich war verhältnismäßig schmal. Seit den Siebzigern gibt es eine ziemlich starke Tendenz, den Wohlfahrtsstaat abzuschaffen und eine ziemlich wilde, durch nichts gebremste kapitalistische Gesellschaft zu werden.

Das ist natürlich mit Entwicklungen verbunden, die es auf der ganzen Welt gibt, aber Israel war unter den ersten Staaten, die das gemacht haben, und unter den extremsten. Es ist eine Tatsache, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in Israel heute größer ist als in jedem beliebigen europäischen Land. Einige WissenschaftlerInnen behaupten, diese Kluft sei in Israel sogar größer als in den Vereinigten Staaten. Und unter Scharon wird es schlimmer und schlimmer.

Die Redaktion des Salon Rouge ist zu erreichen unter redaktion@salonrouge.de oder unter

salonrouge@gmx.net. Adresse: Salon Rouge c/o Radio FSK, Schulterblatt 23c, D-20357 Hamburg

7. Noch kein zweites Vietnam. Die Antikriegsbewegung in den USA mobilisiert Hunderttausende

Autor: Michael Hahn · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:30

An die Teilnehmerzahlen in Florenz reichten die Antikriegs-Demos Ende Oktober in Washington und San Francisco nicht heran. Aber auch dort übertrafen sie alle Erwartungen: Rund eine Viertelmillion Menschen demonstrierten am 26. Oktober in den beiden US-Großstädten gegen einen möglichen Irak-Krieg. Schon drei Wochen zuvor hatten sich landesweit mehrere Zehntausend an einem Protesttag unter dem Motto "Not in our name" beteiligt. Im ganzen Land entstehen neue Friedensgruppen, werden Vorträge, Mahnwachen und Demos veranstaltet.

Vor gut einem Jahr, zu Beginn des US-Kriegs gegen Afghanistan, hatte es in den USA nur vereinzelte kleine Protestaktionen gegeben, die größte (mit einigen tausend Leuten) Ende September 2001 im Rahmen einer Demo gegen IWF und Weltbank in Washington. Doch angesichts der patriotischen Welle nach dem 11. September fanden diese Aktionen nur wenig öffentliche Resonanz, und nach der unerwartet schnellen Vertreibung der Taliban aus Kabul war von dieser Mini-"Bewegung" bald nichts mehr zu hören. Auch der Nato-Krieg gegen Serbien 1999 stieß in den USA nur auf wenig öffentlichen Protest.

Heute drängen sich eher Parallelen zum Herbst 1990 auf, als die USA nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait mit ihren Kriegsvorbereitungen begannen. Auch damals waren die US-Eliten geteilter Meinung über das beste Vorgehen, und im Kongress erhielt Präsident George Bush Senior nur knappe Mehrheiten für einen Angriff. Kurz nach Kriegsbeginn Mitte Januar 1991 mobilisierte die Antikriegsbewegung mehrere zehntausend Menschen zu zwei miteinander konkurrierenden Demos in Washington im Abstand von einer Woche (Knackpunkt war die Frage, ob man die Annexion Kuwaits durch den Irak verurteilen sollte oder nicht) - und fiel im Februar 1991 angesichts der militärischen Erfolge des US-Militärs schnell in sich zusammen.

Im Unterschied zu 1991 kann die Antikriegsbewegung diesmal bereits vor Beginn der Kampfhandlungen Massen mobilisieren. Der erste öffentliche Ausdruck war die "Not in our name"-Initiative im vergangenen Juni. Diesen wortgewaltigen, fast poetischen Aufruf haben bisher mehrere tausend US-AmerikanerInnen unterschrieben, darunter etliche prominente Kunstschaffende und WissenschaftlerInnen. Die Bewegung ist keineswegs so grauhaarig und desorientiert, wie sie kürzlich im Spiegel porträtiert wurde ("Das letzte Aufgebot", Nr. 48/02). So demonstrierten in Manhattan kürzlich mehrere tausend SchülerInnen. Auch an den Universitäten gibt es so viele Antikriegs-Aktivitäten wie seit 30 Jahren nicht mehr. Die nächsten landesweit koordinierten Proteste sind für Mitte Januar (18.-20. Januar, Martin-Luther-Kings-Geburtstag) und für den 15. Februar geplant.

Dass die Interessen der Erdölkonzerne der eigentliche Kriegsgrund seien, diese Annahme ist in der Bewegung praktisch unumstritten ("No blood for oil"). Zudem kritisieren viele eine neue Weltordnung, in der die US-Regierung ungehindert ihre Interessen durchsetzen kann. Die (in der Regel völlig unkritische) Solidarität mit der palästinensischen Nationalbewegung gilt als selbstverständlich - die US-Linke ist schon lange stark antizionistisch geprägt. Sympathisch ist dagegen die Selbstverständlichkeit, mit der die Friedensbewegung nicht nur gegen Kriegspläne, sondern auch gegen die innenpolitischen Verschärfungen seit dem 11. September 2001 protestiert - seien es neue Überwachungsgesetze oder Repressalien gegen arabisch-stämmige Immigranten.

Zögerliche Gewerkschaften

Umstritten ist, ob UN-Waffeninspektionen und Sanktionen akzeptabel (oder gar wünschenswert) sind. Die Mehrheit der Antikriegs-Aktiven dürfte dies befürworten. Viele KriegsgegnerInnen setzen große Hoffnungen auf die Demokratische Partei - wider alle historischen Erfahrungen. Zwar stimmte Mitte Oktober etwa die Hälfte der demokratischen Abgeordneten für die Irak-Resolution des US-Präsidenten, aber eine echte Opposition ist aus dieser Ecke nicht zu erwarten. Zudem hoffen viele US-Linke auf die westeuropäischen Regierungen. Dass Schröder und andere nicht aus "Vernunft" oder gar aus "Friedensliebe" handeln (sondern eben gemäß ihrer eigenen Interessen im Rahmen der inner-imperialistischen Konkurrenz), will man nicht so richtig wahrhaben.

Auffallend wenig präsent sind bisher die US-Gewerkschaften, die ansonsten in vielen sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle spielen. Bisher haben nur einzelne Ortsverbände ausdrücklich gegen einen US-Angriff auf den Irak Stellung bezogen. Eine gewisse Ausnahme bildet New York City, wo es ein aktives gewerkschaftliches Antikriegs-Komitee gibt und wo die Krankenhausgewerkschaft (200.000 Mitglieder) im Oktober eine ganzseitige Anzeige in der New York Times veröffentlichte, in der sie für eine "friedliche Lösung im Rahmen der UN" und gegen die neue Bush-Doktrin des "Präventivkrieges" eintrat.

Selbst John Sweeney, Vorsitzender des gewerkschaftlichen Dachverbandes AFL-CIO, ging im Oktober auf vorsichtige Distanz zur Regierungspolitik. Krieg dürfe "nur die letzte Option" sein, schrieb er in einem offenen Brief an den US-Kongress. Allerdings habe "Amerika sicherlich das Recht, auch im Alleingang zu handeln, wenn wir unsere nationalen Interessen verteidigen müssen". Nicht gerade eine Antikriegs-Position, aber doch ein deutlicher Unterschied zur Situation vor einem Jahr, als der AFL-CIO den "Krieg gegen den Terror" (inklusive des Angriffs auf Afghanistan) noch ausdrücklich unterstützte - und ein glatter Gegensatz zu den 1960er-Jahren, als die meisten Gewerkschaften den US-Krieg in Vietnam bis zum bitteren Ende verteidigten (bisweilen auch mit handfesten Übergriffen auf KriegsgegnerInnen).

Das organisatorische Rückgrat der beiden bisherigen großen Antikriegs-Mobilisierungen bildeten zwei kleine kommunistische Kaderparteien. Der Aufruf "Not in our name" wurde von der maoistischen Revolutionary Communist Party (RCP) initiiert, deren deutscher Ableger die vor allem in Berlin berüchtigte RIM ist. Dank einer geschickten Bündnispolitik - und angesichts des sonstigen politischen Vakuums auf der Linken - gelang der RCP (die selbst kaum öffentlich auftrat) eine beeindruckende Mobilisierung, die sich aber wahrscheinlich so nicht wiederholen lässt.

Etwas dauerhafter angelegt ist die "International Answer Coalition" (Answer = "Act Now to Stop War and End Racism"), die kurz nach dem 11. September 2001 entstand und die die beiden Großdemos am 26. Oktober organisierte. "Answer" teilt sich Büro, Personal und Programm mit der stalinistischen Workers World Party (WWP). Deren Gründer verteidigten 1956 den sowjetischen Einmarsch in Ungarn und verließen deswegen ihre Mutterpartei, die (damals noch trotzkistische) Socialist Workers Party. 1989 bejubelte die Gruppe die blutige Niederschlagung der "Konterrevolution" auf dem Tienanmen-Platz in Peking; in den 90er-Jahren hielt man es mit Slobodan Milosevic und mit Nordkorea. Um so flexibler (bzw. opportunistischer) ist die WWP in der Innenpolitik, wo sie für die Rechte von Schwulen, Lesben und Transsexuellen ebenso eintritt, wie sie mit den afro-amerikanischen Antisemiten der "Nation of Islam" und deren Abspaltungen gemeinsame Sache macht.

Kommunistische Kader

Eine weitere Tarnorganisation der WWP (selbe Adresse) ist das "International Action Center" (IAC), das bereits seit etwa zehn Jahren aktiv ist. IAC-Sprecher John Catalinotti tritt gelegentlich auch bei deutschen FriedensfreundInnen auf (unter anderem in der Junge-Welt-Beilage vom 4. Dezember). Das wohl bekannteste Aushängeschild dieser Briefkastenfirma ist Ramsey Clark, der 1967/68 für kurze Zeit US-Justizminister war und seither einige politische Wandlungen durchgemacht hat (u.a. als Verteidiger des Rechtsradikalen Lyndon LaRouche und von Slobodan Milosevic). Die Rolle von RCP und WWP ist kein Geheimnis. Linksliberale Stimmen wie der Kolumnist David Corn von The Nation versuchen, damit die ganze Bewegung zu diskreditieren.

Am 25. Oktober, also am Vorabend der beiden großen "Answer"-Demonstrationen, gründeten VertreterInnen von (nach eigenen Angaben) mehr als 70 Organisationen ein neues Netzwerk "United for Peace", das allerdings seither nicht über eine gemeinsame Internet-Seite und Terminabsprachen hinausgekommen zu sein scheint. Dazu gehören zwar auch einige linke Kräfte (etwa die GlobalisierungskritikerInnen von "Anti-Capitalist Convergence", verschiedene trotzkistische Grüppchen oder die radikalpazifistische War Resisters League), aber es dominieren kirchliche Organisationen und NGOs (u.a. "Global Exchange"). Das "Answer"/WWP-Umfeld ist an "United for Peace" nicht beteiligt. Damit hat sich die Spaltung von 1990/91 nahezu exakt wiederholt.

Anbiederung

von rechts

Gleichzeitig gibt es einige entscheidende historische Unterschiede. Die damalige Antikriegsbewegung entstand vor dem Hintergrund einer massenhaften, auch militanten Bewegung vor allem in den Südstaaten der USA, die damals die sozialen Verhältnisse wirklich zum Tanzen brachte und den Alltag von Millionen von Menschen radikal veränderte: die Bürgerrechtsbewegung (und später die Ghetto-Aufstände in den nördlichen Großstädten). Solch ein gesellschaftlicher Aufbruch fehlt heute.

Außerdem galt damals die Wehrpflicht. Der Vietnamkrieg betraf deswegen einen ungleich größeren Anteil der US-Bevölkerung unmittelbar. Am Ende waren es (neben der Protestbewegung) der jahrelange vietnamesische Widerstand, die 60.000 getöteten US-Soldaten und die zunehmende Rebellion und innere Auflösung der US-Truppen, die die Nixon-Regierung schließlich zum Abzug zwangen.

Ein solch längerer und verlustreicher Krieg ist gegen den Irak aber kaum zu erwarten. Und trotz sinkender Zustimmung zu einem US-Alleingang in den einschlägigen Umfragen sind wohl eher die Widersprüche innerhalb der Eliten um die Frage entscheidend, ob eine militärische Auseinandersetzung mit dem Irak wirklich "den amerikanischen Interessen" dient, wie groß das Risiko einer Destabilisierung der gesamten Region ist, ob eine "Nachkriegsordnung" finanzierbar (und von den USA kontrollierbar) ist, was das Ganze für den "Anti-Terror-Krieg" bedeutet etc. Diese Widersprüche werden auch mit erstaunlicher Offenheit in den Medien, in Think-Tanks und in Strategiezeitschriften ausgetragen.

Im Unterschied zu den Zeiten des Vietnamkriegs gibt es diesmal auch eine rechte Opposition gegen den Krieg - auch "auf der Straße". Manche Rechten versuchen auch eine Anbiederung an die "linke" Friedensbewegung. Eine "Left-Right" Webseite sammelt Kommentare aus beiden Lagern. Und der ehemalige republikanische Präsidentschaftskandidat Pat Buchanan, ein klarer Antisemit, hat im Sommer eine neue Zeitschrift (The American Conservative) gegründet, die ausdrücklich einer solchen "gemeinsamen" Opposition gegen das "American Empire" gewidmet ist. Die Titelgeschichte der Ausgabe vom 2. Dezember war ein elf-seitiges Interview mit dem eigentlich der Linken zuzurechnenden Romanautor Norman Mailer über "Iraq, Israel and why he is a Left-Conservative" - ein "Cross-over", das für den glühenden Antikommunisten Buchanan noch vor kurzem undenkbar gewesen war. Buchanan ist allerdings einer der wenigen Rechten, die bereits 1990 gegen den damaligen Golfkrieg Stellung bezogen (weil sich die USA damals angeblich "israelischen und jüdischen Interessen" untergeordnet hätten), und der sich damit brüstet, 1999 bei den Anti-WTO-Protesten in Seattle dabei gewesen zu sein.

Manche Linke, wie der bekannte Kolumnist Alexander Cockburn (Counterpunch, The Nation), begrüßen dies: "If the left could reach out to this right (...), then we would really have something" (L.A. Times, 11.11.02). Wie sich die Bewegung als ganzes zu den rechten Cross-over-Versuchen verhalten wird, muss sich erst noch zeigen. Klar ist, dass sich ein solches Bündnis verbietet, wenn man - zumindest als Fernziel - eine der Lieblingsparolen der aktuellen Antikriegs-Bewegung ernst nimmt: "Regime change begins at home".

Michael Hahn

Internet-Adressen:

www.notinourname.net

www.internationalanswer.org

www.unitedforpeace.org

www.nowarblog.org ("left-right")

8. Ein Gangster ist schlimm, zwei Gangsterbanden nicht besser. Winfried Wolf über einen kommenden Irakkrieg und die Rolle Deutschlands

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:17

Salon Rouge: Als vor einem Jahrzehnt schon einmal Krieg gegen den Irak geführt wurde, lautete die Parole der Friedensbewegung "Kein Blut für Öl". Wäre es diesmal wieder richtig, diese Parole zu verwenden? Steht diesmal wieder das Öl im Mittelpunkt des Kriegs?

Winfried Wolf: Ja, sicher, wobei ich den Slogan zwar damals geteilt habe, aber heute etwas vorsichtiger bin, weil er doch etwas nach Blut und Boden riechen könnte. Dennoch ist richtig: In diesem Krieg, der droht und der wohl kommen wird, ist das Öl eindeutig die Haupttriebkraft.

Unter dem Irak liegen rund 14 Prozent der weltweiten Erdölvorkommen. Der Irak ist hinter Saudi-Arabien das Land mit den zweitgrößten Ölreserven der Welt. Es gibt sogar einen speziellen Faktor, die so genannte Ökonomie des letzten Tropfens. Das soll besagen: Die Reserven im Irak sind noch dermaßen wenig erschlossen und liegen dermaßen tief, dass man erwartet, diese Reserven werden am längsten reichen bei der Ressource Nummer eins.

Nach dem zweiten Golf-Krieg und dem Afghanistan-Krieg ist dies nun schon der dritte Krieg um Öl. Wieso werden diese Kriege erst jetzt geführt und nicht schon vor 20 oder 30 Jahren - schließlich brauchten die Industriestaaten auch damals schon Öl?

Das hat sicherlich mit der Wende zu tun, die 1989/90 eingetreten ist. Damals ist das Gleichgewicht des Schreckens weggefallen, das auch kein angenehmer Zustand war - und ein brandgefährlicher dazu. Seit damals ist die relative Hegemonie der US-amerikanischen Militärmaschine zu einer absoluten Hegemonie geworden. Die Tendenz, Krieg als ganz normale Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu begreifen, was ja die normale Tendenz im Kapitalismus war und ist, ist viel deutlicher jetzt, weil die USA einen viel größeren Abstand zum Rest der Welt haben und ihre neue Weltordnung viel eher konkret umsetzen und mit militärischen Mitteln untersetzen können - die "New World Order", die George Bush senior im Golfkrieg 1990/91 proklamiert hat. Insofern gibt es eine Logik, vom Golfkrieg 1990/91 über den Balkankrieg 1999 und den Afghanistankrieg zum Irakkrieg zu kommen: Das ist eine innere Logik der Steigerung dieser Aggressivität, die aber nicht eine primär persönliche von George W. Bush ist, sondern eine Aggressivität, die in der Logik des Kapitals inbegriffen ist.

Warum will sich die deutsche Regierung nicht an diesem Krieg beteiligen? Was Öl und Einfluss in der Region angeht, hat Deutschland doch ganz ähnliche Interessen wie die USA.

Es gibt offensichtlich in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Positionen im Machtapparat, das heißt im Militärapparat, im Bereich der Konzerne und Banken und bei der Regierung. Ich weise darauf hin, dass wir kriegsbeteiligt sind: Es sind bereits 3.900 Bundeswehrsoldaten in der Region von Somalia, von Kuwait, am Horn von Afrika stationiert - das heißt, wo der Krieg dann teilweise stattfinden wird.

Der Begriff "deutscher Weg" und die Rede davon, dass es keine deutsche Beteiligung gebe, hat aber auch damit zu tun, dass die Trauben als süß deklariert werden, aber zu hoch hängen. Das soll heißen, die deutsche Seite erkennt: Die USA wollen ähnlich wie in Afghanistan einen Krieg auf eigene Rechnung führen, und es ist nicht zu erwarten, dass ein Teil der Kriegsbeute - also Kontrolle über Öl und über Ölwege - den Deutschen als Konkurrenz zu den USA zufallen würde.

Es ist also ziemlich klar, dass die USA allein oder zusammen mit Großbritannien, vielleicht noch zusammen mit Italien und vielleicht sogar noch zusammen mit Frankreich, die Beute teilen wollen, aber die Deutschen sollen daran nicht beteiligt werden.

Und das hat zu tun mit der Geschichte des irakischen Öls: Die Iraq Petrolium Company (IPC) wurde Anfang der 70er-Jahre verstaatlicht; sie war bis dahin in britischem, niederländischem und US-amerikanischem Besitz.

Das war die Company, die das gesamte irakische Öl gefördert hat. Sie wurde damals verstaatlicht von der Baath-Regierung, deren Chef später Saddam Hussein wurde. Es gab dann einen Deal der internationalen Öllobby, dass sie die Verstaatlichung mehr oder weniger akzeptiert, aber entsprechend gute Lieferkonditionen für irakisches Öl ausgehandelt hat.

Wenn die USA Bagdad besetzen und eine neue Marionettenregierung einsetzen werden, dann werden sie selbstverständlich die Interessen der internationalen Ölkonzerne bedienen. Unter denen gibt es keine deutschen, aber britische und US-amerikanische: British Petroleum, Standard Oil und Shell. Und IPC dürfte wieder auferstehen, die bisher nationalisierte Ölindustrie übernehmen und neu Öl fördern auf eigene Rechnung. Da sind die Deutschen, so weit ich weiß, nicht mit im Spiel, es gibt keinerlei Absprachen dahingehend.

Das geht ja auch so weit, dass sogar die Russen momentan eingekauft werden sollen. Die Russen sagen: Sie sind bereit, im UN-Sicherheitsrat auf ein Veto gegen einen kommenden Krieg zu verzichten, wenn die Verträge, die russische Ölfirmen mit Saddam Hussein abgeschlossen haben, nach dem Krieg ihre Gültigkeit behalten, Ölverträge über konkrete Fördermengen, über konkrete Liefermengen, über konkrete Abgabepreise und so weiter. Und die USA neigen dazu, die Russen damit einzukaufen, das mögliche russische Njet im Sicherheitsrat so abzuwehren und sie einzubinden in diesen gemeinsamen Krieg der Völker-Kriegsgemeinschaft gegen den Irak.

Welche Rolle spielen die militärischen Ambitionen Deutschlands und der EU bei der Entscheidung, sich an diesem Krieg nicht zu beteiligen? Teile der Linken hier zu Lande haben ja ein ausgesprochen unkritisches Verhältnis gegenüber den Bestrebungen, einen EU-Militärblock zu bilden, der unter deutscher Führung stehen würde.

Ich bin dankbar für die Frage - einfach deswegen, weil wir in Deutschland natürlich bei allem richtigen Getöse über die Macht der US-amerikanischen Militärmaschine nicht vergessen dürfen, dass der Feind im eigenen Land steht und dass die Aufrüstungsprojekte in der Europäischen Union - Stichwort Eurofighter, Stichwort Galileo-Satellitenprogramm, Stichwort Militärtransporter A400M - in genau die gleiche Richtung weisen wie die US-Politik. Nur dass wir eben zehn, fünfzehn Jahre hinterherhinken.

Das deutsche Kaiserreich hinkte Anfang des 20. Jahrhunderts zehn, fünfzehn Jahre hinter den Briten her und war trotzdem in der Lage, 1914 einen Weltkrieg auf eigene Rechnung vom Zaun zu brechen. In ähnlicher Weise hinkt die Europäische Union heute zehn, fünfzehn Jahre hinter der Rüstungspolitik der USA her, hat aber durchaus vergleichbare Rüstungsprogramme. Und sie will vor allem mit diesen Rüstungsprogrammen und der neuen Eingreiftruppe von fünfzig-, sechzigtausend Mann, die aufgestellt werden soll, in Zukunft Kriege auf eigene Rechnung und für eigene Ziele führen können - unabhängig von der NATO und den USA.

Insofern meine ich, dass die Politik falsch ist, die bei uns sagt, man müsse gegen die Unipolarität der jetzigen Weltordnung eine Bipolarität aufbauen, und man müsse auch durchaus unterstützen, dass die Europäische Union "auf eigenen Beinen stehe", "ein eigenes Wort mitreden", "eine eigene Sprache spreche" oder eine "Verteidigungsidentität" bekomme. Falsch, weil es schlimm ist, wenn ein Gangster die Welt beherrscht in dieser neuen Weltordnung à la USA, aber keineswegs besser, wenn zwei Gangsterbanden sich gegenseitig Kriege liefern und gemeinsame Interessen gegen den Rest der Welt haben. Insofern meine ich, dass wir ganz klar sagen müssen: Wir bekämpfen den Militarismus international, das heißt ganz konkret auch im eigenen Land und in der Europäischen Union.

Gegen den wahrscheinlich bevorstehenden Krieg gibt es in Deutschland eine breite Ablehnung, aber zumindest die Medien lehnen ihn nicht aus prinzipiellen Gründen ab. Krieg ist mittlerweile anerkanntermaßen ganz normales Mittel der Politik. Das war vor einiger Zeit noch anders. Wie kam es zu diesem Bewusstseinswandel?

Ich glaube, man muss hier drei Ebenen unterscheiden. Das erste ist, was Sie richtig dargestellt haben: Krieg gilt inzwischen in der veröffentlichten Meinung im Allgemeinen als ein wieder zu akzeptierendes Mittel der Politik. Typisch auch bei den Grünen, die dazu sagen, dass entsprechend das Völkerrecht "weiterentwickelt" werden muss. Im Grunde müsste man sagen: zurückentwickelt in Richtung Faustrecht.

Das hat mit dem zu tun, was Volker Rühe am 21. Mai 1992 der Financial Times in London gesagt hat. Die Financial Times schrieb damals: "Der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe hält eine Verfassungsänderung binnen eines Jahres für möglich, damit deutsche Truppen endlich bei UNO-Missionen überall zur Friedenssicherung ohne geographische Beschränkungen eingesetzt werden können. Er gesteht jedoch ein, dass es dann noch zehn Jahre dauern kann, bis deutsche Truppen auch bei anderen Aktivitäten einschließlich Kampfeinsätzen weltweit eingesetzt werden können."

Wir schreiben jetzt 2002, zehn Jahre sind vorbei, und exakt diese Prophezeiung ist eingetreten. Er hat sogar übertrieben - man brauchte dazu keine Grundgesetzänderung, die Verfassungsrichter in Karlsruhe haben gesagt, es geht auch ohne. Der Satz "Die Bundeswehr ist zur Verteidigung da" kann so ausgelegt werden, dass wir zum Beispiel am Panamakanal oder in Kabul die Freiheit verteidigen. Das ist heute weitgehend durch, die veröffentlichte Meinung sagt, dass Kriege eben eigentlich Teil der Politik sind, man muss nur gucken, um welche Kriege es sich gerade handelt.

Der zweite Aspekt ist, dass da, wo Kriege deutschen Interessen entsprechen, ganz offensiv gepowert wird. Das war ganz eindeutig so beim Balkankrieg 1999, dem Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, den 98 Prozent der Medien unterstützt haben. Jetzt beim Irakkrieg gab es eine Wende im vergangenen halben Jahr, auch schon ein bisschen im Afghanistankrieg, dass einige Zeitungen diese Kriege kritisiert haben. Aber nicht von einem prinzipiellen Standpunkt, also nicht vom Standpunkt der UNO-Charta aus, wo ja schon die Androhung von Krieg verboten ist, sondern vom Standpunkt des Utilitarismus, der Nützlichkeit, aus.

Das heißt, es wird gesagt, dass bestimmte Kriege zunehmend vor allem den USA nützen und damit für die deutschen Exportinteressen schädlich sein könnten, und dass andere Kriege im deutschen Interesse sind: dort, wo die Deutschen an der Beute richtig beteiligt sind und wo es neue Märkte gibt, wie auf dem Balkan.

Die dritte Ebene, die ich unterscheiden würde, ist die der öffentlichen Meinung auf den Straßen. Da gab es auch eine interessante Entwicklung: Im Golfkrieg 1990/91 sind, so weit ich weiß, nie mehr als 30, 40 Prozent gegen den Krieg gewesen. Es waren viele auf den Straßen, aber die öffentliche Meinung war überwiegend neutral: Es war ein UNO-Krieg, ein Krieg wegen Völkerrechtsbruch, Einmarsch in Kuwait und so weiter. Im Balkankrieg 1999 waren bereits zwischen 40 und 45 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland gegen diesen Krieg. Im Afghanistankrieg war es dann eine eindeutige Mehrheit von 55 bis 60 Prozent, die gegen diesen Krieg und gegen eine Bombardierung war. Und jetzt im Falle Irak sind bis zu 70, 80 Prozent der Menschen gegen einen möglichen Krieg. Wobei ich zugebe, dass bei diesen hohen Mehrheiten natürlich zusammenkommt, dass ein Teil der bürgerlichen Klasse in Deutschland, ein Teil der Konzerne und Banken auch diesen Krieg nicht unbedingt will, weil er das Gefühl hat, das dient nur der Etablierung und Ausweitung der US-amerikanischen Vorherrschaft. Es mischt sich also eine Art moralische Stimmung gegen den Krieg mit einer taktischen Stimmung in Teilen der herrschenden Klasse.

Interview: Redaktion des Salon Rouge im Freien Sender Kombinat (FSK) Hamburg

9. Rhein-Main-Airport + Hahn = Ramstein + Spangdahlem. Die West-Pfalz soll zum globalen Sprungbrett der US-Air-Force werden

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:20

Durch eine große Rocharde soll in den nächsten Jahren in Rheinland-Pfalz der größte US-Luftwaffenstützpunkt außerhalb der USA entstehen. Die US-Air-Force soll den militärischen Teil des Rhein-Main-Airport räumen und damit Platz für die Erweiterung des zivilen Teils schaffen. Im Gegenzug sollen die Stützpunkte Ramstein und Spangdahlem ausgebaut werden.

Ende November haben die Ministerpräsidenten von Hessen und Rheinland-Pfalz, Roland Koch (CDU) und Kurt Beck (SPD), einen Kooperationsvertrag über die Weiterentwicklung des Hunsrück-Flughafens Hahn unterschrieben. Auf dem ehemaligen Militärflughafen, der durch die Billigfluglinie Ryanair mittlerweile einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht hat, wird seit einigen Jahren eine jährlich steigende Anzahl von Passagieren abgefertigt. Nun sollen die 120 km voneinander entfernt liegenden Flughäfen Frankfurt am Main und Hahn zu einem gemeinsamen Airport-System verknüpft werden.

Dass der ehemalige Militärflughafen Hahn bald Deutschlands größten Zivilflughafen entlasten soll und dieses Vorhaben gleichzeitig in Zusammenhang steht mit dem geplanten Ausbau von zwei US-Luftwaffenstützpunkten in Deutschland - das mag auf den ersten Blick nicht ersichtlich sein, ist aber schnell erklärt: Die hessische Landesregierung möchte, dass die Nachtflüge von Frankfurt am Main nach Hahn verlegt werden und gleichzeitig ein Ausbau von Deutschlands größtem Flughafen stattfindet.

US-Stützpunkt

mit globaler Bedeutung

Voraussetzung für die geplante Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens ist aber der Ausbau der vom US-Militär genutzten Flugplätze Ramstein und Spangdahlem in Rheinland-Pfalz. Denn die US-Air-Force will ihr wichtigstes Sprungbrett in den Nahen und Mittleren Osten, den militärischen Teil des Rhein-Main-Airports, erst dann räumen, wenn sie über einen adäquaten Ersatz verfügt. Die Räumung der Air-Base Rhein-Main durch das US-Militär ist wiederum Voraussetzung dafür, dass die Frankfurter Flughafenbetreibergesellschaft Fraport auf dem frei gewordenen Gelände mit dem Bau eines im Rahmen einer Erweiterung notwendigen, dritten Terminals beginnen kann.

Damit Ramstein und Spangdahlem als Ersatz für Rhein-Main überhaupt in Frage kommen, ist an beiden Standorten eine Verlängerung der Start- und Landebahnen erforderlich. Schließlich sollen zukünftig über diese beiden Standorte die Starts und Landungen der riesigen US-Transportflugzeuge vom Typ "Galaxy" abgewickelt werden.

Bisher haben Ramstein und Spangdahlem vor allem beim Einsatz von Kampfflugzeugen eine wichtige Rolle gespielt. Dieser Umstand veranlasste das Antifaschistische Aktionsbündnis Kaiserslautern zu einer entsprechend kritischen Würdigung: Die "Geschichte" der Air-Base zeige, dass es sich um eine "internationale Anlage" handelt - zumindest, was deren Bedeutung für Kriege der Vergangenheit anbelangt: "Von Vietnam bis zur ‚Operation Desert Shield`, dem Überfall auf den Iran im Jahre 1980 - von den Bombardierungen der libyschen Städte Tripolis und Bengasi im Jahre 1986 - von ‚Desert Storm`, Angriff auf den Irak 1991, über ‚Shining Hope`, Angriff auf Jugoslawien 1999, bis ‚Enduring Freedom` in Afghanistan".

Ramstein, Sitz des europäischen Hauptquartiers der US-Luftwaffe, würde nach einem Ausbau mehr denn je zum zentralen Dreh- und Angelpunkt des US-Militärs für Militärinterventionen in Nordafrika oder Asien; Spangdahlem ist als Reserveflughafen vorgesehen.

Bis zum 31. Dezember 2005 sollen Ramstein und Spangdahlem ausgebaut und die Air-Base Rhein-Main geräumt sein. Fraport will bis 2006 eine neue Landebahn in Frankfurt am Main in Betrieb nehmen. Jährlich sollen dann mehr als 600.000 Flüge, nach Befürchtungen von Bürgerinitiativen möglicherweise gar bis zu einer

Million, über Rhein-Main abgewickelt werden, um den Flughafen in seiner Position als einer der weltweit führenden Flugdrehscheiben zu festigen. Sollten dann noch Krisen- und Kriegszeiten mit einer stark ansteigenden Zahl von militärischen Flügen hinzukommen, wird es ganz sicher "voll" und laut über der West-Pfalz und dem Rhein-Main-Gebiet.

Zur letzten Sitzungswoche des rheinland-pfälzischen Landtages in diesem Jahr mussten sich die Abgeordneten den Weg ins Parlament an Protestschildern vorbei bahnen. "Nein zum Krieg" und "Kein Flughafenausbau" prangte ihnen von Schildern und Transparenten am Eingang des Landtages entgegen. BürgerInnen aus Binsfeld, einer Anrainergemeinde der US-Air-Base Spangdahlem (Eifel), und Mitglieder des Trierer Bündnis gegen Krieg hatten sich auf den Weg nach Mainz gemacht. Dort übergaben sie knapp 1.500 Unterschriften. "Angesichts der Tatsache, dass wir diese Unterschriften in nicht mal sechs Wochen zusammen hatten und hier sowohl Anti-Kriegs-Protest formuliert als auch der Stopp der Flughafenerweitungsvorhaben gefordert wird, ist die Zahl ganz sicher ein Erfolg", erklärt Markus Pflüger, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Frieden (AGF) aus Trier.

Unterschriften gegen den Ausbau

Das Bündnis gegen Krieg hatte zuletzt harsche Kritik an der Politik der rheinland-pälzischen SPD-FDP-Landesregierung geübt. Mit der Bereitstellung finanzieller Mittel für den Ausbau der zwei Luftwaffenstützpunkte Ramstein und Spangdahlem unterstütze Mainz Aufrüstungspläne des US-Militärs. Dabei werde keine Rücksicht auf die Schädigung der AnwohnerInnen durch gesundheitliche Risiken sowie auf die kriegspolitische Bedeutung der Erweiterung genommen.

Auf Forderung von Friedensgruppen, dem US-Militär die Nutzungsrechte der in Deutschland befindlichen Air-Basen für ihre Kriegsvorbereitung am Golf zu verweigern, hat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck inzwischen reagiert. Die Nutzung der Militärbasen in Deutschland sei im NATO-Truppenstatut geregelt, und davon betroffen seien auch die nun kritisierten Nutzungs- und Überflugsrechte, so Beck. Ähnliche wie in Berlin heißt es in Mainz, es sei ein "Gebot der Bündnissolidarität und der gemeinsamen Sicherheit", sich an die Verpflichtungen des Abkommens zu halten.

Scheinbares Entgegenkommen signalisierte die rheinland-pfälzische Landesregierung beim Thema möglicher Gesundheitsgefährdungen durch den NATO-Treibstoff "Jet Propellant 8" (kurz: JP-8). Doch statt der zunächst angekündigten Untersuchung ist inzwischen klar, dass es nur eine interne Durchsicht bisher vorliegender Papiere gegeben hat. Auf Anfrage erklärte Ende November der zuständige Mitarbeiter im Umweltministerium, Dr. Arnold Heerd, es werde in der Nähe der beiden US-Air-Basen Spangdahlem und Ramstein in nächster Zeit Luftmessungen geben. Laborproben oder ähnliche Untersuchungen seien augenblicklich nicht vorgesehen.

Der Hintergrund: In den letzten Wochen hatten sich besorgte Anfragen von rheinland-pfälzischen BürgerInnen gehäuft, die in der Nähe der US-Luftwaffenstützpunkte wohnen. Aufgeschreckt sind sie von Meldungen, wonach der von der NATO eingesetzte Treibstoff stark Krebs erregend ist. Seit über zehn Jahren ist JP-8 als NATO-Treibstoff im Einsatz. Die genaue Zusammensetzung unterliegt der Geheimhaltung. Nach Ansicht der medizinischen Fachzeitschrift New Scientist enthält der sowohl in Militärflugzeugen als auch in Panzern und LKWs eingesetzte Treibstoff Substanzen, die bei Tierversuchen schwere Gesundheitsschädigungen zur Folge hatten: Tumore, Missbildungen und Fehlgeburten. Der renommierte Toxikologe Otmar Wassermann, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Umweltstiftung, hält es für möglich, dass JP-8 das hochgiftige 1,2-Dibromethan enthält. Die Geheimhaltung der genauen Zusammensetzung des Treibstoffs durch das US-Militär nennt Wassermann eine "menschenverachtende Arroganz".

In einer Reaktion auf Presseberichte, in denen die Befürchtungen Wassermanns und anderer Fachleute aufgegriffen worden waren, verwies das Mainzer Umweltministerium u.a. auf Angaben der zuständigen Wehrbereichsverwaltung West in Wiesbaden. Diese hat im Zusammenhang mit der flugtechnischen Genehmigung und dem beantragten Ausbau der beiden US-Luftwaffenstützpunkte erklärt, von der Verwendung von JP-8 gehe nach bisherigem Kenntnisstand keine Gesundheitsgefahr für AnwohnerInnen der Flugplätze aus. Eine Ansicht, die von Dr. Heerd im Mainzer Umweltministerium geteilt wird. JP-8 sei ein Massenprodukt, das in allen Flugtreibstoffen in fast identischer Zusammensetzung in Gebrauch sei. "Hier gibt es ein sehr stringentes, internationales Regelwerk, was in diese Treibstoffe überhaupt hereinkommen darf". Die Spezifikation dieser Treibstoffe sei mehr oder weniger bekannt.

Hochgiftiges NATO-Benzin

Der Berliner Umweltprofessor Knut Krusewitz, der einen gegen den Ausbau klagenden Anwohner in Spangdahlem berät, reagiert auf diese Behauptung mit einer nahe liegenden Frage: Wenn der Stoff angeblich so harmlos sei, könnte das Umweltministerium doch eine unabhängige Labor-Untersuchung in Auftrag geben. Solange es entsprechende Hinweise gebe, dass JP-8 Additive enthalte, die im normalen Kerosin nicht enthalten seien, geht Krusewitz jedenfalls davon aus, dass der Treibstoff gesundheitsgefährdend sei. Er bezieht sich dabei auf Erkenntnisse des US-amerikanischen Toxikologen Mark Witten von der Universität Tuscon im US-Bundesstaat Arizone. Ihn zitierte New Scientist im letzten Jahr mit den Worten, JP-8 habe bei Tierversuchen mit Mäusen deren Immunsystem "völlig zerstört". Ihm sei kein Stoff bekannt, der die Abwehrkräfte so gründlich schädige.

Solche Meldungen scheinen mittlerweile auch in den USA die Menschen aufzuschrecken. So verlangt Harry Reid, Senator in Nevada, die Herausgabe von Dokumenten zu den Vorgängen rings um die Fallon Air-Base, einem großen Luftwaffenstützpunkt in dem US-Bundesstaat. Die Nachricht, dass 14 Kinder in der Nähe des Militärflughafens an Leukämie erkrankt sind und dies mit einer undichten Pipeline im Zusammenhang stehen könnte, hat dort für große Unruhe unter der Bevölkerung gesorgt.

Das Pentagon hat unterdessen Studien in Auftrag gegeben, die einen Zusammenhang zwischen dem Einsatz von JP-8 und dem so genannten Golfkriegs-Syndrom untersuchen sollen. Ob die Ergebnisse der Studie allerdings jemals das "Licht der Öffentlichkeit" erblicken werden, scheint angesichts der bisherigen Praxis eher unwahrscheinlich zu sein.

Thomas Klein

10. NATO-Gipfel in Prag: Schöne Bescherung für Interventionisten

Autor: Christopher Steinmetz · Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:32

Die NATO erfindet sich neu und in immer kürzeren Zeitabständen. Auch diesmal, im Vorfeld des Prager NATO-Gipfels, wurde die Öffentlichkeit wieder darauf eingeschworen, einem epochalen Schritt beizuwohnen, der das Überleben der NATO sicherstellen soll. Dieses Mal kam eine Modernisierung heraus, die vor allem auf der Ausweitung der Befugnisse und Kompetenzen beruht: mehr Mitgliedsstaaten, größerer Einsatzradius, mehr Rechtfertigungsspielraum für Interventionen, schnellere Einsatzfähigkeit.

Ursprünglich sollte in Prag die zweite Runde der NATO-Osterweiterung im Mittelpunkt stehen. Nachdem allerdings klar wurde, dass nur wenige Anwärterstaaten alle Punkte des Beitrittskataloges erfüllen würden und gleichzeitig keine gravierenden Vorbehalte aus Russland gegenüber der Osterweiterung zu erwarten waren, entschied sich die NATO für den "Großen Knall": Von den zehn Kandidaten blieben am Ende nur Albanien, Kroatien und Mazedonien vor der Tür. Die restlichen sieben Staaten, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien, werden dagegen auf dem NATO-Gipfel in Washington 2004 offiziell aufgenommen.

Statt der NATO-Osterweiterung dominierten insofern andere Themen den Prager NATO-Gipfel: das neue "Nationale Strategische Konzept" der USA, die Konsequenzen der Reform der US-Kommandostruktur sowie das stärkere Interesse der USA an einer Beteiligung der NATO bzw. der NATO-Staaten im Rahmen der "Terrorismusbekämpfung".

Bereits im Mai 2002 hatten die NATO-Außenminister in Reykjavik die Neuausrichtung des Militärbündnisses verkündet: "Um das gesamte Einsatzspektrum abdecken zu können, muss die NATO in der Lage sein, Einsatzkräfte aufzustellen, die schnell dorthin verlegt werden können, wo man sie braucht." Diese Passage aus dem damals verabschiedeten Kommuniqué gilt seitdem als NATO-Konsens über die uneingeschränkte Einsatzmöglichkeit von NATO-Einheiten außerhalb des Bündnisgebietes. Folgerichtig wurde dann auch in Prag eine ähnliche Passage von den Staats- und Regierungschefs übernommen: Die "NATO muss in der Lage sein, Einsatzkräfte aufzustellen, die schnell dorthin bewegt werden können, wo auch immer sie benötigt werden". (1)

Ausweitung des NATO-Mandats

Ebenfalls in Prag gebilligt wurde der vom Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses, General Harald Kujat, am 27. September vorgelegte Entwurf für das "Military Concept for the Defence against Terrorism". Die Details sollen bis Juni 2003 ausgearbeitet werden. Das Konzept sieht vor, dass militärische Pläne zur Abschreckung vor und zur Abwehr von terroristischen Angriffen für den Bündnisfall erarbeitet werden, ebenso wie "Verteidigungsoptionen" gegen Angriffe (einschließlich unmittelbar bevorstehender) auf NATO-Streitkräfte, die sich im Einsatz befinden.

Politisch wurde auf dem Prager NATO-Gipfel also der Boden bereitet für eine zukünftige Selbstmandatierung der NATO bei der präventiven "Terrorismusbekämpfung" sowie bei der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen. Bis zum nächsten Gipfel werden die entsprechenden Arbeitsgruppen nun versuchen müssen, dies in Einklang mit den NATO-Verträgen sowie den nationalen Gesetzen zu bringen. Auch wenn die vertraglichen Voraussetzungen für eine globale "Terrorismusbekämpfung" also gegenwärtig im Detail noch nicht gegeben sind, will sich die NATO schon jetzt entsprechende Einsatztruppen zulegen. Anlässlich des Treffens der NATO-Verteidigungsminister in Warschau präsentierte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld am 25. September den entsprechenden amerikanischen Vorschlag: die "NATO Response Force" (NRF). Das Grundkonzept fand Eingang in die Prager Gipfelerklärung.

Im Wesentlichen sieht das NRF-Konzept vor, dass die NATO-Staaten bis 2006 eine ungefähr 21.000 Soldaten umfassende Eingreiftruppe aufstellen, die innerhalb von 5 bis 30 Tagen weltweit einsatzbereit ist und etwa einen Monat ohne Unterstützung durchhalten kann. Die NRF soll aus festen nationalen Kontingenten aller Teilstreitkräfte bestehen, die jeweils spezifische Fähigkeit einbringen sollen. Im Rotationsprinzip soll jedes

Kontingent dann sechs Monate in Bereitschaft bleiben, d.h. für andere Zwecke unter Umständen nicht verfügbar sein. Dies bedeutet auch, dass der tatsächliche Personalbedarf für die NRF bei mindestens 60.000 Soldaten liegen wird, da üblicherweise einer Einheit sowohl eine Vorbereitungsphase wie auch eine "Erholungsphase" zugestanden wird. Daneben soll die Marinekomponente etwa 5-7 Schiffe umfassen und die Luftwaffenkomponente in der Lage sein, 200 Einsätze pro Tag durchzuführen. Laut Rumsfeld soll die NRF konzipiert sein als unabhängige Einheit für Kriseneinsätze (z.B. Evakuierungsoperationen), als "proactive" Einheit zur Abschreckung und als Vorhut für größere Einsätze wie im Kosovo.

NATO- und/oder EU-Interventions-

strukturen?

Nach dem Prager Gipfel sieht es so aus, als sei die NATO noch deutlicher als zuvor zu einem amerikanischen "Partner bei Bedarf" gemacht worden, der als politisches Feigenblatt für US-Interventionen dienen soll. Mit Prag beansprucht die NATO nun jedenfalls endgültig eine globale Rolle. NATO-Generalsekretär Georg Robertson bemühte sich schon einmal redlich, den Eindruck zu erwecken, dass bereits die geplante Übernahme des ISAF-Kommandos in Kabul durch ein deutsch-niederländisches Kontingent als NATO-Einsatz zu werten sei.

In jedem Fall wird die Schaffung der NRF, die Reform der Kommandostruktur und die damit verbundene vereinbarte rüstungstechnologische Modernisierung den europäischen Staaten noch einige politische und fiskalische Kopfzerbrechen bereiten - gerade auch weil die USA weiterhin auf die anderen NATO-Staaten Druck ausüben wird, den vollmundigen Ankündigungen - bei amerikanischem Bedarf - auch Taten folgen zu lassen.

Einen ersten Vorgeschmack liefert bereits der amerikanische Versuch, die NATO in einen Krieg gegen den Irak ohne UN-Mandat einzubinden. Am Ende wurde in einer separaten Resolution doch nur die Unterstützung der UN-Bemühungen verkündet. Verteidigungsminister Struck gab dann auch gleich bekannt: "Eine Bündnisverpflichtung steht im Zusammenhang mit dem Irak nicht zur Debatte". (Die Welt, 22.11.02) Was er nicht sagte, ist, dass dies nach neuer Auslegung des NATO-Vertrags aber bald der Fall sein könnte. Gerade die Bundesregierung war im Vorfeld bestrebt, die Implikationen, die sich aus der NRF für das Grundgesetz ergeben, tief zu hängen. Immer wieder betonte Außenminister Fischer, dass vor einem Einsatz der NRF erst der Nordatlantikrat im Konsens zustimmen muss und bei den Planungsprozessen die Bestimmungen der nationalen Verfassungen berücksichtigt werden müssen.

Davon unabhängig - denn im Notfall können die USA auch alleine Krieg führen - dürfen sich die USA in zweierlei Hinsicht zufrieden zurücklehnen. Mit Prag haben sie ihre Definitionsmacht für die NATO-Struktur und die zukünftige Modernisierung behauptet. Wie bei einem militärischen Gelöbnis nahmen die USA das Bekenntnis von neun NATO-Staaten entgegen, ihre Verteidigungsausgaben im nächsten Jahr zu erhöhen. Denn sie wissen, dass das - nach jetzigem Stand der Vereinbarungen - für die europäischen Staaten auf eine Adaption amerikanischer Standards und Waffensysteme hinausläuft. Außerdem ist es den USA erneut gelungen, den Aufbau eigenständiger europäischer Planungsfähigkeiten und Festlegungen auf europäische Beschaffungsvorhaben zu verhindern.

Die Entscheidungen der NATO-Mitgliedsstaaten in Prag, von denen immerhin zwölf gleichzeitig Mitglied der EU sind, werfen ein neues Licht auf die Zukunft der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Immerhin wurde auf den EU-Gipfeln in Helsinki, Nizza und Laeken der Aufbau einer Europäischen Eingreiftruppe (European Rapid Response Force/ERRF) und eine entsprechende militärische Aufrüstung beschlossen. Die in Prag beschlossene NRF wirft nun allerdings die Frage auf, ob es überhaupt noch einen Sinn macht, an dem Aufbau der ERRF festzuhalten. Entgegen den Beteuerungen der PolitikerInnen sind NRF und ERRF nämlich durchaus Konkurrenten um die gleichen knappen Ressourcen. Denn mit der NRF hat die NATO nun auch eine Einsatztruppe für Teile des unteren Interventionsspektrums zur Verfügung, die gleichzeitig nahtlos ausbaufähig für größere Kriege ist und global eingesetzt werden kann. Zudem wird die NRF einen bevorzugten Zugriff auf die modernsten europäischen Einheiten besitzen.

Gemeinsam ist beiden Interventionsmodellen, dass von den europäischen Staaten erhebliche Investitionen erwartet werden - auch wenn RegierungsvertreterInnen wie z.B. Verteidigungsminister Struck andauernd behaupten, dass dadurch keine Mehrausgaben entstehen. Laut Struck kann der deutsche Beitrag für beide

Interventionsoptionen aus einem Topf kommen. Das muss ein großer Topf sein, denn anders als bei der ERRF müssen die NRF-Einheiten kompatibel mit den amerikanischen Waffensystemen sein. Angesichts des technischen Vorsprungs der US-Streitkräfte läuft dies auf den Kauf amerikanischer Schlüsseltechnologien hinaus.

Nun wäre es aber falsch, zu glauben, dass die europäischen Staaten - allen voran Frankreich und Deutschland - so einfach von den USA überrollt worden sind. Jedes augenscheinliche Einknicken europäischer Staaten heißt nur, dass auch dieser Schritt mit ihren Interessen übereinstimmt bzw. vereinbar ist. Auf europäischer Ebene wollen die Staats- und Regierungschefs jetzt erst einmal die Ergebnisse des Europäischen Konvents zu den Grundlagen einer möglichen europäischen Verfassung abwarten. Von dem Konvent werden richtungsweisende Entscheidungen für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik erwartet. Die Bandbreite reicht dabei von der Erstellung einer "Europäischen Sicherheitsstrategie" und der Zentralisierung der Entscheidungsvoll- machten über die Fähigkeit zur autonomen Einsatzplanung bis hin zur Einrichtung eines militärischen Aufklärungsdienstes.

Bis dahin werden jedoch die europäischen Verteidigungsminister (und Regierungschefs) weiterhin mit jedem zur Verfügung stehenden Instrument versuchen, gleichzeitig Handlungsfähigkeit zu demonstrieren und sich (finanziell) als Opfer von Sachzwängen zu präsentieren. Gemäß dieser Strategie werden entweder im Rahmen der NATO oder der EU "zähneknirschend" Entscheidungen aus "Solidarität mit den USA" mitgetragen, die innenpolitisch ein Mehr an Geldern und ein Weniger an parlamentarischer Kontrolle bedeuten.

Ein interessantes Beispiel in diesem Zusammenhang ist z.B. der Zeitrahmen für den Einsatz von NRF-Einheiten. Die VertreterInnen der Bundesregierung haben immer auf eine Wahrung des bestehenden "Parlamentsvorbehaltes" für eine Entsendung deutscher Soldaten verwiesen. Wird die Bundeswehr nun aber Teile der NRF-Truppe stellen, könnten diese gegenwärtig nur unter Voraussetzung der "politischen Billigung" innerhalb von 5-30 Tagen eingesetzt werden. Aus Berliner Regierungskreisen ist bereits folgender Verbesserungsvorschlag zu hören: Nun müsse man halt endlich ein Entsendegesetz verabschieden, das die Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung erhöht. Der Sachzwang ist da und später fragt keiner mehr, warum Deutschland nicht die NATO-Fristen beeinflusst hat.

In diesem Sinne war der Prager NATO-Gipfel für alle Beteiligten ein Erfolg. Die USA bekamen von den europäischen Staaten den politischen Rückhalt für ihren globalen Interventionseinsatz sowie die Zusage, auch in Zukunft amerikanische Rüstungsgüter zu kaufen. Die europäischen Staaten wiederum erhielten im Gegenzug weitere Argumente zur Erhöhung ihres Verteidigungsetats, für den Aufbau eigener Interventionstruppen und für die Reform der nationalen Einsatzmodalitäten.

Christopher Steinmetz

Redakteur der Zeitschrift ami

www.antimilitarismus-information.de

Anmerkung:

1) Bei diesen beiden Passagen handelt es sich um die freie Übersetzung der entsprechenden englischen Textstellen aus dem Reykjaviker Schlusskommuniqué bzw. der Prager Gipfelerklärung.

11. Introducing Cyberfeminism

Autor: nv · Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:14

Jeder Versuch, den Begriff "Cyberfeminismus" auf eine Definition zu bringen, muss zwangsläufig scheitern, da der Grundkonsens dieses Ismus gerade darin besteht, sich jeder Definition entziehen zu wollen. Auf der "First Cyberfeminist International" trafen sich 1997 im Rahmen der Documenta X Cyberfeministinnen aus verschiedenen Ländern. In 100 Anti-Thesen (1) fassten sie all das zusammen, was Cyberfeminismus nicht ist und gaben damit zumindest eine Ahnung davon, was dieses vielschichtige Phänomen sein könnte.

So ist cyberfeminism weder "a fashion statement", "not ideology", "kein grünes Häkeldeckchen" oder "not anti-male", auch ist es "not error 101", "not a one way street", "not a single woman", "n'est pas une pipe" und erst recht "keine Nudelsauce", um nur einige der Anti-Thesen zu nennen. Um den Fallstricken einer identitären Logik zu entkommen, arbeiten die ProtagonistInnen des Cyberfeminismus mit einer subversiven, ironischen Erzählweise. Mit Humor und Kreativität reagieren sie auf die Krise der "großen Erzählungen" (Lyotard), der gesellschaftlichen Utopien des 20. Jahrhunderts. In und außerhalb des Internets finden sich eine Vielzahl von cyberfeministischen Projekten und Texten, die die Heterogenität dieser theoretischen Bewegung und der politischen Praxis zeigen.

Als Vorläufer der cyberfeministischen Bewegung/en ist Donna Haraways Text "Manifest für Cyborgs. Feminismus im Widerstreit mit der Technowissenschaft" zu nennen, der 1985 in der Socialist Review 80 erschienen ist. In dem Text analysiert die Professorin für Wissenschaftsgeschichte an der Universität von Californien die "Hybridisierung von Mensch und Maschine"; Durch den Prozess der Technisierung wird deutlich, dass die Grenzen zwischen Mensch und Tier, Organismus und Maschine und Physikalischem und Nichtphysikalischem brüchig sind. In der Figur der "Cyborg" wird der Mensch eingebunden in die Welt der Maschinerie, dies führe zwangläufig zu einem neuen, radikal anderem Verständnis von Natur, Kultur, Privatheit und Öffentlichkeit. Neben den Gefahren, die von diesen Grenzüberschreitungen der Technokultur ausgehen, verweist Haraway auf das subversive Potenzial, das diese Cyberwelt gerade Frauen bietet. Trotz der von ihr identifizierten "Herrschaft der Informatik" liegt in der Figur der "Cyborg" die Chance einer Neudefinierung der Beziehung zwischen Mensch, Tier und Maschine.

nv

Anmerkung:

1) www.obn.org/cgundef/100antitheses.html

12. Cyberfeminismus für Fortgeschrittene. In "Technics of Cyber" ziehen Cyberfeministinnen kritisch Bilanz

Autor: Stefan Moebius · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:13

Beim Stichwort Laboratorium denken viele an gestärkte Kittel, graue Gesichter, weiße Mäuse und sterile Versuchs-Räume. Demgegenüber organisiert der Verein Frauen.Kultur.Labor Thealit jedes Jahr in Bremen ein Laboratorium, das so gar nicht in dieses Klischee passen mag. Feministinnen aus verschiedenen Ländern forschen dort zu Themen, die sich um die Schnittstellen von Kunst, Wissenschaft und Technik drehen und versuchen, deren Knotenpunkte zu untersuchen, zu verschieben und in diesem Schnittfeld eigene feministische Positionen zu beziehen. Der gerade erschienene Sammelband "Technics of Cyber<>> Feminism< mode message>>" dokumentiert das transdisziplinäres Symposium bzw. Laboratorium, das Anfang Dezember 2001 statt fand.

Ziel des Labors war es, sowohl eine kritische Reflexion des Cyberfeminismus durchzuführen als auch neue Territorien des Cyberfeminismus zu entdecken. Ebenfalls wurde die Kombination von Feminismus und Medien diskutiert, wobei der Feminismus - bei grober Undifferenzierung - vor allem auf die Richtung des poststrukturalistischen Feminismus verweist. Geschlecht wird als symbolische Konstruktion betrachtet, die sich in Macht- und Herrschaftsverhältnissen konstituiert und sich in Körpern materialisiert, wobei die Grenzen zwischen Mensch und Maschine und die Erfahrungen von Materialität ebenfalls zur Diskussion stehen. Aber wie in anderen feministischen Debatten gibt es auch im Cyberfeminismus Nuancen und verschiedene Theorierichtungen. So macht es ja doch einen Unterschied, ob eher eine Deleuze'sche Position oder eine an Derrida oder Foucault angelehnte Perspektive auf Geschlecht, Körper, Materie, Diskurs etc. eingenommen wird.

Seit über einem Jahrzehnt intervenieren Frauen im Namen des Cyberfeminismus in den männlich-dominierten Feldern der Mediendiskurse, der elektronischen Netzwerke und Kunstwerke. Der Cyberspace ist ein diskursiver, sprachlich und auch materiell strukturierter Raum, der von Machtverhältnissen durchzogen ist, wobei der Begriff nicht nur den virtuellen Raum im Sinne von Softwareoberflächen, sondern auch die Herstellung von Hardware und die Produktion von Wissen meint. In dieser Perspektive wird Cyberspace als ein politischer Raum gefasst, in dem es gilt, einerseits von feministischer Seite aus diese männlichen Diskurse zu stören, zu "queeren" (S. 6) und andererseits seine eigene Lust an den Technologien auszuleben. Die Autorinnen erörtern die Errungenschaften und die Defizite des Cyberfeminismus; sie gehen der Frage nach politischer Handlungsfähigkeit nach, besprechen Methoden und stellen neue Projekte, Strategien und Taktiken vor.

Laboratorium macht Lust

zu queeren

Nach einer einleitenden Darstellung einer dem Symposium zeitlich vorangegangenen Fragebogenaktion zur eigenen Position als Cyberfeministin und zur gegenwärtigen Phase des Cyberfeminismus, wird im ersten Abschnitt die Frage des Subjekts besprochen. Neben Beiträgen von Caroline Bassett, Yvonne Volart, Catherine Pelachaud, Verena Kuni widmet sich auch Marie Luise Angerer dem Subjekt im Cyberfeminismus. Sie verdeutlicht, dass das Subjekt des Cyberfeminismus immer schon da gewesen sei, jedoch niemals in einer festgelegten Form: "Now to come to an end and to answer the question whether cyberfeminism needs a subject or not: It already has one and it will always have one." (S. 43) Die Frage sei nur, wie dieses Subjekt theoretisiert werden könne. Soll es als kulturelles oder als politisches Subjekt aufgefasst werden? Caroline Bassett entscheidet sich in dieser Frage des Subjekts für die linguistisch-strukturalistische Perspektive und skizziert in ihrem informativen Beitrag einen narrativen, an Roland Barthes angelehnten Zugang zur Konzeptionalisierung des Subjekts im Cyberfeminismus.

Obgleich mittlerweile die Trennung zwischen "sex" und "gender" fast zum common sense gehöre, so Verena Kuni in ihrem Beitrag, wird jede Unstimmigkeit immer noch als Grenzüberschreitung wahrgenommen. Und

obwohl in Kunst und Medien die Überschreitungen von drag queens, transsexuals, transvestites, gender benders etc. en vogue sind, so sind sie im gesellschaftlichen Leben immer noch eng mit Ächtung und sozialer Ausgrenzung verbunden. Die Frage des Subjekts ist darum auch immer die Frage des Kontextes, in dem Subjekte erscheinen.

Im zweiten Abschnitt des Sammelbandes versammeln sich die Beiträge von Irina Aristarkhova, subRosa/Faith Wilding, Marina Grzinic, Cornelia Sollfrank und Anne-Marie Schleiner um den handlungstheoretischen Begriff des "Operating". Aristarkhova beispielsweise widmet sich der überaus interessanten und bislang kaum behandelten Frage, wie bei Emmanuel Lévinas und Jacques Derrida Geschlechtlichkeit gedacht wird, insbesondere wie die Lévinas'sche Gastlichkeit und Offenheit gegenüber dem Anderen mit der "Feminität" verbunden wird. Aristakhova stellt, allerdings ohne auf irgendeine Originalstelle von Lévinas zu rekurrieren, dessen Sichtweise der Frau dar, die von Derrida auch im Zusammenhang zu Lévinas' Begriff der "Brüderlichkeit" stets kritisiert wurde. Der Beitrag vermischt jedoch leider Aussagen von Derrida mit denen von Lévinas. So wird nicht klar erkennbar, wie Derrida insbesondere im Bezug auf Werke von Lévinas sowohl deren Zwangs-Zweigeschlechtlichkeit als auch deren Andro- und Phallologozentrismus kritisiert hat. Bei Derrida lassen sich darüber hinaus zwei zeitlich unterschiedlich entwickelte Theorien zur Geschlechterdifferenz unterscheiden: Zum einen geht Derrida davon aus, dass es eine Unentscheidbarkeit in der Bedeutung der Geschlechterdifferenz und eine Unmöglichkeit der Ganzheit zweier Geschlechter gibt. Zum anderen spricht er in seinen jüngeren Texten von einer "disseminalen Multiplizität" der Geschlechter, von einer Choreographie unzähliger Geschlechter, bei der jede und jeder ganz anders ist, ohne jedoch die gegenwärtigen Zwangsweisen von gendering zu vergessen. Kurzum: Es wäre für den Beitrag hilfreich gewesen, sich daran zu erinnern, dass Derridas Werk nur über das Lesen mehrerer Texte erschlossen werden kann.

Wer versteht Cyberfeminismus?

Der dritte Abschnitt umfasst Beiträge von Ulrike Bergermann, Helene von Oldenburg, Claudia Reiche und Andrea Sick unter dem Label "Enigneering". Behandelt wird zum Beispiel die Iterabilität/Zitierförmigkeit (Derrida) von Cyberfeminismus, d.h. dass Cyberfeminismus nur auf Grund seiner ständigen, wiederholenden Zitierung lebt und dadurch auch immer etwas ganz anderes bedeuten kann: "If a replacement of ‚cyberfeminism` works, it is a cyberfeminism with a difference." (S. 183). Die Differenz ist schon im Cyberfeminismus von Anfang eingeschrieben und macht eine geschlossene Einheit von Cyberfeminismus unmöglich.

Der Sammelband gibt ein weit gefächertes Bild der gegenwärtigen Diskurse im Cyberfeminismus wieder. Unbestritten handelt es sich um ein informatives Buch, das gerade auf Grund seiner heterogenen, transdisziplinären Perspektiven besticht. Die Lektüre wäre sicher einfacher, wenn eine kurze Einführung in Cyberfeminismus und seine Geschichte gegeben worden wäre. Ebenso ist, wie Marie-Luise Angerer bemerkt, eine Lücke im Cyberfeminismus zu bemerken: eine Beschäftigung mit der für Geschlecht konstitutiven Bedeutung von Sexualität fehlt.

Im Editorial wird interessanterweise ein häufig dem Cyberfeminismus zugesprochener Einwand thematisiert, der auch bei der Lektüre immer wieder ins Gedächtnis kommt: Der ganze feministische Diskurs des Cyberfeminismus müsse sich die Frage stellen, wer diese Theorien denn noch verstehe. Diese Frage ist häufig anzutreffen und bestens aus den Diskussionen um die poststrukturalistischen Theorien und hier insbesondere aus den Debatten um Judith Butler bekannt. Obwohl diese Frage ihre Berechtigung und somit TheoretikerInnen herauszufordern hat, ihre intellektuelle Kraft auch in die Vermittlungsarbeit zu legen, wird sie oftmals zur Diffamierung von Theorien benutzt. Die TheoretikerInnen werden dann als intellektuelle Elite anklagt und die Theorien insgesamt mit dem Verweis auf ihren schwierigen Zugang verworfen, so dass sich eine Beschäftigung mit ihnen erübrigen solle.

Es bleibt zu hoffen, dass dem Cyberfeminismus das Schicksal der poststrukturalistischen Ansätze erspart bleibt, einerseits in undifferenzierter Weise unter dem Label "postmodern" subsumiert und darum für nicht rezeptionswürdig erachtet zu werden und andererseits gezwungen zu sein, viel seiner innovativen und transdisziplinären Kraft auf seine Verteidigung in unzähligen Debatten zu verwenden, in denen irgendwo - ohne dass dies in den poststrukturalistischen Texten steht - ein Tod vom Subjekt oder Momente der Handlungsunfähigkeit etc. vermutet werden.

Stefan Moebius

Reiche, Claudia/Sick, Andrea (Hg.): "Technics of Cyber< >>Feminism<mode message>>", Bremen, Geffken & Köllner, 2002, S. 228, 15,40 Euro

13. Gender oder Patriarchat? Gender troubles!

Autor: Stefanie Graefe · Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:44

Neue Serien brauchen neue Namen. Gender troubles ist neu und hat einen Namen. Der ist zwar geklaut, aber in ak ist er neu - und wird zukünftig in lockerer Folge kurze oder längere Neuigkeiten aus der Welt der Geschlechterdiskriminierung und -fixierung sowie der Kämpfe dagegen betiteln.

Es ist ja ein Kreuz mit Begriffen, vor allem,wenn sie nicht nur pc, sondern auch tc, theoretically correct, sein sollen. Zum Beispiel trug die neue ak-Serie zunächst den Arbeitstitel Nachrichten aus dem Patriarchat. Aber der Begriff Patriarchat ist ziemlich aus der Mode gekommen. Und das hat Gründe. Denn Patriarchat bedeutet wörtlich übersetzt: Herrschaft der Väter. Gemeint ist aber zumeist generell: Herrschaft von Männern über Frauen. Kritik am Patriarchatsbegriff hat z.B. pointiert die feministische Theoretikerin Chandra Talpade Mohanty Ende der 80er Jahre formuliert: "Ich behaupte, es gibt den universellen patriarchalen Rahmen nicht... Es sei denn, jemand postuliert eine internationale männliche Verschwörung oder eine monolithische ungeschichtliche Machthierarchie." (1)

Mohanty führt gegen das Konzept Patriarchat drei Argumente an. Erstens würde es die Kategorien "Frauen" und "Männer" als jeweils einheitliche und geschlossene Gruppe entwerfen, mit gleichen Interessen und Wünschen und unbehelligt von Kategorien wie "Rasse" oder Klasse. Zweitens tendiere es dazu, Unterdrückung mit einer "arithmetischen" Methode zu messen, zum Beispiel nach dem Motto, je mehr Schleier in einem islamischen Land, umso mehr Frauenunterdrückung. Wie sehr stattdessen Geschlechterverhältnisse in andere Verhältnisse verstrickt sind, belegt Mohanty durch ein Beispiel: Während sich Frauen der iranischen Mittelklasse während der Revolution von 1979 verschleierten, um Solidarität mit ihren verschleierten Schwestern der Arbeiterklasse zu zeigen, schreiben zehn Jahre später islamische Gesetze allen iranischen Frauen das Tragen des Schleiers vor. Das kulturelle Geschlechtsmerkmal "Schleier" sagt folglich nicht viel aus, wenn es nicht in die jeweilige historische Situation eingedacht wird. Drittens kritisiert Mohanty das Politikverständnis, das (nicht nur) der Idee von Patriarchat zugrundeliegt, genauer: das Modell einer gewissermaßen ursprünglichen, zweigeteilten Verteilung von Macht. Alle sozialen Kämpfe werden darin in eine simple Struktur gezwängt: Macht besitzen oder machtlos sein. Der quasi-natürliche Opferstatus, den etwa die "Dritte-Welt-Frau" in feministischen und linken Diskursen der 80er Jahre inne hatte, diente westlichen Feministinnen nicht zuletzt als Identifikationsfläche. Und wenn erst einmal alle Frauen weltweit Schwestern sind, rückt die Frage nach der internationalen Verteilung von Kapital, Ressourcen und Profit praktischerweise in den Hintergrund.

Mohanty plädiert für ein komplexeres Konzept von Macht. Macht ist ohne Widerstand nicht zu denken, sagt sie, Macht entsteht immer in sozialen Kämpfen, sie ist niemals auch nur annähernd eine Art Naturtatsache. Und außerdem kann durchaus ein und dasselbe Subjekt, ob männlich oder weiblich, intersexuell oder transgender, zugleich machtlos und mächtig sein, weil es eben niemals nur durch ein Merkmal ("Mann") definiert werden kann.

Seit Ende der 80er Jahre ist es infolge der Kritiken von Mohanty und anderen feministischen Theoretikerinnen üblich geworden, die Begriffe Patriarchat und Geschlecht durch den Begriff gender zu ersetzen. Doch seit Judith Butlers erster großen Veröffentlichung Gender Trouble, der der Name dieser Rubrik übrigens gerne Ehre erweist, wissen wir, dass für das gesellschaftlich zugewiesene Geschlecht gender kein wahres biologisches Geschlecht bürgt. Butler stellt in Gender Trouble vielmehr klar, dass der Satz "Ich fühle mich als Frau" nur mit Aretha Franklin und ihrem You make me feel like a natural woman richtig verstanden werden kann: Frausein wird gemacht, aber es ist nicht und außerdem ist es sowieso nur im Rahmen einer heterosexuellen Logik verständlich, die davon ausgeht, dass Männer und Frauen nicht nur gegensätzlich sind, sondern sich, ob sie wollen oder nicht, stets begehren und ergänzen müssen. Damit hat Butler dem Konzept Patriarchat mehr als einen bloßer Kratzer im Lack verpasst. Die Herrschaft von Männern über Frauen erschien plötzlich nicht mehr als alles erklärende Ursache, sondern vor allem als Effekt von dem, was Butler Zwangsheterosexualität nennt: eine äußerst unbekömmliche und reduzierte Ordnung des Begehrens.

Inzwischen hat der Begriff gender Karriere gemacht, von Uni-Seminaren bis hin, wie man sieht, zu Rubriken in linken Monatszeitungen. Doch am weichsten landet er sicherlich im Konzept des gender-mainstreaming, das in Gewerkschaften, Ministerien und Bundeswehr das Feld der Geschlechterkämpfe ein für alle mal befrieden soll.

Doch die Popularität des gender-Konzeptes ändert bislang wenig daran, dass Frauen nach wie vor weniger Rechte, Vermögen und Macht als Männer haben, dass Menschen, die eine eindeutige Zuordnung in die Zweigeschlechtlichkeit verweigern, immer noch medizinisch und rechtlich unsichtbar gemacht und objektiviert werden, dass das Ideal der heterosexuellen Ordnung nicht nur Formen des Begehrens, sondern psychische und soziale Seinsweisen überhaupt drastisch beschränkt.

Eben: Begriffe sind und bleiben ein Dilemma. "Patriarchat" als Machtkonzeption scheint zu starr, um die Dynamik der sozialen Kämpfe bezeichnen zu können; Kämpfe um Arbeit, Körper, Medizin, Identität, Krieg, Geld, Sexualität etc.; Kämpfe, die immer auch, wenngleich nie nur, entlang der Kategorie gender entstehen. Auf der anderen Seite ist der Begriff gender im Zuge seiner Bürokratisierung so zahm geworden, dass er zwar nach wie vor theoretisch korrekt, politisch aber längst domestiziert ist. Butlers Gender Trouble wurde übersetzt mit "Das Unbehagen der Geschlechter". Doch trouble heißt nicht nur Unbehagen, sondern auch Störung und - gewollte und bleibende - Unruhe. Mit gender troubles lässt sich deshalb provisorisch ein Feld bezeichnen, in dem darum gekämpft wird, eine Ordnung zu (ent-)stabilisieren, die nur zu gerne den Namen "Patriarchat" verdienen würde.

Stefanie Graefe

Anmerkungen:

1) Chandra T. Mohanty: Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 11.Jg. S.149-162

2) Butler, Judith: Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt/Main 1991

14. gender troubles aktuell

Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:39

Fundamentalisten-Pack I

Nach wie vor ist das Todesurteil gegen die wegen "Ehebruchs" verurteilte Amina Lawal in Nigeria nicht aufgehoben. Das Berufungsverfahren vor dem höchsten Scharia-Gericht des Landes steht noch aus. Bisher sind im islamischen Nordteil von Nigeria fünf Todesurteile verhängt worden: wegen Ehebruchs, außerehelichen Geschlechtsverkehrs, Vergewaltigung und, absurder- und entlarvender Weise auch wegen erlittener Vergewaltigung. Bislang ist noch kein Steinigungsurteil vollstreckt worden. In 12 der 19 Bundesstaaten Nordnigerias ist die Scharia bindendes Recht im Zivil- und Strafrecht. Religiöse Führer im nigerianischen Bundesstaat Zamfara haben unterdessen zur Tötung der Journalistin Isioma Daniel aufgerufen. Die hatte die wegen der blutigen Unruhen Ende November von Nigeria nach London verlegten Miss-World-Wahlen nämlich in "blasphemischer" Weise kommentiert: Daniel hatte sinngemäß geschrieben, der Prophet Mohammed hätte vermutlich am liebsten selbst eine der Misses abgeschleppt.

www.igfm. de; fesportal.fes.de.

Mailproteste gegen das Todesurteil: www.amnesty.org.uk/urgentappeal

Dämliche Rechnung

Um zukünftiges "Humankapital" besorgte Bevölkerungsstrategen bringen den Rückgang der Geburten in Deutschland gern mit der steigenden Berufstätigkeit von Frauen in Verbindung. Ländervergleiche räumen jetzt mit diesem Märchen auf. In Italien, dem EU-Land mit der niedrigsten Frauenbeschäftigungsquote (39,3%) gebären Frauen durchschnittlich 1,2 Kinder; in Dänemark, dem Land mit der höchsten Frauenbeschäftigungsquote (72,1%,) beträgt die Geburtenrate 1,7. Deutschland liegt mit einer Beschäftigungsquote von 57,8% und einer Geburtenrate von 1,4 im Mittelfeld. Aber: In keinem EU-Land sind so viele Mütter kleiner Kinder ungewollt nicht berufstätig wie in Deutschland. 52,3% würden gerne arbeiten, nur 5,7% arbeiten tatsächlich. Das heißt, die Rechnung bevölkerungspolitischer Antifeministen geht grad umgekehrt auf: Nicht die Erwerbsarbeit hält Frauen davon ab, Kinder zu gebären, sondern, wenn überhaupt, die für Mütter wesentlich schlechteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt und die miserablen Betreuungsmöglichkeiten.

www.einblick.dgb.de

Fundamentalisten-Pack II

Nach Argentinien, Guatemala, Nicaragua, Peru, der Dominikanischen Republik und Venezuela hat unlängst auch Costa Rica den "Tag des Ungeborenen" eingeführt. Den zahlreichen lateinamerikanischen Frauenorganisationen bleibt also viel zu tun im Kampf gegen den katholischen Fundamentalismus. So kämpft z.B. die überregionale "Kampagne 28. September" für einen "Tag für das Recht auf Abtreibung". Kein leichtes Spiel: In Haiti, Sao Tome und Principe, der Dominikanischen Republik, Surinam, Chile, Honduras und El Salvador ist Abtreibung unter allen Umständen verboten, sogar zum Schutz des Lebens der Frau. Nur nach einer Vergewaltigung darf eine Frau in Brasilien, Mexiko, Panama und Kolumbien abtreiben. Als einzige lateinamerikanische Länder erlauben Kuba und Guyana ein bedingungsloses Abtreibungsrecht. In ganz Lateinamerika wurden im Jahr 2000 schätzungsweise 800.000 Frauen wegen Komplikationen als Folge von Abtreibungen in Krankenhäuser eingeliefert.

Lateinamerika Nachrichten 339/340; www.campanha28.set.org

Repressiv-liberale Toleranz

In Großbritannien soll, der Tory-Opposition zum Trotz, eine umfassende Homo-Ehe eingeführt werden. Auch in Belgien billigte der Senat ein Gesetz für die rechtliche Gleichstellung von heterosexuellen und homosexuellen Ehepaaren, allerdings sollen letztere kein Adoptionsrecht haben. Ebenso können sich gleichgeschlechtliche Paare in der Schweiz "eintragen" lassen. Auch ohne Adoptionsrecht, denn ein Kind mit zwei Müttern oder zwei Vätern würde, wie Bundesrätin Metzler weiß, zum "gesellschaftlichen Außenseiter". Da ist man in Großbritannien schon fortschrittlicher; hier sind Adoptionen erlaubt. Schweden ist übrigens das einzige

europäische Land, in dem homosexuelle Paare zukünftig auch aus dem Ausland adoptieren dürfen. Auch der neugewählte brasilianische Präsident Lula kündigte an, schwulen und lesbischen Paaren die Eheschließung ermöglichen zu wollen. In Kroatien soll es ab 1.September 2003 ebenfalls möglich sein, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften eintragen zu lassen. Und in Israel sollen gleichgeschlechtliche Paare in Zukunft die gleichen Vergünstigungen wie unverheiratete Hetero-Paare in Badeanstalten, Bibliotheken und Kulturveranstaltungen haben. Wenn das nix ist.

www.trans-germany.info

Hormone fürs Vaterland

Mindestens 17 Frauen aus der Ortschaft Özekli in Kurdistan/Türkei sind im Januar 2002 ohne ihr Wissen sterilisiert worden. Ein dem Gouverneur von Diyarbakir unterstelltes Ärzteteam war von Haus zu Haus gegangen und ließ die Frauen ins Krankenhaus bringen. Man kündigte ihnen (auf türkisch) einen kleinen Eingriff an, der vorübergehend unerwünschte Schwangerschaften verhüten und jederzeit rückgängig gemacht werden könne. Tatsächlich aber wurde mittels der sogenannten "Tubenligation" eine endgültige Sterilisation vorgenommen. Zwangssterilisationen gegen kurdischen Frauen wurden bereits Mitte der neunziger Jahre durchgeführt. Damals hatte der Türkische Nationale Sicherheitsrat erklärte, dass der Bevölkerungszuwachs des kurdischen Bevölkerungsteils eine Gefahr für die Türkei darstelle. Mit Hormonspritzen wurde bei den Frauen nicht nur Verhütung durchgesetzt, sondern durch Überdosis der Hormongebungen gleich Unfruchtbarkeit erreicht.

Weitere Informationen und Adressen für Protestbriefe unter ceni_frauen@gmx.de und info@lobby-fuer-menschenrechte.de

Hoch die Tassen!

Alice Schwarzer ist 60 geworden. Sie wurde und sie wird bekanntlich viel kritisiert, auch von links: wegen rassistischer Stereotypen in ihrer Zeitschrift Emma, wegen ihrer fraglosen Begeisterung für Frauen in der Bundeswehr, wegen ihres despotischen Führungsstils etc. Andererseits machte Schwarzer bereits in den 70er Jahren süffisant grinsenden Fragestellern in Interviews und Talkshows klar, dass Aufgeblasenheit so lächerlich wie der Feminismus richtig ist. Sie verweigerte schon damals konsequent das Ideal des servilen Hausfrauentypus der Merhrheitsgesellschaft und ist ihrem Image ebenso konsequent bis heute treu geblieben. Übrigens hat sie sich nicht nur mit Verona Feldbusch ein Fernsehduell geliefert (und, angeblich, nach Punkten verloren), sondern auch 1988 schon mit dem kürzlich verstorbenen Schauspieler Klaus Löwitsch, seines Zeichens im Film wie im echten Leben professioneller Obermacker. Schwarzer gelang es, den Löwitsch vor laufender Live-Kamera da zu zubringen, aus dem Studio zu rennen, und zwar, indem sie, genial genug, über sein äußerliches Erscheinungsbild herzog. Trotz allem also: Herzlichen Glückwunsch!

15. Florentiner Herbsttage. Skizzen und Eindrücke vom Europäischen Sozialforum

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:24

Der folgende Bericht ist mehr als nur eine Chronologie der Ereignisse in Florenz. Es geht darin auch um die Debatten, die in Florenz geführt wurden, sowie um erste politische Eindrücke. Nichtzuletzt vermittelt er auch eine Stimmung von Aufbruch und Bewegung.

Mittwoch, 6.11.2002: Gespannt wartet Florenz auf die abendliche Großveranstaltung zur Eröffnung des Europäischen Sozialforums (ESF). Mehr als 5.000 Polizisten hat Innenminister Giuseppe Pisanu abgestellt, um die herbeibeschworenen Ausschreitungen unter Kontrolle zu bringen. Doch schon an diesem Mittwoch ahnen viele, dass die Panikmache der römischen Zentralregierung nicht aufgeht. Das liegt an der offensiven Strategie der italienischen und europäischen Organisatoren des Sozialforums. Auf den großen Plätzen der Stadt verteilen mehrere hundert der insgesamt über eintausend freiwilligen HelferInnen Zeitungen an die Bevölkerung, um sie über das Anliegen des ESF aufzuklären. Luciano Muhlbauer, Sprecher des Sozialforums und nationaler Sekretär der Sin Cobas - ein Zusammenschluss der gewerkschaftlichen Basisgruppen in Italien - geht schon am Mittwoch davon aus, dass weit mehr als die 20.000 erwarteten TeilnehmerInnen nach Florenz kommen werden.

Florenz,

offene Stadt

In Europa ist Italien wie kein anderes Land für ein solches Mammuttreffen prädestiniert. Nach der Massendemonstration gegen den G8-Gipfel in Genua schossen kommunale Sozialforen überall im Land wie Pilze aus dem Boden. Mittlerweile gibt es sie nicht nur in den großen Städten, sondern auch in vielen Dörfern. Sie beteiligten sich auch an den beiden Generalstreiks in diesem Jahr, die sich gegen das Vorhaben der Regierung Berlusconi gerichtet hatten, den gesetzlichen Kündigungsschutz aufzulösen.

Während ein Reisebus nach dem anderen nach Florenz rollt, fahren am Mittwochnachmittag mehrere tausend ESF-BesucherInnen nach Livorno, um dort gegen das US-Militärcamp Darby zu demonstrieren. Die US-amerikanische Regierung hat sich bis ins Jahr 2050 die alleinige Entscheidungsgewalt über militärische Aktionen vertraglich gesichert - sehr zum Missfallen vieler BewohnerInnen der Toskana, die sich ebenfalls an der Demonstration beteiligen. "Wir wollen, dass dieses Gebiet seiner militärischen Bestimmung entzogen wird", fordert Bruno Paladini vom Florentiner Sozialforum. Camp Darby liegt mitten in einem Naturschutzgebiet, dem der Präsident der Region Toskana, Carlo Martini, den Namen "Park des Friedens" gegeben hat.

Donnerstag, 7.11.2002: Heute morgen beginnen die Konferenzen. Doch die BesucherInnen passen nicht alle in die Säle und müssen vor den Pforten stehen bleiben. Nur wenige von ihnen fluchen wegen der 30 Euro, die sie bezahlen mussten. Die meisten bleiben geduldig in der Schlange.

Wie sieht das "Gesicht eines anderen Europas" aus? Darum sollte es auf einer der Auftakt-Konferenzen gehen. Doch geredet wurde weniger über Alternativen, sondern über die Rolle der EU bei der Privatisierung der öffentlichen Dienste, der Steuer- und Zinspolitik sowie über ihre Politik in der Weltbank, der Welthandelsorganisation und dem Internationalen Währungsfonds.

Denise Cormann von der belgischen Nichtregierungsorganisation CADTM macht darauf aufmerksam, dass die Verschuldung nicht nur ökonomische, sondern nach dem 11. September auch vermehrt wieder politische Aspekte hat und die EU ein entscheidendes Wort mitredet. Zum Beispiel, wenn der Schuldenerlass vor allem für politisches Wohlverhalten erteilt wird, wie jüngst in Pakistan. Die Regierung in Islamabad hatte ihr Land als Aufmarschgebiet der "Anti-Terror-Allianz" zur Verfügung gestellt. "Mit der Auslandsverschuldung werden die Länder des Südens politisch erpresst", resümiert Cormann.

Barry Coates vom World Development Movement kritisiert, dass weltweit die öffentlichen Dienste privatisiert werden. Eine Bürgerkontrolle des Dienstleistungssektors sei allerdings nur gegen den massiven Widerstand

der Konzerne durchzusetzen. Ein Mittel seien die Instrumente der Steuerpolitik, konstatierten einige Ökonomen. Eine von vielen sei dabei die Steuer auf grenzüberschreitende Finanztransaktionen, die sog. Tobin-Tax.

Eigentlich hätte auch Frank Bsirske, Chef der weltweit größten Einzelgewerkschaft ver.di, auf dem Podium sitzen sollen. "Mein Gewerkschaftsvorsitzender hat es vorgezogen, in Deutschland mit der Regierung zu verhandeln, anstatt hier bei den Leuten zu sein, die für ein soziales Europa streiten", kommentiert ver.di-Mitglied Bernd Gehrke die kurzfristige Absage von Frank Bsirske, der nicht einmal einen Vertreter nach Florenz geschickt hat.

Freitag, 8.11.2002: Stunde um Stunde treffen neue TeilnehmerInnen in Florenz ein. Mittlerweile sind es mehr als 35.000 Erwerbslose, ImmigrantInnen, GewerkschafterInnen, StudentInnen und Landwirte. Sie schlafen in Schulen, Turnhallen und den Gebäuden der Stadtverwaltung. Einige müssen sich allerdings mit einem Platz im Schlachthof zufrieden geben, wo sie auf Luftmatratzen und Schlafsäcken nächtigen, denn die Kapazitäten der Stadt sind nahezu erschöpft. Bis zum Samstag werden es insgesamt 60.000 sein, davon ca. ein Drittel aus dem Ausland.

An diesem Freitagmorgen sprechen unter anderem eine Vertreterin der amerikanischen Friedensbewegung, Susan George von Attac-Frankreich, italienische und tschechische FriedensaktivistInnen, Tobias Pflüger von der Antimilitaristischen Initiative Tübingen und der britische Universitätsprofessor Alex Callinicos über die Rolle der "EU in der neuen Welt-(Un)-Ordnung".

Susan George redet engagiert gegen einen Krieg im Irak, kritisiert massiv die Politik der USA und trifft damit die Stimmung der fast 4.000 ZuhörerInnen. Wie kein anderes Thema bewegt die Angst vor einem Krieg die Gemüter. Andere RednerInnen knüpfen daran an, sprechen sich jedoch vehement gegen die Haltung aus, die EU könne sich zu einem internationalen Gegengewicht entwickeln. "Die EU ist ebenso eine imperialistische Macht, darüber brauchen wir uns keine Illusionen zu machen", ruft Alex Callinicos in den Saal. Tobias Pflüger stimmt ihm zu und beschreibt, wie gerade eine 60.000 Soldaten starke EU-Eingreiftruppe aufgebaut wird: "Bei dieser Truppe geht es um Angriff". Das vorläufige "Nein" des deutschen Bundeskanzlers zum Irak-Krieg wertet er keinesfalls als Gesinnungswandel, sondern als Ausdruck unterschiedlicher Geschäftsinteressen in der Region.

Keine Illusionen über die EU

Der Friedensbewegung in Europa und ganz besonders der italienischen wird oftmals das Etikett "antiamerikanisch" aufgedrückt. "Wir sind keine Anti-Amerikaner, sondern gegen die Politik der US-Regierung", betont stattdessen Flavio Lotti vom italienischen Friedensratschlag, "die Aktivistinnen und Aktivisten der US-amerikanischen Friedensbewegung sind unsere Verbündeten!"

Eine dieser Verbündeten ist Coleen Kelly. Sie erhält tosenden Beifall, als sie an das Rednerpult tritt. Ihr Bruder ist bei den Attentaten am 11. September 2001 ums Leben gekommen. Coleen Kelly hat sich mit anderen Angehörigen von Opfern der Anschläge auf das World Trade Center zu der Gruppe "Peaceful Tomorrow - Friedliches Morgen" zusammengeschlossen. Sie zieht eine politische Schlussfolgerung, von der sich viele "Linke" in Europa längst verabschiedet haben: Eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Irak ist niemals durch eine militärische Intervention, sondern nur durch eine Unterstützung der demokratischen Oppositionskräfte zu gewährleisten. Spontan stehen mehrere tausend ZuhörerInnen auf und klatschen minutenlang Beifall.

Samstag, 9.11.2002: Nach Angaben der OrganisatorInnen sind knapp eine Million Menschen gekommen, um gegen Krieg, Neoliberalismus und Rassismus zu demonstrieren. Die Demonstration gerät zu einem großen Fest, das die ganze Stadt bis spät in die Nacht mitreißt. Das eigentliche Hauptthema der Demonstration ist der geplante Krieg gegen den Irak. "Es ist ganz deutlich: Europa will diesen schmutzigen Krieg nicht. Regierungen und Konzerne müssen mit diesem Europa rechnen", so ein Sprecher des Florentiner Sozialforums, "vielleicht können wir eine militärische Offensive der USA nicht verhindern, aber bestimmt die Unterstützung dieses Krieges in Europa".

Gewerkschaften und die von Entlassung bedrohten Fiat-ArbeiterInnen sind zu tausenden da. Der Gewerkschaftsdachverband CGIL stellt die meisten OrdnerInnen auf der Demonstration. Aber auch

gewerkschaftliche Basiskomitees aus Italien und Frankreich, Cobas und SUD, haben eine große Zahl ihrer Mitgliedschaft mobilisiert. Schon zuvor ist aufgefallen, dass unter den knapp 2.000 Deutschen nur wenige GewerkschafterInnen waren. Anders als ihre italienischen und französischen KollegInnen sind aus Deutschland kaum FunktionärInnen nach Florenz gekommen. Vor allem die Absage Frank Bsirskes symbolisiert für viele, wie distanziert die deutschen Gewerkschaftsführungen den sozialen Bewegungen gegenüberstehen.

In Italien und Frankreich haben die großen Gewerkschaftsverbände mittlerweile ihre enge Bindung an die Mitte-Links-Parteien aufgegeben. "Der Dritte Weg hat zu nichts geführt, sondern den Rechten die Tore geöffnet", so die Journalistin der renommierten Zeitung Il Manifesto, Carla Casalini, auf einem Podium zur Gewerkschaftspolitik am Donnerstag. Die Rolle der Gewerkschaften in Europa sei es, "den großen ökonomischen Wandel mit zu begleiten", kontert Maria Elena, eine Vertreterin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Die knapp 2.000 ZuhörerInnen reagieren entrüstet. Sie wollen die neoliberale Politik in Europa nicht einfach als gegeben hinnehmen. "Wir sind nicht gegen den EGB", erklärt Piero Bernocchi von den Cobas-Gewerkschaften, "aber sie müssen sich konsequent gegen neoliberale Politik stellen". In diesem Sinne konstatiert Bob Crow, ein Vertreter der britischen Eisenbahnergewerkschaft, in seinem Land einen positiven Wandel: "Unsere Generalsekretäre greifen heute offensiv die neoliberale Politik Blairs an".

Gewerkschaften, KPen und die Bewegung

Im Wind von Florenz wehten auch mehrere tausend rote Fahnen der italienischen Partei der Kommunistischen Neugründung, PRC, und ihrer Jugendorganisation Giovanni Comunisti. Viele Mitglieder der PRC arbeiten in der "Bewegung der Bewegungen", wie das globalisierungskritische Spektrum in Italien genannt wird, seit die Partei der Option einer Mitte-Links-Regierung eine klare Absage erteilt hat. Ihr Stimmenanteil bei Umfragen nähert sich inzwischen der Zehn-Prozent-Marke. Mittlerweile scheinen sich auch weitere Parteien diesem politischen Kurs anzunähern. Aus Frankreich ist eine Delegation der französischen KP gekommen, die bei den letzten Wahlen durch Parteien wie die Revolutionäre Kommunistische Liga (LCR) erheblich unter Druck geraten ist und bei den letzten Wahlen enorme Stimmenverluste einstecken musste. Die Mitglieder der LCR arbeiten seit Jahren in den sozialen Bewegungen, während die französische KP bis zum vergangenen Jahr als kleiner Koalitionspartner der "Sozialistischen Partei" ein eher instrumentelles Verhältnis zu den Bewegungen hatte.

Doch an diesem Samstag und während der Tage auf dem ESF fühlen sich alle im Kampf für ein "anderes Europa in einer anderen Welt" geeint. Über den Weg dorthin sind sie sich allerdings nicht einig. Das Europäische Sozialforum in Florenz ist zunächst einmal ein "großer Triumph der Bewegungen!", so Raffaella Bolini, Sprecherin des ESF: "Die junge Generation ist angetreten, diese Welt zu verändern." Ende des kommenden Jahres wird Paris das zweite Treffen des Europäischen Sozialforums beherbergen. Schon jetzt vermuten die VeranstalterInnen, dass dorthin noch mehr Menschen kommen werden als nach Florenz.

Gerhard Klas

Europäisches Sozialforum in Florenz

Vom 6. bis zum 10. November 2002 fand in Anlehnung an das Weltsozialforum von Porto Alegre das erste Europäische Sozialforum in Florenz statt. Neben einer Chronik des Florentiner Herbstes und einer Dokumentation der verabschiedeten Erklärungen geht es uns vor allem um eine erste Bilanz dieses politischen Großereignisses: Welche Bedeutung hat Florenz für die deutsche und europäische Linke? Welche Rolle spielen die Gewerkschaften und (traditions-)kommunistischen Parteien in der "Bewegung der Bewegungen"? Ist Florenz ein vornehmlich italienischer "Event" oder tatsächlich ein qualitativer Sprung in der Vernetzung verschiedener politischer Strömungen? Boris Kagarlitzky, Christophe Aguiton und die Berliner Gruppe FelS geben durchaus differenzierte und unterschiedliche Antworten auf diese Fragen.

16. "Die Bewegung verändert die Parteien". Interview mit Christophe Aguiton

Autor: Interview: Gerhard Klas · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:26

Am Rande des Europäischen Sozialforums in Florenz sprach Gerhard Klas mit Christophe Aguiton, Aktivist der Basisgewerkschaft SUD und der Euromärsche gegen Erwerbslosigkeit und Armut. Aguiton war bis vor kurzem Sprecher von Attac-Frankreich und ist maßgeblich an der Organisation des ESF in Florenz beteiligt gewesen. Er arbeitet in der Forschungsabteilung von France Telecom.

Welche politischen Auswirkungen hat das Europäische Sozialforum?

Christophe Aguiton: Ganz besonders wird das ESF Folgen für die italienische Innenpolitik haben. Vor allem die Großdemonstration, an der sich fast eine Million Menschen beteiligt haben, war auch eine Reaktion auf die Provokationen der Berlusconi-Regierung. Bis auf 15 - 20.000 TeilnehmerInnen vor allem aus dem europäischen Ausland waren ItalienerInnen nach Florenz gekommen, um gegen Rassismus, neoliberale Politik und Krieg zu demonstrieren. Denn neben den USA und Großbritannien ist es vor allem die italienische Regierung, die derzeit den Krieg gegen den Irak vorbereitet.

Die Mobilisierung ist ein handfester Beweis für das rasante Wachstum der sozialen Bewegungen in Europa und auch auf internationaler Ebene. Vor knapp zwei Jahren demonstrierten 20.000 in Prag gegen neoliberale Globalisierung, später 50.000 in Nizza und Brüssel, 200.000 in Sevilla. Und vor sechs Monaten waren wir schon eine halbe Million in Barcelona, und nun sind fast eine Million Menschen nach Florenz gekommen. Das ist ein ungeheures Wachstum in nur zwei Jahren.

Vor allem ist eine Verbindung zwischen den sozialen Bewegungen und der Jugend entstanden. Es ist wie in den 60er-Jahren - wenn die Jugend sich beteiligt, geht die Mobilisierung erst richtig los. Aber es gibt auch einen Unterschied zu den 60er-Jahren: Die jungen sozialen Bewegungen verbinden sich mit der älteren Arbeiterbewegung.

An der Demonstration und am ESF haben sich die italienischen Gewerkschaften beteiligt, die CPE - der europäische Alternativbauernverband, die feministische Bewegung und viele NGOs von amnesty international bis hin zu den "friends of the earth". Die Fähigkeit, all diese unterschiedlichen Bewegungen und Organisationen miteinander zu verbinden - das war der große Erfolg des ESF.

Doch wir stehen erst am Anfang und sollten diese überwältigende Energie nutzen, die sich nicht nur auf europäischer, sondern auch auf internationaler Ebene zeigt: gegen den Krieg, gegen Ungerechtigkeit und gegen soziale Ausgrenzung. Als nächsten Schritt sollten wir ein europäisches Netzwerk aufbauen. Die EU befindet sich in einem verfassungsgebenden Prozess, will demnächst eine Konvention verabschieden und sich außerdem Richtung Osten erweitern. Die Zukunft Europas ist eine wichtige Angelegenheit. Wenn wir dieses Europa wirklich verändern wollen zu einem sozialen, demokratischen und ökologischen Europa, dann müssen wir unsere Kräfte noch stärker bündeln. Wenn wir die Regierungen machen lassen, was sie machen wollen, wird es nur ein Ergebnis geben: einen riesigen Freihandelsmarkt, und nicht mehr. Wenn wir ein anderes Europa wollen, brauchen wir Millionen von Menschen auf den Straßen. Hier in Florenz haben wir damit angefangen.

In Florenz wurde deutlich, dass es in Italien außerdem eine starke Verbindung zwischen der Partei der kommunistischen Neugründung, PRC, und den sozialen Bewegungen gibt. Parteichef Fausto Bertinotti hat während dieser Tage in Florenz vielen GenossInnen aus anderen Ländern eine europäische Linkspartei für die nächsten Wahlen zum Europaparlament vorgeschlagen. War das ein Zufall?

In Europa gibt es zwei Länder, in denen die Verbindung zwischen den sozialen Bewegungen und den Parteien seit jeher stark ist: Italien und Griechenland. Ich bin mir nicht sicher, ob dies ein Zukunftsmodell für Europa ist. In Frankreich, Spanien, Großbritannien und - ich kann mir vorstellen - auch in Deutschland, leiden die Parteien unter Mitgliederschwund, und sie entfernen sich immer weiter von der Bevölkerung. Italien und Griechenland sind Sonderfälle. Vor allem was die PRC macht, ist sehr beeindruckend. Die Partei hat entschieden, mit ihren

Mitgliedern in die Bewegung hineinzugehen und Teil dieser Bewegung zu sein. Es gibt nur wenige Parteien, die zu einem solchen Schritt in der Lage sind.

Und natürlich hat die Stärke der Bewegung auch die Partei verändert. Dazu ein Beispiel: Die meisten Mitglieder der Kommunistischen Parteien in Europa sind - um ehrlich zu sein - alte Leute. Es gibt kaum eine Kommunistische Partei mit jungen Mitgliedern. Aber wenn man sich den großen Block der PRC auf der Demonstration angeschaut hat, konnte man feststellen, dass die Zusammensetzung sehr gemischt war. RentnerInnen, Menschen im mittleren Alter, aber vor allem sehr viele junge AnhängerInnen und Mitglieder. Das ist neu und ein Folge des Engagements der PRC in der Bewegung. Ich hoffe, dass sich diese Politik auf einer europäischen Ebene fortsetzt; aber das werden wir in der nächsten Zeit sehen.

17. Die brennendsten Fragen wurden ausgeklammert

Autor: Boris Kagarlitzky · Rubrik: Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:07

Bei aller Freude über die massenhafte Mobilisierung zum ESF in Florenz und die eindrucksvolle Demonstration gegen den drohenden Irak-Krieg - das organisatorische Chaos und vor allem das Niveau der Diskussion geben auch Anlass zur Kritik. Das findet zumindest der Moskauer Theaterwissenschaftler und Marxist Boris Kagarlitzky (Jahrgang 1958), von dessen Diskussionsbeitrag "Autumn Reflections" wir eine Kurzfassung dokumentieren.

Auf den Podien drückten reihenweise SprecherInnen ihr Entzücken darüber aus, dass wir so viele waren und wie jung und gut aussehend wir alle waren. In den Hallen mit Tausenden von Menschen, die durch die Massenversammlungsrhetorik aufgeheizt waren, war es unmöglich, eine ernsthafte Debatte zu beginnen.

A propos die Jugend. Das Durchschnittsalter der TeilnehmerInnen der Bewegung ist in der Tat nicht höher als 22 oder 23. Diese Generation wuchs nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf und reifte unter neoliberalen Regimes. Das sagt einiges über diese Regimes. Die Jugendlichkeit der Bewegung ist aber keineswegs immer ihre starke Seite. Den TeilnehmerInnen fehlen oft elementare Reife und Erfahrung. Ihnen fehlen Traditionen und historische Erinnerung, sie haben nur eine sehr vage Vorstellung von der 1968er Revolte, mit der ihre Aktionen ständig verglichen werden. In den frühen 1990er Jahren machten sich viele Linke Sorgen, weil sie nicht in der Lage waren, junge Leute auf ihre Seite zu ziehen. Nun gibt es junge Leute mehr als genug, aber die Verluste des vergangenen Jahrzehnts lassen sich nicht so leicht wettmachen.

Die geringe Zahl geschulter und erfahrener Leute ist aber nicht das Hauptproblem. Die Bewegung steht ernsten politischen Problemen gegenüber, die auf dem Forum praktisch nicht diskutiert wurden. Die Demonstrationen werden immer größer, aber das ist keineswegs gleichbedeutend mit politischem Erfolg. Das Anwachsen der Bewegung wird von einem Niedergang ihrer Effektivität begleitet. Seattle und Prag waren für die Bewegung wirkliche Siege, was sogar ihre Gegner zugeben mussten. Eine neue Runde von Gesprächen über die Liberalisierung des Welthandels wurden wegen des gewaltigen Protests in Seattle um Jahre verschoben. Politiker und Geschäftsleute versuchten sich zu entschuldigen und zu rechtfertigen. Aber die andere Seite lernt ebenfalls dazu.

Die Mächtigen reagieren immer weniger auf die Proteste. Während das Forum tobte, unterstützte der UN-Sicherheitsrat einstimmig die amerikanische Resolution zum Irak. Nicht nur Russland, auch Syrien stellte sich auf die Seite der USA. Für die Friedensbewegung war das zweifellos eine schwere Niederlage - wenn wir unseren Anspruch ernst nehmen, dass wir den Krieg nicht nur kritisieren, sondern verhindern wollen. Diese Entwicklung wurde jedoch auf dem Forum einfach nicht zur Kenntnis genommen; vielmehr trübte es die Stimmung der PazifistInnen kein bisschen.

Die Reden waren voller Zweideutigkeiten. Wenn wir mit unserer Einschätzung richtig liegen, dass die Führer der USA verantwortungslose Abenteurer sind, dass ihnen das Schicksal der Menschen und demokratische Werte gleichgültig sind, dann können wir kaum darauf hoffen, dass Protestmärsche den Krieg stoppen können. Auch nicht riesige Protestmärsche. Die Antikriegsbewegung verfügt über ein beträchtliches Arsenal an Aktionsformen zivilen Ungehorsams (darunter Blockaden von Straßen und Militärbasen und so weiter). All dies gab es in Westeuropa schon in den späten 1970ern. Diese Erfahrungen sind aber noch nicht ins Spiel gebracht worden.

Auch die Freude über die Wahl Lulas zum Präsidenten Brasiliens ist, gelinde gesagt, verfrüht. Die Sympathie des neuen brasilianischen Präsidenten und seiner Partei für globalisierungskritische Ideen ist das eine, die praktische Politik, die sie machen werden, ist das andere. Auf dem Forum sprach darüber niemand auch nur ein Wort. Während die Bewegung sich Lulas Sieg in Brasilien gutschreiben kann, ist die Lage in Europa viel weniger beeindruckend. In den meisten Ländern sind Rechte an der Macht oder die Art von Sozialdemokraten, die in ihrer Ergebenheit gegenüber Kapitalismus und Neoliberalismus vielleicht sogar weiter gehen als die Rechten. Mehr noch, die Rechten in Frankreich und Italien siegten, nachdem die massenhaften Aktionen gegen die Globalisierung begonnen hatten. Existieren die Bewegung und die "große Politik" isoliert voneinander? Wie können wir das ändern? Was können die Bewegungen erreichen, und was gibt es, das

Parteien erfordert? Wie können wir diese Parteien und Bewegungen aufbauen, ohne die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen? Um darüber zu diskutieren war auf dem Forum weder Zeit noch Raum.

Tatsächlich können massenhafte Straßenproteste nur dann eine entscheidende Rolle spielen, wenn die Mächtigen schon wanken. Die Institutionen haben eine Immunität gegenüber dem "Druck der Straße" entwickelt, es sei denn, wie in Buenos Aires im Dezember 2001, die Geschehnisse auf den Straßen bedrohen unmittelbar die Stabilität der Institutionen.Wie Russlands neueste Geschichte zeigt, können die Mächtigen jahrelang die öffentliche Meinung ignorieren und trotzdem den Anschein demokratischer "Legitimität" aufrecht erhalten. Natürlich ist der Westen nicht Russland. Westliche Politiker müssen mehr auf das achten, was ihre Bevölkerungen zu sagen haben. Aber seit den letzten beiden Jahren sieht der Westen dem Osten sehr viel ähnlicher. Das politische Establishment spürt seine Unabhängigkeit und Unverwundbarkeit.

Hier ist eine eiserne Logik am Werk: je mehr Krieg, desto weniger Demokratie. Die Antikriegsbewegung in Russland und im Westen hat kaum eine Wahl: Sie muss auch das Banner der Bürgerrechte und Freiheiten erheben. Es wäre aber naiv zu glauben, dass Fragen dieser Tragweite durch Straßenparaden in einigen europäischen Städten entschieden werden könnten. Die Antikriegsbewegung muss sich auf einen langen, harten Kampf vorbereiten. Sie muss lernen, mit verschiedenen Organisationen, politischen Parteien und der Presse zusammen zu arbeiten. Sie muss nicht nur die Unterstützung einer unorganisierten Öffentlichkeit gewinnen, sondern den Rückhalt der Mehrheit - Menschen, die bemerken, dass ihre eigene Freiheit auf dem Spiel steht.

Boris Kagarlitzky

18. Stagnation auf hohem Niveau. Das Europäische Sozialforum und die radikale Linke

Autor: FelS · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:43

Das Europäischen Sozialforum und die radikale Linke

Als eine der wenigen Gruppen der radikalen Linken bemüht sich die Berliner Gruppe FelS seit langem um eine kontinuierliche Intervention in die sozialen Bewegungen hinein, die sich um das Weltsozialforum in Porto Alegre und das Europäische Sozialforum formiert haben. Nur wenige Tage nach dem ESF in Florenz veröffentlichte die Gruppe die folgende erste Bilanz auf ihrer Internet-Seite.

Das einfachste zuerst, da sich darin nahezu alle einig sind, die über das ESF in Florenz berichten: Das ESF hatte kein Ergebnis, das sich in einer einheitlichen politischen Perspektive, in konkreten Schritten, in Formen der Organisierung oder Institutionalisierung ausdrücken ließe. Was das für die Globalisierungsbewegung, die außerparlamentarischen oder auch die revolutionären Strömungen in Europa bedeutet, wird je nach Blickwinkel aber verschieden beurteilt werden.

Die unüberschaubare Anzahl der Veranstaltungen, teilnehmenden Gruppen und Personen machte es zu einem Glücksspiel, wer auf wen traf und ob dabei etwas Produktives herauskam. Die Großveranstaltungen waren meist ein Schaulaufen der Prominenz mit bekannten Statements; die Seminare und Workshops waren unberechenbar: Sie konnten chaotisch verlaufen oder in neuen Projekten münden, Diskussionen oder Spaltungen bringen oder auch ganz ausfallen mangels Beteiligung. Niemand konnte die wirkenden Kräfte bündeln oder überhaupt nur kommunizieren, was da gerade insgesamt abläuft.

Die vielfältige Beschreibung des ESF als linker "Kirchentag", als "Jahrmarkt", "linke Messe" oder "bella confusione", deuten auf seine wesentliche Funktion hin: Die Selbstvergewisserung der Bewegung, zu existieren und stark zu sein. Wir sind jung, wir sind viele, und wir hören die bessere Musik! Dieser emotionale Aspekt, den nur diejenigen erfassen können, die selbst vor Ort waren, wird im Nachhinein von den trockenen LehrmeisterInnen der revolutionären Strategie selbstverständlich als banal, unpolitisch et cetera abgetan werden. Wer schon alles weiß und lange Texte verfasst, hat oft keinen Blick mehr für die massenpsychologisch notwendigen Momente der kollektiven Machterfahrung. Die persönliche Erfahrung von Florenz war, dass die allermeisten mit einem Gefühl der Stärke und des Optimismus in ihre Städte zurückkehren, um weiterzumachen gegen die Ist-alles-sinnlos-Propheten.

Das schöne Durcheinander

Diese haben natürlich trotzdem recht, wenn sie kritisieren, dass das ständige Gipfel- und Forum-Hopping, das wortreiche Beklagen der Zustände, das symbolische Zusammenströmen längst an eine Grenze gekommen sind, jenseits derer die eigentliche politische Wirkungsmacht der Bewegung erst beginnen könnte, die aber kaum überschritten wird. Allen Beteiligten ist, mehr oder weniger, bewusst, dass das Ende der Diffusität und des unkonkreten Versprechens einer "möglichen anderen Welt" auch das Ende der hunderttausendfachen Kollektivitätsgefühle wäre. Die politischen Strömungen, die in Florenz zusammenkamen, würden niemals in der Lage sein, sich über gemeinsame politische Strategien zu verständigen. Der Aufmarsch der unzähligen Kleingruppen vom orthodox-kommunistischen über das anarchistische bis zum christlich-ökologischen Spektrum war ein einziges Babel, und der Verzicht auf die konkrete politische Debatte war das einzige Mittel, dieses Babel friedlich zusammenzuhalten. Dennoch: Es war ein grandioses Babel!

Das spielt vor allem eine wichtige Rolle für den zweiten der möglichen Blickwinkel, die Bedeutung des ESF für Italien. Die Teilnahme von einigen tausend Menschen aus anderen Ländern war für die italienische Linke sicherlich erfreulich und anspornend, aber letztlich nicht unbedingt erforderlich. Anders herum sind die verschiedenen italienischen Bewegungen zur Zeit (wieder einmal) ein wichtiger Motor der gesamteuropäischen Entwicklung. Ohne die großen und finanzkräftigen italienischen Organisationen (bis hin zur sozialdemokratischen Partei DS), die Aktionsbereitschaft der linken Gewerkschaften, und vor allem ohne den hohen Organisierungs- und Mobilisierungsgrad der italienischen Linken wäre es nicht möglich gewesen, den

Ablauf der Mammutshow überhaupt einigermaßen zu gewährleisten. Insofern lässt sich wohl sagen, dass das ESF in dieser Form derzeit nur in Italien stattfinden konnte.

Die italienische radikale Linke, gespalten wie sie ist, hat aus Florenz weiteren Auftrieb bekommen für außerparlamentarische, radikale Opposition. Durch den "geordneten" Verlauf des ESF und die unerwartet große Beteiligung hat sich der gesellschaftliche Spielraum für die anstehenden Konflikte in Italien vergrößert.

Wer jetzt euphorisiert aus Italien zurückkommt zu den Mühen der eigenen Ebenen, wird rasch feststellen, dass sich dort viele der Erfahrungen und Gefühle von Florenz nicht politisch umsetzen lassen. In Deutschland lässt sich das schon daran erkennen, dass der bereits 2001 formulierte Vorschlag zur Schaffung weltweiter "sozialer Foren" hier zu Lande bis heute nahezu keine Resonanz gefunden hat. Es wäre auch jetzt unsinnig, die italienische Situation auf Deutschland übertragen zu wollen und mit dem Rückenwind von Florenz große Projekte auszudenken und in den Sand zu setzen.

Ausgleich kurz vor dem Abpfiff

Die Mobilisierungskraft und kreative Energie der italienischen Linken kann aber - wie schon früher - hierher ausstrahlen. Ein Beispiel dafür könnten die in Florenz begonnenen Projekte der Disobbedienti sein, mit "Global Radio", "Global TV" und einer Zeitschrift "Global" Kommunikationsformen zu schaffen, die neben das mal kreative, mal lähmende Durcheinander der Internet-Vernetzung Orientierungspunkte setzen.

Was die Frage nach möglichen Perspektiven angeht und nach dem Verhältnis der unterschiedlichen Fraktionen innerhalb der Bewegung vor und nach dem ESF, so läßt sich wohlwollend von einem Unentschieden nach einem lebhaften Spiel sprechen, oder kritischer von Stagnation auf hohem Niveau. Grob lassen sich drei Strömungen skizzieren: Eine reformerische, die über große Ressourcen verfügt und deren Ziel es ist, "auf gleicher Augenhöhe" mit Regierungen oder UN-Apparaten zu verhandeln; eine traditionalistische linke, vor allem von trotzkistischen Zirkeln geprägt, die von der starken Bewegung angelockt wurde und nach Machtpositionen darin strebt; eine bewegungsorientierte, die wenig positiv formulierte Ziele innerhalb der Bewegung benennen kann, sondern vor allem den Bewegungscharakter gegen die beiden anderen Strömungen lebendig halten will. Keine dieser drei Strömungen hat im ESF triumphieren können. Die Institutionalisierung fand nicht statt; die Funktion einer Großveranstaltung, als Katalysator für bereits vorher entwickelte Beschlüsse oder Absichten zu wirken und eine bestehende Institution zu stärken, konnte nicht zum Tragen kommen. Aber die Versuche des Bewegungsflügels, linksradikal zu intervenieren, gingen ebenfalls weitgehend unter.

Die Befürchtungen von manchen Linksradikalen, einer Mafia von Parteigründungs-Funktionären gegenüberzustehen, bewahrheiteten sich zwar nicht. Das liegt aber möglicherweise auch daran, dass die bereits bestehenden informellen Machtstrukturen innerhalb der Bewegung bzw. der "Sozialforen" einigen Beteiligten sehr gelegen kommen und durchaus bequemer sind als formale und offene Hierarchien und Entscheidungswege. Die "Arroganz der Mächtigen" war innerhalb des ESF durchaus spürbar: Wer bekam wo Räume, welche Veranstaltungen wurden bevorzugt behandelt und beworben, wer konnte wo sprechen - über diese technischen, nur halb sichtbaren Strukturen formiert sich die Macht innerhalb der Bewegung und ist niemandem zur Rechenschaft verpflichtet.

Es ist klar, dass Gruppen wie Attac vom Moment der Parteigründung an hingegen in die klassische linke Organisationskonkurrenz geraten würden und ihren Besitzanspruch auf die vielfältige Massenbewegung verlieren würden. Und es ist ebenso klar, dass linke Zirkel (welchem Ismus sie auch anhängen mögen) am besten in dieser diffusen Machtstruktur wirken können, solange sie an den entscheidenden Hebeln sitzen und ihre Dauerfunktionäre zu den entsprechenden Treffen schicken können.

In Florenz wurde dieser Verfestigungsprozess von den Massen überspült und von der Begeisterung unsichtbar gemacht, es ist aber durchaus fraglich, ob das beim ESF 2003 in Paris nicht ganz anders aussehen wird. Denn in Frankreich gibt es keine vergleichbare Massenbewegung wie in Italien. Die Frage, ob und vor allem wie die Bewegung sich institutionalisiert, wird also voraussichtlich erst im nächsten Jahr wirklich auf die Tagesordnung kommen.

Innerhalb der radikalen Linken hatte es im Vorfeld über diese Frage unterschiedliche Meinungen gegeben. Während die einen (in Italien die Disobbedienti) die Intervention innerhalb des ESF für richtig und notwendig

hielten, sahen andere dies als aussichtslos an und bildeten den "autonomen Hub" als eigene Nebenveranstaltung. So kam es auch, dass die ersteren ihr "Global TV" im Ippodromo produzierten und über Satellit und Internet verbreiteten (allerdings nicht daran dachten, in der "Fortezza", wo das ESF weitgehend stattfand, Fernsehgeräte aufzustellen), während die letzteren an der Piazza della Libertà ihr eigenes TV-Programm machten und über Antenne auf Sichtweite ausstrahlten. Genützt hat beides vielleicht in erster Linie denen, die es machten und dabei die Technik erprobten. Wahrgenommen wurde die Spaltung nur von einem sehr geringen Teil der Menschen im ESF, und verstanden vermutlich von noch weniger. Und recht behalten haben beide Fraktionen, denn sowohl die linksradikale Intervention innerhalb des ESF als auch die autonomen Versuche, von außen darauf einzuwirken, blieben ein Workshop unter vielen, ein Farbtupfer im Gesamtbild.

Ein Steinchen

im Mosaik

Die Disobbedienti stellten auf einer Versammlung am Donnerstag abend fest, dass es dem ESF an Konflikten fehle und eine kalkulierte Zuspitzung nötig wäre, konnten das jedoch nicht erfolgreich umsetzen. Dennoch ist ihrer Einschätzung zuzustimmen, dass die Alternative zur Institutionalisierung der Bewegung die Schaffung von Konfliktlinien sein muss, an denen sich Kämpfe und politische Biografien aufrichten und entwickeln können und die dennoch offen sind für viele. In Italien haben sie das nach Genua teilweise anhand des Nahost-Konfliktes gemacht, momentan ist der bevorstehende Irak-Krieg das bündelnde Thema. Eine darüber hinausweisende Perspektive, an der sich die verschieden starken Bewegungen in Europa beteiligen können, zeichnet sich möglicherweise in den Forderungen nach Bewegungsfreiheit ab. An diesem Thema lassen sich Gipfelproteste samt Grenzsperren zusammenführen mit Kämpfen gegen rassistisches Regime und ökonomischen Terrorismus der G8.

Die zahlreichen Mobilisierungen des Jahres 2003 wurden letztlich der gemeinsame Nenner des ESF. Für Urlaub wird 2003 nicht viel Zeit bleiben. Für Deutschland liegt das Schwergewicht vorläufig auf der Mobilisierung gegen das World Economic Forum in Davos (25.01.) und vor allem gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München (08.02.), aber es wird weitere Termine geben.

Florenz hat Mut gemacht. Wut haben wir schon - also auf zur nächsten Etappe!

FelS - Für eine linke Strömung

Berlin, 14.11.2002

19. Aufruf der Europäischen Sozialen Bewegungen

Autor: Versammlung der Sozialen Bewegungen · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:27

Wir dokumentieren im Folgenden die zentrale Abschlusserklärung des Europäischen Sozialforums in Florenz. Der Text ist um die Schlusspassagen gekürzt worden, in denen ein umfangreicher Katalog von koordinierten Kampagnen und Aktionen gegen Neoliberalismus, gegen den Krieg, gegen Rassismus, gegen Sexismus und Homophobie, gegen Privatisierung u.v.m. vereinbart worden ist.

Wir sind zusammengekommen - soziale und Bürgerbewegungen aus allen Regionen Europas, Ost und West, Nord und Süd. Ein langer Weg hat uns zusammengeführt: Die Demonstrationen in Amsterdam, Seattle, Prag, Nizza, Göteborg, Genua, Brüssel, Barcelona, die großen Mobilisierungen gegen den Neoliberalismus, die Generalstreiks zur Verteidigung der sozialen Rechte, die Mobilisierungen gegen den Krieg zeugen vom Willen, ein anderes Europa aufzubauen. Wir stehen auf dem Boden der Grundsatzerklärung des Weltsozialforums und des Aufrufs der Sozialen Bewegungen von Porto Alegre.

Wir sind in Florenz zusammengekommen, um unsere Gegnerschaft gegen eine europäische Ordnung zum Ausdruck zu bringen, die sich auf die Macht der Multis und den Neoliberalismus stützt. Dieses Marktmodell führt zu ständigen Angriffen auf die Rechte und die Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten, zu sozialer Ungleichheit, zur Unterdrückung ethnischer Minderheiten, zur sozialen Ausgrenzung von Erwerbslosen und MigrantInnen. Es führt zur Zerstörung der Umwelt, zu Privatisierung und Unsicherheit des Arbeitsplatzes. Es drängt mächtige Länder, schwächere zu erpressen und zu dominieren und ihnen das Recht auf Selbstbestimmung zu verwehren. Erneut führt es zu Kriegen.

Wir sind zusammengekommen, um unsere Bündnisse zu stärken und zu erweitern, weil der Aufbau eines anderen Europa und einer anderen Welt nunmehr dringend auf der Tagesordnung steht. Wir wollen eine Welt der Gleichheit, sozialen Rechte und Achtung der Verschiedenheiten; eine Welt, in der das Recht auf Bildung, auf einen anständigen Arbeitsplatz, auf Gesundheitsversorgung und Wohnung für alle gilt; die ein Recht auf gesunde Nahrungsmittel aus der Hand von Bauern kennt; eine Welt, in der Armut, Sexismus und Frauenunterdrückung, Rassismus und Homophobie keinen Platz haben. Eine Welt, in der Menschen vor Profit gehen. Eine Welt ohne Kriege.

Wir sind zusammengekommen, um Alternativen zu diskutieren, aber wir müssen auch unsere Netzwerke weiter ausbauen und gemeinsame Kampagnen und Aktionen planen - dies alles zusammen kann eine andere Zukunft möglich machen. Große Bewegungen und Kämpfe haben an allen Ecken Europas begonnen; die sozialen Bewegungen in Europa stellen eine neue und konkrete Möglichkeit dar, ein anderes Europa für eine andere Welt aufzubauen. (...)

Versammlung der

Sozialen Bewegungen

Florenz, 10. November 2002

20. An alle Bürgerinnen und Bürger Europas. Gemeinsam können wir diesen Krieg stoppen!

Rubrik: Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:28

Florentiner Erklärung des Europäischen Sozialforums gegen den Krieg gegen den Irak, vom 10.11.2002

Wir, die Europäischen Sozialen Bewegungen, kämpfen für soziale Rechte und Gerechtigkeit, für Demokratie und gegen alle Arten von Unterdrückung.

Wir stehen für eine Welt, in der Vielfalt, Freiheit und gegenseitiger Respekt herrschen.

Wir glauben, dass dieser Krieg, ob die UNO ihn nun unterstützt oder nicht, eine Katastrophe sein wird für die irakische Bevölkerung, die schon jetzt unter dem Embargo und Saddam Husseins Regime leidet, sowie für die Menschen im Nahen Osten. Der Krieg sollte von allen abgelehnt werden, die an demokratische, politische Lösungen von internationalen Konflikten glauben.

Es gibt in jedem Land Europas massenhaften Widerstand gegen Krieg. Hunderttausende haben schon jetzt für Frieden demonstriert.

Wir rufen die Bewegungen und die Bürgerinnen und Bürger zu europaweitem Widerstand gegen Krieg auf und dazu:

1. ab heute massenhafte Proteste gegen einen Angriff auf den Irak zu organisieren

2. am Tag X des Kriegsbeginns zu protestieren und landesweite Proteste am darauf folgenden Samstag zu organisieren

3. mit der Organisierung riesiger Anti-Kriegs-Demonstrationen in jeder Hauptstadt für den 15. Februar 2003 zu beginnen.

Wir können diesen Krieg verhindern.

21. Auf Ungehorsamkeit steht Knast. Kriminalisierung der No globals nach dem ESF

Autor: NV · Rubrik: Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:38

Knapp eine Woche nachdem das Treffen des Europäischen Sozialforums (ESF) in Florenz mit einer fulminanten Großdemonstration zu Ende ging, startete die italienische Justiz einen Großangriff gegen die AktivistInnen der Bewegung: In der Nacht des 15. Novembers ließen die Ermittlungsrichter von Cosenza in verschiedenen süditalienischen Städten 22 Linke verhaften. Gegen weitere 20 laufen Ermittlungsverfahren, sieben wurden unter Hausarrest gestellt. Zudem gab es in mehreren Städten Hausdurchsuchungen.

Bei den Verhafteten bzw. Kriminalisierten handelt es sich um AktivistInnen aus der No-global-Szene, sechs Mitglieder des alternativen Gewerkschaftsverbandes Cobas, Mitglieder des süditalienischen Netzwerkes Rete sud ribelle und so genannte Disobbedienti (Ungehorsame).

In der rund 360-seitigen Anklageschrift wird den AktivistInnen u.a. politische Verschwörung, Subversion, aufrührerische Propaganda, Angriff auf die Verfassung und das Eindringen in öffentliche Gebäude vorgeworfen. Die Staatsanwaltschaft bezieht sich in der Anklage auf den Paragrafen 270 b des "Codice Rocco", einer unter Mussolini eingeführten Gesetzgebung. Mit diesem Gesinnungsparagrafen (vergleichbar mit dem Paragrafen 129a in Deutschland) muss für eine Verurteilung keine Einzeltat nachgewiesen werden, sondern es wird allein die Zugehörigkeit zu einer so genannten "subversiven Vereinigung" verfolgt.

Phantom:

Black Block

Ähnlich wie bei den Festgenommenen im Zuge der Proteste in Genua muss auch hier wieder das Konstrukt des Black Blocks herhalten. So seien die Angeschuldigten vor allem bei zwei Gelegenheiten "umstürzlerisch" tätig geworden: im Zuge der Proteste gegen das Global Forum im März 2001 in Neapel und beim G-8-Gipfel in Genua. Zusammengestellt hat dies die berüchtigte Spezialabteilung Carabinieri Ros, die seit Monaten die No Globals mit Wanzen, Telefonüberwachungen und Beschattungen überwacht. Nachdem sich in der Öffentlichkeit die Kritik an den Einsätzen der Carabinieris beim G8-Gipfel in Genua und vor allem an dem Knüppeleinsatz in der Diaz-Schule mehrt, scheint die polizeiliche und politische Führung nun mit dubiosen Anschuldigungen und Verfahren Land zurückgewinnen zu wollen. So wurde im Vorfeld von Florenz alles dafür getan, um das Bild der gewalttätigen Antiglobalisierungsbewegung erneut zu beschwören. Da das ESF und die Abschlussdemonstration insgesamt friedlich vergelaufen sind, läuft nun die Repression gegen die in Italien immer stärker werdende Bewegung auf der juristischen Ebene.

Gewalttäter wird freigesprochen

Am 3. Dezember gab die Staatsanwaltschaft bekannt, dass das Verfahren gegen den Polizisten, der in Genua Carlo Giuliani erschossen hat, eingestellt wird, da dieser in Notwehr gehandelt habe. Gleichzeitig wurden die am 15. November verhafteten No Globals zwar wieder auf freiem Fuß gesetzt, die Verfahren gegen sie laufen aber noch. Und ein Ende der Verfahren gegen linke AktivistInnen ist nicht in Sicht: So wurden am 4. Dezember gegen 23 Personen aus verschiedenen Orten Italiens Ermittlungen eingeleitet. Die Anklagepunkte sind diesmal: Gewalt gegen StaatsbeamtInnen, Plünderung, Verwüstung, Herstellung von Sprengstoff und illegaler Besitz von Waffen.

In Italien schlägt die Empörung gegen die Repressionsmaschinerie hohe Wellen: So kam es in vielen Städten nach den Festnahmen zu zahlreichen Protestkundgebungen unter dem Motto: "Wir sind alle subversiv". An diesen Massenkundgebungen mit bis zu 20.000 TeilnehmerInnen beteiligten sich neben den AktivistInnen der Antiglobalisierungsbewegung auch Kulturschaffende, Fußballfan-Clubs, GewerkschaftlerInnen und Streikende bei Fiat. Vor allem letztere Verbindung mag Berlusconi einige Kopfschmerzen bereiten, verschmelzen doch zunehmend die ArbeiterInnenproteste mit den Aktionen der no-Global-Bewegung.

Grazielle Mascia, PRC-Abgeordnete und Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu Genua, konstatiert: "So muss es sein: Der soziale Protest gegen Massenentlassungen vermischt sich mit dem Kampf gegen Repression zu einer enormen Macht."

NV

22. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:40

Diese Rubrik verdankt einmal mehr vieles den Kolleginnen und Kollegen von www.labournet.de. Wir loben, preisen und empfehlen hiermit diese Homepage der Gewerkschafts- und Betriebslinken auf das Entschiedenste.

New Economy - Knast-Economy

Manchmal entdeckt man in den Untiefen der High-Tech-Branche nicht nur hochflexible und kreative immaterielle ArbeiterInnen, sondern nichts als schlichte Zwangsarbeit. Wie andere Computerriesen auch (Hewlett Packard, IBM und Sony) versucht sich Dell am Aufbau eines Second-Hand-Marktes für PCs. Ähnlich wie bei Autos können Konsumentinnen ihre alten Rechner in Zahlung geben und erhalten dafür Rabatte auf neue Dell-PCs.

Allgemein beurteilen AnalystInnen die Chancen eines PC-Gebrauchtmarktes skeptisch. Zu stark ist der Preisverfall der Hardware und zu teuer sind die Software-Lizenzen. Dell geht deshalb einen Weg der konsequenten Kostenreduktion. In den USA soll die Firma Unicor das gesamte PC-Recycling-System für Dell abwickeln. So weit, so normal, gehörte Unicor nicht zu einer Firma mit Namen Federal Prison Industries. Billige Zwangsarbeit von Gefangenen soll also dafür sorgen, dass sich die neue Geschäftsidee für Dell rechnet, ohne dass sich Dell direkt die Hände schmutzig machen muss - weder an den alten Schrott-Rechnern noch an den High-Tech-Zwangsarbeitskolonnen.

(www.labournet.de)

Greenpeace-Kapitalismus

Bei allem ökologischen Aktivismus ist Greenpeace (GP) auch eine ganz normale Firma. Entsprechend hat auch dieses Unternehmen ein grundsätzlich gestörtes Verhältnis zu den Beschäftigten. In Kanada hat GP in den letzten 14 Jahren sehr erfolgreich ein System der Mitgliederwerbung und des Fundraising via Hausbesuche etabliert (door canvass). Seit dem Oktober 2001 existiert eine Tarifvereinbarung zwischen der GP-Geschäftsleitung in Toronto und der Gewerkschaft über die Arbeitszeiten und Löhne der GP-KlinkenputzerInnen. Obwohl diese Vereinbarung bis Ende Dezember 2003 gültig ist, versucht die Geschäftsleitung seit dem Juli diesen Jahres, diesen Vertrag neu zu verhandeln. Inzwischen hat sie auch die Drohung wahrgemacht und das Door-canvass-System zu den bisherigen Bedingungen geschlossen. Greenpeace bietet statt dessen eine Wiedereröffnung zu deutlich schlechteren Konditionen an. Seit Anfang November protestieren GP-Beschäftigte in Toronto gegen den offenen Vertragsbruch und gegen ihre faktische illegale Aussperrung. Mit Streikketten weisen sie auf die gewerkschaftsfeindliche Praxis des Unternehmens hin und werben für Solidarität in allen Spektren der sozialen Bewegungen.

(www.labournet.de)

Arbeitslose Wecker-Produzenten

Seit Peter Paul Zahl wissen wir es: Die Erfinder des Weckers, dieses Symbols kapitalistischer Zeitökonomie, waren AnarchistInnen aus dem Schweizer Jura. Als wenn sie die historische Schuld ihrer Vorväter und -mütter begleichen wollten, kämpfen die AktivistInnen des Arbeitslosenkomitees ADC heute gegen die Verschärfung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Ihre Aktionen haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Referendum, mit dem eine Art Schweizer Version der Hartz-Vorschläge eingeführt werden sollte, an den Wahlurnen der Schweiz vorerst gescheitert ist. Das ADC ist Anfang der 80er Jahre gegründet worden, in einer Zeit einer europaweit sehr lebendigen Arbeitslosenbewegung. Auch wenn im Komitee von katholischen Arbeiterpriestern bis zu grünen ÖkologInnen ein breites politisches Spektrum vertreten ist: Der Kern orientiert sich explizit am libertären Kommunismus der 1. Internationale. Die bakunistische Tradition ist in den Uhrmacherdörfern des Jura offenbar nach wie vor lebendig. So lange sie nicht wieder Wecker erfinden, soll's uns recht sein.

(WoZ)

Verspekuliert

Zum Selbstverständnis von bundesdeutschen Gewerkschaften gehört der Kampf gegen die Leiharbeit. Doch nicht nur mit der ersten Tarifierung von Leiharbeitsverhältnissen bröckelt dieses Bild. In Hamburg und Nordrhein-Westfalen hat sich der DGB bereits seit Jahren als Mitgesellschafter an staatlichen Leiharbeitsfirmen beteiligt - natürlich nur zum Wohl der armen Langzeiterwerbslosen.

"Start Zeitarbeit NRW GmbH" heißt der staatliche Sklavenhändler mit Gewerkschaftsbeteiligung in Nordrhein-Westfalen. Offenbar sind die Geschäfte dieses Unternehmens so gut gewesen, dass in erheblichem Umfang Gewinne erwirtschaftet wurden, die wiederum - ganz im Sinne der Kapitallogik - nicht in höhere Löhne, sondern in Aktien investiert wurden. Start engagierte sich am Neuen Markt - und fuhr nach Angaben der Wirtschaftswoche und des manager-magazins prompt Verluste in Millionenhöhe ein.

(Wirtschaftswoche, manager-magazin)

Massenstreik 1

Nach Frankreich und Italien jetzt auch in Portugal: Die europaweite Politik der Haushaltskonsolidierung, der Privatisierungen und des Abbaus von sozialen Rechten erweist sich als gewaltiges Mobilisierungsmoment in Betrieben und Gewerkschaften. Mitte November erlebte Portugal den größten Massenstreik seit über zehn Jahren. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten zum Generalstreik aufgerufen, und hunderttausende sind diesem Ruf gefolgt. Ähnlich wie in Italien sind es vor allem die neuen Arbeitsgesetze, die für Empörung sorgen: Der Kündigungsschutz soll gelockert, das Streikrecht eingeschränkt, die Arbeitszeiten flexibilisiert, Leiharbeit erleichtert, Löhne reduziert und Beschäftigte entlassen werden.

Nach Gewerkschaftsangaben haben sich 80% der Beschäftigten an dem Streik beteiligt. Im Transport- und Gesundheitswesen wirkte sich der Streik genauso spürbar aus wie bei der Müllabfuhr. In vielen Schulen fiel der Unterricht aus, und Ämter und Gerichte blieben geschlossen.

Während die Mitte-Rechts-Regierung ihre Maßnahmen als "unverzichtbar" zur Modernisierung der portugiesischen Ökonomie und für den internationalen Standortwettbewerb ansieht, nehmen die ArbeiterInnen diese Angriffe als das wahr, was sie sind: der Versuch, die mühsam erkämpften ArbeiterInnenrechte aus der Nelken-Revolution von 1974 zu beseitigen.

(www.labournet.de)

Massenstreik 2

IWF-Revolten sind keineswegs ein Relikt der 80er Jahre. Im September 2002 hat in El Salvador eine Streik- und Widerstandswelle gegen die vom IWF verordneten und von der rechten ARENA-Regierung umgesetzten Privatisierungen begonnen. Es geht dabei vor allem um die Privatisierung des Gesundheitswesens und der Krankenhäuser. Einzelne Kliniken hatten mit kleineren Streikaktionen begonnen. Als daraufhin 30 Mitglieder der ÄrztInnen-Gewerkschaft STISS gefeuert wurden, rief die Gewerkschaft Mitte September einen unbefristeten Streik aus. Seitdem sind Hunderttausende auf die Straßen gegangen.

Am 14. November erklärte das Parlament Privatisierungen im Gesundheitswesen für prinzipiell unzulässig. Doch die Gewerkschaften setzen ihre Streiks fort - für die Wiedereinstellung der gefeuerten KollegInnen und gegen die zentralamerikanische Freihandelszone CAFTA. Gleichzeitig traten am 12. November die Beschäftigten der staatlichen Elektrizitätswerke in den Streik. Auch sie wehren sich gegen geplante Privatisierungen und die illegalen Entlassungen von KollegInnen.

Die ARENA-Regierung reagiert inzwischen immer repressiver auf die andauernde Streikbewegung. Am letzten November-Wochenende sind bei einem Tränengas- und Schlagstockangriff der Polizei auf Demonstrationen und Betriebsbesetzungen mehr als 35 Personen schwer verletzt und 14 Personen verhaftet worden.

(www.labournet.de)

Massenstreik 3

Im Mai/Juni erlebte die Bundesrepublik den heftigsten und militantesten Streik seit Jahrzehnten, und zwar im Baugewerbe. Ähnliches wiederholte sich in diesem Herbst in der Schweiz. 15.000 BauarbeiterInnen ließen Kräne und Baustellen stehen und liegen - die größte Arbeitsniederlegung in der Schweiz seit 55 Jahren. Hintergrund war die Weigerung des Schweizerischen Baumeisterverbandes , die im Frühjahr vereinbarte Festsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre auch in die Praxis umzusetzen. Die Unternehmer fürchteten vor allem, dass mit einem Nachgeben an der Rentenfrage die Forderungen der ArbeiterInnen "eskalieren" könnten.

Der Streik im Baugewerbe strahlte auch auf andere Bereiche aus. In Genf kam es zu Solidaritätsaktionen der Post-Beschäftigten, und auch die Eisenbahnergewerkschaft SEV beobachtete den Bauarbeiterstreik sehr genau. Welche Bedeutung dieser Streik für die Schweiz gehabt hat, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die dortige Tagesschau am ersten Streiktag zur besten Sendezeit 17 Minuten über den Streik berichtete.

(www.labournet.de)

Wal*Mart-Protest

Seit dem 21. November, dem "internationalen Aktionstag bei Wal*Mart", läuft eine weltweite Kampagne gegen den größten Arbeitgeber der Welt. Der Hintergrund ist die Weigerung des Konzerns, Tarifverträge abzuschließen oder überhaupt gewerkschaftliche Organisierung im Betrieb zu dulden.

Anfang Dezember kam es in New York zu einer Demonstration von mehr als 20.000 Wal*Mart-Beschäftigten, initiiert von der "United Food and Commercial Workers Union" und unterstützt von über 100 anderen Organisationen, einschließlich des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO. Sie forderten Löhne, die den Lebensunterhalt sichern, verbesserte Arbeitsbedingungen in den Läden und die Einstellung des Handels mit Waren, die durch Kinder- und Sklavenarbeit hergestellt werden. Im Durchschnitt liegt der Lohn bei Wal*Mart bei 7,50 Dollar/Stunde. Das liegt bei einer 40-Stunden-Woche nahe an der offiziellen Armutsgrenze. Der Zwang zu Überstunden gehört ebenso zur Wal*Mart-Realität wie überteuerte Betriebskrankenversicherungen oder Renten auf der Basis von Eigenleistungen.

(www.labournet.de)

23. Rendite statt Rente. Der rot-grüne Systembruch in der Rentenversicherung

Autor: Andreas Bachmann · Rubrik: Sozialpolitik; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:23

Seit 1997 betreibt die rot-grüne Bundesregierung die Zerschlagung der bundesdeutschen Sozialversicherungssysteme: Von der Renten- bis zur Arbeitslosenversicherung sind gravierende Systembrüche eingeleitet worden: Raus aus der paritätischen Finanzierung, raus aus der kollektiven Verantwortung für soziale Risiken, rein in die Privatisierung von Risiken und Risikovorsorge. Mit einer kleinen Serie wollen wir diese neoliberale Revolution in der Sozialversicherung nachzeichnen. In dieser ak beginnen wir mit der sog. "Rentenreform" und der "Riester-Rente"

In 16 Jahren Kohl-Regierung schaffte Norbert Blüm nicht, was dem Sozialdemokraten Walter Riester in nur knapp drei Jahren gelingen sollte: Eine Reform des Rentensystems, die einen so gravierenden Systembruch innerhalb der Sozialversicherung brachte, dass sie einen Namensgeber verdiente. Das neueste Produkt der Lebensversicherungsbranche wurde als "Riester-Rente" zum stehenden Begriff. Tatsächlich wurde die sogenannte Rentenreform zu einem der prominentesten Reformprojekte von New Labour in Deutschland. Bemerkenswert daran ist, dass dieser qualitative Systemwechsel in der Sozialversicherung mit neo-liberaler Stoßrichtung nicht in den Jahren 1982 - 1998 in der Ära Kohl durchgesetzt wurde. Die Kohl-Regierung konnte bis auf teilweise gravierende Leistungskürzungen und restriktive Handhabung des Versicherungsprinzips keine Systembrüche in der Sozialversicherung einleiten.

Anders die neue Bundesregierung: Die rot-grüne Reform der Alterssicherung liefert das Muster für alle weiteren Veränderungen der Sozialversicherungssysteme, die rot-grün und die Unionsparteien auf die Tagesordnung der nächsten Jahre gesetzt haben. Die Rentenreform ist Leitmodell nicht nur für eine künftige sozialpolitische Architektur, sondern auch hinsichtlich der politischen Durchsetzung und hegemonialen Absicherung von neo-liberalen Systembrüchen. So ist das politische Koordinatensystem geprägt von der erfolgreichen Mobilisierung von Ressentiments im Alltagsbewusstsein (demographische Krise), Appellen an die Standortlogik (Senkung von Lohnnebenkosten) und sozialem Ausschluss (private Vorsorge und Tarifrente für wohlhabende Haushalte und Teile der abhängig Beschäftigten). Es war die eigentliche "Leistung" des Schröderschen Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit, die Gewerkschaften mehrheitlich in das Projekt von Lohnnebenkostensenkung und Pensionsfonds außerhalb der allgemeinen Sozialversicherungen einzubinden. (1)

Bis zum Jahre 2050 soll das Niveau der Sozialversicherungsrenten um ca. 25 % abgesenkt werden. Dies ist das zentrale Element der rot-grünen Rentenform. Die konservativen Rentenpläne sahen eine etwas moderatere Rentenkürzung über demographische Korrekturfaktoren im Leistungsrecht vor. Im Unterschied dazu wird in den rot-grünen Rentengesetzen die Privatversicherung zum entscheidenden Faktor. Die fiktive Rendite einer alternativen privaten Vorsorge wird versicherungsmathematisch und rentenrechtlich als bestimmende Größe der Rentenniveausenkungen festgeschrieben. Ein immer größerer Teil der Alterssicherung soll über kapitalgedeckte private Fonds und Versicherungen abgedeckt werden.

Nominell gilt nach wie vor eine nettolohnbezogene Rente, also eine bestimmte Relation der Renten zum aktuellen durchschnittlichen Arbeitnehmernettoeinkommen. In der neuen Nettolohnformel wird aber der private Vorsorgeanteil (ab 2008 sind das 4 % vom Bruttoeinkommen) aus dem Nettoeinkommen herausgerechnet. Diese Änderung der Formel zur Darstellung des Rentenniveaus führt zu einer Verschleierung des wahren Ausmaßes der faktischen Rentenkürzung; ein Umstand der nahezu unbemerkt blieb.

Maßstab für die Rentenhöhe ist in der Rentendiskussion die Standardsozialversicherungsrente (Durchschnittseinkommen, relativ lückenlose Erwerbsbiografie mit 45 Versicherungsjahren). Zu Beginn der rot-grünen Koalition lag dieses Niveau bei knapp unter 70%. Dieses Niveau markierte bislang in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Diskussion die Untergrenze einer gesetzlichen Altersversorgung, die den Lebensstandard sichert.

Bei einer Absenkung des Rentenniveaus um 15% (bis 2030) bzw. 25% (bis 2050) wird die Sozialversicherungsrente (angenommen ist eine Normalerwerbsbiografie nach heutigem Sozialhilfe- und

Sozialversicherungsrecht) dann nur noch knapp über dem Sozialhilfeniveau liegen. Für eine Vielzahl von ArbeitnehmerInnen mit heute typischen unsteten Erwerbsbiografien ist eine Kappung der Sozialversicherungsrenten in dieser Größenordnung ein Einkommensabsturz ins Bodenlose; ein Absturz, der bei den angespannten Privatbudgets auch nicht durch private Vorsorge kompensiert werden kann. Die Annäherung der Sozialversicherungsrenten an das Sozialhilfeniveau wird die Akzeptanzkrise der Sozialversicherung verschärfen. Schlimmer noch, in der Logik des Lohnabstandsgebots in der Sozialhilfe sind Absenkungen von Sozialhilfeleistungen vorprogrammiert: Die Renten sind ja aus den Erwerbseinkommen abgeleitet, und in der herrschenden Logik muss die Differenz zwischen Sozialhilfe und Sozialversicherungsrenten gewahrt werden.

Die von vielen geforderte Grundsicherung für GeringverdienerInnen innerhalb des sozialen Rentensystems wurde beerdigt. Übrig geblieben ist die Überlegung, Sozialhilfe für Menschen ab 65 mit etwas weniger Bürokratie und Schikanen zu gewähren. In der ersten rot-grünen Koalitionsvereinbarung war noch von einer bedarfsabhängigen sozialen Grundsicherung für RentnerInnen die Rede gewesen. Doch im Vergleich zu einer sauberen rentenrechtlichen Ausgleichslösung war auch das deutlich zu kurz gesprungen. Durch einen fairen rentenrechtlichen Ausgleich von Erziehungszeiten und Phasen sehr niedriger Erwerbseinkommen hätte es für viele Menschen eine bessere Lösung - weil mit robusten Sozialversicherungsansprüchen verbunden - gegeben. Eine Lösung übrigens, die die Arbeitgeber über ihren Anteil am Rentenversicherungsaufkommen auch mitfinanzieren müssten.

Entgegen aller Rhetorik wird nun die Anpassung der Sozialversicherungsrenten auch dauerhaft von der Nettolohnentwicklung abgekoppelt. Dadurch, dass die Veränderung des Vorsorgeaufwands bei der Steigerung der Nettolöhne herausgerechnet wird, werden nämlich die künftigen Dynamisierungen der Sozialversicherungsrenten gestaucht. Im übrigen wurde der Beitragssatz für die Rentenversicherung im Interesse der Arbeitgeber bis 2030 (!) auf 22% festgeschrieben.

Den propagierten privaten Vorsorgeformen fehlt jede soziale Dimension. Keine Privatversicherung und kein Investmentfonds kümmert sich z.B. um die rentenrechtliche Würdigung von Erziehungszeiten oder um das Risiko von Erwerbs- und Berufsunfähigkeit bzw. um eine adäquate Hinterbliebenenversorgung. In der Tarifkalkulation von privaten Renten- und Lebensversicherungen ist die Diskriminierung von Frauen von vorne herein eingebaut. Außerdem haben viele ArbeitnehmerInnenhaushalte nicht den notwendigen finanziellen Spielraum für Sparrücklagen oder weitere Lebensversicherungen.

Entgegen dem Versprechen von sicheren Renten werden diese durch private Versicherungen oder kapitalgedeckte Pensionsfonds durchaus unsicherer. Die Kalkulation der Abschläge bei der gesetzlichen Rente in den nächsten 40 bis 50 Jahren (!) beruht auf einer willkürlich gesetzten hypothetischen Rendite der privaten Vorsorge in Höhe von kontinuierlich 5,5 Prozent bzw. 4 Prozent. Angesichts eines solch langen Zeitraums ist so viel Vertrauen in die Inflationsresistenz und Stabilität der nationalen und vor allem internationalen Kapitalmärkte abenteuerlich. Aber jenseits dieses allgemeinen Rendite-Glaubensbekenntnisses ist die private Altersversorgung auch aus systematischen Gründen unsicher. Die Inanspruchnahme der Fonds für Renten führt systematisch immer wieder zu ihrer Auflösung, was drastisch sinkende Renditen zur Folge haben wird.

Es liegt auf der Hand, dass ein zusätzlicher Kapitalfonds zur Kompensation der gesetzlichen Rentenkürzungen mit allen damit verbundenen Risiken international angelegt wird. Ein privatisiertes Rentensystem in der Größenordnung, wie von SPD, Grünen und Union vorgesehen, muss seine Erträge außerhalb der nationalen Ökonomie erwirtschaften. Mit anderen Worten: Die (hohe) Rendite muss auch in den Schwellenländern erwirtschaftet werden. Die entstehenden Widersprüche zwischen internationaler Gerechtigkeit und dem Druck, hohe Renditen für die Versicherten und PensionärInnen herauszuschlagen, sind gewaltig und nur schwer lösbar. Dazu kommt noch eine permanente Interessenkollision zwischen den (zukünftigen) RenterInnen, die von den Pensionsfonds abhängig sind, und den ArbeitnehmerInnen in den Unternehmen, in die Pensionsfonds und Versicherungen investieren. Bisweilen werden diese Gruppen identisch sein und damit doppelt abhängig vom Arbeitgeber und Unternehmen.

SPD und Grüne verschweigen tunlichst, dass die Verteilungswirkung der erzwungenen kapitalgedeckten Parallelrente verheerend ist. Im Vergleich zu einer Erhöhung der Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung (oder besser noch einer Verbreiterung ihrer Einnahmebasis) ist mit der Teilprivatisierung

der Alterssicherung eine drastische Entlastung der Arbeitgeber verbunden. Die Rente wird nämlich nicht mehr paritätisch finanziert. Die ArbeitnehmerInnen alleine tragen die Last der privaten Vorsorge.

Aber es ist noch eine weitere systemische Veränderung bemerkenswert: Dadurch, dass die Privatrente statistisch aus der Ermittlung der Nettolöhne - und damit aus der Basis der Sozialrenten - herausgerechnet wird, wird bei den Sozialrenten eine Absenkungsspirale festgeschrieben. So wirken sich die private Vorsorge gerade der "Besserverdienenden", aber auch tarifliche Regelungen zur Altersversorgung unmittelbar senkend auf die Sozialrenten aus.

Daher kann es auch keinen tarifpolitischen Befreiungsschlag aus der Rentenmisere geben, auch wenn betriebliche Altersversorgungsmodelle durch Änderungen im Einkommenssteuer- und Sozialversicherungsrecht besonders forciert werden (noch stärker als die individuelle private Vorsorge). Eine für den Einzelnen attraktive betriebliche Altersversorgung ist immer durch Steuervorteile für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen sowie durch Beitragsbefreiungen bei den Sozialabgaben gekennzeichnet. Oder aber sie geht zu Lasten anderer Gruppen: Es ist eine Minderheit von meist männlichen Beschäftigten, die in den Genuss wirklich attraktiver tariflicher Regelungen oder Vereinbarungen zur betrieblichen Altervorsorge kommt. Den Beschäftigten in Kleinbetrieben, den meisten Frauen und allen ArbeitnehmerInnen in Niedriglohnbranchen ohne nennenswerte betriebliche oder tarifliche Zusatzversorgung kommen diese Regelungen teuer zu stehen. (2)

Andreas Bachmann

Bei diesem Beitrag handelt es sich um den ersten Teil eines umfangreicheren Artikels, der unter dem Titel " Privatisierung der Sozialversicherung und aktivierender Staat - von der Riester-Rente zur 3-Klassen-Medizin" in Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 85, 3/2002, erschienen ist.

Anmerkungen:

1) Bereits im ersten Spitzengespräch vom 07.12.1998 des Bündnisses wurde die "dauerhafte Senkung der Lohnnebenkosten und eine strukturelle Reform der Sozialversicherung" vereinbart.

2) Zur Zeit haben nur 12% der Arbeitnehmerinnen in Westdeutschland einen Betriebsrentenanspruch. Der liegt bei durchschnittlich 150 EUR. Bei den Männer sind es 40 % mit einem durchschnittlichem Anspruch von 300 EUR.

24. So tanzt es sich auf dem sozialen Vulkan. Alter Nicht-Frieden und neuer Populismus in Guatemala

Autor: Albert Sterr · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:05

Vor fünf Jahren unterzeichneten URNG-Guerilla und Regierung einen Vertrag. Erklärtes Ziel: "fester und dauerhafter Frieden". Doch der ist nach wie vor nicht in Sicht. Die wirtschaftliche Lage großer Teile der Bevölkerung ist katastrophal, politische Einschüchterungen sind wieder an der Tagesordnung und uniformierte Völkermörder genießen nach wie vor Straflosigkeit. Von den Hoffnungen, die die Unterzeichnung des Friedensvertrags einst auslöste, ist nicht mehr viel zu spüren. Doch von diesem Stimmungswandel profitiert nicht die linke URNG, sondern die autoritäre und neopopulistische "Republikanische Front" (FRG) des ehemaligen Putsch-Generals Ríos Montt. Diese gewann Ende 1999 die Wahlen und kontrolliert seither das Land. Die Opposition ist im Vergleich mit der autoritären, unsozialen und korrupten FRG-Regierung erschreckend schwach, vom linken Flügel um die URNG über die sozialen Bewegungen bis zur ehemaligen Regierungspartei PAN und anderen Zentrumsparteien. Und dies trotz der massiven Differenzen innerhalb der FRG.

Seit dem Ende des 36-jährigen bewaffneten Kampfes und der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Dezember 1996 befindet sich Guatemala in einem tief greifenden politischen Umbruchprozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Gewachsene demokratische Spielräume für die Linke, Ansätze zur Institutionalisierung demokratischer Körperschaften und Verfahren, eine partielle Entmilitarisierung: All dies macht zwar Hoffnung, aber dennoch kann von einer wirklichen Demokratisierung von Staat und Gesellschaft keine Rede sein. Autoritäre, offen oder verdeckt repressive Strukturen, oft durch die Parallelmacht Militär ausgeübt, bleiben stabil. Immer noch schützt die Straffreiheit für in der Vergangenheit begangene politische Verbrechen die Täter und ängstigt die Opfer.

Trotzdem ist das politische System heute anders als in den späten achtziger Jahren und erst recht anders als Ende der siebziger Jahre. Der Vergleich mit jenen langen Phasen sich abwechselnder Diktaturen zeigt, wie sehr sich das Modell politischer Herrschaft in Guatemala verändert hat.

Denn Guatemala befindet sich nicht nur in einem politischen sondern auch in einem ökonomischen Umbruchprozess. Zwar sind die alten, seit Ende des letzten Jahrhunderts dominanten Mächte, also Großgrundbesitz-, Finanz- und Handelskapital weiterhin präsent. Dazu kamen aber in den letzten Jahren neue Akteure: transnationales Kapital in den Weltmarktfabriken der Maquiladoras, im Tourismus und in der Drogenmafia. In erheblichem Umfang, nämlich etwa 800 Mio. US-Dollar pro Jahr, fließen so genannte "Gastarbeiterüberweisungen" guatemaltekischer EmigrantInnen aus dem Ausland nach Guatemala. Die Globalisierung tut ihr Übriges hinzu, um das Gewicht der alten Wirtschaftseliten zu reduzieren und den historischen Grundkonflikt Guatemalas etwas zu entschärfen: 0,15% der Agrarproduzenten besitzen 70% des Landes, während Campesinos und Landlose 3% des Landes bewirtschaften. Das heißt nicht, dass eine Agrarreform nicht mehr notwendig ist, sondern bloß, dass sie heute nicht mehr der gordische Knoten ist, der erst zerschlagen sein muss, bevor sich das Land politisch und sozial entwickeln kann: Die Dinge sind komplizierter geworden.

Frieden: außer Vertrag nicht viel geblieben

Eine Agrarreform ist nach wie vor notwendige Bedingung für einen demokratischen und sozialen Aufbruch, der diesen Namen verdient. Aber sie kann nicht mehr sein als eine Initialzündung. Der Friedensvertrag gibt diesbezüglich außer Unverbindlichkeiten so gut wie nichts her. Das zeigt, dass für eine umfassende Transformation die realen Kräfteverhältnisse nicht gegeben sind. Das Abkommen zwischen URNG und Staat hat grundlegende Veränderungen auf die lange Bank geschoben. Und damit vorprogrammiert, dass die soziale Misere bleiben würde. Von den 10 Millionen Einwohnern Guatemalas gelten 56% als arm. Etwa 500.000 Familien fristen ihr Überleben unterhalb des Existenzminimums. Wenn die URNG sich angesichts dieser Realität ausschließlich positiv auf das Friedensabkommen bezieht, heißt das vor allem, dass sich zwischen den sozialen Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten und der Politik der ehemaligen Guerillabewegung eine programmatische Kluft auftut. Und an der können dann alle Kräfte ansetzen, die sich als "sozial"

gebärden; zum Beispiel die vom Ex-Militärdiktator Ríos Montt gegründete FRG. Die URNG kann dem, jedenfalls mit ihrer bisherigen Argumentation, nichts entgegensetzen.

Wenn die Zeiten sich ändern ...

Dass die programmatische und organisatorische Schwäche der Linken in Guatemala zusammenfällt mit einer politischen und ökonomischen Umbruchsituation, macht es dem Populismus als historischem, Gegenspieler der Linken leicht. Man kennt das aus anderen Ländern Lateinamerikas, in denen der Populismus oft in Phasen des Übergangs vom Agrarexportmodell zu einer postagrarischen Ökonomie auftauchte, teilweise bereits in den dreißiger und vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Was den Populismus ausmacht: eine Führer- und Personenfixierung, die vermeintlich direkte und unmittelbare, gleichwohl autoritäre Beziehung zwischen dem Caudillo und seinen AnhängerInnen, die unklare und vage soziale Programmatik, seine klassen- und schichtenübergreifende AnhängerInnenschaft mit Basis in den städtischen Unterschichten, die Ablehnung des Klassenkampfes, die Selbstinszenierung als Gemeinschaft der Patrioten. Der politische Stil ist demagogisch, die politische Strategie orientiert an Pragmatismus und Kosten-Nutzen-Denken. Populisten haben kein Problem damit, eigentlich unvereinbare Inhalte und Positionen gleichzeitig zu vertreten oder Leute gänzlich unterschiedlicher politischer Couleur vor ihren Wagen zu spannen: Alles ist möglich, sofern es dazu dient, Macht zu erringen oder zu erhalten. Wie das funktioniert, hat die heutige Regierungspartei FRG geradezu beispielhaft vorexerziert: Neben Ex-Militärs mit Erfahrungen in Sachen Guerillabekämpfung, politischen Salbaderern und Geschäftsleuten hievte man auch Indígenas und sogar ehemalige Linke und Menschenrechtsaktivisten in führende Positionen.

Was die guatemaltektischen Neopopulisten der neunziger Jahren von ihren historischen Vorgängern unterscheidet, von TV- und Internet-Präsenz abgesehen, ist, dass sie die politischen Inhalte auf den Kopf stellten. Nicht der Ausbau von Staatsfunktionen, sondern der soziale Kahlschlag und Privatisierung gelten jetzt als A und O. Kein verschwommener Antiimperialismus mehr, sondern Unterordnung unter die US-Außenpolitik. Auch die soziale Basis hat sich gewandelt: Das Bündnis städtischer ArbeiterInnen und Angestellter mit kleinen und mittleren Unternehmern löste eine Allianz aus Finanz- und Handelskapital mit den marginalisierten Bevölkerungsschichten ab.

Einerseits ist die FRG, was Stil, Strategie und Führerfixierung angeht, typisch neopopulistisch. Wirtschaftspolitisch setzt sie auf Neoliberalismus. Ihr Präsident Ríos Montt wurde nicht nur von der Partei unterstützt, sondern darüber hinaus von einer eigenen überparteilichen Bewegung; er konnte auf beste Verbindungen zu den elektronischen Massenmedien zurückgreifen und auf die Unterstützung von Teilen des Militärs und außergesetzlicher Repressionsapparate zählen, wie etwa die im Friedensprozess formell demobilisierten paramilitärischen Zivilpatrouillen (PAC). Was Wahlkampfthemen angeht, Mobilisierungsmethoden und Selbstinszenierung ("Retter des Vaterlandes") gleicht die FRG in erstaunlicher Weise dem peruanischen Ex-Präsidenten Fujimori.

... erblüht der Neopopulismus

Doch dieser Vergleich zeigt auch, dass das Wahlverhalten der verarmten Menge kaum beeinflusst wird durch die Tatsache, dass der Neopopulismus zusammenhängt mit Menschenrechtsverletzungen, Neoliberalismus oder Querverbindungen zu Militär und Geheimdiensten. Denn Fuijimori wurde, wie andere lateinamerikanische Outsider auch, nach oben gespült, weil es ihm gelang, mit Hilfe der Medien und der Ameisenarbeit evangelikaler Sekten einen Diskurs glaubhaft zu machen: den Diskurs der Hoffnung, der nationalen Rettung und des wirtschaftlichen Aufbruchs. Diesem Sog haben auch die guatemaltekischen Zentrumsparteien, vor allem die Christ- oder Sozialdemokratie nichts entgegenzusetzen. Statt dessen reiben sie sich auf zwischen dem riesigen Erwartungsdruck der verarmten Massen und ihren eigenen armseligen Reformversprechen. Das ist nicht nur in Guatemala so, sondern in ganz Lateinamerika, von wenigen Ausnahmen abgesehen. In Guatemala jedenfalls stehen den gut organisierten Neopopulisten der FRG nur entweder schlechter organisierte ähnliche Varianten, der blanke Neoliberalismus der PAN und der gemäßigte Reformansatz der URNG gegenüber.

Vergangenheits- rhetoriken: links und langweilig

So können alternative Varianten nur "mehr von demselben" anbieten. Auf weniger Korruption, Inkompetenz oder demokratischeres Herangehen zu hoffen, ist wohl naiv. Die einzige Kraft, die einen prinzipiell anderen

Weg einschlagen könnte, wäre ein Oppositionsblock von URNG und sozialen Bewegungen. Was ihr dabei sicher nicht hilft: eine Rhetorik der Mäßigung und der nationalen Einheit, ängstliche Reformvorschläge, der Blick in die Vergangenheit (Friedensvertrag hin und her, außerdem: wie schlimm war Ríos Montt früher) und innere Spaltungslinien, die eine einheitliche Mobilisierung verhindern. Nur ein "linker Diskurs der Hoffnung", der auf die brennenden sozialen Fragen glaubhafte und praktikable Antworten findet, also "Agrarreform plus x", könnte die Neopopulisten in die Defensive treiben. Dies ist auch die einzige Variante, die einen "festen und dauerhaften Frieden" gewährleisten könnte. Alles andere ist Tanz auf dem sozialen Vulkan.

Albert Sterr

Albert Sterr veröffentlichte vor kurzem zusammen mit Dieter Boris ein Buch, in dem unter anderem auch ausführlich auf Populismus und Neopopulismus eingegangen wird: Dieter Boris/Albert Sterr, FOXtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus?, Köln (Neuer ISP Verlag), 2002

25. Ein respektabler Brandstifter. Kolumbien: Drahtzieher von Bellacruz wieder auf freiem Fuß

Autor: Jochen Schüller · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:09

Es passierte im Februar 1996. Die mehr als 280 Campesino-Familien, die auf der kolumbianischen Hacienda Bellacruz lebten, bekamen "Besuch": Gut 40 schwer bewaffnete Paramilitärs überfielen die Hacienda, brannten die Häuser nieder und folterten ihre BewohnerInnen. Die paramilitärischen Söldner drohten den Campesinos, sie zu ermorden, falls sie es je wagen sollten, ihre Höfe wieder zu betreten. In einem Radius von 100 Kilometer durften die BewohnerInnen von Bellacruz sich nicht mehr blicken lassen. Rund 2.000 Menschen wurden zu Flüchtlingen im eigenen Land.

Zu der gewaltsamen Vertreibung der Campesino-Familien war es gekommen, nachdem der Marulanda-Ramírez-Konzern eine Klage verloren hatte, mit dem er vermeintliche Besitzrechte am Land der Bauern auf Bellacruz durchsetzen wollte. Zeugen berichten: Während die Paramilitärs die Bauern vertrieben und ihre Häuser ansteckten, befand sich bloß hundert Meter weiter eine Armee-Einheit. Doch die schritt trotz deutlich hörbarer Hilferufe nicht ein. Andere Zeugen sagen aus, später Mitglieder der marodierenden Paramilitärs in den Reihen der örtlichen Armee wiedererkannt zu haben.

Teufelskreis

der Straflosigkeit

Nach der Vertreibung richteten die Paramilitärs einen Stützpunkt in Bellacruz ein - lediglich zwei Kilometer vom nächsten Polizeirevier und knapp sechs Kilometer von der Armee-Basis des "Batallón Héroes de Corea" entfernt. Die BewohnerInnen der Hazienda Bellacruz flohen unterdessen in die Nachbargemeinden und zeigten Überfall und Vertreibung an. Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnete daraufhin ein Ermittlungsverfahren, das zunächst keine konkreten Ergebnisse brachte. Im Gegenteil: Der Terror durch die Paramilitärs nahm sogar noch zu. In den Folgemonaten wurden über 30 Personen - betroffene Campesinos oder UnterstützerInnen -gefoltert und ermordet. Oder sie "verschwanden" einfach. Diese gezielten Morde sollten die Rückkehr der Bauernfamilien in die Region verhindern.

Recht auf Wiedergutmachung genommen

Staatliche Behörden siedelten die Campesinos "vorübergehend" in einer anderen Provinz an. Mittlerweile lebt ein großer Teil der Familien in der Gemeinschaft "La Miel" in der Provinz Tolima, auf Land, das ihnen die Landreformbehörde INCORA zugewiesen hat. Entschädigt wurden sie nie. Stattdessen sollen sie 30% des Kaufpreises für das schlechte Ackerland an die INCORA bezahlen.

Von Anfang an galten der ehemalige Entwicklungsminister und spätere EU-Botschafter Kolumbiens, Carlos Arturo Marulanda, und sein Bruder Francisco Alberto als geistige Urheber der Vertreibung und Morde von Bellacruz. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen setzten sich für für eine Aufklärung der Verbrechen ein. Schließlich trat Carlos A. Marulanda im August 1996 von seinem Amt als Botschafter bei der EU zurück. Der internationale Druck war zu groß geworden, Präsident Samper ließ ihn fallen.

Trotz der Bedrohung sagten Dutzende der Opfer gegen die Paramilitärs und die Marulandas aus. Aufgrund der zahlreichen Zeugenaussagen und Beweismittel erging Haftbefehl gegen den Bruders des Ex-Ministers, Francisco Alberto Marulanda. Er wurde am 20. Mai 1998 in Barranquilla von der Polizei gefasst und sitzt seither in Haft. Als am 15. Januar 1999 auch gegen Carlos Arturo Marulanda Haftbefehl erlassen wurde, setzte der sich fix nach Venezuela ab. Erst am 16. Juli 2001 wurde er von Interpol in Madrid gefasst, im spanischen Gefängnis Soto del Real inhaftiert und schließlich am 14. Oktober 2002 nach Kolumbien ausgeliefert.

Doch inzwischen ist er wieder auf freiem Fuß. Carlos Arturo Marulanda wurde am 1. November aus der Untersuchungshaft entlassen, nachdem die Anklagen wegen Terrorismus und Bildung einer paramilitärischen Gruppe fallen gelassen wurden. Lediglich der Vorwurf wegen Brandstiftung bleibt bestehen. Laut Staatsanwaltschaft wird Marulanda nicht mehr wegen Mordes und Terrorismus angeklagt werden. Denn an den beiden Tagen der Vertreibung im Februar 1996 sei niemand ermordet, gefoltert oder verletzt worden. Es

sei lediglich zu Morddrohungen, zum Niederbrennen von Häusern und zu Vertreibung gekommen. Daher sei er nur noch wegen Brandstiftung anzuklagen. Diese Anklage werde weiter aufrechterhalten und verhandelt, bedürfe jedoch keiner weiteren Inhaftierung.

Seine jetzige Freilassung werten Opfer wie Anwälte als klares Zeichen dafür, dass man in Kolumbien im Fall Bellacruz keine Gerechtigkeit will. Amnesty International nennt die Freilassung Marulandas einen schweren Rückschlag im Kampf gegen die Straflosigkeit von Gewaltverbrechen in Kolumbien. Der Innen- und Justizminister Londoño äußert sich im Interview mit der Tageszeitung El Tiempo hingegen zufrieden und verteidigt die Unschuld Marulandas: " Er ist ganz gewiss ein respektabler Mann."

Amnesty International befürchtet indes, dass die Freilassung auch die Einstellung der Ermittlungen im Fall Bellacruz bedeuten könnte. Dann würden die Verantwortlichen nie vor Gericht gestellt und den Opfern und ihren Familien das Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung genommen werden. Auch für die kolumbianische Gesellschaft ein Signal in die falsche Richtung, zumal Bellacruz kein Einzelfall ist.

Und die Familien? Die haben Angst. Wegen ihrer Aussagen gegen Marulanda fürchten viele um ihr Leben. Sie kennen den Teufelskreis: Straflosigkeit ermutigt die Täter zu neuen Verbrechen.

Jochen Schüller

26. Klimawechsel mit Gänsehaut. Kolumbien: Paramilitärs wollen zukünftig lieber legal morden

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:10

Und jetzt soll alles anders werden. Kolumbiens paramilitärische Verbände, mehrheitlich vereint in der Dachorganisation AUC, verkündeten zum 1. Dezember einen einseitigen Waffenstillstand. Insgesamt schlossen sich 95% der kolumbianischen Paramilitärs an.

Die AUC erklärte ihre Bereitschaft, Friedensgespräche mit der Regierung aufzunehmen, die von der katholischen Kirche, der Organisation Amerikanischer Staaten und der UNO begleitet werden sollen. Dafür wollen die Paramilitärs als politische und militärische Akteure in dem kolumbianischen Konflikt anerkannt werden. Das war bislang aus gutem Grund von Guerillas, Gewerkschaften, Basis- und Menschenrechtsorganisationen strikt abgelehnt worden. Geht es nach den Paramilitärs, soll der "Friedensprozess" auch auf die Freilassung ihrer 1.000 inhaftierten Mitglieder hinauslaufen. Zugleich fordern sie den Staat auf, die Guerilla nicht in die von ihnen "befreiten Gebiete" zu lassen, und behalten sich andernfalls vor, "in Notwehr zu reagieren".

Bereits während der letzten fünf Jahre hatte die AUC jeweils zur Weihnachtszeit einen Waffenstillstand verkündet. Allerdings folgten darauf stets neue Massaker an der Zivilbevölkerung. Etwa im Januar 1999, als innerhalb eines Monats über 200 Personen von Paramilitärs ermordet wurden.

Das Angebot der AUC war mit Unterstützung der katholischen Kirche zustande gekommen, die traditionell als rechtsextrem gilt und eng mit der kolumbianischen Oligarchie verflochten ist. Aus Rom ließ man verlauten, die Ankündigung der Paramilitärs spiegele "einen Klimawechsel in Kolumbien wider". Bislang erst inoffiziell hat die US-Regierung erklärt, man "unterstütze die kolumbianische Regierung bei ihrem Versuch, der Gewalt ein Ende zu setzen". Auch von der kolumbianischen Regierung unter Präsident Uribe war noch keine offizielle Stellungnahme zu dem Angebot der Paramilitärs zu hören. Aber einige der Regierung nahe stehende Persönlichkeiten haben bereits ihre Zustimmung geäußert.

Präsident Alvaro Uribe hat ohnehin enge Verbindungen zum Paramilitarismus. AUC-Führer hatten zur Wahl Uribes aufgerufen, und während der Wahlkampagne befanden sich manche Wahlkampfbüros Uribes direkt in den Camps der Paramilitärs. Als Gouverneur von Antioquia hatte Alvaro Uribe Vélez im Rahmen seiner Kampagne "Wohlstand, Fortschritt und Frieden" die schwerbewaffnete, halbprivate, aber vom Militärgeheimdienst aufgebaute Killertruppe "Convivir" gefördert. "Convivir", was zynischerweise "Zusammenleben" heißt, zwang während Uribes Amtszeit über 200.000 Menschen zur Flucht und ermordete Tausende. Sie machten sich dermaßen vieler Menschenrechtsverbrechen schuldig, dass sie Ende 1997 offiziell verboten wurden (woraufhin sie kurzerhand mit AUC-Paramilitärs fusionierten). Noch heute brüstet sich Uribe jedoch damit, in "seiner" Region für Ruhe gesorgt zu haben. "Friedhofsruhe" wäre wohl die treffendere Bezeichnung für das Terrorregiment der rechtsextremen Paramilitärs.

Menschenrechtsorganisationen sowie linke Organisationen und Basisbewegungen befürchten jetzt, dass die Paramilitärs faktisch in neu entstehende, an die Armee angebundene Strukturen überführt werden sollen, während ihre Menschenrechtsverbrechen ungestraft bleiben. Immerhin sind sie für über 70% der Menschenrechtsverbrechen verantwortlich; zehntausende KolumbianerInnen sind von Paramilitärs brutal ermordet worden, und gerade die AUC-Paramilitärs sind dafür bekannt, dass sie ihre Opfer nicht selten bei lebendigem Leib mit Motorsägen zerstückeln oder mit ihren Köpfen vor der versammelten Dorfgemeinschaft Fußball spielen.

Im Laufe der Jahre vertrieben die Paramilitärs so über eine Million Menschen, und ihre Anführer eigneten sich Millionen Hektar Land an. Seit dem Amtsantritt Uribes sind sie nun um Seriosität und öffentliche Anerkennung bemüht. Erst im Juli verkündete AUC-Führer Carlos Castaño, es gäbe wohl einen kleinen Teil der paramilitärischen Gruppen, die in Drogengeschäfte und Menschenrechtsverletzungen verwickelt seien. Von diesen habe man sich aber inzwischen getrennt. Gleichwohl ist allgemein bekannt, dass die AUC heute etwa 70% der gesamten Drogenexporte Kolumbiens kontrolliert und sich überwiegend daraus finanziert.

Die Integration der Paramilitärs könnte über das von Uribe initierte "Bauernsoldaten-Programm" verlaufen: In wenigen Wochen sollen 10.000 Bauern bewaffnet werden und, ähnlich dem türkischen oder guatemaltekischen Modell, zu "Dorfschützern" ausgebildet werden, die der Armee unterstehen. Die ersten 380 haben just in dieser Woche in der Region Santander trotz der vehementen Kritik von Menschenrechts- und Campesino-Organisationen ihren Dienst angetreten. Eben dieses Vorgehen hatte die US-amerikanische Rand Corporation schon vor zwei Jahren vorgeschlagen, als sie den kolumbianischen Konflikt im Auftrag der US-Luftwaffe analysierte.

Für die USA ist all das von Interesse, weil so die Militärhilfe für Kolumbien weiter erhöht werden kann, ohne dass man sich ständig Kritik wegen der Zusammenarbeit von Armee und Paramilitärs einhandelt. Doch ob Uribe, der US-Regierung und der AUC dieser Plan gelingen wird, hängt nicht zuletzt auch vom Widerstand dagegen in Kolumbien und international ab.

Dario Azzellini

27. Virtueller Notstand in Venezuela. Die Opposition versucht mal wieder, Chávez zu stürzen

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:15

Vier Mal Streik in den letzten zwölf Monaten. Vier Mal versuchte die venezolanische Opposition, Präsident Chávez zum Rücktritt zu zwingen. Ungünstig für dieses Projekt ist bloß, dass die Bevölkerung mehrheitlich nicht mitmacht.

Der Unternehmerverband Fedecameras und der rechte Gewerkschaftsverband CTV hatten zum Generalstreik aufgerufen. Drei Tag lang, vom 2. bis zum 4. Dezember, folgten diesem Aufruf etwa 15% der venezolanischen ArbeitnehmerInnen, zum Teil allerdings gezwungenermaßen in Folge von Aussperrung. Am dritten Tag folgten einige tausend Oppositionelle der Aufforderung des Unternehmerverbandes, gingen auf die Straße, griffen streikunwillige Geschäftsinhaber an, verbrannten Busse, bauten Barrikaden und gossen Schmieröl auf die Stadtautobahn von Caracas, was einige tödliche Verkehrsunfälle zur Folge hatte. Nicht umsonst wurde befürchtet, dass die Opposition, wie schon im April diesen Jahres, auf Eskalation setzen und es erneut mit Putsch versuchen würde.

Die Basisorganisationen Venezuelas unterstützen den von der Regierung Chávez eingeleiteten Prozess der Umverteilung nach unten. Während sie immer mehr gegen den Streik mobilisierten, mahnte die Regierung zur Ruhe: Man habe die Lage im Griff. Präsident Hugo Chávez erklärte in der ersten Dezemberwoche, der Streik sei nicht zuletzt dank der bis dato immer noch patrouillierenden Nationalgarde gescheitert.

Reiche bestreiken sich selbst

Tatsächlich war bereits am 2. Dezember auf den Straßen Venezuelas von Streik wenig zu sehen. Eng drängte sich die Menge auf dem Weg zur Arbeit oder zum Vorweihnachts-Shopping. Offensichtlich im Morgengrauen aufgenommen hatte die oppositionelle Tageszeitung El Universal ihre Bilder von menschenleeren Straßen. Derweil funktionierte der öffentliche Nahverkehr, funktionierten auch Flughäfen, Häfen, Landwirtschaft und Fischerei zu 100%. Erfolgreich streikte man schließlich noch in Privatschulen, in den Geschäften der Reichen-Viertel von Caracas und in ein paar größeren Fabriken und Einkaufszentren, aus denen die Unternehmer ihre ArbeiterInnen und Angestellten ausgesperrt hatten.

Die ausgesperrten Beschäftigten versammelten sich vor den Fabriktoren oder Einkaufszentren und versuchten, eine Öffnung zu erzwingen, was in einigen Fällen auch gelang. In Villa de Curado beschlossen die ausgesperrten Arbeiter der Pepsi-Cola-Abfüllerei, die Anlage selbst zu übernehmen, um die Produktion fortzusetzen. In einer Niederlassung des staatlichen Erdölkonzerns PDVSA, der auf Führungsebene von der Opposition kontrolliert wird, wies man die Kantine an, dichtzumachen. Daraufhin übernahm die Gewerkschaft Sinutrapetrol die Lebensmittelversorgung der Arbeiter. Im Gegenzug wurden Autos von Arbeitern der PDVSA, die zur Arbeit erschienen waren, beschädigt.

Die Treibstoffversorgung im Land ist bislang sichergestellt. Während die transnationalen Erdölkonzerne Mobil Oil, Shell und BP ihr Tankstellennetz geschlossen haben, funktionieren alle Tankstellen der staatlichen PDVSA, die den Großteil der Tankstellen betreiben. In Caracas, wo sich das Zentrum der oppositionellen Proteste befindet, werden die Tankstellen von der Nationalgarde bewacht, während sie außerhalb der Hauptstadt ohnehin in Betrieb sind.

Meutern gegen streikende Kapitäne

Seit die Armee am Wochenende vom 7./8.12. die Kontrolle über die Erdölraffinerien und Exportzentren übernommen hat, unterstützt von tausenden von Menschen, normalisiert sich auch dort wieder langsam die Situation. Die Raffinerie in Yagua wird zur Zeit, wie viele andere, von 6.000 Menschen geschützt, während die Tanklaster der PDVSA für die Benzinversorgung im Land abgefüllt werden und ausfahren.

Handelsmarine und Fischereiflotte boten mittlerweile der Regierung Chávez ihre Unterstützung an, um streikende Kapitäne und Offiziere der Tanker und Handelsschiffe zu ersetzen. Bisher haben auch schon drei Kapitäne aus dem Ausland ihren Dienst auf venezolanischen Tankern angetreten. Bis auf die Kapitäne der

Öltanker streikt allerdings niemand auf den Schiffen, in einigen Fällen "meuterte" sogar die Besatzung gegen den eigenen streikenden Kapitän.

Auch die Universitäten in den verschiedenen Provinzstädten Venezuelas funktionieren momentan normal. In der Universität von Caracas, wo in den vergangenen Tagen immer wieder linke Studierende und ProfessorInnen von oppositionellen Organisationen bedroht wurden, beschloss der Universitätsrat, die Universität weiterhin normal zu öffnen. Es gelang, die oppositionellen Provokateure vom Universitätsgelände zu werfen.

Angesichts dieser für sie desolaten Lage nutzten verschiedene oppositionelle Amtsträger ihre Autorität und drohten streikunwilligen Geschäftsinhabern mit Entzug der Gewerbelizenz. Die sogenannte "Demokratische Koordination", die verschiedene rechte Oppositionsparteien vereint, der Unternehmerverband und die Gewerkschaft CTV riefen schließlich den "aktiven Streik" aus und forderten ihre Anhänger auf, "aktive" Streikaktionen auf der Straße durchzuführen und sich jenseits der Bannmeile in der Nähe des Präsidentenpalasts zu sammeln. Oppositionelle Demonstranten griffen daraufhin vor Ort die Nationalgarde an. Diese löste die Gruppe mit Tränengas auf.

Der Kurs des oppositionellen Unternehmerverbandes stößt inzwischen auch intern zunehmend auf Ablehnung. Der Vorsitzende von Fedecamaras im Bundesstaat Bolivar, Senén Torrealba, plädierte für eine Ablösung der Fedecamaras-Leitung. Er bezeichnete den Streik als "unverantwortlich" und widersprach den Angaben zur Streikbeteiligung von Fedecamaras und CTV. Unterstützt wird er dabei vom Unternehmerverband des Bundesstaates Apure. Torrealba forderte die CTV auf, ihre Position zu überdenken, denn "die Arbeiter selbst hätten gezeigt, dass die CTV sie nicht repräsentiert und keine Mobilisierungsfähigkeit besitzt." Deshalb soll, so Torrealba, auch die CTV einen Erneuerungsprozess beginnen und ihre Führung auswechseln.

Derweil ließ der zweifache venezolanische Präsident Carlos Andres Perez, der für die Niederschlagung der Armutsrevolte 1989 mit Tausenden von Toten verantwortlich war und im Hintergrund der Putschisten die Fäden zieht, aus dem Exil verlauten, es sei "keine friedliche Lösung mehr möglich". Und: "Es wird einen militärischen Ausgang als einzig möglichen geben."

Tatsächlich setzt die Opposition mittlerweile alles auf eine Zuspitzung der Situation, damit die so genannte "demokratische Charta" der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Kraft tritt, gemäß derer eine militärische Intervention zur "Wiederherstellung der Demokratie" gutgeheißen werden kann. Seit Ende November hält sich der Präsident der OAS, der ehemalige kolumbianische Präsident César Gaviria, als vermeintlicher Vermittler zwischen Regierung und Opposition in Venezuela auf. Am Montag, den 9. Dezember hat er sich offen auf die Seite der Putschisten geschlagen und in einer vom Privatfernsehen ausgesandten Rede die Polizei aufgefordert, gegen die Pro-Chávez-Demonstranten einzuschreiten. Nach wie vor versuchen oppositionelle Bürgermeister und Gouverneure in verschiedenen Regionen und Städten, Geschäfte und Unternehmen zum Streik zu zwingen und setzen Polizeieinheiten gegen die regierungstreue Bevölkerung ein. Zugleich kündigten Abgeordnete der Opposition an, nicht mehr an den Sitzungen der Nationalversammlung teilzunehmen.

"Sehen, wie weit sie gehen"

Und die Medien inszenieren den Notstand. Ein Video, das die privaten TV-Anstalten als Beweis für die Verantwortung der Regierung für die drei Toten eines Schusswaffenanschlags am Samstag, den 8. Dezember zeigten, erwies sich als Fälschung. Die Aufzeichnung sollte den Schützen zusammen mit hohen Vertretern des Regierungsbündnisses zeigen. Der betreffende Schütze reiste jedoch erst nach dem Aufnahmezeitpunkt nach Venezuela ein.

Offen rufen putschistische Militärs zur Gewalt gegen Chávez und seine Anhänger auf. Die Opposition mobilisierte zu einer Kundgebung vor der staatlichen Fernsehanstalt VTV, von der aus dann mehrere Schüsse auf das Gebäude abgegeben wurden. Auf der anderen Seite demonstrieren seit dem 9.12. AnhängerInnen von Chávez' "bolivarianischer Revolution" vor allen Oppositionsmedien und fordern diese auf, "die Wahrheit zu erzählen". Von Chávez fordern die DemonstrantInnen, dass er diesen Sendern die Lizenzen entzieht. Angeblich sollen ChavistInnen auch einen Sender der Opposition verwüstet haben; erstaunlicherweise aber gibt es von diesem Vorgang keine Fernsehaufnahmen.

Auf das Auto des Ministers für Land und Landwirtschaft wurde mehrmals geschossen, die Karosserie an der Stelle, an der er normalerweise sitzt, durchsiebt. Doch er hatte den Wagen wenige Minuten vorher verlassen. Ebenso wurden auf sein Büro im Ministerium mehrere Salven abgegeben. Dabei wurden zwei Personen verletzt. Im Nationalen Institut für Fluss- und Kanalschifffahrt brach - wahrscheinlich durch Brandstiftung - ein Feuer aus. Und als am Dienstag, den 10.12. morgens Unbekannte auf den Personaleingang des Erziehungsministerium schossen, kam ein Angehöriger der Nationalgarde ums Leben, der in einem Auto vor dem Gebäude saß.

Keine Entspannung angesagt

Auf der anderen Seite haben die Galionsfiguren der Ultrarechten, vom Gewerkschafter Carlos Ortega bis zu den putschistischen Generälen, seit einigen Tagen keine öffentlichen Auftritte mehr gehabt. So hat man bereits spekuliert, sie würden versuchen das Land zu verlassen. Allein das Gerücht führte dazu, dass sich hunderte AnhängerInnen der "bolivarianischen Revolution" zum Flughafen von Caracas begaben, um dies zu verhindern.

Insgesamt ist die Reaktion der pro-chavistischen Bevölkerung diesmal wesentlich organisierter, als sie es noch beim vergangenen Putsch im April gewesen war. Zugleich hat die Kampagne der Opposition stets offenere rechtsradikale und rassistische Ausprägungen. "Wir wollten sehen, wie weit sie gehen", so ein Demonstrant, "aber wenn sie Chávez stürzen, entfesseln sie einen Bürgerkrieg".

Präsident Hugo Chávez hat inzwischen zur allgemeinen Mobilisierung der Bevölkerung gegen den erneuten Putschversuch aufgerufen. Im ganzen Land sind Millionen von Menschen unterwegs, demonstrieren ihre Unterstützung für die Regierung, besetzen Fabriken, schützen Institutionen und versuchen, eine Eskalation zu verhindern. Dennoch ist keine Entspannung angesagt, denn es ist unklar, welchen Trumpf die Opposition noch aus dem Ärmel zieht. Sie hat alles auf eine Karte gesetzt und scheinbar verloren. Das kann auch zu Verzweiflungstaten führen.

Dario Azzellini, 10.12.2002

28. Kuwait - Emirat unter US-Hoheit. Die Befreier von einst werden zunehmend als Besatzer empfunden

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Kuweit; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:18

Id ul-Fitr, die Festlichkeiten anlässlich des zu Ende gehenden Fastenmonats Ramadan, wenn mit Verwandten und Freunden ausgelassen gefeiert und gemeinsam gegessen wird, ist eigentlich ein Fest der Freude und des Teilens. Das diesjährige Id ul-Fitr war zumindest in Kuwait überschattet von Kriegsängsten und Existenzsorgen. Anlass dazu bieten heute aber nicht mehr die Besatzer, sondern die Befreier von einst.

Einst - das ist gerade mal zwölf Jahre her, da irakische Truppen in das erdölreiche Land einfielen und Bagdad sich Kuwait als 19. Provinz einverleibte. Dann waren es hauptsächlich US-amerikanische Truppen, die Kuwait Ende Februar 1991 von Saddam Husseins Soldateska befreiten und deren panikartig fliehende Reste in den letzten Kriegstagen buchstäblich abschlachteten. In der Hauptstadt Kuwait City herrschte damals Festtags- und Aufbruchstimmung. Rasch machte man sich an den Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur und sorgte mit internationaler Hilfe dafür, dass brennende Erdölfelder gelöscht wurden und das kostbarste Gut des Landes wieder Gewinn bringend sprudelte.

Mindestens fünf Milliarden US-$ steckte das Emirat seitdem allein in den Wiederaufbau der Infrastruktur. Drei Viertel des Trinkwassers müssen aufwendig entsalzt oder importiert werden. Damit werden auch die Grünanlagen entlang der eleganten Corniche besprenkelt. Kuwaits Stadtplaner wollen die einstige Metropole am Golf wenigstens etwas herausputzen und als Alternative zum südlich gelegenen Dubai in den Vereinigten Arabischen Emiraten empfehlen, das Kuwait längst den Schneid genommen hat. Nirgends liegen - sinnlich und allgegenwärtig - Gottgefälligkeit und Geld so nah beisammen, wie das in den Vereinigten Staaten von Amerika und im Emirat Kuwait der Fall ist. Eines haben sie gemein: Beider Banknoten berufen sich auf den Allmächtigen. Tragen US-Dollarnoten die Aufschrift "In God We Trust", ziert die kuwaitischen Dinarscheine der Appell "We Seek God's Assistance".

Gott, Geld

und Generäle

Um in den Genuss von Gottes Beistand und gleichzeitig in den Besitz eben dieser begehrten Scheine zu kommen, hat es Hunderttausende nach Kuwait verschlagen. Von den knapp 2,2 Millionen EinwohnerInnen des Emirats sind 1,2 Millionen Menschen keine StaatsbürgerInnen des Landes. Gut 70 Prozent der Erwerbstätigen kommen aus dem Ausland - zumeist aus Indien, Bangladesch, Pakistan, Sri Lanka und den Philippinen. In den letzten Jahren gesellten sich dazu Arbeitskräfte aus Ägypten, Syrien und dem Libanon. Verlierer waren Zehntausende von PalästinenserInnen, die nach dem Krieg 1990/91 nicht wieder in das Land zurückkehren konnten. Auf diese "Gastarbeiter", die im Lande mehr als ArbeiterInnen denn als Gäste geschätzt werden, hat Kuwait seine Magnetwirkung nicht verloren. Umgerechnet gut 15.000 US-$ beträgt das durchschnittliche Pro-Kopf-Jahreseinkommen - für die Kuwaitis. Der durchschnittliche Monatslohn der ausländischen Arbeitskräfte beläuft sich gerade mal auf 100 Dinar - zirka 400 US-$. Viel Geld in den Heimatländern, in die sie jeden Monat etwa 300 bis 350 US-$ überweisen.

Dann ist da die Allgegenwart der Generäle. Seit dem 2. November ist ein Viertel des gesamten Staatsgebiets Kuwaits zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden, in das ZivilistInnen nur noch mit einer Ausnahmegenehmigung reisen dürfen. In Kuwait City wurde dies in großen Zeitungsanzeigen und auf Plakaten damit begründet, dass diese Region (das nordwestliche Grenzgebiet zum Irak) "mit Beginn der Manöver-Saison der kuwaitischen Armee und während der gemeinsamen Übungen mit befreundeten Truppen abgeriegelt" werde. Wann dieses Gebiet wieder für Zivilisten zugänglich sein wird - darüber bewahrt das Verteidigungsministerium Stillschweigen.

Faktisch bedeutet das, dass die mittlerweile gut 10.000 im Lande stationierten US-Soldaten gemeinsam mit in diese Region verlegten britischen Verbänden extraterritoriale Immunität genießen. Kein Wunder, dass tags darauf das kuwaitische Informationsministerium das Büro des Fernsehsenders El Dschasira aus Katar schließen ließ. Dessen Leiter Saad el Anisi zeigte sich völlig überrascht; die Zensur erfolgte ohne Vorwarnung

und bezog sich nicht auf Berichte aus Kuwait. Offensichtlich sollte dem Sender, der sich durch eine kritische Berichterstattung aus der Region einen Namen gemacht hatte, ein Maulkorb verpasst werden.

Selbst Inseln wie Failaka - Jahrhunderte vor unserer Zeitrechnung ein reger Handels- und Güterumschlagsplatz in der Region, auf der sich nach den Feldzügen Alexanders des Großen auch eine griechische Gemeinde etabliert hatte - sind längst "off limits". Auch hier haben GIs Quartier bezogen und sich den Widerwillen der Zivilbevölkerung zugezogen. In Failaka wurde am 8. Oktober ein US-amerikanischer Soldat von "Extremisten" erschossen. Mehrere Anschläge hat es seitdem auf US-Truppen und amerikanische Einrichtungen gegeben, von denen nur noch die spektakulärsten international Schlagzeilen machen. Hin und wieder tauchen in der hiesigen Presse Kurzmeldungen auf, wonach "fehlgeleitete Jugendliche" oder "beduinische Jäger irrtümlich" auf amerikanische Militärfahrzeuge schossen oder deren Insassen beschimpften und bespuckten. Erst vor wenigen Tagen wurde ein Mann von den Sicherheitskräften festgenommen, als er in angetrunkenem Zustand mit gezücktem Schwert die US-Botschaft "stürmen" wollte. Auch in Bahrain - neben Kuwait, Oman, Katar und Saudi-Arabien Stützpunkt eines aktuell etwa 60.000 Mann starken US-Militärkontingents - ist es in den letzten Wochen wiederholt zu Attacken auf amerikanische Einrichtungen gekommen.

Gleichzeitig lassen sich die Kriegstreiber und die vom Krieg Getriebenen etwas einfallen, um die jeweils andere Seite psychologisch für sich einzunehmen oder zu foppen. Die US-Amerikaner haben mit Radio Sawa einen neuen arabischsprachigen Sender installiert, der neben Popmusik ein "ausgewogenes" Nachrichtenprogramm präsentiert. Das Interesse unter Jugendlichen ist groß - was den Musikteil betrifft. Oberst Rick Thomas, Sprecher der US Army im Camp Doha, nennt das eine vertrauensbildende Maßnahme, die dazu beitrage, beider Kulturen besser zu verstehen. Just vor diesem Camp Doha versetzte noch am vergangenen Mittwoch ein von einem "Hardcore-Extremisten" besprühtes US-Militärfahrzeug die Soldaten in Alarmbereitschaft. Ein eilig herbeigerufener Übersetzer konnte die Gemüter rasch beruhigen. "Ich liebe dich für immer. Deine Schönheit ist unvergleichlich", hatte ein Teenager in Verehrung seiner Angebeteten auf das Fahrzeug gesprüht.

Seit Mitte Dezember werden mehrere US-Militärmanöver in der Golfregion mit der knapp zehntägigen Großübung "Internal Look" fortgesetzt. Am Nikolaustag traf bereits der Oberkommandierende der mittlerweile gut 50.000 am Persischen Golf stationierten US-Soldaten und gleichzeitig Chef des in Tampa (Florida) beheimateten US Central Command, General Tommy Franks, im Hauptquartier im Emirat Katar ein. Es geht um eine groß angelegte "Kommunikationsübung" unter sämtlichen Waffengattungen, zu deren Zweck die dafür notwendige Soft- und Hardware inklusive Spezialisten und Militärstrategen eingeflogen wurden.

Kuwaits Außenminister Scheich Sabah al-Ahmad al-Jaber Al Sabah hat kürzlich auf die Frage, ob sein Land das gespannte Verhältnis zum Nachbarn Irak bald entkrampfen werde, geantwortet, dies werde erst der Fall sein, wenn Bagdad ernsthaft die Grenzen, Sicherheit und die Souveränität seines Landes anerkenne. Das dürfte ihn und seine Regierung heute in Zugzwang setzen. Bereits im November 1994 hatte der Irak offiziell die von einer UN-Kommission zwei Jahre zuvor demarkierte Grenze zu Kuwait - einschließlich der nordöstlichen Inseln Bubiyan and Warbah - anerkannt und damit einen internationalen Streitpunkt beigelegt. Nach der am 7. Dezember erfolgten Entschuldigung Bagdads für die Invasion und das erfahrene Leid der kuwaitischen Bevölkerung bleibt der seit 1756 (!) herrschenden Erbdynastie der Sabah, die demokratische Wahlen meidet und die Formierung politischer Parteien als illegal ächtet, nur mehr die Wahl, dies als Finte des irakischen Präsidenten abzutun. Der Sabah-Clan reagierte denn auch prompt: Bagdads Geste sei nicht ernsthaft, solange nicht das Schicksal von 600 während des Krieges verschleppten Kuwaitis aufgeklärt sei.

Rainer Werning

29. Ökokatastrophe an der Küste Nordspaniens: Selbstorganisation von unten <169> Zynismus von oben

Autor: Stefan Armborst · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:37

Die Havarie des Öltankers

Prestige vor der nordspanischen Atlantikküste stellt nicht nur eine ökologische Katastrophe in bisher ungekannten Ausmaßen dar. Das Unglück führt auch zu unkalkulierbaren sozialen Auswirkungen und entwickelt sich zu einer offenen politische Krise, die die Legitimation sowohl der von der konservativen Partido Popular (PP) gestellten Regionalregierung Galiciens als auch der Regierung in Madrid in Frage stellt.

Am 13. November gab der 1976 gebaute und nur mit einfachen Außenwänden ausgestattete Öltanker Prestige 28 Seemeilen vor der galicischen Küste eine Notmeldung ab, weil acht Meter hohe Wellen ein Leck in den Schiffsrumpf geschlagen hatten. Beladen war er mit 76.973 Tonnen Heizöl. Nach abenteuerlichen Schleppmanövern brach am 19. November der Schiffsrumpf entzwei, die beiden Teile sanken 3.500 Meter tief. Die politisch Verantwortlichen weigerten sich tagelang, von einer Ölpest zu sprechen. Entgegen ihren Behauptungen zerklumpte das für den Transport erwärmte Heizöl angesichts der Wassertemperatur von 2,6°C auf dem Meeresgrund nicht. Der Wasserdruck führt vielmehr zu immer neuen Bruchstellen, aus denen täglich mehr als 100 Tonnen Heizöl auslaufen.

Angesichts der sich noch in den Tanks der Prestige befindenden 60.000 Tonnen Heizöl wird es so voraussichtlich monatelang zu immer neuen Ölteppichen auf der Meeresoberfläche kommen, die wertvolle Ökosysteme (darunter viele Nationalparks und Schutzzonen vor allem für Meeresvögel) der Küsten Galiciens, Asturiens, Kantabriens und des Baskenlands sowie auch Portugals und Frankreichs dauerhaft zerstören. Der hohe Schwefelgehalt sowie die außergewöhnlich schnelle Ausbreitung und Verteilung des Heizöls erhöht die zerstörerische Wirkung der Wasser-Öl-Emulsion, die Fische, Meeresfrüchte, Meeressäugetiere, Meeresvögel, Krustentiere sowie die Wasser- und Küstenvegetation tötet, vergiftet und genetisch manipuliert. Die ökonomischen Schäden für den Fischfang, für die Ernte von Meeresfrüchten sowie für den Tourismus belaufen sich auf mindestens 400 Millionen Euro.

Ökologisches Desaster

Das letzte große Tankerunglück an der Küste Galiciens ereignete sich 1992, als dort aus der Aegean Sea 80.000 Tonnen Öl ausliefen. Im Januar 2001 verwandelte sich ein mit 55.000 Tonnen Flüssiggas beladener algerischer Tanker in eine tickende Zeitbombe. Nur im letzten Augenblick konnte eine Explosion abgewendet werden. Gegenwärtig planen spanische Energiekonzerne den Bau von mehr als einem Dutzend neuer Flüssiggaskraftwerke. Das Gas kommt aus, z.T. konzerneigenen, Gasverflüssigungsanlagen, u.a. in Ägypten, Puerto Rico und Nigeria. Vor diesem Hintergrund dürfte die jetzt angesichts des Prestige-Unglücks auf einem bilateralen Gipfel zwischen Frankreich und Spanien Anfang Dezember erhobene Forderung, Öl- und Gastankern, die mehr als 15 Jahre alt sind und/oder keine Doppelwände besitzen, den Eintritt in die 200-Meilen-Zone zu verweigern, wohl bald zur Makulatur werden.

Tankerunglücke wie die vor der galicischen Küste haben ihre eigene Logik. Von den 7.230 Öltankern auf der Welt, die mit ihren insgesamt 350 Mio. Bruttoregistertonnen jährlich etwa 1,2 Mrd. Tonnen Rohöl bzw. Raffinerieprodukte transportieren, haben nur 2.077 doppelte Außenwände. Von 1970 bis 2002 erlitten mehr als 1.500 Öltanker Unfälle, bei denen ungefähr fünf Mio. Tonnen Öl ausliefen. Der "Schrottdampfer" Prestige fuhr unter der Flagge der Bahamas, war offiziell Eigentum eines Liberianers und wurde von einer griechischen Reederei verwaltet. Er transportierte russisches und litauisches Öl und war auf dem Weg nach Singapur.

Inzwischen beschäftigt es spanische Gerichte, warum es mehr als 14 Stunden dauerte, bis die Prestige aus der Gefahrenzone des Küstenbereichs geschleppt wurde. Ein schnelleres Eingreifen hätte das Auslaufen größerer Ölmengen möglicherweise verhindert. Am Abend des 13. November dauerte es zunächst fast vier Stunden, bis das Schlepperunternehmen Remolcanosa, das von der Seerettungszentrale alleine mit der Bergung der Prestige beauftragt worden war, von der griechischen Reederei per Fax zugesichert bekam, dass

sie 30 Prozent des Wertes sowohl der Ladung als auch des Schiffes als Rettungsprämie erhalten würde. Trotz 16 vergeblicher Abschleppversuche wurde der Einsatz an der Unglücksstelle anwesender Schlepper anderer Firmen bis zum nächsten Morgen teilweise aktiv verhindert. Diese Bevorzugung einer Privatfirma, die fehlende Kommunikation und Koordination aller Beteiligten sowie das Interesse an den aus der Havarie zu ziehenden Profiten dürfte entscheidend zum ökologischen Desaster beigetragen haben.

"Wo ist die Regierung?" Dies war der am häufigsten zu hörende Satz der betroffenen KüstenbewohnerInnen, die an der Passivität, Gleichgültigkeit, den Lügen und der Inkompetenz der Regional- bzw. Zentralregierung verzweifelten. Das Unglück zeigt deutlich die politische Realität des Landes. "Keine politische Autorität wusste angemessene Entscheidungen zu treffen, die Hilfsangebote anderer Länder wurden ausgeschlagen und nach dem Sinken der Prestige praktizierte die PP einen politischen Autismus, indem sie Tatsachen leugnete und eine effektive Zensur garantierte", kritisiert das linke Wahlbündnis Izquierda Unida.

Tatenlosigkeit

und Unvermögen

Fast drei Wochen lang organisierten Gemeinden, Fischereigenossenschaften, lokale Unternehmen und Familien mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln allein den Schutz der Küste bzw. die Säuberung betroffener Strandzonen. Über Nacht fertigten Frauen und Männer Seebarrieren aus Plastikplanen und mit alten Decken gefüllten Säcken. Weil die nötige Ausrüstung fehlte, wurden die Ölklumpen oft mit der Hand aus dem Wasser gezogen.

Erst als die Regierung auf Grund des Legitimationsverlusts in die Bredouille geraten war, wurde die systematische Politik der Desinformation und Beschwichtigung durchbrochen. Nun wurden Armeeangehörige geschickt, Material geliefert und Hilfszahlungen an die Betroffenen angekündigt. In der ihm eigenen zynischen Selbstüberheblichkeit unterließ es jedoch Ministerpräsident Aznar in Madrid nicht, den Chef der sozialistischen Opposition zwei Stunden vergeblich auf ein Gespräch warten zu lassen, nachdem dieser ihn inständig zu einem parteiübergreifenden Pakt angesichts der Ökokatastrophe aufgefordert hatte.

Passivität und Opportunismus der PP lassen sich jedoch auch aus deren Unternehmerfreundschaften begründen: Eigentümerin das Heizöls und Auftraggeberin des Transports war das Unternehmen Crown Resources, das vom US-Multimillionär Marc Rich kontrolliert wird, der vor Jahren der Verwicklung in 51 Delikte des illegalen Rohölverkaufs und Waffenhandels verdächtigt worden war. Rich lebte einige Jahre in Spanien und ihm wurde sogar die Staatsangehörigkeit zuerkannt. Er wurde schließlich vom damaligen US-Präsidenten Clinton amnestiert, nachdem unter anderem der Schiffsbauer Fernando Fernández Tapias, ehemaliger Präsident des Verbands der galicischen Werften, zu Gunsten von Marc Rich interveniert hatte.

Fernández Tapias gehörte zu den Gründern des beim Prestige-Unglück von der staatlichen Seerettungszentrale beauftragten Schlepperunternehmens Remolcanosa. Einige Tage nach der Havarie der Prestige traf sich Fernández Tapias mit dem galicischen Regierungspräsidenten Manuel Fraga, ehemals Minister unter Diktator Franco, in dessen Jagdurlaub in der Nähe von Madrid. Sicher stießen beide auf gute Geschäfte beim Transport des Öls über die Weltmeere an, während an den Küsten Nordspaniens die Fischerfamilien angesichts der Zerstörung der Natur und ihrer eigenen Lebensgrundlagen nicht wussten, wohin mit ihrer Ohnmacht, Verzweiflung und Wut.

Stefan Armborst

30. Zwischen Protest und Sozialpartnerschaft. Frankreichs Gewerkschaften und die "Reformen" der Mitte-Rechts-Regierung

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:42

Was die französische Regierung fürchtet, sehnt die europäische Linke herbei: eine Neuauflage der Streik- und Protestbewegung von Herbst 1995. Erste positive Anzeichen gibt es. Derweil versucht die Regierung, Teile der Gewerkschaften für ihre neoliberalen Sozial"reformen" zu gewinnen.

Paris, Place de Denfert-Rocherau am 26. November 2002: Nach einer halben Stunde sieht man überhaupt nichts mehr. Der Rauch aus den zahlreichen rot leuchtenden Signalfackeln der EisenbahnerInnen vermischt sich mit dem tief hängenden Nebel. In einer gespenstischen Waschküchen-Atmosphäre setzt sich ein langer Demozug in Bewegung. Dreieinhalb Stunden wird es dauern, bis der letzte Demonstrant den Platz, wo die Demo um 14 Uhr begonnen hat, verlassen haben wird.

50.000 bis 60.000 DemonstrantInnen in Paris und fast noch einmal so viele in weiteren französischen Großstädten gingen am 26. November für die Verteidigung der services publics, der öffentlichen Dienste, auf die Straße. Die Proteste galten den drohenden Privatisierungsoffensiven der Mitte-Rechts-Regierung, aber auch der anstehenden Debatte über eine "Reform" der Rentensysteme durch Einführung einer privaten Absicherung, etwa durch Einzahlen in börsennotierte Pensionsfonds.

In den öffentlichen Diensten konnten bisher, vor allem auf Grund der Streikwelle im Herbst 1995, relativ vorteilhafte Rentensysteme erfolgreich verteidigt werden. Doch die bürgerlichen Parteien, die bereits im März 1997 ein Gesetz (die Loi Thomas) zur Einrichtung solcher Rentenfonds nach US-amerikanischem Vorbild verabschiedet hatten - das kurz darauf durch den Regierungswechsel in die Schublade verbannt wurde -, haben jetzt für die ersten Monate des Jahres 2003 Beschlüsse über die "Zukunft der Renten" angekündigt. Im Februar soll laut Arbeitsminister François Fillon ein Entwurf vorliegen, bis im kommenden Juni soll ein Gesetz verabschiedet sein. Diese Weichenstellungen werden jedoch nicht ohne erhebliche Widerstände über die Bühne gehen. Zumal die Börsenkrise des zurückliegenden Jahres, durch die viele US-RentnerInnen einen bedeutenden Teil ihrer Altersabsicherung verloren haben, den Neokonservativen das Geschäft erschwert.

Mindestens zwei Drittel der DemoteilnehmerInnen vom 26.11. in Paris waren Beschäftigte der Bahngesellschaft SNCF, von denen wiederum der mit Abstand größte Teil der CGT angehörte. Die meisten von ihnen befanden sich allerdings nicht im Streik, sondern hatten sich einen Urlaubstag genommen, um von Toulouse oder Limoges bis nach Paris zu kommen. Dabei spielte eine Rolle, dass einerseits die CGT keine zu starke Radikalisierung der Bewegung wünschte; andererseits wollen aber auch viele GewerkschafterInnen an der Basis die "Streikwaffe" - im Hinblick auf mögliche kommende Auseinandersetzungen mit der Regierung - nicht zu schnell stumpf werden lassen. Aber auch MitarbeiterInnen von Rathäusern und Ministerien, von öffentlichen Kultureinrichtungen, Krankenhäusern, von Post und Telekom gingen an diesem Tag in großer Zahl auf die Straße.

Mindestens drei Unglückliche gab es aber auch am Rande der Pariser Großdemonstration. Die drei sozialdemokratischen Ex-MinisterInnen Daniel Vaillant, Elisabeth Guigou und Ségolène Royale hatten sich flugs in die Demospitze einreihen wollen. Doch viele Demonstranten waren damit nicht einverstanden und riefen in Sprechchören: "Hinaus! Hinaus!" Daniel Vaillant behauptete später, der Empfang durch die CGT-Führung sei "warmherzig" gewesen, nur "eine bestimmte Anzahl von Personen, die vielleicht radikaler sind, haben gewisse Dinge über die fünf Jahre Regierung gesagt." Wie unfair: Da regiert man fünf Jahre lang und betreibt eine in wesentlichen Teilen neoliberale Politik - und dann gibt es Leute, die die Unverschämtheit besitzen, sich daran zu erinnern.

Ihre konservativ-liberalen Amtsnachfolger unter Premierminister Jean-Pierre Raffarin hatten in den ersten sechs Monaten seit den Wahlen im Frühjahr alles daran gesetzt, das Szenario des Streikherbst von 1995 nicht zu wiederholen. Mit Grausen erinnern sie sich an die damalige Protestwelle, die sich gegen die Demontage der Sozialversicherungs- und Rentensysteme durch die konservative Regierung von Alain Juppé richtete.

Die Rente

ist sicher ...

viel zu niedrig

Daher bewegte man sich monatelang fast wie auf rohen Eiern, sofern es um sozial- und wirtschaftspolitische Fragen ging. Insbesondere sollte verhindert werden, dass sich die verschiedenen sozialen Widerstandspotenziale wie 1995 zu Aktionenseinheiten zusammenschließen.

In den letzten Wochen jedoch ließen führende bürgerliche Politiker eine Reihe von Testballons aufsteigen, um die Reaktionen auszuloten. Sozialminister François Fillon erklärte am 4. November, die geltenden Vorruhestands-Regelungen seien "eine Katastrophe für die nationale Ökonomie", und die Franzosen müssten sich allgemein auf längere Rentenbeitragszeiten einstellen. Noch in derselben Woche wurde die Vorruhestandsregel im öffentlichen Dienst abrupt und ohne Vorwarnung durch die Regierung aufgekündigt. Wenige Tage vor Fillons Vorstoß hatte der Fraktionsvorsitzende der neuen konservativen Einheitspartei UMP, Jacques Barrot - der selbst 1995 bis 97 Sozialminister gewesen war - angeregt, die gesetzliche Krankenversicherung solle sich künftig auf "schwere Krankheiten" beschränken. Den Rest solle eine private Absicherung übernehmen - für jene, die sich das leisten können und wollen.

Die Phase relativer Ruhe an der sozialen Front könnte daher vorüber sein - würden die großen Gewerkschaftsorganisationen aus ihrer anfänglichen abwartenden Passivität gegenüber der neuen Rechtsregierung herauskommen. Dass sie im November ein wenig aktiver wurden, könnte zum Teil auch an den "Sozialwahlen" vom 11. Dezember liegen - die Organisationen befanden sich den Herbst hindurch gewissermaßen im Wahlkampf. Bei diesen Wahlen werden die mit Laien besetzten Arbeitsgerichte, Prud'hommes-Räte genannt, frankreichweit neu besetzt. Die paritätisch funktionierenden Laiengerichte existieren seit 1806, die Neuwahlen finden alle fünf Jahre statt. 15 Millionen Lohnabhängige und zwei Millionen (kleine, mittlere und große) Arbeitgeber sind wahlberechtigt. Daher handelt es sich um den wichtigsten Kräftetest für die verschiedenen Gewerkschaftsbünde und -organisationen überhaupt, die regelrechte Wahlkampagnen durchführen. Die Wahlbeteiligung freilich ist seit 20 Jahren kontinuierlich, bis auf rund ein Drittel, gesunken.

Bei den Gewerkschaften kam es zu bemerkenswerten Umgruppierungen. Auf der Rechten ist der Einbruch des Dachverbands Force Ouvrière (FO) am bedeutungsvollsten. FO, der drittgrößte französische Gewerkschaftsbund, fiel von 20,55 Prozent (1997) auf 18,3 Prozent. FO ist traditionell ein reformistisch-"unpolitisch" orientierter Verband, der 1947/48 all jene Strömungen aufnahm, die sich von der CGT abspalteten, weil sie die Vorherrschaft der Kommunistischen Partei ablehnten. Das waren teilweise Gaullisten, am Anfang sogar Rechtsextreme, aber auch einige Sozialdemokraten und - das ist eine der Besonderheiten von FO - eine besonders sektiererische trotzkistische Strömung, die "Lambertisten". Die Praxis war Jahrzehnte lang sehr "gemäßigt" und konservativ.

Doch seit Mitte der 90er Jahre schlug die FO-Führung einen stark verbalradikal geprägten Kurs ein. Ein Grund dafür war die Hoffnung einiger Fraktionen in der FO-Führung, nach dem Ende des Realsozialismus ließen sich die "Reste der kommunistischen CGT" rasch einsammeln - ein Kalkül, das nicht aufging. Ein zweiter Grund liegt in den Sonderinteressen der Organisation, deren Apparat besonders eng mit den Leitungsstrukturen der öffentlichen Sozialversicherungssysteme verwoben ist - ein bedeutender Teil der FO-Apparatschiks werden durch die Sozialversicherungskassen bezahlt, agieren aber dort vor allem als Hauptamtliche ihrer Organisation. Zur Verteidigung ihrer ureigenen Apparatinteressen hat FO daher, sofern es um die Sozialversicherungssysteme geht, immer verbalradikale Positionen eingenommen, die über den tatsächlichen Charakter dieser eher konservativ-populistisch geprägten Organisation nicht hinwegtäuschen dürfen.

In den letzten Wochen hatte FO ihr altes Doppelspiel erneut aufgeführt. Vor dem Aktionstag am 26. November malte FO-Generalsekretär Marc Blondel schon einmal öffentlich das "Gespenst" des Generalstreiks an die Wand. Zur gleichen Zeit war aber - anlässlich eines der wichtigsten Konflikte der letzten Zeit im Privatsektor, des Streiks der LKW-Fahrer für bessere Bezahlung in dem extremen Niedriglohnsektor, - die FO-Sektion nach rechts ausgeschert. Der Streik wurde am 24./25. November, einen Tag vor dem Aktionstag der öffentlichen Dienste, gestoppt. Ein harter Polizeieinsatz gegen die Streikenden setzte deren Straßenblockaden gegen

anrollende LKWs ein Ende. Und FO-Generalsekretär Marc Blondel heftete sich das unterzeichnete Abkommen als persönlichen Erfolg ans Revers.

Wegen der bestenfalls als "inkohärent" zu bezeichnenden Politik von FO waren Teile der Organisation, darunter die Mehrheit der Pariser FO-Sektion, Ende der 90er Jahre zum Verband der "unabhängigen" Gewerkschaften UNSA übergetreten. Die UNSA ist die Gewinnerin der "Sozialwahlen". Frankreichweit kletterte ihr Ergebnis von vorher 0,7 Prozent auf glatte 5 Prozent. Daneben steigerte sich auch die (eher rechte) christliche Gewerkschafts-Konföderation, die CFTC, von zuvor 7,5 Prozent auf jetzt 9,7 Prozent.

Beide eher rechten Organisationen profitierten von der Krise von FO, aber auch vom Rückgang der kleinen Organisationen, die unter "Sonstige" verbucht werden. Die "Sonstigen" fielen zusammen von 6,7 auf 2,8 Prozent. Deren wichtigste war früher die teilweise rechtsradikale CSL, die vor zwei Monaten ihre Auflösung erklärt (und dabei zur Wahl von FO aufgerufen) hatte; die CSL alleine hatte 1997 knapp über 4 Prozent erhalten.

Sozialminister Fillon setzt auf Spaltung

Relativ links im gewerkschaftlichen Spektrum konnte sich die CGT, die nach ihrer "Abnabelung" von der KP insgesamt orientierungslos dahin driftet, einigermaßen stabilisieren. Sie erhielt, nach 33,11 Prozent im Jahr 1997, jetzt 32,13 Prozent. Damit konnte ihre Erosion (bei den "Sozialwahlen" des Jahres 1979 hatte sie noch 42,4 Prozent der Stimmen erhalten) verlangsamt werden.

Diese Erosion ist seit Anfang der Achtziger Jahre im Gang - auf Grund des Niedergangs traditioneller Industriezweige, aber auch wegen der desillusionierenden Bilanz der französischen KP - mit der die CGT lange Zeit identifiziert wurde - und wegen der Ergebnisse ihrer Regierungsbeteiligung. Allerdings hatte die CGT sich zwischen 1992 und 1997 stabilisieren können, vor allem dank ihrer Rolle in der Streikbewegung im Herbst 1995.

Doch jetzt profiliert sich auch links von der CGT deutlicher als bisher eine Alternative. Die linksalternativen SUD-Gewerkschaften waren, unter dem Namen ihrer Koordinierungsstruktur "Solidaires", dieses Mal an deutlich mehr Orten als noch 1997 angetreten. Vor fünf Jahren hatten sie rund 40 Listen aufgestellt, bei diesem Mal waren es insgesamt 175. Damit waren die SUD- bzw. Solidaires-Listen für rund ein Drittel der Stimmberechtigten wählbar. Fünf Prozent hatten sie als Wahlziel festgelegt. In über drei Viertel der Fälle wurde es auch erreicht. Frankreichweit ergibt dies 1,5 Prozent (1997 waren es noch 0,31 Prozent) - ein Ergebnis, das zwar nicht zu vernachlässigen ist, die reale Bedeutung der SUD-Gewerkschaften aber nicht annähernd wiedergibt.

Zwischen dem linken Pol, der aus den SUD-Gewerkschaften und (kritischen) Teilen der CGT besteht, und dem Zuwachs für eher rechts angesiedelte Organisationen bleibt die tendenziell sozialliberale CFDT stabil. Diese Organisation war in den 70er Jahren linkssozialistisch und sozialutopisch geprägt, vollzog in den 80er Jahren jedoch eine Rechtswende parallel zu jener der regierenden Sozialdemokratie.

Die Basis ist jedoch teilweise noch links, sofern die Sektionen nicht "gesäubert" wurden. Vor allem wegen diverser Service-Aktionen hat die CFDT ihre Integrationskraft an der Basis nicht auf breiter Front eingebüßt und konnte ihr Sozialwahlergebnis von 1997 (25,34 Prozent) auch diesmal bestätigen: Sie kam auf 25,23 Prozent.

Arbeits- und Sozialminister François Fillon, der die Ergebnisse der Sozialwahlen begrüßte, hofft nun auf einen gewerkschaftlichen "Reformflügel" um die drei Organisationen CFDT, CFTC und UNSA. Dies würde es ihm erleichtern, die drohende Rentenreform "im Konsens mit den Sozialpartnern" durchzudrücken. Die Strategie der Regierung liegt damit auf dem Tisch. Ob sie funktioniert, ist eine andere Frage.

Bernhard Schmid,

Paris

31. Drei Jahre nach dem Millenium-Schlag. Die Urteile im Berliner RZ-Prozess sind längst gesprochen

Autor: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:41

"Punkt sechs schlug die GSG 9 zu. Drei mutmaßliche Terroristen verhaftet." Die Bild-Schlagzeile geriet geradezu sachlich. In der B.Z. war hingegen zu lesen: "Planten Terroristen in Kreuzberg Millenium-Anschlag? GSG 9 stürmte Vereinigung ‚Revolutionäre Zellen`." Der Einsatz am 19. Dezember 1999 im Berliner Mehringhof hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Mit der gewohnten Stimmungsmache begann vor drei Jahren die juristische Abrechnung mit den "Revolutionären Zellen" (RZ), Jahre nachdem sich die RZ selbst aufgelöst hatten. Heute hat die Aufmerksamkeit an dem Verfahren merklich nachgelassen. Die anfängliche Stimmungsmache wirkt allerdings immer noch nach: Von einem fairen Verfahren kann keine Rede sein.

Mehr als 1.000 BeamtInnen des Bundeskriminalamts (BKA), der GSG 9, des Bundesgrenzschutzes (BGS), der Berliner Polizei, des Landeskriminalamtes Berlin, des Bundesinnenministeriums, des Bundesgerichtshofs und Staatsanwälte der Bundesanwaltschaft (BAW) waren am 19. Dezember vor drei Jahren aufgeboten worden. Bis in den Nachmittag hinein durchwühlten sie das Berliner Kultur- und Politikzentrum Mehringhof in Kreuzberg nach einem angeblichen Waffen- und Sprengstoffdepot der "Revolutionären Zellen". Sachschäden von rund 50.000 Euro waren das Ergebnis - mehr konnten die Staatsschergen nach intensiver Suche nicht vorweisen. Ebenso wenig wie bei der zweiten Durchsuchung per Videostandleitung im Mai 2000 wurde irgendeine Spur von dem angeblichen Depot gefunden.

Zeitgleich zu der Großrazzia in Kreuzberg nahm man in Berlin den Mehringhof-Hausmeister Axel Haug (51) und den Mitarbeiter der Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM), Harald Glöde (53) in ihren Wohnungen fest. In Frankfurt am Main erfolgte am selben Tag die Festnahme der Galeristin Sabine Eckle (55). Vier Tage zuvor war bereits gegen Rudolf Schindler (59) Haftbefehl erlassen worden. Er saß zu jenem Zeitpunkt in der JVA Weiterstadt und wartete auf die Eröffnung des OPEC-Prozesses, in dem er später, im Februar 2001 frei gesprochen wurde.

"Erst vor einem Monat gelang Fahndern ein Riesen-Coup gegen die ‚Revolutionären Zellen`", so war einen Tag nach den Verhaftungen und der Razzia dem Berliner Kurier zu entnehmen: "Der mutmaßliche Chef der Terrorgruppe, Tarek Mohamad Ali M. (40), ging ihnen in Schönow in Netz." Die JournalistInnen des Kuriers hatten gut recherchiert. Einen Monat zuvor hatte die BAW die dritte Festnahme von Tarek Mousli nämlich als einen großen Erfolg gefeiert. Im April 1999 war Mousli das erste Mal festgenommen worden, im Mai das zweite Mal. Bis Anfang Juli blieb er in Haft. Der Vorwurf: Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" und unerlaubter Sprengstoffbesitz. Wie im Verlauf des RZ-Prozesses bekannt wurde, hatte das BKA und die BAW von Anfang an Mousli das Angebot gemacht, sich als Kronzeuge zu verdingen. Ende Juli 1999 erhöhten sie den Druck. Zu jenem Zeitpunkt wurde Mousli von einer ehemaligen Lebensgefährtin schwer belastet. Sie berichtete den Ermittlern, Mousli habe ihr erzählt, dass er 1987 auf die Beine des Asylrichters Günther Korbmacher geschossen habe. Ebenso habe er von seiner Beteiligung an dem Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) im selben Jahr gesprochen. Die BAW hielt diese Aussage damals für so glaubwürdig, dass sie der Frau anbot, sie ins Zeugenschutzprogramm des BKA aufzunehmen. Doch alles kam anders: Statt dieser Frau wurde Mousli selbst, der "mutmaßliche Chef der Terrorgruppe" (Berliner Kurier), unter den Schutz der BKA-ZeugenschützerInnen gestellt.

"Terrorchef"

als Kronzeuge

Mousli wurde nach seiner dritten Verhaftung zum Verräter: Er nannte Namen und sprach Beschuldigungen aus. Dafür bekam er eine Bewährungsstrafe, staatliche Alimentierung und eine neue Identität. (vgl. ak 446) Die Gegenleistung: Er lieferte "Knüller", so wie ihm von der BAW geheißen. Was folgte, war eine regelrechte Verhaftungswelle. Neben Sabine Eckle, Axel Haug, Harald Glöde und Rudolf Schindler wurde im April 2000 auch noch Matthias Borgmann wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in den RZ und der Beteiligung an Aktionen Mitte der 80er und Anfang der 90er Jahre verhaftet. Gegen seinen in Kanada lebenden "besten

Freund" Lothar E. strengte die BAW ein Auslieferungsverfahren an, das bis heute noch nicht abgeschlossen ist.

Bis zum Herbst 2001 dauerte es, bis die BAW Anklage beim Kammergericht Berlin erhob. Im Kern warf sie den fünf Beklagten vor, bis Anfang der 90er Jahre Mitglieder der RZ gewesen zu sein. Angeklagt wurden die RZ-Anschläge auf die ZSA 1987 und auf die Berliner Siegessäule 1991. Gegenstand des Verfahrens waren zudem die Knieschuss-Attentate auf den damaligen Chef der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, 1986 und auf den Asylrichter Korbmacher. Als "schwere Köperverletzungsdelikte" zwar bereits verjährt, wurden sie dennoch aufgeführt. Offiziell, weil dadurch die "Gefährlichkeit der terroristischen Vereinigung" gezeigt würde. Mit anderen Worten: Wo es Mitglieder der eigenen Klassen trifft, gibt es kein Vergessen, wo es einen Richterkollegen getroffen hat, gibt es kein Pardon!

Lügen im Kronzeugen-

System

Insofern hätte es der medialen Vorverurteilung gar nicht bedurft. Die Feinderklärung gegenüber den Angeklagten stand von vorneherein fest. Heinrich Hannover, Strafverteidiger u.a. von Ulrike Meinhof und Astrid Proll, fasste seine Erfahrungen in zahlreichen politischen Strafprozessen so zusammen: "Politische Strafjustiz hat es mit Feinden zu tun, auf die das Gesetz mit aller Härte anzuwenden ist, ohne dass es auf die Schlüssigkeit der Beweisführung ankommt, aber auch mit Freunden, die man glimpflich davonkommen lässt oder freispricht, mag die Beweislage auch noch so dicht sein." Dass es in solchen Verfahren tatsächlich nicht um Wahrheitsfindung geht, sondern um die Bekämpfung von Feinden, zeigt der Prozess in Berlin anschaulich. Die "entspannte" Atmosphäre im Saal 500 des Kriminalgerichts Moabit kann darüber nicht hinwegtäuschen.

Der 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin unter der Vorsitzenden Richterin Gisela Hennig hat allem Anschein nach die Urteile schon gefällt. Der Senat ist offensichtlich nicht gewillt, den zahlreichen Widersprüchen, den Ungereimtheiten und den Falschbehauptungen in den Aussagen des Kronzeugen Rechnung zu tragen. So behauptet Mousli, Harald Glöde sei am Anschlag auf die ZSA beteiligt gewesen. Falsch, Harald Glöde befand sich zu diesem Zeitpunkt in Polizeigewahrsam. Auch das angebliche Sprengstoffdepot im Mehringhof gab es nicht, so das Kriminaltechnische Institut des BKA, das "keine Spuren von organischen Explosivstoffen oder deren Komponenten" fand.

Mousli behauptet, auf Harald Hollenberg habe Sabine E. geschossen. Falsch, denn vor wenigen Wochen gestand Barbara W., sie habe geschossen. (vgl. ak 464) Mousli behauptet, er habe beim Anschlag auf Günther Korbmacher den Polizeifunk abgehört. Rudolf Schindler dagegen hat ausgesagt, dass Mousli das Motorrad gefahren habe, von dem aus auf Korbmacher geschossen wurde. (vgl. ak 459)

Mousli behauptet, den nach einem Einbruch in seinen Keller 1995 verbliebenen Sprengstoff sofort in einem Seegraben im Norden Berlins versenkt zu haben, wo er dann nach drei Versuchen 1999 "gefunden" wurde - an einer Stelle zudem, die entgegen der Fließrichtung liegt, wo es Mousli ursprünglich entsorgt haben will. Falsch, so ein vorläufiges Gutachten des renommierten Fraunhofer-Instituts: Das Klebeband, mit dem das Sprengstoffpaket umwickelt war, lasse zwar erkennen, dass es im Wasser gelegen habe, aber "höchstens wenige Monate, keinesfalls Jahre".

Laut Anklage soll es sich dabei um Sprengstoff der Marke "Gelamon 40" gehandelt haben. Solcher Sprengstoff wurde 1987 aus einem Steinbruch entwendet und fand danach bei diversen RZ-Anschlägen Verwendung. Hergestellt war der Sprengstoff im VEB Schönebeck/DDR. Doch bei einer von zwei Proben des im Seegraben geborgenen Materials handelt es sich nach Angaben eines Chemikers des Landeskriminalamts Berlins lediglich um eine Abart von "Gelamon 40". Der wesentliche Inhaltsstoff Ammoniumnitrat jedenfalls fehlt.

Pardon wird

nicht gegeben

Hier, wie in anderen Fällen auch, sieht sich das Gericht nicht veranlasst, den Dingen auf den Grund zu gehen. Mit Nonchalance schmettert das Gericht entsprechende Beweisanträge der Verteidigung ab. Die Sachaufklärungspflicht gebiete es nicht, heißt es dann lapidar. Oder es wird so getan, als gäbe es gar keine Widersprüche. Nach Auskunft des ehemaligen Forschungsleiters des VEB Schönebeck hat es der

Produktionsablauf im Werk nicht zugelassen, den Sprengstoff ohne Ammoniumnitrat herzustellen. Für das Gericht ist dies unerheblich. Ihm reichen alleine die Rechnungsunterlagen aus, in denen damals die Lieferung der entsprechende Charge vom VEB Schönebeck über den Importeur Westspreng zum Steinbruch der Firma Klöckner Durilit dokumentiert ist. Alleine dies sei entscheidend für die Zuordnung des Sprengstoffs, so der Senat. Dass die Probe nicht passt, spielt da keine Rolle mehr.

Für sich genommen, wirkt die nicht passende Probe vielleicht wenig spektakulär. Doch dies ist nicht der einzige Punkt, an dem die Geschichte des Sprengstoffs, der angeblich von zwei Kreuzberger Kleinkriminellen in Mouslis Keller entwendet wurde, mehr Fragen als Antworten aufwirft. Warum wird einer der angeblichen jugendlichen Sprengstoffdiebe lediglich zu ein paar Freizeitstunden verurteilt und sein Mittäter damals gar nicht ermittelt? Warum ging 1995 niemand im BKA der Sprengstoffsofortmeldung der Berliner Polizei nach, obwohl darin von "Gelamon 40" die Rede war, und warum wird die Spur 1997 in einem ganz anderen Zusammenhang wieder aufgenommen? Warum behauptet Mousli, er habe das Sprengstoffpaket im Seegraben versinken sehen, obwohl dies nach Auskunft zweier Sachverständiger durch die hohe Auftriebskraft des Pakets gar nicht möglich gewesen ist? Vielleicht bringt die Klage von Glödes Verteidigung auf Einsichtnahme in eine ungeschwärzte Version der mindestens sechs Verhörprotokolle des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Tarek Mousli Antwort auf diese Fragen.

Vollstrecker in schwarzen Roben

Für das Kammergericht ist dies alles ohne Belang. Die Sache sieht für den Senat ganz einfach aus: Zwei der Angeklagten, Sabine Eckle und Rudolf Schindler, haben sich als RZ-Militante geoutet; Axel Haug hat sich als RZ-Unterstützer zu erkennen gegeben. Obwohl alle drei im Kern die Anklagevorwürfe bestreiten und den Aussagen des Kronzeugen in Kernbereichen widersprechen, betont der Senat, wesentliche Teile der Anklage und die Glaubwürdigkeit des Kronzeuge seien dadurch sogar "erhärtet worden". Würden die eigenen rechtsstaatlichen Grundsätze ernst genommen, wäre eine Verurteilung nach den ursprünglichen Anklagepunkten, die im wesentlichen auf den Aussagen Mouslis beruhen, unmöglich. Doch dies hieße in letzter Konsequenz auch, dass das Gericht die Anklage gegen Matthais Borgmann und Harald Glöde fallen lassen müsste. Beide machen weiterhin von ihrem Recht Gebrauch, zu den Vorwürfen zu schweigen. Mehr als die Anschuldigungen des Kronzeugen hat das Gericht gegen beide nicht zur Hand. Aber in solchen Verfahren kommt es auf die Schlüssigkeit der Beweisführung ja nicht an: Das Feindbild steht, Zweifel sind nicht erlaubt - was zählt ist die Verurteilung. Wer anderes glaubt, der würde wahrscheinlich auch einen Milleniumsanschlag von Kreuzberger Terroristen für möglich halten.

mb.

32. Der Widerstand ist klein, aber fein

Autor: Elke Sommer-Seitenschlaeger · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:29

Für viele AktivistInnen war die Mobilisierung zum diesjährigen Castortransport die bislang schwerste seit Beginn der Anti-Castor-Bewegung Mitte der 90er Jahre. Nur schleppend lief sie an, hinzu kam ein alle Medien erfassendes Desinteresse und nicht zuletzt eine Öffentlichkeit, die sich selbst von der beispiellosen Störfallkette bundesdeutscher AKWs in 2002 nicht beeindrucken ließ.

Nichts desto trotz tummelten sich zwischen Gorleben und Lüneburg während der Aktionstage etwa 2000 und 3000 DemonstrantInnen, etwa ebenso viele wie beim zweiten Castortransport 1996. Zwischen den schlecht besuchten Mobilisierungsveranstaltungen Anfang November und dem Zitat des Gesamteinsatzleiter der Polizei Reime: "... dies war mein schwierigster Transport", lag im Rückblick eine Woche Widerstand die bei vielen AktivistInnen wieder Lust auf mehr gemacht hat.

Zur Auftaktdemonstration in Gorleben am 9.11.02 war die bundesweite Anti-AKW-Bewegung auf nicht mehr als ihren organisierten Kern und den lokalen Widerstand dezimiert. Und dennoch gelang es mit zahlreichen Aktionen den Plan der Polizeieinsatzleitung diesen Transport so billig und leise wie möglich über die Bühne zu bringen, scheitern zu lassen. Nachdem vor dem Transporttag noch einmal 4000 zusätzliche BeamtInnen angefordert werden mussten, hatte die Polizei letzten Endes 16.500 BeamtInnen im Einsatz, nur etwa 1000 weniger als beim bislang größten Einsatz im März 2001.

Weder AktivistInnen noch Polizei hatten damit gerechnet, dass sich auf einem derart niedrigen Mobilisierungsniveau ein solch effektiver Widerstand organisieren würde.

Bis zu 1000 DemonstrantInnen fanden sich während der X-minus Tage in Lüneburg zusammen und nahmen sich recht beherzt der Innenstadt und der Polizeikasernen an. An ein störungsfreies öffentliches Leben war in diesem Jahr in Lüneburg zur Castorzeit nicht zu denken. Und auch in der Görde, dem waldreichen Abschnitt der wendländischen Schienenstrecke hat sich der Widerstand erfolgreich neu formiert. Nachdem Camps in dieser Region rigoros unterbunden wurden, organisierten einheimische AktivistInnen eine Bettenbörse um den "Zugereisten" Unterschlupf zu gewähren. Viel wichtiger jedoch war die Tatsache, dass man es nicht beim "Beherbergen" beließ, sondern gleichberechtigt mit den "zugereisten" AktivistInnen gemeinsame Aktionen wie einen Laternenumzug auf der Haupteinfallstraße ins Wendland plante und durchführte. Machte die Polizei zu Beginn der Aktionstage noch Anstalten den zentralen Infopunkt der Görde zu behindern, zeigte sie sich recht bald von der über Alarmketten mobilisierten Bevölkerung und deren Trecker beeindruckt. Darin unterschied sich der einheimische Widerstand dieser Region deutlich von Tendenzen des übrigen lokalen Widerstandes, der angesichts zugereister AktivistInnen nur noch von "unseren Gästen" sprach, und der sich in einen wenig hilfreichen Regionalismus einigelte.

Neben dem neuen Aktionsschwerpunkt in Lüneburg machten vor allem die zahlreichen Aktionen an der Transportstrecke schon weit vor dem Wendland die neue Qualität des diesjährigen Aktionskonzeptes aus. Ankettaktionen in Mannheim und Leitstadte, zum Teil brennende Blockaden in Göttingen, Verden und Lüneburg sowie die zahlreichen Kleingruppen die in den Wäldern der Görde auf die Schienen kamen, verzögerten den Transport um einen halben Tag.

Es bleibt nach diesem Transport die Einsicht, dass die Anti-AKW-Bewegung auch ohne medialen Hype mit ihrer "Kernbelegschaft" in der Lage ist, den reibungslosen Transport von Atommüll nach Gorleben zu behindern. Dabei zeichnete sich der Widerstand der Wendländischen Bevölkerung durch eine abgeklärte Entschlossenheit aus, die sich von den vergangenen Transporten deutlich unterschied.

Als logische Konsequenz des Atomkonsenses hat sich die gesamte parlamentarische Parteienlandschaft aus dem Atomkonflikt verabschiedet. Übrig blieb ein vermeintlich rein ordnungspolitisches Problem der inneren Sicherheit, dass durch die Polizei zu lösen sei. Gelang es der Einsatzleitung bislang immer sich als vermeintlich unpolitische Instanz zwischen Parteien und Widerstand zu positionieren, wurde sie diesmal klar als politische Konfliktpartei behandelt.

Dies wurde gerade am Aktionsschwerpunkt Lüneburg deutlich, an dem man sich dezidiert auf die Polizeieinsatzleitung und die Polizeikasernen konzentriert hatte. Zu spüren war dieser Stimmungswandel auch am Transporttag als mehrere Dutzend Einsatzfahrzeuge der Polizei fahruntüchtig gemacht wurden und dies in Kreisen der Bevölkerung auf klammheimliche Freude stieß, die sich bis dato immer über Aktionen gegen die "unschuldige" Polizei empört hatten.

Wie bei kaum einem anderen Castortransport bezog sich die Anti-AKW-Bewegung im März 2001 durch das Zurückweisen des parlamentarischen Befriedungsangriffes in Form des Atomkonsenses auf die parlamentarische Politik. Es war die Zeit der großen medialen Inszenierungen, der appellativen Politik und der Bezugnahme auf jeden noch so absurden Einwurf der parlamentarischen Ebene. So erfolgreich sich die Bewegung in diesem Rahmen bewegte, so hart traf sie das plötzliche Wegbrechen des medialen und parlamentarischen Resonanzbodens im Herbst 2001. Dass die Anti-AKW-Bewegung aus diesem medialen und politischen Abseits heraus und gegen eine polizeiliche Übermacht von phasenweise 1:8 zumindest zeitweise in die Offensive gelangte, bleibt nach den oben beschriebenen Rahmenbedingungen ebenso unerwartet wie bemerkenswert.

Die Erkenntnis, dass die Anti-AKW-Bewegung auch mit nicht viel mehr als dem Bewegungskern interventionsfähig ist, lässt ein neues Selbstbewusstsein unter den AktivistInnen reifen und nährt die Hoffnung, dass der rotgrüne "Atomkonsens" auch langfristig nicht in der Lage sein wird, den Widerstand gegen die Atomanlagen zu brechen.

Elke Sommer-Seitenschlaeger

33. Der Protest erobert sich Spielraum zurück

Autor: Wolfgang Ehmke · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:06

Schulunterricht fällt aus, der Zugverkehr zwischen Lüneburg und Dannenberg wird tagelang eingestellt, Turnhallen werden geschlossen, die Müllabfuhr kommt nicht, dafür aber der Atommüll - und der neuerdings im Zwölferpack. All das gehört mittlerweile zum Alltag im Wendland, wenn - wie Mitte November - mal wieder der Castor rollt.

Beim diesjährigen Castortransport waren die fortgesetzten Eingriffe in die Grundrechte der BewohnerInnen, der DemonstrantInnen und der UnterstützerInnen, die sich auf den Weg ins Wendland gemacht hatten, gravierend. Zwar wurde das generelle Demonstrationsverbot in diesem Jahr weniger restriktiv durchgesetzt, was sicher auch an der veränderten Strategie der Protestszene lag. Trotzdem kam es zu schwerwiegenden Zwischenfällen und repressiver Übergriffigkeit seitens der Polizei.

Der Schulleiterin der Freien Schule in Hitzacker wurde der Zugang zur Schule versagt, SchülerInnen mussten Taschenkontrollen über sich ergehen lassen. Ein Polizist richtete seine Waffe erst auf den Reifen eines Treckers, dann auf den 19-jähriger Treckerfahrer. 49 Schlepper wurden plattgemacht: PolizistInnen entfernten Ventile und setzten Lenkradkrallen, obwohl die Traktoren außerhalb der "Verbotsszene" parkten.

Grundlage für die Polizeiaktion ist das Niedersächsische Gefahrenabwehrgesetz (NGefAG). Die Bezirksregierung Lüneburg begründet die Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit wiederholt mit einer "Gewaltprognose". Den tragenden Gruppen des Widerstands - BI Umweltschutz, Bäuerliche Notgemeinschaft und Aktionsgruppe X-1000 mal quer - unterstellt das Innenministerium Gewaltbereitschaft. Obwohl der Polizeieinsatzleiter Hans Reime auf seiner Bilanzpressekonferenz schon im Herbst 2001 einräumen musste, es habe "keine Schlacht auf der Esso-Wiese, keine Steinwürfe, keine Prügelszenen" gegeben (EJZ 15.11.01), wurden die alten Klischees erneut bemüht, um das Demo-Verbot zu begründen.

Den drei Gruppen wird unterstellt, als "Zweckveranlasser" für die "Störung der öffentlichen Sicherheit" zu agieren. "Die Anzahl der Störungen im direkten Gefolge von Versammlungen und auch das konkrete Verhalten der Veranstalter belegt, dass es sich nicht um ungewollte Teilnehmerexzesse handelt, sondern um billigend auch vom Versammlungsleiter in Kauf genommene Störungen" (Amtliche Bekanntmachung der Bezirksregierung Lüneburg vom 26.10.02) Als Indiz für die zu erwartenden "Exzesse" wurde gewertet, dass der Widerstand den Schulterschluss mit GlobalisierungskritikerInnen anstrebe. Belegt wurde dies mit dem Aufruf der BI zur Teilnahme an der ATTAC-Demonstration in Köln am 14.9.02.

"Nicht ganz zurechnungsfähig" urteilte Innenminister Heiner Bartling (SPD) und hob auf einen Vorfall an der ICE-Strecke Hamburg-Hannover ab. Am 13. November hatten 39 CastorgegnerInnen auf den Gleisen Platz genommen, dies aber - entgegen der Berichterstattung in den Medien - erst, nachdem der ICE Helvetia abbremste und hielt. Die Gruppe wurde ständig von Hubschraubern, die direkt über ihnen kreisten, observiert. Bei der Aktion hatte die Polizei einen verdeckten Ermittler (Deckname "Bruno Lohmann") eingesetzt, "der sich am Vorabend einer Gruppe angeschlossen hatte und sich bis zuletzt unter den Demonstranten befand", so der Lüneburger Rechtsanwalts Wolfram Plener, der die beschuldigten AtomkraftgegnerInnen vertritt. Von einer Schnell- oder Notbremsung des ICE könne nicht gesprochen werden, räumte auch die Bahn AG ein; die DemonstrantInnen hatten weder sich noch die Reisenden gefährdet.

Insgesamt ist der Widerstand im Wendland noch immer ungebrochen. Dennoch haben die AtomkraftgegnerInnen mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Ihr Bestreben, immer wieder die Desinformationspolitik von Polizei und BGS zurechtzurücken, dem Kleinreden und -rechnen von staatlichen Stellen und Medien zu begegnen, zeigt, unter welchem Rechtfertigungsdruck sie mittlerweile geraten sind. Dabei spricht allein die "Teilnehmerzahl" der anderen Seite Bände: Wenn rund 16.900 BeamtInnen notwendig sind, um den Castortransport nach Gorleben durchzuboxen, kann von Akzeptanz für diese Facette der Atompolitik unter Rot-Grün oder von einem Wegbrechen des Widerstands keine Rede sein.

Anderthalb Wochen nach dem Tag X hatte die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg zur politischen Nachlese zum "Castor 2002" eingeladen. Fast alles, was man sich vorgenommen hatte, sei auch aufgegangen, selten

sei der Widerstand so effektiv gewesen und hätte so viele Sympathie geweckt, lautete das Resümee. Die bundesweite Unterstützung und die fantasievollen Protestformen hatten wesentlich dazu beigetragen, das Gerede von "Abbröckeln des Widerstands" zu konterkarieren. Deshalb sei es auch "überflüssig und kleinkariert", über die Teilnahmezahlen an den vielen Veranstaltungen zu streiten.

Im Wendland waren 17 Teams von Demo-SanitäterInnen unterwegs, um Erste Hilfe zu leisten. Vor allem in Hitzacker und in der Göhrde seien DemonstrantInnen mit gezielten Griffen in die Augenhöhlen oder die Nasenlöcher malträtiert worden. Traurige Bilanz: 81 Verletzte. Zwar hätte - so Kerstin Rudek von der Sanigruppe - die Polizei dieses Mal auf den Einsatz von Hunden und Pferden gegen SitzblockiererInnen verzichtet, aber angesichts dieser Verletzungen sei Polizeichef Hans Reime von seiner Devise "Konflikte minimieren - Verletzte reduzieren" weit entfernt.

Die Bundesregierung hat mit dem "Atomkompromiss" den gesellschaftlichen Konflikt um die Nutzung der Atomenergie vordergründig befriedet. Latent schlummert in der Gesellschaft eine diffuse Ablehnung der Atomkraft, die anlässlich von Störfallmeldungen immer wieder aufbricht. Allerdings kann und darf Anti-AKW-Politik nicht Kredit nehmen an möglichen (Atom-)Katastrophen. In Zeiten, in denen die Kriege und verschärfte Ausbeutungsbedingungen die Menschen viel spürbarer treffen, wird eine Unzufriedenheit mit den Verhältnissen eher an den greifbareren Dingen festgemacht. Das Restrisiko oder die ungelöste Atommüllproblematik bleiben demgegenüber häufig "abstrakt". Um so wichtiger ist es, dass der durch den Transport 2002 entstandene neue Elan jetzt genutzt wird, um das Thema ungelöste Atommüllentsorgung weiter auf die Tagesordnung zu setzen.

Wolfgang Ehmke

34. "Wir wollen die Regierung stürzen." Von der Bambule zu einer neuen Massenbewegung

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Polizeistaat/Polizeiterror; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:36

Die Welt ist atemberaubend und voller Überraschungen. In Hamburg kann die politische Beobachterin gerade mit fassungslosem Staunen beobachten, wie über Nacht und scheinbar aus dem Nichts eine politische Bewegung entsteht, und das an einem Punkt, wo das niemand erwartet hätte.

Nach den letztlich kurzlebigen Sozialprotesten im Frühling diesen Jahres deutete alles auf einen trüben politischen Herbst hin, obwohl der Senat seinen brutalen Sparkurs genauso weiter verfolgt wie die inhaltliche Ausrichtung an Law-and-Order-Vorgaben. Doch dann wird Anfang November ein kleiner, inzwischen eher unpolitischer Bauwagenplatz geräumt, ein Dutzend klapprige LKWs werden zwei Tage lang durch die Stadt getrieben und alles ist anders. Der Kampf der Bambule und ihrer UnterstützerInnen geht inzwischen in die siebte Woche. 18 Demonstrationen hat es seit dem 4. November in Hamburg gegeben, mit TeilnehmerInnenzahlen zwischen einigen hundert und 8.000. Ging es am Anfang noch um das Recht der Bambule, im Karolinenviertel zu bleiben, lautet die zentrale Parole für die geplante 19. Demonstration am 21. Dezember "Wir wollen die Regierung stürzen". Und war der Senat anfänglich gewillt, die BauwagenbewohnerInnen mit Polizeigewalt aus der Stadt zu vertreiben, so sieht er sich jetzt gezwungen, über die Rückkehr der Bambule und eine Bestandsgarantie für alle Bauwagenplätze zu verhandeln.

Mehrere Faktoren dürften bei dieser Massenmobilisierung eine Rolle spielen. Zum einen ist da die unglaubliche Polizeipräsenz und die massive Einschränkung des Demonstrationsrechts. Egal, wie groß die Demonstrationen sind, die Staatsgewalt fährt auf, was sie hat. Tausende Polizisten mit gepanzerten Fahrzeugen, Wasserwerfern, Greiftrupps etc. sind andauernd im Einsatz und gehen oft mit ungeheurer Brutalität vor. Auch völlig unbeteiligte Personen werden die ganze Nacht über in Gewahrsam genommen oder verprügelt. Selbst Zivilfahnder sind Opfer ihrer prügelnden Kollegen geworden. Es ist so ein Bild der permanenten Unverhältnismäßigkeit entstanden, das mit der Zeit auch in den bürgerlichen Medien zu einer differenzierteren Berichterstattung geführt hat.

Obwohl die Demonstrationen bisher alles andere als militant waren, ist bis heute jede Demo-Route durch die Innenstadt verboten worden. Obwohl selbst Polizei und Verfassungsschutz von einer weitgehend friedlichen Lagebeurteilung ausgehen, beharrt die Innenbehörde auf politisch bestellten Berichten über angebliche Verwüstungsaktionen in den Einkaufsmeilen der Innenstadt. Für die bürgerliche Öffentlichkeit schält sich immer häufiger das Bild eines blutrünstigen und durchgeknallten Innensenators Schill heraus, der die Polizei und öffentliche Mittel für seinen Privatkrieg instrumentalisiert.

Die unnachgiebige Härte des Senats gegenüber der Bambule ist sehr schnell als Angriff auf abweichendes Verhalten generell wahrgenommen worden. Damit sind auch Anknüpfungsmöglichkeiten für all die Szenen und Bereiche entstanden, die bisher den sozialen Protest in der Stadt getragen haben. Die Vertreibungspolitik des Senats gegenüber der Bambule ist als weiterer Ausdruck einer zutiefst reaktionären Umsteuerung in der Sozialpolitik verstanden worden. Andere Formen der Lebensgestaltung und des Wohnens sollen nicht integriert, sondern repressiv ausgegrenzt werden. Diese Botschaft ist ganz offensichtlich von vielen Menschen - auch ohne bisherige politische Praxis - als Angriff auf ein Menschenrecht, als Angriff auf liberale Grundpositionen oder auch direkt als Angriff auf sich selbst wahrgenommen worden.

Die gemeinsame Klammer zur Sozialpolitik stellt sich vor allem über das Thema Ausgrenzung her, bzw. über die Law-and-order-Ausrichtung in der Sozialpolitik. Es ist der Widerstand gegen die Normalitätsfantasien des Senats, der die Kämpfe der Bambule mit den Protesten gegen geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen, der Schließung von MigrantInnen- oder Frauenprojekten, mit den Brechmitteleinsätzen gegen vermeintliche Drogendealer oder auch mit der Pflicht zur gemeinnützigen Arbeit verbindet.

Sehr schnell ist über kleine informelle organisatorische Kerne eine szeneübergreifende Bündnisarbeit zwischen Autonomen, AktivistInnen des Sozialprotestes und auch GewerkschafterInnen gestartet worden, die trotz aller Schwierigkeiten und Vorbehalte ein gemeinsames Agieren bis in den Gewerkschaftsbereich möglich

gemacht hat. Trotz eines massiven politischen Störfeuers im Vorfeld hat das "Bambule-Spektrum" am 5. Dezember an der großen Gewerkschaftsdemonstration "Aufstehen für eine solidarische Stadt" teilgenommen.

Der Ruf "Viva Bambule" bezieht sich inzwischen längst nicht mehr auf einen oder auch mehrere Bauwagenplätze, sondern auf einen allgemeinen Protest gegen eine auf allen gesellschaftlichen Ebenen durch und durch autoritäre und spießige Senatspolitik. Das Problem besteht zur Zeit darin, dass diese Verbreiterung und Radikalisierung der Inhalte ins Leere zu laufen droht. Während die BauwagenbewohnerInnen und ihre AnwältInnen über ihre Plätze konkret verhandeln, gibt es in Bezug auf die weitergehenden und momentan sogar dominierenden Forderungen keinen Ort, wo die politische Machtfrage gestellt werden würde: Über den Rücktritt von Schill wird genauso wenig verhandelt wie über die Rücknahme der geschlossenen Unterbringung oder des Brechmitteleinsatzes.

So sehr sich die Inhalte der Bewegung verbreitert haben, so sehr sind die bisher auf der Ebene einer Demo-Parole wie "Schill muss weg" stehen geblieben. Dieser Slogan ist zwar griffig, bedeutet inhaltlich aber auch eine Sackgasse: Schließlich gibt es in der Diskussion um Sicherheit, Law-and-Order und autoritäre Formierung der Sozialpolitik einen offenen Schulterschluss von Schill, der CDU, der SPD und selbst Teilen der Grünen. Der Verzicht auf deutliche inhaltliche Forderungen macht es rot-grün umso leichter sich als einzig denkbare Alternative ins Gespräch zu bringen.

dk

35. Oskar und die Faschisierung. Deutsche Geschichtsdebatten um die "Endphase von Weimar"

Autor: Js. · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:03

Die Behauptung, dass Deutschland - NS-Vergangenheit hin oder her - ein "normales Land" sei, gehört in der "Berliner Republik" fast schon zur Staatsdoktrin. Widerlegt wird die Normalitätsthese mit schöner Regelmäßigkeit, wenn ParteipolitikerInnen durch historische Vergleiche und Analogien zu punkten versuchen. Besonders beliebt ist es, dem politischen Gegner geistige Nähe zum Nationalsozialismus vorzuwerfen. In der letzten Zeit ist es zusätzlich die Endphase der Weimarer Republik, aus der fragwürdige "Lehren" für die Tagespolitik gezogen werden.

Manche historischen Vergleiche sind wohl nur psychologisch zu erklären. Es ist der blanke Hass, wenn Altkanzler Helmut Kohl den biederen Sozialdemokraten Wolfgang Thierse als schlimmsten Parlamentspräsidenten seit Hermann Göring bezeichnet. Die Zustimmung, die er nach seiner Attacke auf Thierse aus der eigenen Partei erfuhr, zeigt darüber hinaus: CDU und CSU beanspruchen ein natürliches Recht auf die Macht; wer sich dem entgegenstellt - und sei es in Ausübung seiner Amtspflichten als Bundestagspräsident - ist ein Staatsfeind und fast schon ein Nazi.

Während Kohl in den eigenen Reihen für seine Entgleisung neue Bewunderung erntete, provozierte der Sozialdemokrat Ludwig Stiegler, vorübergehend Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, mit seinem Geschichtsvergleich auch innerhalb der SPD gemischte Reaktionen. Im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren warf er CDU/CSU und FDP vor, deren Vorläuferparteien hätten Hitler "verharmlost und an die Macht gebracht". Das ist eine zwar verkürzte, im Kern aber treffende Kennzeichnung sowohl der Politik der katholischen Zentrumspartei, der wichtigsten Vorläuferin der heutigen Christenunion, als auch der liberalen Parteien DDP (Deutsche Demokratische Partei; ab 1930 Deutsche Staatspartei) und DVP (Deutsche Volkspartei), in deren Tradition die FDP steht. Wie alle anderen Reichstagsabgeordneten rechts der SPD stimmte auch der liberale Reichstagsabgeordnete Theodor Heuss am 24. März 1933 für Hitlers Ermächtigungsgesetz - was seiner Karriere nach 1945 keinen Abbruch tat: Heuss wurde Vorsitzender der FDP und 1949 erster Bundespräsident.

Da die Faktenlage hier eindeutig ist, blieb Stiegler zunächst "Sieger" - bis der Berliner CDU-Landesvorsitzende Christof Stölzl nach der Bundestagswahl am 22. September den rot-grünen Wahlsieg mit dem "Unglück der Erdrutschwahlen von 1931/32" verknüpfte (im Juli 1932 hatte die NSDAP ihren Stimmenanteil auf 37,3 Prozent verdoppelt). Wenig später legte der CSU-Generalsekretär Thomas Goppel noch einmal nach. "Die Wahlkreise, die 2002 Schwarz gewählt haben, haben auch 1933 Schwarz gewählt", sagte er; dagegen sei in den heute sozialdemokratisch dominierten Wahlkreisen damals "eine andere Farbe" gewählt worden - Braun nämlich. Fertig ist die christlich-soziale Sozialfaschismusthese, die Goppel auch gegen die rot-grüne Entrüstung verteidigte, indem er angebliche Ähnlichkeiten zwischen 1933 und 2002 hervorhob: "Wir hatten 1933 Arbeitslosigkeit und Rezession in hohem Maße. Wir hatten 1933 aufgeregte Bürger. Es herrschten Ratlosigkeit und Beliebigkeit vor. Solche Zeiten können zu Geburtsstunden für Demagogen werden." Dagegen sieht sich Goppel selbst als Mahner, der den Anfängen wehren will: "Sonst wirft man uns später vor, wir hätten nicht rechtzeitig gewarnt."

Den gleichen Part versucht auch Oskar Lafontaine zu spielen, der in der Bild-Zeitung Schröder mit Heinrich Brüning verglich, dem Zentrumspolitiker und Reichskanzler zwischen 1930 und 1932: "Es ist so, als wäre Heinrich Brüning auferstanden, jener Reichskanzler, der mit seiner Sparpolitik Massenarbeitslosigkeit verursachte und Hitler den Weg bereitete. Wie damals sind die Menschen verunsichert und geben immer weniger Geld aus." ("Die Wiedergeburt Heinrich Brünings", Bild, 18.11.) Es war nicht diese wahrlich Bild-hafte Verkürzung ("Massenarbeitslosigkeit führt zum Faschismus"), welche die SPD aufheulen ließ. Allein der Vergleich schien den wackeren SozialdemokratInnen ungeheuerlich. In gewisser Hinsicht ist die Empörung berechtigt: Diejenigen, die heute mit dem Namen Brüning überhaupt noch etwas anfangen können, verbinden ihn mit seiner Politik der Notverordnungen (nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung), die eine schleichende Gewöhnung an die Diktatur verursachte. Lafontaine dagegen versichert treuherzig, er habe allein eine

Parallele zu Brünings verhängnisvoller Wirtschaftspolitik ziehen wollen. (siehe Kasten) Dieser Vergleich sei "gängig in der wirtschaftlichen Diskussion".

"Gängig" in der öffentlichen Debatte wurde er erst durch Lafontaines Provokation. Nun gab es kein Halten mehr. Schon einen Tag später veröffentlichte der Historiker Arnulf Baring in der FAZ seinen mittlerweile berüchtigten Aufruf "Bürger, auf die Barrikaden!" mit einem schwatzschweifigen Lamento über die "Stunde der Not": Deutschland sei "chronisch krank" und im "ständigen Abrutschen", auf dem Weg zu einer von den Gewerkschaften beherrschten "DDR light", der "Staatsbankrott nahe", der "innenpolitische Ernstfall" eingetreten. Im Unterschied zu Brüning, auf den Baring erst am Schluss zu sprechen kommt, fehle Schröder ein wirksames Instrumentarium, um die Krise beizulegen: "Aber anders als damals kennt das Grundgesetz keinen Artikel 48, der seinerzeit jahrelang die krisengeschüttelte Republik am Leben hielt. Es scheidet also heute die Möglichkeit aus, mit Hilfe präsidialer Notverordnungen erforderliche, schmerzliche Reformen ohne das Parlament in die Wege zu leiten." Baring beklagt, dass das Grundgesetz keine dem Artikel 48 vergleichbare "praktikablen Regelungen für den innenpolitischen Ernstfall" vorsieht, und fordert ganz offen: "Nicht nur das Parteiensystem, auch die Verfassung muss jetzt endlich auf den Prüfstand." Es folgen Barings viel zitierte Aufrufe zu Steuerboykott, Revolte, "aktivem und passivem Widerstand".

Während Baring Brünings Notverordnungspolitik zu einer das Leben der Weimarer Republik verlängernden Maßnahme umfälscht, unterscheidet Werner Plumpe, Kommentator der Wirtschaftswoche, sorgsam zwischen dem reaktionären "katholischen Monarchisten" und dem modernen Finanz- und Wirtschaftspolitiker Brüning, dessen "Konsolidierungspolitik" er für "weitgehend alternativlos" und beispielhaft erklärt: "In wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht gibt es von Brüning mehr zu lernen, als die öffentliche Meinung und die Politik wahrhaben will." (Wirtschaftswoche, 26.11.)

Die neue Verehrung für den Reichskanzler der Notverordnungen widerlegt zumindest teilweise die Beschwichtiger vom Schlage des Historikers Heinrich August Winklers, der nicht nur Lafontaines Vergleich für "rundum abwegig" erklärt, sondern auch keinerlei Wiederholungsgefahr sieht: "Wir sind gebrannte Kinder und haben aus Weimar gelernt." (FR, 23.11.)

Eine gewagte These, die nach Lektüre der Spiegel-Titelstory "Genosse Schröder. Von der Neuen Mitte zum Kanzler der Gewerkschaften" (Nr. 47) noch zweifelhafter erscheint. An den wortgewaltigen Tiraden über die angebliche Macht der Gewerkschaften hätte der olle Brüning seine helle Freude gehabt: Die "Genossen Gewerkschaftsbosse" hätten sich unter Schröder "zu einer Art Nebenregierung aufgeschwungen", die alle wirtschaftspolitisch gebotenen Reformen verhindere, behauptet der Spiegel. Um den Feind sichtbar zu machen, veröffentlicht das Magazin die Porträts der 19 schlimmsten "roten Gralshüter": GewerkschaftsfunktionärInnen, die als Staatssekretäre oder als einfache Abgeordnete den verderblichen "Einfluss der Gewerkschaften auf die Politik" organisieren.

So grotesk die Story auch daherkommt - angefangen beim "Arbeiterführer" Schröder mit roter Fahne auf dem Titelbild - das Märchen von der angemaßten Macht der Gewerkschaften ist ein Evergreen zur Mobilisierung von Rechtsaußen bis zur "neuen Mitte". Jeder darf mitmachen; auch ein bekennender Verfassungsfeind wie Arnulf Baring wird trotz oder gerade wegen seiner reaktionären Thesen in die Talkshows geladen, wo Politik eben nicht nur simuliert, sondern auch getestet wird: Wenn die Provokationen rechter Hofnarren dort als "überzogen", aber "im Kern berechtigt" abgehandelt werden, dann kann durch diese Art der "Schaupolitik" auch die "Entscheidungspolitik" entscheidend beeinflusst werden.

Verglichen mit der "Endphase von Weimar" - mit der die gegenwärtige Krise wenig bis gar nichts gemeinsam hat - sind die Machtmittel der Medien, der "vierten Gewalt", nahezu unbegrenzt. Das ideologische Trommelfeuer gegen die weitgehend handzahmen DGB-Gewerkschaften und das Revival autoritärer Lösungen, die schon einmal in die Katastrophe führten, bieten einen Vorgeschmack auf das, was uns in wirklichen Krisenzeiten erwartet.

Js.

36. Brüning? Wer war das noch gleich?

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:04

Über den Mann, der unverhofft durch die tagespolitische Diskussion geistert, gibt es unter ernst zu nehmenden HistorikerInnen kaum Meinungsverschiedenheiten: Heinrich Brüning war ein Feind der Weimarer Republik, dessen Politik dem Nationalsozialismus den Boden bereitete - auch wenn sein Ziel die Wiedereinführung der Monarchie war. Heinrich Brüning (geboren 1885), Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag, wurde im März 1930 zum Reichskanzler ernannt, nachdem die große Koalition unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) an einer vergleichsweise geringfügigen sozialpolitischen Frage zerbrochen war - genauer gesagt war dieser Bruch "im Umfeld des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg von langer Hand geplant", wie selbst in den Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung nachzulesen ist. (1) Brüning selbst war an diesen Machenschaften führend beteiligt; nach seiner Ernennung zum Reichskanzler ersetzte er lediglich die drei sozialdemokratischen Minister.

Brünings Regierung verstand sich als "Präsidialkabinett" oder "Hindenburg-Regierung" und musste keine koalitionspolitischen Rücksichten nehmen - der Artikel 48 der Weimarer Verfassung ermöglichte das Regieren mittels Notverordnungen ohne parlamentarische Mehrheit. Damit begann eine Entwicklung, die knapp drei Jahre später mit der "Machtergreifung" der Nazis endete.

Über die - von Oskar Lafontaine kritisierten und von Arnulf Baring und Consorten gelobten - wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Maßnahmen Brünings schreibt der Historiker Reinhard Kühnl: "Wozu dieses Präsidialsystem, dessen Kanzler vom Vorsitzenden des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Duisberg als der langersehnte Führer begrüßt wurde, etabliert worden war, zeigten seine politischen und sozialen Maßnahmen: Die Steuerbelastungen für die arbeitende Bevölkerung und die Kosten für Krankenvorsorge und Arbeitslosenunterstützung wurden erhöht, die Sozialleistungen und die Löhne radikal gesenkt, die staatlichen Ausgaben für den Wohnungsbau und die Mittel für die Gemeinden und die kommunalen Versorgungsbetriebe drastisch zusammengestrichen. Das Heer der Arbeitslosen, das bis 1932 auf real fast 8 Millionen anwuchs, wurde einer unvorstellbaren Verelendung ausgesetzt. Die Unterstützungssätze wurden immer weiter gesenkt, immer mehr Gruppen von der Unterstützung überhaupt ausgeschlossen; verheiratete Frauen erhielten gar nichts mehr, Jugendliche nur dann, wenn ihre Angehörigen über kein Einkommen verfügten, Saisonarbeiter nur Krisenfürsorge. Zugleich wurden die Subventionen für Industrie, Banken und Großlandwirtschaft verstärkt." (2)

Im Mai 1932 wurde Brüning von Hindenburg dennoch entlassen und durch Franz von Papen ersetzt, dessen "Kabinett der Barone" und Großindustriellen die Verelendung großer Teile der Bevölkerung noch radikaler vorantrieb. Auf die Übergangregierung unter General von Schleicher (ab Anfang Dezember 1932) folgte am 30. Januar 1933 die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler.

Dass der Noch-Sozialdemokrat Oskar Lafontaine bei Brüning Parallelen zur gegenwärtigen rot-grünen Regierungspolitik zu erkennen meint und sie via Bild in die Welt hinausposaunt, ist das eine und macht die "Welle sozialdemokratischen Entsetzens" (FR, 21.11.) über Lafontaine immerhin nachvollziehbar. Schlimmer ist, dass rechte Ideologen das Stichwort Brüning aufgreifen, um eine noch brutalere Umverteilung von unten nach oben und eine Aushöhlung der vom Grundgesetz garantierten Gewaltenteilung zu fordern. So wird aus einer grotesk anmutenden Geschichtsdebatte ein reaktionäres Projekt mit hohem Gefährdungspotenzial.

Js.

Anmerkungen:

1) Informationen zur politischen Bildung 109/110 (1992) und 261 (1998)

2) Reinhard Kühnl: Die Weimarer Republik. Errichtung Machtstruktur und Zerstörung einer Demokratie, Reinbek (Rowohlt) 1985, S. 213

37. "Man möchte eigentlich nicht, dass Adorno Recht behält." Gespräch mit Lars Rensmann zur Kritischen Theorie über den Antisemitismus

Autor: Interview: Thomas Binger · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:08

Die Analysen der Theoretiker der Frankfurter Schule - also vor allem von Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Leo Löwenthal - sind vielleicht immer noch der anspruchvollste Versuch, die gesellschaftlichen Ursprünge und die politisch-psychologische Dynamik des modernen Antisemitismus zu begreifen. Dabei versucht die Kritische Theorie, die psychologischen, sozioökonomischen, politischen und historischen Faktoren des Antisemitismus in einem umfassenden theoretischen Ansatz zu integrieren. In ihren Forschungen beschäftigt sie sich nicht nur mit dem eliminatorischen Antisemitismus der Nationalsozialisten, sondern auch mit dem aus einer aggressiven Erinnerungsabwehr erwachsenen "sekundären Antisemitismus" in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Dass dieser Antisemitismus virulenter denn je ist, zeigen sowohl die Affäre um die Äußerungen von Jürgen Möllemann und die Debatte um den neuen Roman von Martin Walser als auch die zahlreichen Angriffe auf Synagogen, Friedhöfe und andere jüdische Einrichtungen überall in der Republik.

Thomas Binger sprach mit dem Berliner Politikwissenschaftler und Antisemitismusforscher Lars Rensmann über das Erklärungspotenzial und die aktuelle Relevanz der Kritischen Theorie für die Analyse des Antisemitismus. Lars Rensmann veröffentlicht im nächsten Frühjahr seine Dissertation "Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik".

ak: Die Kritische Theorie hat ihre grundlegenden Arbeiten zum Verständnis des modernen Antisemitismus bereits im amerikanischen Exil zur Zeit des Nationalsozialismus entwickelt. Warum sind diese historischen Ansätze auch für die aktuelle Debatte über den Antisemitismus immer noch von Bedeutung?

Lars Rensmann: Das liegt zunächst einmal daran, dass es umfassende Erklärungsversuche, die historische, politische und kulturelle Faktoren des Antisemitismus berücksichtigen, seither kaum gegeben hat. Die theoretische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist geradezu ein Stiefkind geblieben.

Die Kritische Theorie hat in den komplexen Modellen und den empirischen Studien der 40er, 50er und 60er Jahre sowohl zum modernen Antisemitismus als auch zum Antisemitismus nach Auschwitz, wegweisende Schneisen geschlagen. In der modernen Gesellschaft wird laut Kritischer Theorie eine spezifische Variante des Autoritarismus relevant und dieser Autoritarismus drückt sich in einer Anfälligkeit gegenüber Vorurteilen und stereotypen Weltbildern aus, bis hin zu solchen projektiven Weltanschauungen wie dem Antisemitismus. Antisemitismus dient als eine Welterklärung aller unverstandenen Übel der modernen Gesellschaft und als eine Projektionsfläche für alle möglichen subjektiven und sozialen Probleme.

Die aus dem Exil zurückgekehrten Theoretiker des Frankfurter Institutes für Sozialforschung erkannten im Nachkriegsdeutschland das besondere Phänomen eines Antisemitismus nach Auschwitz. Was sind die Motive dieses sog. sekundären Antisemitismus?

Der Ansatz einer Theorie des sekundären Antisemitismus ist bis heute in der Antisemitismusforschung maßgeblich. Er geht davon aus, dass Juden in der Nachkriegsgeschichte und Nachkriegskultur der Bundesrepublik sozialpsychologisch eine Repräsentanz übernommen haben für die Erinnerung an Auschwitz. Eine Erinnerung, die unliebsam und unerwünscht ist. Eine Erinnerung, die man versucht abzuwehren, weil sie die Identifikation mit der eigenen Nation und der eigenen Familie stört. Juden werden als Repräsentanten dieser unerwünschten Erinnerung abgespalten und externalisiert. Sie werden dafür angegriffen, dass sie diese unliebsame Erinnerung immer wieder ins Gedächtnis rufen. Dieser Antisemitismus nach oder wegen Auschwitz ist ein Antisemitismus aus Erinnerungsabwehr, der in den Juden diese Erinnerung verkörpert sieht.

In welchem Verhältnis steht die Relativierung und Verdrängung der deutschen Verbrechen zum Wunsch nach Normalisierung deutscher Geschichte und kollektiver Identität?

In einem ganz innigen Verhältnis. Das Kernmotiv ist ja neben der Abwehr der familiären Auseinandersetzung die Frage, wie wird die Nation gesehen. Da gibt es ja die altbekannten Beschwerden, man könne sich in

Deutschland wegen der Geschichte nicht mehr richtig positiv zur Nation bekennen. Und in der Tat ist es natürlich schwierig, nach den Verbrechen die begangen worden sind, zurückzukehren zu einem Verhältnis zur Nation, als hätte Auschwitz nicht stattgefunden. Und dieses Problem drückt sich in diesem sekundären Antisemitismus aus. Er ist eine Art der Lösungsstrategie und steht im Zusammenhang mit den ganzen geschichtspolitischen Projekten, die versuchen die Nationalgeschichte zu normalisieren, zu beschönigen und zu idealisieren. In diese idealisierte Wunschgeschichte der Nation passt dann die Geschichte von Auschwitz, und damit auch die Geschichte der Juden, oftmals nicht hinein.

Die Kritische Theorie sieht in Auschwitz im Sinne einer Dialektik der Aufklärung den negativen Kulminationspunkt eines jahrhundertelangen Zivilisationsprozesses. Reicht diese allgemeine Ableitung des Antisemitismus aus einer Zivilisationsgeschichte moderner Vergesellschaftung zur Erklärung der besonderen Qualität des eliminatorischen Antisemitismus in Deutschland?

Man kann mit allgemeinen Theoremen Elemente erklären. Man kann Zugänge schaffen und man kann versuchen zu verstehen, was das mit moderner Gesellschaft zu tun hat und auch mit Reflexen auf moderne Gesellschaften, z.B. mit dem Hass, der in den Juden die Übel der modernen Gesellschaft verkörpert sieht. Aber natürlich muss man vor jeglicher Form der Ableitung und falschen Verallgemeinerung in der Sozialwissenschaft warnen. Und man muss solche modernen allgemeinen Bedingungen in Beziehung zu ganz spezifischen politischen und kulturellen Prozessen und Dynamiken setzen.

Die kritischen Theoretiker haben sich ja nun nicht mit diesen allgemeinen Theoremen beschieden, sondern sie haben ja auch diese Studien zum sekundären Antisemitismus entwickelt, die ein ganz spezifisches Moment der deutschen Nachkriegsentwicklung bezeichnen und in dieser Form nicht übertragbar sind auf andere Gesellschaften.

Adorno sah im Hinblick auf den Antisemitismus "das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie" als potenziell bedrohlicher an als "das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie". Welche Rolle spielt das antisemitische Ressentiment in der heutigen politischen Kultur der Berliner Republik?

Es hat unglücklicherweise eine zunehmende Bedeutung. Von daher wird mitunter auch Adornos Diktum bestätigt. Er wollte damit ja vor allem sagen, dass es nicht reicht sich nur auf den Rechtsextremismus zu konzentrieren und diese Gruppen am Rand der Gesellschaft zu bekämpfen, sondern dass es darum geht Beiträge zu einer aufgeklärten, demokratischen Kultur in der Mitte der Gesellschaft zu leisten. Dass man dabei gerade in letzter Zeit immer wieder auf Grenzen stößt, ist sehr bedauerlich. Man möchte eigentlich nicht, dass Adorno hier Recht behält. Aber es gibt immer wieder auch aus der bürgerlichen Mitte heraus diese Vorkommnisse. Ich muss nur an die großen Debatten der letzten Jahre erinnern: sei es die Walser-Debatte, wo der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, zunächst sehr alleine stand mit seinem berechtigten Vorwurf des Antisemitismus gegenüber Walser. Es gab ja einen Aufschrei der Empörung, nicht gegenüber Walsers Rede und dem, was er bis heute nachgeschoben hat - es gibt ja mittlerweile schon eine zweite Walser-Debatte - sondern über die Intervention von Ignatz Bubis. In diesem Jahr kam dann der Versuch Jürgen Möllemanns hinzu, mit Rechtspopulismus und Antisemitismus auf Stimmenfang zu gehen. Der Versuch im Rahmen einer liberaldemokratischen Partei, die sich als eine Partei der Mitte und als eine demokratische Partei versteht, Strategien von Jörg Haider und anderen Rechtspopulisten in Europa aufzugreifen und dabei gerade nicht den ethnischen Rassismus sondern den Antisemitismus zu bedienen, zeigt, dass gewisse Potenziale nach wie vor vorhanden sind. Und zu Beginn dieser Debatte hat Möllemann durchaus eine große Zustimmung erhalten. Wir können froh sein, dass das mit Möllemann am Ende nicht so gut ausgegangen ist und dass hoffentlich auch die FDP ihre Lehren daraus zieht.

Es gibt ja neben dem sekundären Antisemitismus aus Erinnerungsabwehr nach wie vor den brutalen primären Antisemitismus, der sich aus völkischen Motiven speist. Erfüllt sich in den zahlreichen Friedhofsschändungen und in den zahlreichen Angriffen auf Gedenkstätten und Denkmäler die düstere Prophezeiung Walter Benjamins, dass "auch die Toten vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein werden"?

Ja, das stimmt insofern, als dass zunehmend jüdische Einrichtungen und insbesondere jüdische Friedhöfe zum Ziel werden. Auch Friedhöfe sind ja Bausteine von Erinnerung. Bausteine von Erinnerung an jüdische Geschichte und Vergangenheit und damit auch Erinnerung an eine Zeit, in der Juden in Deutschland unter anderen Bedingungen gelebt haben. Dieser Hass auf die Erinnerung, dieser Hass auf die Vergangenheit,

drückt sich in solchen Taten aus. Sie sind Teil einer allgemein zunehmenden Gefährdung von jüdischen Einrichtungen. Sie sind Teil einer Zunahme überhaupt von rechtsextremen Bestrebungen. Wenn man den Blick auf die Mitte richtet, sollte man den Blick auf den Rechtsextremismus trotzdem nicht vernachlässigen.

Innerhalb des Rechtsextremismus hat in den letzten zwei, drei Jahren der Antisemitismus zugenommen und zwar sowohl der sekundäre, wie auch der moderne, völkische Antisemitismus. Die NPD hat z.B. den Antisemitismus ins Zentrum ihrer politischen Propaganda gestellt. Sie hat sogar nach dem 11. September zur Solidarität mit den zwei Millionen Muslimen in Deutschland aufgerufen und sie bemüht sich aktuell darum, die Globalisierungskritik antisemitisch zu wenden. Das zeigt, wie sehr man versucht, den Antisemitismus aufzugreifen und den Hass in diese Richtung zu lenken.

Welche Anforderungen stellt Adornos kategorischer Imperativ, "Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz sich nicht wiederhole", an eine kritische Erinnerungspolitik in Deutschland?

Adorno zielt da natürlich auf mehr, als auf einmal jährlich stattfindende Gedenkrituale, so sehr sie auch für Erinnerungspolitik wichtig und notwendig sein mögen. Adorno zielt darauf, so etwas wie Erinnerungspolitik auszuweiten in einer Form, die abhebt auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, auf die Prozesse, die Antisemitismus produzieren, auf eine Demokratisierung der politischen Kultur und auf ein Eingedenken dieser Geschichte. Es ging ihm um den Ausbau der Bedingungen für eine mündige, demokratische Gesellschaft, in der das Gedenken an diese unaufhebbare Vergangenheit, die weder beschönigt noch versöhnt werden kann, aufrechterhalten wird. Für eine kritische oder erweiterte Erinnerungspolitik ergeben sich daraus eine Vielzahl von Facetten der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Eine Vergangenheit, die bearbeitet, aber nie ganz aufgearbeitet werden kann.

38. Von der Unmöglichkeit, einen Katalanen bei Regen auf seinem Posten zu halten. Notizen aus den Anfängen des Spanischen Bürgerkriegs

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Spanien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:22

Es herrschte Aufbruchsstimmung, Euphorie und Tatendrang. Kaum war der Militärputsch Francos 1936 in Katalonien niedergeschlagen, begann ein beispielsloses sozialökonomisches Experiment. Den Tagen der Revolution folgten innerlinke Auseinandersetzungen und das Scheitern der Utopie. In dem nun erschienenen "Roten Notizbuch" wird die Atmosphäre jener Zeit wieder lebendig.

Mary Low war Britin australischer Herkunft, ihr Lebensgefährte Juan Breá Kubaner. Beide gehörten zu den InternationalistInnen, die im Sommer 1936 der von General Francos Militärputsch bedrohten spanischen Republik zu Hilfe eilten. Ihre Anwesenheit im revolutionären Spanien währte vom 9. August bis zum 28. Dezember 1936. Auf Grundlage ihrer Tagebuchaufzeichnungen entstand das "Rote Notizbuch", das erstmals 1937 in englischer Sprache erschien. Die im August 2002 bei Edition Nautilus erschienene Fassung ist die deutsche Erstauflage.

Tiefgründige politische Analysen oder die militärtheoretische Erwägungen sucht man in dem Buch von Anfang an vergebens. Es werden ausschließlich persönliche Eindrücke geschildert, kleine Episoden, Begegnungen mit zahllosen bekannten und unbekannten Menschen. Ganz zu Beginn wird bei einem Zwischenaufenthalt auf den Weg nach Spanien, in Paris, beispielsweise nicht die Haltung der französischen Regierung zu den Ereignissen im Nachbarland geschildert, sondern die Begegnung mit einem freundlichen Bahnangestellten, der angesichts des Reiseziels den ihm unbekannten Fahrgästen spontan die Hände schüttelte.

Morgenröte in Katalonien

Nach ihrem Grenzübertritt gelangen Mary Low und Juan Breá nach Barcelona. Die Hauptstadt der Provinz Katalonien war damals Hochburg der radikalen Linken. Hauptsächlich in der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft Confederación Nacional del Trabajo (CNT) und ihrem politischen Flügel, der Federación Anarquista Ibérica (FAI), organisierte ArbeiterInnen waren es, die mit den putschenden Militärs kurzen Prozess gemacht und die Macht in der Provinz übernommen hatten. Unter der Führung anarchistischer, sozialistischer und kommunistischer Parteien und Gewerkschaften bildeten sich ArbeiterInnenmilizen, die an die Front in der benachbarten Provinz Aragonien zogen, wo die Franco-Putschisten die Oberhand behalten hatten. Während die Region offiziell von einer von linken Parteien, AnarchistInnen und katalanischen NationalistInnen dominierten Provinzialverwaltung regiert wurde, spielte sich im Hinterland der kämpfenden Milizen das beispiellose sozialökonomische Experiment ab, das Enzensberger in seinem gleichnamigen Essay zutreffend als "Der lange Sommer der Anarchie" bezeichnet hat. Ohne jegliche gesetzliche Grundlage besetzten linke Milizen Land, Häuser und Fabriken. Binnen kurzer Zeit gingen fast die gesamten Produktionsmittel Kataloniens in die Hände der Beschäftigten über, die auf der Grundlage des so erworbenen Eigentums selbstbestimmte Kooperativen bildeten. Katalonien wurde kurze Zeit lang zum Eldorado von Linken aller möglicher Schattierungen, die aus vielen Teilen der Welt nach Barcelona strömten und versuchten, hier ihr spezielles Utopia zu errichten.

Mary Low und Juan Breá waren Anhänger der von Leo Trotzki gegründeten IV. Internationale und schlossen sich in Spanien der kleinen linkssozialistischen Partei POUM (Partido Obrero de Unificación Marxista) an. Diese links von der offiziellen Kommunistischen Partei angesiedelte politische Gruppierung entstand Mitte der dreißiger Jahre durch Zusammenschluss mehrerer linker Zirkel und läuft bis heute zu Unrecht unter dem Firmenschild "trotzkistisch". Tatsächlich gab es wesentliche Differenzen zwischen der Politik ihrer Parteiführung und der Leo Trotzkis.

Während Mary Low in Barcelona und in Madrid hauptsächlich politische Arbeit für die POUM leistete, stand Juan Breá den Großteil der Zeit in den Reihen der POUM-Milizen an der Aragonfront. Die in dem Buch geschilderten Episoden lassen deutlich die ungeheuere Begeisterung und einen beispiellosen Elan verspüren, der zumindest einen Großteil der katalanischen Bevölkerung während der revolutionären Umwälzungen

erfasst hatte. Geschildert wird aber auch die Grausamkeit des Bürgerkrieges. Da der katholische Klerus fast ausnahmslos auf Seiten Francos stand, wurde Kirchenbesitz grundsätzlich enteignet; wenn die Priester Widerstand leisteten, wurde mit ihnen kurzer Prozess gemacht. Die MilizionärInnen schossen auch ohne Warnung auf Angehörige der bürgerlichen Klasse, wenn sie versuchten, vor dem "Roten Terror" zu den Francotruppen zu entkommen. Gefangene Franco-Offiziere wurden grundsätzlich standrechtlich erschossen, selbst wenn sie verwundet in die Hände der Milizionäre fielen. Gefangene Franco-Soldaten ließ man jedoch fast immer laufen, wenn sie es nicht vorzogen, in den Reihen der republikanischen Milizen weiterzukämpfen. Die Faschisten ihrerseits ließen keinen gefangenen Milizionär am Leben.

Selbstzerfleischung der Linken

Im Rücken der kämpfenden Milizen tobten gleichzeitig heftige politische Auseinandersetzungen der linken Parteien und Gruppen. Die AnarchistInnen und die mit ihnen verbündete POUM wollten die revolutionären Umwälzungen im republikanischen Spanien weiter vorantreiben und setzten auf die Ausstrahlung der sozialökonomischen Umwälzungen und das politische Beispiel. SozialistInnen und KommunistInnen sahen dagegen die bisher erreichten Errungenschaften der Republik infolge der vorrückenden Franco-Truppen aufs höchste gefährdet und suchten ein breites Volksbündnis gegen die putschenden Militärs. Einem Ausgleich mit dem gemäßigten Flügel des Bürgertums stand jedoch der politische Rigorismus der radikalen Linken im Wege. Die Auseinandersetzung zwischen diesen beiden, sich gegenseitig ausschließenden politischen Richtungen hatten ihren Höhepunkt in der Frage, ob die bunt zusammengewürfelten linken Milizen, die auf Seiten der Republik gegen das putschende Militär kämpften, in ein straff organisiertes republikanisches Heer überführt werden sollten. Für die einen war dies angesichts der vorrückenden Faschisten die schiere Notwendigkeit, für die anderen ein Verrat an den Grundprinzipien der Revolution.

Einer der Vorteile des Buches ist die Genauigkeit, mit der Mary Low und Juan Breá ihre Beobachtungen festgehalten und ungeschönt wiedergegeben hatten, selbst wenn sie der eigenen politischen Überzeugung widersprachen. Während sie selbst mit Entschiedenheit für die Beibehaltung der Milizen eintraten und die Bildung eines republikanischen Heeres als einen Rückfall in den Militarismus verdammten, finden sich in ihren Aufzeichnungen mehrere Episoden, die ein bezeichnendes Licht auf die Kampfweise der Milizionäre und die Ursachen ihrer Niederlagen werfen. Selbstverständlich ruhen sonntags an der Front die Waffen, erklärt ihnen ein zufälliger Bekannter. Die Milizionäre müssen sich erholen und die Faschisten sind sowieso alle zur Messe. Als sich wenig später wegen eines befürchteten Putsches der katalanischen Polizei die POUM-Miliz in ihrem Hauptquartier verschanzte, weigerten sich die Milizionäre aus purer Bequemlichkeit, das eigene Schussfeld frei zuräumen: "Nehmen wir mal an, wir fahren die Autos weg und die Guardia Civil kommt gar nicht. Dann war alles umsonst." An einer anderen Stelle beklagt Juan Breá, es wäre unmöglich, einen Katalanen bei Regen auf seinem Posten zu halten.

Die später durchgesetzte Integration der Milizen in ein republikanisches Heer konnte die spanische Republik bekannter Weise auch nicht retten. Immerhin vermochten es die republikanischen Truppen in den Jahren 1937 und 1938 trotz der Nichteinmischungs-Blockade der bürgerlichen Staaten, den Putschisten und ihren deutschen und italienischen Verbündeten mehrere militärische Niederlagen beizubringen. Das Ende der spanischen Republik im März 1939 besiegelte allerdings ein Putsch von Teilen des eigenen Militärs.

Das Fazit des Buches bleibt widersprüchlich. Einerseits bildet das "Rote Notizbuch" angesichts seiner Detailtreue und der Fülle der darin geschilderten Beobachtungen eine nicht zu unterschätzende Quelle für Historiker, die sich mit der Aufarbeitung des sozialökonomischen Experimentes im Katalonien des Jahres 1936 beschäftigen. Andererseits ist das Buch wegen seiner eindeutigen politischen Ausrichtung natürlich auch Zündstoff in der Auseinandersetzung zwischen Linken, die sich darum streiten, ob die spanische Republik als Folge eines "Verrates der Stalinisten" oder einer "anarcho-trotzkistischen Verschwörung" zusammenbrach.

Ein Buch, das Zündstoff bietet

Die Herausgeber taten sich keinen Gefallen damit, als sie auf dem Klappentext das Buch als "Vorlage für Ken Loachs Spielfilm Land and Freedom" bezeichneten. Ken Loach hat das "Rote Notizbuch" offensichtlich als eine Quelle für seinen Film benutzt - es wurden jedoch keine der in dem Buch geschilderten Personen und Ereignisse direkt in das Drehbuch übernommen. Insbesondere die umstrittene Schlussszene des Filmes - die gewaltsame Entwaffnung der POUM-Milizionäre durch republikanische Truppen - kann auf keinem Fall aus

dem "Roten Notizbuch" stammen. Die Zerschlagung der POUM und Auflösung ihrer militärischen Verbände fand erst als Folge der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in Barcelona im Mai 1937 statt - zu diesem Zeitpunkt waren Mary Low und Juan Breá jedoch schon nicht mehr im Lande. Nachdem sich im Dezember 1936 die Niederlage der linksradikalen Bewegung im republikanischen Spanien abzeichnete, hatten sie Spanien verlassen.

Mit dem "Roten Notizbuch" haben Mary Low und Juan Breá zahllosen revolutionären Kämpfern des Jahres 1936 ein literarisches Denkmal gesetzt, geschildert, wie sie mit Feuer im Herzen gegen die angreifenden Faschisten stritten und die Morgenröte einer neuen Gesellschaft schon zu spüren vermeinten. Auf die linke Selbstzerfleischung im Rücken der revolutionären Truppen folgten jedoch Jahrzehnte der finstersten Nacht. Im Untergrund gegen die Diktatur des Caudillo kämpfte die spanische Linke wieder zusammen.

Gerd Bedszent

Mary Low/Juan Breá: Rotes Notizbuch, Edition Nautilus, Verlag Lutz Schulenburg, Hamburg, 2002, 222 Seiten, 17,90 Euro

39. Frauen in der Résistance. Ein lesenswertes Buch über ein vernachlässigtes Thema

Autor: Raphaela Kula · Rubrik: Geschichte; Frankreich; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:01

",Ihr Frauen`, sagt Favier, ‚kümmert euch um den Kleinen, gebt ihm Suppe zu essen und legt ihn hin, wenn er müde ist. Wir tragen ihn, wenn wir zu Jean aufbrechen.` Ich stehe gehorsam auf. ‚Nicht Sie! Ich habe meine Frauen gemeint. Sie sind ja ein Mann! Bleiben Sie bei uns.' Ich betrachte meinen Bauch und denke an meine Auftritte bei der Gestapo mit der ewigen Leier von meiner unehelichen Schwangerschaft. Hat all das etwas Männliches? Warum muss das größte Kompliment, das ein Mann einer Frau machen kann, darin bestehen, ihr zu sagen: Sie schreiben, Sie arbeiten, Sie handeln wie ein Mann? ... Ich war zutiefst gekränkt über dieses Urteil, das mich an einem Stereotyp maß. Diesem Mann, der uns empfängt und mich mit solcher Güte ansieht, antworte ich barsch: ‚Ich fühle mich als Frau sehr wohl in meiner Haut, wissen Sie; was ich getan habe, war die Arbeit einer Frau, einer schwangeren Frau obendrein, was Ihnen nie passieren wird!`" (Lucie Aubrac: Heldin aus Liebe - eine Frau kämpft gegen die Gestapo, DTV, München, 2000)

Was Lucie Aubrac in ihrem Buch beschreibt, ist eine typische Erfahrung, die Frauen, die aktiv ihren Beitrag in der französischen Résistance leisteten, machen mussten. Ihr Beitrag zur Befreiung Frankreichs vom Faschismus wurde bislang nicht im notwendigen Maße wahrgenommen bzw. unterschätzt. Frauen waren in unterschiedlicher Weise und mit den verschiedensten Aufgaben in der Résistance aktiv, hatten aber mit den üblichen patriarchalen Rollenvorstellungen zu kämpfen. Zum einen mussten sie selber mit eingeübten und gewohnten Mustern brechen, mussten eine neue Perspektive im eigenen Umfeld (Familie oder Freundeskreis) durchsetzen. Zum anderen mussten sie ihre Entschlossenheit und Tatkraft gegen die tradierten patriarchalen Vorstellungen ihrer männlichen Mitstreiter beweisen. So weigerte sich z.B. der Militär und Traditionalist de Gaulle in London lange Zeit, Frauen aktive Aufgaben im Kampf gegen die Besatzung zu übertragen. In einer Zeit, in der es in Frankreich kein Stimmrecht für Frauen gab, bestimmte die "KinderKücheKirche"-Propaganda den Platz der Frauen in der Gesellschaft.

Für ihre Untersuchung über die Rolle der Frauen in der französischen Résistance interviewte Margaret Collins Weitz über achtzig ehemalige weibliche Widerständlerinnen, einige männliche sowie Familienangehörige - eine repräsentative Auswahl, wie die Autorin betont: "Ich habe dabei versucht, ein so weites soziales, kulturelles, bildungsmäßiges und geographisches und politisches Spektrum einzubeziehen, wie überhaupt nur möglich." Anhand dieser vielen Einzelaussagen gelingt es ihr, einen umfassenden Eindruck vom Alltagsleben der Frauen im besetzen Frankreich und auch von ihren unterschiedlichen Aktivitäten im Widerstand zu vermitteln. Nicht das Spektakuläre wird in den Vordergrund gerückt, sondern die Lebensumstände und -bedingungen. Vor diesem Hintergrund lassen sich das Ausmaß, der Aufwand und das nicht nur persönliche Risiko für einzelne Widerstandsaktivitäten sehr viel besser einschätzen.

Widerstand ist nicht nur Kampf mit der Waffe

Viele der Datenangaben im Text bieten eine sinnvolle zeitliche Chronologie: "Obwohl die Résistance etwas mehr als vier Jahre aktiv war, änderte sich während dieser Zeit die Lage in Frankreich stetig - zeitweise sogar von einem Tag auf den anderen. Die Einsätze wurden immer schwieriger und gefährlicher, je weiter der Krieg sich entwickelte und je mehr die Nazis ihren Zugriff festigten."

Was verstanden die Kämpfenden eigentlich unter dem Begriff Widerstand? Marshall Pétain, der Chef des Kollaborationsregimes von Vichy, betonte im August 1941 in einer vom Rundfunk übertragenen Rede "die Notwendigkeit, den Widerstand aller zu zerschlagen, die sich der Ordnung widersetzten". Der Historiker Henri Michel definiert ",Résistance` als jegliche Handlung, die die Bedingungen des Waffenstillstandsabkommens bricht, das Frankreich und Deutschland am 22. Juni 1940 unterzeichnet hatten, oder die im Widerspruch zur Anwendung dieser Bedingungen steht - unabhängig davon, wo diese Handlungen ausgeführt werden und von wem."

Doch nicht alle weiblichen Widerstandskämpferinnen, deren Aktivitäten dieser Definition gerecht wurden, verstanden ihren Beitrag als Widerstand, so z. B. die bereits zitierte Lucie Aubrac. Sie bewertete ihre ersten Aktivitäten 1940 als simple Reaktion auf die Niederlage, als Gewissensfrage. Zu Beginn der Besatzung

entschieden sich nur wenige Menschen für diesen Schritt. Zu den Motiven gehörten u.a. Patriotismus, moralische und religiöse Grundüberzeugungen, politische Einstellungen und Visionen aber auch Abenteuerlust, Lust auf Veränderung. Bei Kriegsende waren viele Französinnen und Franzosen in der Résistance aktiv, die Nachkriegsregierung erkannte offiziell 220.000 Männer und Frauen als WiderständlerInnen an. Darin nicht enthalten sind die, die unbekannt blieben oder umkamen. "Neben denen, die sich Netzwerken oder Gruppierungen anschlossen, gab es noch viele, die der Résistance auf andere Weise halfen. Frauen, die von der Gestapo gesuchte Personen versteckten - einen politischen Flüchtling, einen Juden, einen alliierten Flieger oder einen résistant - riskierten bei ihrer Entdeckung den Tod, während sie davon ausgehen konnten, dass Flieger oder Soldaten in ein Kriegsgefangenenlager geschickt werden würden. Viele dieser Frauen gehörten aber nicht unbedingt einer Résistance-Organisation an. Auch Frauen, die in den Städten blieben und insgeheim Maquis-Einheiten unterstützten, riskierten mehr als die Männer des Maquis, die sich auf dem Land versteckten und zumeist bewaffnet waren." (Unter maquis - wörtlich "Buschwald" - ist die antifaschistische Untergrundbewegung zu verstehen.)

Deutlich wird in dem Buch, dass Frauen unterschiedlichster Herkunft und unterschiedlichster Ansichten in allen Bereichen der Résistance aktiv waren. Sie organisierten Werkstätten und das nötige Material, sie druckten illegale Zeitungen, schrieben Artikel, um der faschistischen Propaganda den Aufruf zum Widerstand entgegen zu setzen. Sie waren als Botinnen, Kundschafterinnen und Verbindungsagentinnen tätig. Sie organisierten Fluchten: Jüdische Erwachsene und Kinder wurden über die Grenze geschmuggelt, um sie vor der Deportation zu retten. Sie befreiten KampfgefährtInnen aus Lagern oder aus den Händen der Gestapo. Sie organisierten Maquis-Einheiten oder unterstützten sie durch Unterricht in Kampftechniken, ideologischen Fragen bis hin zur Ernährung. Sie hatten das Kommando über mehrere tausend Männer. Sie kämpften mit der Waffe. Sie fälschten Papiere und vieles mehr.

Neben diesen Tätigkeiten lastete in der Regel auch in den Organisationen die Verantwortung für die Reproduktionsarbeit auf den Frauen. Ob es darum ging, Gefangene in Haft mit Wäsche und Nahrung zu versorgen, die Menschen im Maquis mit Lebensmitteln zu unterstützen, vor oder nach einem wichtigen Treffen ein gehaltvolles Essen bereitzustellen oder versteckte Menschen zu versorgen, eine Unterkunft, ein Bett zu organisieren. Diese Aufgabenverteilung schien selbstverständlich und blieb unhinterfragt. Margaret Collins Weitz macht deutlich, dass es unter diesen Umständen sowohl zu gewollten Liebesbeziehungen, die nicht immer gern gesehen wurden, kam, aber auch zu sexuellen Belästigungen und Übergriffen, bis heute ein Tabu.

Dem widersprüchlichen Thema Kollaboration nähert sich Margaret Collins Weitz vielschichtig und vorsichtig an. Sind (Liebes-)Beziehungen mit dem Feind bereits Kollaboration, was bedeutet das für Agentinnen, Spioninnen, die der Résistance Informationen beschafften? Was bedeutet und bewirkt das öffentliche Vorführen geschorener junger Frauen, denen Kollaboration, in diesem Fall sexuelle Beziehungen mit dem Feind vorgeworfen werden? Collins Weitz schreibt: "Das Kahlscheren von ‚horizontalen Kollaborateurinnen`, wie sie bisweilen genannt wurden, entsprach einem tief empfundenen Bedürfnis nach nationaler Katharsis". Es gab allerdings auch eindeutige Fälle der Kollaboration mit dem Vichy-Regime bzw. den deutschen Besatzern, die durch Verrat oder Bespitzelung Tote und Festnahmen unter den WiderständlerInnen bewirkten, oft zum eigenen materiellen Vorteil der Kollaborateurin.

Wenig Anerkennung für die Kämpferinnen

Das letzte Kapitel behandelt das Erbe der Résistance und ist eher resignierend. Den in der Résistance aktiven Frauen ist gemeinsam, dass sie mit Rollenvorstellungen brachen und mutig ungewohnte Aufgaben und Verantwortung übernahmen. Trotz ihrer außergewöhnlichen Erfahrungen kehrten viele der weiblichen Widerständlerinnen in ihr gewohntes, normales Leben zurück, so auch Lucie Aubrac: "Bei Kriegsende hatte ich einen Mann, einen während des Krieges geborenen Sohn und eine kleine Tochter, die in London auf die Welt gekommen war. Ich wünschte mir ein Zuhause. Ich war seit fünf Jahren verheiratet, hatte aber nie ein Familienleben gehabt. In meiner Dummheit wünschte ich mir eine zusätzliche Garnitur Bettwäsche und mehr als zwei Teller im Porzellanschrank. Ich hatte nichts. Das waren damals unsere Wünsche."

Kaum eine der in der Résistance aktiven Frauen wurde im Nachkriegsfrankreich nach ihrem Leben unter der Besatzung oder im Widerstand gefragt. Kaum eine berichtete von sich aus gegenüber den Angehörigen, den Kindern von dem Erlebten, von ihren Motiven. Erst in den 70er Jahren gab es erste Berichte von Frauen, die sich hauptsächlich mit den Erfahrungen in den Konzentrationslagern beschäftigten. Zu diesem Zeitpunkt ging

es darum, in Prozessen Aussagen zu machen oder der neofaschistischen Propaganda zu widersprechen. Der Prozess gegen Klaus Barbie, "den Schlächter von Lyon", rückte die Diskussion um die französische Besatzungszeit in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Es begann eine Diskussion um die Rolle der Vichy-Regierung, ihre Unterstützung der Naziherrschaft, auch bei der Ermordung der Jüdinnen und Juden. Diese Diskussion ist noch nicht abgeschlossen.

In dem Buch entsteht aus vielen ausführlichen, aber in den Zusammenhang gerückten authentischen Einzelaussagen eine gelungene Gesamtdarstellung - eine Würdigung der bislang viel zu wenig beachteten in der Résistance aktiven Frauen. Im Anhang werden einige weibliche Widerständlerinnen kurz vorgestellt, auch das ist eine Bereicherung.

Raphaela Kula

Margaret Collins Weitz: Frauen in der Résistance. Unrast Verlag, Münster, 2002, 25 EUR

40. Scharnier zwischen Subkultur und Nazi-Politik. Standardwerk zum RechtsRock in Deutschland und Europa erschienen

Autor: DSe · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Bücher, Filme, Broschüren; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:34

Als eines der wichtigsten Instrumente zur Rekrutierung rechtsradikaler und neofaschistischer SympathisantInnen ist vor allem seit Ende der 80er Jahre in der Folge der deutschen Wiedervereinigung der RechtsRock anzusehen. Im Zentrum steht dabei auch heute noch eine Skinhead-Szene, in deren Umfeld zahlreiche Bands entstanden sind.

An Deutlichkeit fehlt es den Texten der Rechtsbands nicht: sie sind gewaltverherrlichend, zutiefst rassistisch, sexistisch, antisemitisch etc. In vielen - vor allem ländlichen - Regionen haben Neonazis und Skins mit ihren musikalischen Aktivitäten durchaus so etwas wie eine kulturelle Hegemonie erreicht. Ein ausgefeiltes und aktives Netz von Plattenfirmen, Vertrieben, Skinzines, Internetseiten unterstützt diese Bemühungen und zahlreiche Klamottenläden sorgen dafür, dass eine Verbundenheit auch modisch erkennbar wird.

Fast 550 Seiten zum Phänomen RechtsRock haben Christian Dornbusch von der Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf und Jan Raabe vom Verein Argumente und Kultur gegen Rechts aus Bielefeld zusammengestellt. Das von ihnen herausgegebene Buch "RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien" liefert in einer Art Lexikon ein umfassendes Verzeichnis von RechtsRock-Bands und den davon nicht zu trennenden deutschsprachigen Fanzines. Allein dieses Verzeichnis - in denen mehrere hundert Bands und Zines erfasst sind - lässt ahnen, wie tief der RechtsRock heute in einer jugendkulturellen Szene verbreitet und verankert ist. Die Recherchen im Bereich Bestandsaufnahme bewegen sich allesamt auf hohem Niveau und inhaltlich decken die AutorInnen eine breite Palette von Fragestellungen ab. Umfang und Kompetenz der AutorInnen machen das in der Reihe antifaschistischer Texte beim Unrast-Verlag erschienene Buch zu einen unverzichtbaren Standardwerk.

Die Entwicklung und Herausbildung des RechtsRock über den Zeitraum der letzten 20 Jahre werden von den Herausgebern detailliert dargestellt. In dem Beitrag "Deutschland im September" zeichnet Michael Weiss zahlreiche Aktivitäten im Zusammenhang mit RechtsRock-Konzerten nach. Dazu nimmt er sich den September 1999 vor und berichtet über Konzerte und damit verbundene Naziaufmärsche, die fast täglich kreuz und quer in der Bundesrepublik stattgefunden haben (und stattfinden). Dabei stellt er immer auch wieder Zusammenhänge zwischen derartigen Konzerten bzw. dem Konsum von RechtsRock-Bands und im Anschluss stattgefundenen Überfällen von Skins und Neonazis heraus. So berichtet er, dass die drei Angeklagten im "Guben-Prozess", kurz bevor sie drei Flüchtlinge per Auto durch die Nacht jagten, die CD Republik der Strolche von der inzwischen verbotenen Nazi-Band Landser (die sich selbst gern als Braune Musik Fraktion bezeichnete) gehört und sich richtig in Stimmung gebracht hatten. Einer der Flüchtlinge bezahlte das mit seinem Leben.

Immer wieder verweisen die AutorInnen auf die Bedeutung des RechtsRock für das Anwachsen rechtsradikaler Gruppen und Organisationen, vor allem unter Jugendlichen. Dabei wird der "Sound des Hasses" von den Neo-Nazis durchaus strategisch eingesetzt, um über die Musik leichteren Zugang zu Jugendlichen zu finden und diese dann mit rechtsradikalen und neofaschistischen Positionen ansprechbar zu machen. Zeitungen wie die Nation Europa widmeten schon Ende der 80er Jahre dieser politischen Ausrichtung der organisierten Rechten ganze Ausgaben. Die personellen Verflechtungen zwischen Kadern rechter Organisationen und der Skin- bzw. RechtsRock-Szene sind zahlreich. Von zentraler Bedeutung war das in England gegründete und später in Deutschland äußerst aktive Netzwerk Blood and Honour, das direkt aus der Skinszene entstand. "Es ist eine politisch militante Organisation, die sich kulturell definiert und deshalb im Spektrum der Jugendkultur starke Authentizität hat. So ist es Blood and Honour möglich, sein Umfeld beständig zu ideologisieren und schrittweise an die militanten politischen Strukturen heranzuführen." (S. 77) Damit stellte dieses Netzwerk eine Art Scharnier zwischen anpolitisierten und meist unorganisierten RechtsRock-Fans und Organisationen wie der NPD oder den Freien Nationalisten dar. Ein Großteil der RechtsRock-Aktivitäten lief bis zum Verbot im September 2000 über dieses Netzwerk.

Unterstützt wird diese Strategie in vielen Regionen durch weitgehend fehlende alternative kulturelle Angebote, so dass RechtsRock-Konzerte in vielen kleineren Städten als einzige Unterbrechung eines grauen Alltages wahr- und angenommen werden. Immer wieder machen die AutorInnen dabei auch klar, dass die Akzeptanz unter Jugendlichen ohne den Rassismus und den Nationalismus aus der Mitte der Gesellschaft kaum denkbar wäre. Nicht zufällig fallen das starke Anwachsen der Nazi-SympathisantInnen, eine sprunghafte Neugründung von RechtsRock-Bands und Ereignisse wie Hoyerswerda, Ro-stock-Lichtenhagen oder Solingen in die Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung. Die aus der Mitte geführte Debatte um "Asylbetrug" und der zunehmende Nationalismus der Mitte liefern sozusagen die Steilvorlage für die Aktivitäten im Umfeld von RechtsRock und Neonazis.

Ein ganzes Kapitel beschäftigt sich mit den Frauen und Frauenbildern in der RechtsRock-Szene. Kirsten Döhring und Renate Feldmann stellen fest, dass immerhin ein Drittel der RechtsRock-Szene Frauen sind. Eine Tatsache, die bis heute weitgehend nicht wahrgenommen wird. So dominiert in der Öffentlichkeit immer noch das Bild vom Neonazi als volltrunkenem, glatzköpfigem Schläger mit Bomberjacke, Fliegerstiefeln und Baseballschläger. Dies liegt sicherlich auch daran, dass Frauen nur zu fünf Prozent an rechtsextremistischen Straftaten beteiligt sind.

Die beiden Autorinnen Döhring und Feldmann weisen darauf hin, dass sich innerhalb der extremen Rechten seit einiger Zeit vermehrt Frauen in eigenständigen Frauengruppen und - organisationen zusammenschließen. In der Skinszene hat sich z.B. der Skingirl Freundeskreis Deutschland herausgebildet und selbst in der NPD sind Frauenstammtische auf dem Vormarsch. Im Musikbereich stellen die Frauen aber - wie in den vielen anderen Bereichen des RechtsRock (Label, Fanzines, Konzertorganisatoren etc.) - eine Minderheit dar. Lediglich vier Frauenbands haben die Autorinnen seit Anfang der 90er Jahre ermitteln können, deren Selbstverständnis sie ausführlich und mit Zitaten darstellen. Auch wenn die Texte dieser Frauenbands weniger blutrünstig sind, so zeichnen rechte Musikerinnen in ihren Texten das Bild von "selbstbewussten, für nationalsozialistische Ideale kämpfenden Frauen" (S.198). Sie stehen damit ihren männlichen Kameraden in der Verbreitung rassistischer und nationalsozialistischer Ideologien in nichts nach.

In weiteren Kapiteln werden die Vertriebswege für den RechtsRock im Internet untersucht und dargestellt. Darüber hinaus wird über die internationalen Strukturen und die Situation der RechtsRock-Szenen in zahlreichen Ländern berichtet. Ein weiterer Beitrag befasst sich mit der politisch-soziologischen Einordnung der Skinheads und des RechtsRock entlang der Begriffe Szene, Stil, Subkultur oder Bewegung. Kenntnisreich stellt Liane M. Dubowy die zahlreichen Fanzines vor, die meist über Freundeskreise und rechte Platten- und Klamottenläden vertrieben werden.

Hannes Loh (Mitherausgeber von "Fear of a Kanak Planet", siehe ak 467) und Hans Wanders gehen in ihrem Aufsatz auf die Entwicklung extrem rechter Ideologien in der Dark-Wave und Black-Metall-Szene ein, stellen wichtige Bands und Texte dieser Genres vor und skizzieren die Labels und Strukturen der Szene. (Empfehlenswert dazu: Andreas Speit (Hg): Ästhetische Mobilmachung, vgl. ak 464) In diesen Musikszenen sind die Verbindungen zwischen rechten Ideologien und organisierter extremer Rechter bisher kaum ausgeprägt. Während für die Skinszene Gewalt integraler Bestandteil ist, lehnen vor allem die Dark WaverInnen physische Gewalt komplett ab. Kriegs- und Heldenverehrungen, Ästhetisierung von Gewalt, Mythen von Helden und Eliten und ein ausgeprägter Antimodernismus in Verbindung mit starken Bezügen zum Heidentum und zum Germanischen prägen diese Stilrichtungen und ihre Fangemeinden. Die Autoren sind zwar der Meinung, dass Dark WaverInnen Rassismus und Antisemitismus nicht offen propagieren, aber angesichts der Verquickung mit rechten Ideologien fordern sie eine intensive szeneinterne Auseinandersetzung.

In ihrem Aufsatz RechtsRock vor Ort vergleicht Heike Kleffner die Entwicklung und Strukturen in zwei unterschiedlich geprägten Regionen. Zum einen zeigt sie die Entwicklung der RechtsRock-Szene in dem ländlich geprägten, nördlich von Berlin gelegen Klein Bünzow. Die andere Region ist der Landkreis Lüneburg, in dessen Mitte die stark bürgerlich geprägte Universitäts- und Verwaltungsstadt Lüneburg liegt. Hier gibt es eine aktive und lebendige links-alternative Jugendszene, die auch immer wieder zu Gegenaktivitäten mobilisiert. Während im Stadtgebiet RechtsRock- und Nazi-Szene bislang wenig Fuß fassen konnten, haben sich in den umliegenden Dörfern rechte Kader eingelebt und "sind Teil der Dorfgemeinschaft" (S. 230). Hier gibt es kaum Unterschiede zur Situation im Umkreis des mecklenburgisch-vorpommerischen Klein Bünzows. Kleffner fordert daher intensive Bemühungen für eine nicht-rechte Jugendkultur. Eine Forderung, die sich

sicherlich nicht nur an staatliche Stellen richtet, die finanzielle Mittel für diese Aufgabe bereitstellen müssten. Auch die Linke ist gefordert, mit kulturellen Mitteln verstärkt in den ländlichen Räumen Präsenz zu zeigen und dem RechtsRock eine emanzipatorische Alternative entgegenzustellen.

Ausführlich werden in dem Buch RechtsRock auch Gegenstrategien vorgestellt. In jeweils eigenen Kapiteln werden verschiedene Projekte und Konzepte in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen aufgegriffen. Rolf Schulz betrachtet den Rechtsextremismus als Herausforderung für Schule und Unterricht, Claudia Hauck berichtet über Erfahrungen aus der außerschulischen politischen Bildung; ein ausführliches Interview mit dem HipHop-Projekt Brothers & Sisters Keepers ist ebenso enthalten wie die Auseinandersetzung um Konzepte und Netzwerke für eine Zivilgesellschaft. Auch über gewerkschaftliche Aktivitäten gegen rechts wird berichtet. Wichtig ist, dass das Modell der

akzeptierenden Jugendarbeit mit Skins und Neonazis umfänglich diskutiert wird, ist dieses Instrument doch für viele kommunal Verantwortlichen immer noch die zentrale Antwort auf die Frage, was sie gegen deren - häufig auch tödlichen - Aktivitäten unternehmen.

Für die Herausgeber Dornbusch und Raabe ist klar, dass es die eine, große Gegenstrategie nicht gibt, sondern dass "viele kleine, verschiedene Wege" (S. 318) gegangen werden müssen. Wichtig ist ihnen, den Zusammenhang von Rechtsextremismus und den Diskursen der Mitte, in denen Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen und Flüchtlinge als "Schmarotzer" dargestellt werden, zu zeigen. Denn genau Diskurse der Mitte führen zu immer mehr Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft und diskreditieren soziales Denken. Erfolgreich können Strategien gegen neonazistische Strukturen daher nur sein, wenn sie sich auch gegen den latenten Rassismus und Antisemitismus im Zentrum der Gesellschaft wenden. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass es sich beim RechtsRock nicht (nur) um eine problematische Jugendkultur handelt, sondern um ein gesellschaftliches Problem.

DSe, rock-links.de

Christian Dornbusch, Jan Raabe (Hg): RechtsRock, Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, rat, Unrast Verlag, 24 Euro

41. Rostock nachgelesen. Das Buch "Politische Brandstiftung" bringt nicht viel Neues zum Rostocker Pogrom

Das Buch "Politische Brandstiftung" bringt nicht viel Neues über das Rostocker Pogrom

Autor: Friedrich C. Burschel · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rechtsradikale, Neonazis; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:21

nicht viel Neues über das Rostocker Pogrom

Warum ging 1992 in Rostock das AusländerInnenwohnheim in Flammen auf? Der Untertitel des Buches "Politische Brandstiftung" des Politologen Jochen Schmidt zumindest suggeriert, dass er eine Antwort auf diese Frage liefern würde. Der Autor befand sich in der Pogromnacht des 24. August 1992 als Teil eines ZDF-Kamerateams in dem Wohnheim ehemaliger vietnamesischer DDR-VertragsarbeiterInnen in Rostock.

Damals wurde das sogenannte Sonnenblumenhaus von einem rund 3.000 Köpfe zählenden rassistischen Mob belagert und von Neonazis mit Brandflaschen, Knüppeln und Steinen angegriffen. Schmidt hat die Todesangst der etwa 150 im Wohnheim eingeschlossenen VietnamesInnen miterlebt. Er war Zeuge, wie den VietnamesInnen, die zu den Wohnungen der Deutschen im benachbarten Hausgang flüchteten, weitgehend die Hilfe verweigert wurde. Auch war er dabei, als sich die ohnehin spärlichen Polizeikräfte nahe dem Höhepunkt der Angriffe plötzlich zurückzogen und der rassistischen Meute das Feld vor dem Wohnheim überließen. Die TV-Bilder von aufplatzenden Brandflaschen in einer Wohnung des Aufgangs 19 in der Mecklenburger Allee sind um die Welt gegangen.

Schmidt rekonstruiert minutiös das, was sich vor Ort beim "Aufbranden des Volkszorns" gegen eine als "zuwanderungspolitische Überforderung" verkaufte Situation zutrug; was sich in den beteiligten Polizeidirektionen, was sich auf landes-, ministerial- und auch auf Bundesebene abspielte. Und was zwingend als bewusst in Kauf genommene, wenn nicht mitinszenierte, zumindest aber nicht verhinderte Eskalation rassistischer Stimmung gewertet werden muss. Der Zweck der Übung war es damals, Stimmung gegen AusländerInnen zu machen, um den Druck auf die störrischen SPD- und Grünen-Fraktionen im Deutschen Bundestag zu erhöhen, damit sie nun endlich ihre Zustimmung zur Änderung des Grundgesetz-Artikels 16 gäben, wofür die Regierungskoalition zwei Drittel aller Stimmen benötigte. Die Rechnung ist aufgegangen: Die SPD knickte ein, der Asylparagraf ist nur noch als Karikatur seiner selbst vorhanden.

"Geändert hat sich freilich nichts", stellt Schmidt in seinem Vorwort fest. Geändert hat sich, so möchte man einwenden, aber auch an Schmidts Einschätzung des verlängerten RassistInnen-Wochenendes vom 22. bis 24. August 1992 nichts. Es fragt sich, weshalb der Augenzeuge für seine Aufarbeitung der Geschehnisse genau so lange brauchte wie das Landgericht Schwerin, um drei tatverdächtige Skinheads (von rund 400 AngreiferInnen) abzuurteilen. Schmidts Buch birgt weder neue Enthüllungen, noch sind seine Wertungen erhellend: "Oder diente das vielleicht der Durchsetzung viel höherer Ziele? - Könnte es sein, dass Seiters [damals Bundesinnenminister, Anm.d.Verf.] sich weniger um die Lösung des augenscheinlichen Problems als um etwas anderes bemühen wollte?" (S. 80).

Die Schlüsse, die Schmidt zieht, sind äußerst vage. So lautet eine der Kernaussagen des Buches: "Der Verdacht liegt nahe, dass das konsequente (Nicht-)Handeln der politischen Entscheidungsträger System und einen sehr viel tieferen Sinn hatte, nämlich eine kontrollierte Eskalation in Lichtenhagen herbeizuführen, um mit dem garantierten Entsetzen der Öffentlichkeit Druck auf die SPD-Fraktion im Bundestag auszuüben, einer Änderung des Artikels 16 Grundgesetz nicht länger die Zustimmung zu verweigern. Folgt man dieser These, würde dies bedeuten, dass eine Eskalation in Lichtenhagen im bundespolitischen Interesse lag und der CDU-geführten Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern die Aufgabe zukam, dieses Interesse in die Tat umzusetzen." (S. 181)

Zehn Jahre Recherche - wofür?

Und für diese These hat Schmidt zehn Jahre gebraucht? Zehn Jahre, um die Lebensbedingungen von ausländischen VertragsarbeiterInnen in der DDR zu recherchieren (im übrigen ein wirklich gutes Kapitel)?

Zehn Jahre, um die damals beteiligten BeamtInnen - wie den seither psychisch angeschlagenen und aus dem Dienst geschiedenen Polizeiführer Jürgen Deckert oder den mehr als zwielichtigen verantwortlichen Polizeidirektor Siegfried Kordus zu interviewen? Das Ergebnis ist nicht überzeugend.

Dennoch könnte das Buch doch einen Zweck erfüllen: Die Schilderungen des Tatgeschehens und der ganzen Pannen sind spannend und hervorragend geeignet, jüngeren Politikinteressierten das Geschehen anschaulich zu machen. Und sie das Gruseln zu lehren. Auf dass ihnen die Flausen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ausgetrieben werden, welche jedoch auch Autor Schmidt bisweilen noch im Kopf hat. An einigen Stellen wird es auch schon mal unfreiwillig komisch, wenn Schmidt in dem unerschrockenen Ausländerbeauftragten Rostocks, Wolfgang Richter, seinen persönlichen Helden erkennt: "Einer jener Menschen, die man selten findet, weil unsere Gesellschaft Egoismus als Norm deklariert hat, die zu erfüllen scheinbar erstrebenswert ist. Vielleicht, denke ich, ist das Wir-Gefühl im Osten noch da, so was wie Solidarität, die im Westen schon lange als erledigt gilt; ..." (S. 139). Angesichts von 3.000 RassistInnen vor dem Haus eine reichlich gewagte These zum Wir-Gefühl.

Wie bereits kurz nach dem Pogrom von der Antifa vermeldet, stellt auch Schmidt zehn Jahre später fest, dass Nazigrößen zum Volksfest der Unmenschen angereist waren. Die Namen Althans, Worch, Gerhard Frey und Arnulf Priem fallen. Was aber die Anwesenheit der Nazis zu bedeuten hat, dazu sagt Schmidt nichts; die Genannten tauchen im Folgenden nicht mehr auf.

Das Nachwort zum Buch hat der Marburger Politik-Professor Reinhard Kühnl verfasst. Kühnl spricht von Indizien, von beschädigter Demokratie, und vermag auch mit einem historischen Exkurs zum Thema Volkszorn nicht zu überzeugenden Einschätzungen des Geschehens zu kommen. Mehr noch, er bringt an mehreren Stellen Verständnis für die "deutschen Anwohner" auf, die unter den Bedingungen in und um die AsylbewerberInnenanlaufstelle "schwer zu leiden hatten" (S. 219). So verstärkt das Nachwort den insgesamt negativen Gesamteindruck des Buchs.

Friedrich C. Burschel

Jochen Schmidt: "Politische Brandstiftung. Warum 1992 in Rostock das Asylbewerberheim in Flammen aufging." Edition Ost, Berlin 2002, 220 Seiten, 12,90 Euro. Friedrich C. Burschel ist Mitautor von "Nur ein Toter mehr. Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben", Unrast Verlag, Münster 2001

42. Rote Helfer. Biografien über die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschland

Autor: Dietrich Marquardt · Rubrik: Geschichte; Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:25

Eine vollständige Liste aller 300 Rechtsanwälte (darunter einige wenige Anwältinnen), die in den 20er- und 30er-Jahren für die Rote Hilfe Deutschland tätig waren, zusammen mit den Kurzbiografien dieser Juristen - wer hier an eine stinklangweilige Sache denkt, liegt zum Glück daneben.

Dass die Justiz der Weimarer Republik antidemokratisch und reaktionär war, dass sie dem aufkommenden Faschismus zuarbeitete und dass fast alle Juristen während der NS-Herrschaft das Recht beugten und sich über die Regeln des eigenen Berufs hinwegsetzten, ist kein Geheimnis - nicht zuletzt das Werk Allan Mersons "Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland" hat das dokumentiert. Weniger bekannt ist, dass sich einige Hundert von den insgesamt 20.000 Juristen aktiv dagegen zur Wehr setzten. Diese Juristen versuchten vor allem als Verteidiger der staatlichen Verfolgung der Linken, insbesondere der revolutionären ArbeiterInnen, etwas entgegenzusetzen.

Das Buch "Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschland", das von Erika und Josef Schwarz und Heinz-Jürgen Schneider zusammengestellt wurde, gibt einen geschichtlichen Abriss über die Rote Hilfe Deutschland, die nicht nur nominell eine Massenorganisation war. Sie war KPD-nah, wurde aber durchaus von vielen NichtkommunistInnen als eine aktive Hilfsorganisation genutzt. Die Rechtshilfe der Roten Hilfe wurde von ca. dreihundert RechtsanwältInnen getragen. Überwiegend waren es Parteilose, darunter Liberale, der katholischen Zentrumspartei nahe stehende, Sozialdemokraten und natürlich einige Dutzend Kommunisten. Frauen war das Jurastudium erst nach 1919 möglich, daher finden sich hier nur wenige Biografien von Frauen. Sehr hoch war in der Roten Hilfe Deutschland der Anteil von Anwälten jüdischer Abstammung. Wer von ihnen nicht rechtzeitig und zwar möglichst weit von Deutschland wegkommen konnte, wurde von den Nazis mit besonderem Hass und das hieß bis in den Tod verfolgt.

Es finden sich in diesem Band auch Kurzbiografien über den Anwalt und späteren Politikprofessor Wolfgang Abendroth, der nach 1945 auch einige Jahre in der SPD war, über den zeitweiligen KPD-Vorsitzenden Paul Levi und über Kurt Rosenfeld (SPD-Reichstagsabgeordneter, dann SAP, später KPD). Diese Biografien sind sicherlich an anderer Stelle besser nachzulesen. Dass Hilde Benjamin, die spätere Justizministerin der DDR, als Rechtsanwältin für die Rote Hilfe Deutschland gearbeitet hat, dürfte nicht überraschen. Dass der Vater von Daniel-Cohn Bendit, Erich Cohn-Bendit, mit ihr auf der gleichen staatlichen Verfolgungsliste "wegen kommunistischer Betätigung" stand, schon eher. Über den Lebensweg Erich Cohn-Bendits nach der erzwungenen Emigration nach Frankreich hätten die AutorInnen (wie es in vielen anderen Fällen gelang) wohl etwas mehr herausfinden können. Das Leben des bekannten Anwalts Hans Achim Litten ("Ein Mann, der Hitler in die Enge trieb") endete 1938 im KZ Dachau. Das Leben von Felix Halle, dessen Broschüre "Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen" im Faksimile abgedruckt wird, endete 1938 in Butowo bei Moskau. Wie Hans Litten war auch Halle jüdischer Abstammung; er wurde in einer der Wellen stalinistischer Massenmorde erschossen. (Die Archive in der ehemaligen Sowjetunion und in Polen konnten die AutorInnen aus finanziellen Gründen nicht erschließen.)

Die wenigen Anwälte, die die Verfolgung überlebten und aus der Emigration nach Deutschland zurückkehrten, bekamen allenfalls in der DDR maßgebliche Funktionen, hatten dort aber unter Umständen, wie etwa Dr. Götz Berger, der Robert Havemann verteidigte, erneut mit Berufsverbot zu rechnen.

Dietrich Marquardt

Heinz-Jürgen Schneider/Erika Schwarz/Josef Schwarz: "Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands. Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik - Geschichte und Biografien". Bonn, Pahl-Rugenstein Nachfolger 2002, ca. 360 Seiten, 25 Euro

43. Sie suchen noch ein Geschenk für jemand ganz Besonderes? Dann sind Sie hier richtig: 25.000 Euro für ak!

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak468/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:45

Unter den Weihnachtsbäumen wird dieses Jahr ja angeblich bloß gähnende Leere sein. Die Verbraucherin spart heuer lieber, als Geld auszugeben, heißt es. Das Weihnachtsgeschäft stagniert, den Einzelhandel überfällt Panik. Rabatte wuchern wie Unkraut in den Shoppingmeilen, doch es hilft nicht: Nur Glühwein geht, und Handschuhe. Sonst nix. Die Kundschaft zieht es vor, Geld zu sparen anstatt Geld auszugeben, Rot-Grün verlängert die Ladenöffnungszeiten ein weiteres Mal, die VerkäuferInnen stehen sich in den Läden die Füße platt, die Stundenlöhne sinken - und alles nur, um den politik- und kaufverdrossenen BürgerInnen die letzten Cents aus den Portemonnaies zu ziehen, wovon aber die VerkäuferInnen in aller Regel am wenigsten haben, es sei denn, sie sind zugleich auch BesitzerInnen, doch gerade dann wird es ihnen schwerfallen, mit den Ladenöffnungszeiten der großen Ketten zu konkurrieren; das heißt also kurz und gut...

... dass wir uns nicht weiter in all diese volks- und betriebswirtschaftlichen Desaster verstricken, sondern lieber einen konstruktiven Vorschlag machen wollen, indem wir euch einen dritten Weg zeigen, der über die öden Alternativen Konsumterror oder Sparstrumpf hinausweist: Spendet für ak! Das macht nicht nur Spaß, sondern auch Sinn. Keine Sorge: Euren letzten Cent wollen wir nicht. Aber euren vorletzten oder den vorvorletzten oder einige davor, vielleicht zusammen mit einigen handlichen Euro-Scheinchen, die hätten wir gerne. Sehr gerne sogar! Denn das Besondere an dieser Zeitung ist nun einmal nicht, dass sich ihre RedakteurInnen, AutorInnen, KorrekturleserInnen, LayouterInnen, SupporterInnen und LeserInnen mit Brillies und Diamanten behängen. Ganz im Gegenteil. Nein, das Besondere dieser Zeitung ist, dass sie sich seit Jahrzehnten zu einem Gutteil aus der Unterstützung solidarischer Freunde und Freundinnen finanziert. Und darauf werden wir wahrscheinlich auch in Zukunft, zumindest bis zur Revolution, angewiesen sein.

Und so gehts: Ihr spendet dem Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik. Der wiederum organisiert nicht nur politische Seminare, Veranstaltungen und Rundreisen, sondern er gibt außerdem monatlich die Zeitung, die ihr gerade in der Hand haltet, heraus; außerdem seit diesem Jahr auch noch halbjährlich das Magazin Fantômas. Und dafür braucht er Geld. Doch allein mit dem Verkaufserlös können Produktion, Miete, Telefon und die bescheidenen Löhne nicht bezahlt werden. Der für ak überlebensnotwendige Rest kommt aus Spenden. Ohne die ist im wahrsten Sinne des Wortes Ladenschluss, und zwar ganz bald.

Das heißt: Wenn es auch im nächsten Jahr ak geben soll, dann brauchen wir, braucht der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik Geld. Und zwar ziemlich genau 25.000 Euro. Jeder, auch der kleinste Betrag hilft uns weiter. Und jeder Betrag ist steuerlich absetzbar. Einige von euch haben schon gespendet. 6.601,50 Euro sind bei uns bereits angelandet. Vielen Dank dafür!

Was wir euch dafür bieten: unser Engagement für Zeitung und Verein. Monatliche 36 Seiten mit kritischer linker Berichterstattung; eine Einmischung in aktuelle linke Debatten und Bewegungen, die sich nicht in Linienkämpfen ergibt und auch jenseits kurzlebiger Moden über die jeweiligen Szene-Tellerränder guckt, manchmal sogar ein bisschen Humor und mit unserem neuen Layout jetzt und in Zukunft ein auch optisch immer ansprechenderes Blatt. Und außerdem, zweimal pro Jahr, Fantômas im Magazinformat.

Über die Jahrzehnte hinweg habt ihr ak mit eurer Hilfe nicht nur unterstützt, sondern ermöglicht. Das wissen wir sehr zu schätzen. Gerade, weil wir eben auch wissen, dass die Zeiten nicht einfacher geworden sind. Das allgemeine Sparen hat schon seinen Grund. Für viele ist die ökonomische Situation in diesem Jahr nicht besser geworden, und beim derzeitigen Sozialabbau sind die Zukunftsaussichten auch nicht gerade rosig. Trotzdem: Wir glauben nicht, dass ihr jetzt ausgerechnet die Jahresendzeitspende für ak auf den Index setzt. Spart lieber bei vergänglichem Klunker. Denn ak ist - eure Solidarität vorausgesetzt - viel besser als ein Diamant: wenn auch in ihrem Wesen nicht unbedingt unvergänglich, so doch zumindest äußerst zäh. Und hochkarätig sowieso. Bestimmt aber: viel interessanter.

Eure ak-Redaktion

Verein für politische Bildung,

Analyse und Kritik

Kto. 13150-204

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20

44. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak468/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:16

Erinnerungskulturen

im Dialog

Der Sammelband "Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit", herausgegeben von Claudia Lenz, Jens Schmidt und Oliver von Wrochem, behandelt im ersten Teil die unterschiedlichen Entwicklungslinien, die die Erinnerungskulturen in Ländern wie Dänemark, Norwegen, Polen und Frankreich nach 1945 genommen haben. Dabei untersuchen die AutorInnen die jeweiligen Mythenbildungen, die in ihnen enthaltenen Vorstellungen nationaler Werte und Identität sowie ihre Diskussion und kritische Reflexion in Wissenschaft und öffentlich-politischen Debatten. Erinnerungskulturen spiegeln gesellschaftliche Verhältnisse, Auseinandersetzungen und Problemlagen wider. Hier setzt der zweite, auf Deutschland bezogene Zugang des Bandes an: Wie kann in einer gesellschaftspolitischen Situation, in der die deutsche Gesellschaft gleichzeitig massive sozio-ökonomische Umbrüche und deutliche revisionistische Tendenzen erlebt, die Erinnerung an den Nationalsozialismus zur Stärkung der Zivilgesellschaft und einer demokratischen politischen Kultur beitragen? Bernd Faulenbach und Annegret Ehmann setzen sich für eine europäische Erinnerungskultur ein, die mit einer "Pädagogik der Menschenrechte" verknüpft wird. Ülfet Talu und Wolfgang Meseth zeigen auf, wie die national orientierte Erinnerung an den Nationalsozialismus als Bezugsrahmen der Mehrheitsgesellschaft dazu beiträgt, Minderheiten, insbesondere MigrantInnen, auszuschließen, und plädieren für offenere Formen des Gedenkens. Astrid Messerschmidt sucht nach Möglichkeiten einer Erinnerung jenseits nationaler Identitätsstiftung; sie beschreibt geschlechtsspezifische Gedenkzeichen und zeigt damit Wege auf, wie der Umgang mit der Vergangenheit zu einer Kritik hierarchischer Geschlechterordnungen beitragen kann. Regina Scheer untersucht die Instrumentalisierung von Denkmälern für vergangenheitspolitische Zwecke am Beispiel der Umwidmung von Gedenkorten in Brandenburg. Im dritten Abschnitt werden erinnerungskulturelle Praktiken vorgestellt. Bezugspunkt sind hierbei in erster Linie die schulische und außerschulische Bildungsarbeit, Gedenkstätten- und Museumspädagogik. Illustriert wird der Band durch beeindruckende Bilder der Hamburger Fotografin Gesa Becher von den Gedenkorten "KZ-Gedenkstätte Neuengamme" und "Marineehrenmal Laboe".

Claudia Lenz/Jens Schmidt/Oliver von Wrochem (Hg.): Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit, reihe antifaschistischer texte, UNRAST Verlag, Hamburg 2002 (ISBN 3-89771-811-1) 20 EUR

Autobiografie eines polnischen Juden

Michael Moshe Checinski, geboren 1924 in Lodz, erzählt in "Die Uhr meines Vaters" von seiner Jugend in Polen, vom Widerstand im Ghetto und der Deportation. Nach der Befeiung in Auschwitz kämpft er mit der Roten Armee gegen die Deutschen. Im zweiten Teil seiner Erinnerungen "Der traurige Frühling" berichtet Checinski von seiner Rückkehr nach Lodz. Bald muss er erkennen, dass er der einzige Überlebende seiner Familie ist. Einige Freunde aus dem Ghettowiderstand, die er wiedersieht, verleugnen bereits ihre jüdische Abstammung. Checinski träumt von einem neuen Polen, frei von Antisemitismus und Rassismus. Dafür setzt er sich als überzeugter Kommunist ein. Innerhalb des Parteiapparates macht er schnell Karriere. Er wird Mitglied des militärischen Geheimdienstes und doziert an der polnischen Militärakademie. Checinski hinterfragt seinen Aufstieg kaum, die Bespitzelungen hält er für notwendig. Anfang 1953 steht er plötzlich selbst im Mittelpunkt von Verdächtigungen: "Ich verstand einfach nicht, wie man einen gläubigen Kommunisten wie mich, einen Mann mit meiner Vergangenheit, als Spion verdächtigen konnte. Ebenso unbegreiflich erschien mir, warum das Singen revolutionärer jüdischer Lieder, die uns geholfen haben, die Ghettohölle zu überstehen, Verdacht erregen, ja als Verbrechen gelten konnte ... Die Überzeugung, Teil der Avantgarde zu sein, die für eine bessere Welt kämpfte, hatte einen Knacks bekommen." Checinski erlebt den Tod Stalins, den Moskauer Ärzteprozess, das politische Tauwetter nach 1956. Gerade in dieser Zeit erstarkt der Antisemitismus, spürbar nicht nur im Parteiapparat. So müssen sich Checinskis Töchter in der Schule gegen antisemitische Beleidigungen verteidigen. 1969 wandert er mit seiner Familie nach Israel aus. Der Integrationsprozess verläuft zwar nicht problemlos, letztlich findet Checinski als Akademiker und Militärexperte seinen Platz. Auffällig an seinem Lebensbericht ist die unkritische Haltung, mit der er zunächst lange Zeit dem polnischen

Realsozialismus gegenübersteht. Ebenso wenig hinterfragt er z.B. den Sechs-Tage-Krieg von 1967 oder die Ideologie "Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land". Nicht nur deswegen, auch wegen seiner treffenden Beschreibungen wäre eine Fortsetzung seiner Autobiografie interessant - derzeit lebt Checinski in Israel und in Garmisch-Partenkirchen.

Michael Moshe Checinski: Der traurige Frühling, Eichborn, 2002, 22 EUR

Intellektuelle

gegen Berlusconi

Fast neun Jahre nach Silvio Berlusconis überraschendem Einstieg in die Politik ist das mit seinem Namen verbundene "Phänomen" immer noch nicht hinreichend erklärt. Um diesem Mangel abzuhelfen, hat Friederike Hausmann, Autorin lesenswerter Bücher über die italienische Geschichte, ein Buch herausgegeben mit dem Titel "Berlusconis Italien - Italien gegen Berlusconi". In ihrem eigenen Einleitungsbeitrag mit dem passenden Titel "Italien: der ganz normale Sonderfall" rekapituliert sie die Entwicklung, die Berlusconis Wahlsieg 1994 und sein Comeback sieben Jahre später möglich gemacht hat. Dieser Aufsatz leitet über zu einer Sammlung von Diskussionsbeiträgen namhafter Intellektueller, von denen Umberto Eco, Adriano Sofri, Antonio Tabucchi und Nanni Moretti die im deutschsprachigen Raum bekanntesten sein dürften. Dass ihre Artikel vor dem 13. Mai 2001, dem Tag des rechten Wahlsiegs, entstanden sind, ist kein allzu großer Mangel. Adriano Sofri zeigt, dass Berlusconis mitunter wahnhaft anmutende Tiraden gegen angebliche "Kommunisten" einem durchaus rationalen Kalkül entspringen. Sie sollen die christdemokratisch geprägte Wählerschaft gegen die drohende Gefahr mobilisieren: ",Kommunisten` reißen die Türen auf und lassen die klandestinen Immigranten herein, sie beschützen die Kriminellen, fordern, dass der Staat sie mit Drogen versorgt und die Ehe für Homosexuelle. Und außerdem bekämpfen sie das Schöne: die Privatinitiative, den Wunsch reich zu sein, nicht von Steuern zerschmettert zu werden." Sofris Aufruf an die Linke hat nichts genützt: "In einer gefährlichen Situation kann man dem Extremismus nicht beschwichtigend entgegentreten. So verliert man. Man muss wenigstens eine Beleidigung finden, die den ‚Kommunisten` gleichkommt." Eine überzeugende Idee gibt es dafür bis heute nicht. Zu weiteren Highlights des Buches gehören fünf kurze Märchen des Krimi-Autors Andrea Camilleri, jeweils mit Berlusconi in der Hauptrolle, und eine Sammlung von Aussprüchen Berlusconis über sich. Kostprobe: "Was das Soziale angeht, bin ich links. Was das Wirtschaftliche angeht, bin ich in der Mitte. Und was meinen Stolz angeht, so bin ich Italiener" oder: "Auf der Weltbühne der Öffentlichkeit gibt es niemanden, der einen Vergleich mit mir wagen könnte".

Friederike Hausmann (Hg.):Berlusconis Italien - Italien gegen Berlusconi, Wagenbachs Taschenbuch 450, 186 Seiten, 11,90 EUR

45. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak468/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:35

Die Regierung stürzen

Seit dem 4.11. finden in Hamburg immer wieder Demonstrationen gegen die Räumung des Bauwagenplatzes Bambule statt. Mittlerweile richtet sich der Protest nicht nur gegen die Vertreibung der Bambule, sondern gegen die soziale Ausgrenzung all derer, die nicht der Norm von Recht und Ordnung entsprechen. Am 21.12. findet unter dem Motto "Gegen Rechtspopulismus, Ausgrenzung und Vertreibung! Den Widerstand in die City tragen ... Die Regierung stürzen!" eine bundesweite Demonstration statt. Neben der Solidarität mit der Bambule geht es u.a. darum, gegen Sozialabbau, Studiengebühren, die rassistischen Brechmitteleinsätze und die Law-and-order-Politik des Hamburger Mitte-Rechts-Senats zu protestieren. Und -auch wenn der Rechtspopulist nur die Spitze des Eisberges bildet - ist das Ziel klar: Schill muss weg.

Hamburg, 21.12.02, 12 Uhr, Treffpunkt S-/U-Bahnhof Sternschanze; aktuelle Infos auf Radio FSK auf 93.0 Mhz oder unter www.nadir.org

africa apart

Die Ausstellung "africa apart" zeigt die Positionen sowohl lebender als auch verstorbener afrikanischer KünstlerInnen zum Thema Aids. In der "Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst" in Berlin werden vom 14.12.02 bis zum 9.2.03 sowohl Skulpturen, Malereien, Ton- und Videoinstallationen als auch Fotografien zu sehen sein. Schwerpunktmäßig werden in der Ausstellung künstlerische Arbeiten gezeigt, die auf soziale Brennpunkte aufmerksam machen. Aids ist in vielen afrikanischen Ländern und Regionen, trotz hoher Infektions- und Todesraten ein Tabu. Ausstellende KünstlerInnen sind u.a. Akinbode Akinbiyi (Nigeria/Berlin), Blaise Bang (Kamerun), Jane Alexander (Südafrika), Gail Iris Neke (Südafrika) und Pascale Marthine Tayou (Kamerun/Belgien). Neben der Ausstellung gibt es eine umfangreiche Biblio- und Mediathek, in der sich die BesucherInnen über die afrikanische Kunst und den Kontinent informieren können.

Berlin, 14.12.02 bis 9.2.02,

täglich 12 bis 18 Uhr, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, www.ngbk.de,

Tel.: 030/615 30 31

Jugendumwelt-

Kongress

"Ein typischer JUKss-Tag beginnt mit einem veganen Frühstück, danach stehen Arbeitskreise zur freien Auswahl, gefolgt vom Mittagessen, Bezugs- und Arbeitsgruppentreffen, einer weiteren Ak-Phase und dem Abendessen ...", heißt es in der Veranstaltungsankündigung zum 10. JugendUmweltKongress (kurz: JUKss), der vom 28.12.02 bis zum 4.1.03 in Hamburg stattfindet. Auf dem Kongress treffen sich zwischen 500 und 1000 junge Menschen, um über Themen wie Gentechnik, Energiepolitik, Globalisierung und Gender zu diskutieren. In Hamburg wird es auch Veranstaltungen zum "Symptom Schill und dem Rechtsruck in Europa" sowie einen Themenstrang zu "Utopie" geben.

Hamburg, 28.12.02 bis 4.1.03, Informationen bei der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit, ReferenInnenRat HU Berlin, Unter den Linden 6, Tel.: 030/2093 1749, Fax: 030/20931743 oder unter

www.jukss.de

Irak-Krieg

"Deutschland beteiligt sich nicht am Krieg gegen den Irak" hieß es noch vollmundig im Wahlkampf. Diese angebliche Antikriegsposition der SPD dürfte sicherlich mit zu ihrem Wahlsieg beigetragen haben. Nun, nach der Wahl, sieht alles ganz anders aus: So teilte Gerhard Schröder beim NATO-Gipfel in Prag offiziell mit, dass die deutsche Regierung Überflugrechte und Nutzung der militärischen Infrastruktur genehmigen will. So viel ist gewiss: Deutschland wird seinen "deutschen Weg" (Schröder) in den Krieg gehen. Und der Krieg steht kurz bevor, will die USA doch schon in Kürze 100.000 bis 150.000 Soldaten in der Türkei stationieren. Die Radikale

Linke in Köln lädt ein zu einer Informationsveranstaltung zum drohenden Krieg gegen den Irak. Referieren werden ein Vertreter der Informationsstelle Militarisierung (IMI) und des irakischen Friedensbündnisses.

Köln, 8.1.03, 20 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, Nähe Ebertplatz

Anti-Kriegs-

Kongress

Vom 10. bis zum 12. Januar findet in München ein Anti-Kriegs-Kongress unter dem Motto "Antikapitalismus globalisieren gegen die NATO-Kriegspolitik" statt. Dort wird es sechs Foren geben: Forum 1: Kriegspolitik der Nato-Staaten und Globalisierung; Forum 2: Militarisierung in Deutschland; Forum 3: Der Krieg gegen Flüchtlinge; Forum 4: Militarisierung und Patriarchat; Forum 5: Nahostkonflikt; Forum 6: Krieg und Medienbilder. VeranstalterInnen sind Michael Wendl von ver.di, die ver.di-Jugend, das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit, der Bayerische Flüchtlingsrat und das Münchener Bündnis gegen Rassismus.

München, 10. bis 12.1.03, DGB-Haus, Schwanthaler Str. 64, 80336 München, Infos unter www.no-nato.de; Anmeldung unter: 089/4422 9758 oder anti-kriegs-kongress@gmx.de

Holiday Camp

Ostern 2002, nach monatelangen Kämpfen, Hungerstreiks und Aufständen, gelingt es 53 Flüchtlingen aus dem Woomera detention center auszubrechen. Zu diesem Ereignis wurden von dem australisch-deutschen Filmteam "drive-by shooting" 20 Stunden Filmmaterial gesammelt, das sie zu einer erschütternden Dokumentation verarbeitet haben. Die Bilder der Flucht stehen im Mittelpunkt des Films, daneben kommen Flüchtlinge, PolitikerInnen, SoziologInnen und Antira-AktivistInnen zu Wort.

Leipzig, 15.1.03, 22 Uhr, LIWI, Stockartstr. 11

Linke Literatur

Mittlerweile hat die "Linke Literaturmesse" in Nürnberg im K4 (Ex-Komm), veranstaltet von "Metroproletan Archiv" und "Literaturladen Libresso", schon eine gute Tradition entwickelt. Schon im siebten Jahr präsentieren linke Buch- und Zeitschriftenverlage rund 2000 BesucherInnen ihr Programm. Auch dieses Mal lesen und diskutieren AutorInnen mit, es stellt u.a. Heinrich Hannover sein Buch "Republik vor Gericht" vor, F.M. Balzer liest aus "Blick in den Abgrund Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte", Vera Hemm präsentiert "Im Zeichen der roten Nelke" und Josef Schwarz stellt das Buch "Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands" vor.

Nürnberg, 24. bis 26.1.03, K4 (Ex-Komm), Königsstr. 93, Nähere Infos unter 0911/225036 oder unter Gostenhof@web.de

46. Quelldatei auf468.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak468/auf468.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:468:auf468

Während die christlichen Prediger ihre bewährten Textbausteine zu den immer gleichen Weihnachtsbotschaften von "Nächstenliebe" und "Frieden auf Erden" zusammenfügen, bereiten die den "christlichen Werten" verpflichteten Mächtigen der westlichen Welt zielstrebig den Krieg gegen den Irak vor. Vermutlich schon in wenigen Wochen soll der Feldzug beginnen. Dessen Ziel ist, anders als 1991, der Sturz des Saddam-Regimes und die Einsetzung einer den imperialistischen Interessen aufgeschlosseneren Regierung.

Das wird ohne die Eroberung Bagdads und eine dauerhafte Besetzung des ganzen Landes nicht möglich sein - und Opfer in einer Zahl mit sich bringen, die jene des ersten Irak-Kriegs (mindestens 150.000 Tote) um ein Mehrfaches übersteigen wird. Und das auch, wenn der in US-Regierungskreisen offen erwogene Einsatz von Atomwaffen gegen "Schurkenstaaten" in diesem Fall verworfen werden sollte.

Protest und Widerstand gegen diese wahnwitzigen Pläne regen sich nicht nur in Europa, wo die mehr als 500.000 DemonstrantInnen von Florenz ein deutliches Zeichen gesetzt haben. Auch in den USA formiert sich eine unerwartet breite Friedensbewegung: In Washington, San Francisco und zahlreichen kleineren Städten demonstrierten Ende Oktober Hunderttausende gegen die Kriegspläne der Bush-Regierung, beflügelt durch den Slogan "Regime change begins at home". Auch innerhalb der US-Gesamtbevölkerung wächst die Ablehnung eines Angriffs, der unabsehbare Folgen nicht nur für den Nahen und Mittleren Osten mit sich bringen würde. Während selbst CIA-Chef George Tenet vom Irak keine unmittelbare Gefahr ausgehen sieht, arbeiten die maßgeblichen Strategen mit aller Macht auf eine Eskalation hin.

Zur selben Zeit führen Teile der deutschen Linken eine geradezu aberwitzige Debatte über Vor- und Nachteile des bevorstehenden Krieges. So hat sich die Berliner Wochenzeitung Jungle World darauf spezialisiert, antimilitaristische Linke als Handlanger Saddams und Bin Ladens zu denunzieren. Auch das nach dem 11. September 2001 von den Jungle-KämpferInnen angestimmte Loblied auf den "zivilisatorischen Vorsprung" des westlichen Kapitalismus wird um neue Strophen ergänzt. Besonderen Schutz gegen "antiamerikanische" Kritik erfahren die USA, das "Symbol der kapitalistischen Modernisierung" schlechthin. "WoÆs eine solche Linke gibt, brauchtÆs keine Rechte mehr", schreibt Robert Kurz über den "Scheindiskurs", den die Jungle-World-Redaktion zum Thema "War and Peace" veranstaltet. Den LeserInnen der Zeitung blieb diese Kritik ebenso vorenthalten wie das ähnlich argumentierende Schreiben, mit dem unser Autor Bernhard Schmid seine langjährige Mitarbeit in der Jungle World für beendet erklärte.

In der Redaktion der wichtigsten Zeitung des antideutschen Lagers, konkret, sorgte derweil der Herausgeber für klare Verhältnisse: Er feuerte seinen Politikredakteur Jürgen Elsässer, der deutlich gegen den drohenden "Präventivkrieg" und den "faktenresistenten Meinungsterror" der US-Propaganda Stellung bezogen hatte. Nach seinem Rauswurf polemisierte Elsässer in der Berliner Tageszeitung junge Welt gegen seine bisherigen antideutschen Weggefährten: "Mitmacher sindÆs. Einheizer, Antreiber - Lumpenintelligentsia eben, Fishermen." Späte Einsichten! Der antideutsche Blickwinkel kann nur zu schlimmen Verzerrungen der Wirklichkeit führen: Da wird Saddam zum "Wiedergän-

ger Hitlers", der palästinensische Selbstmordattentäter zum verkleideten "SS-Mann" und der "islamische Faschismus" zur Fortsetzung des Nazismus, der die von den Deutschen begonnene Ausrottung der Juden vollenden würde, wenn man ihm nicht mit allen Mitteln entgegenträte.

Bei allem zur Schau gestellten Radikalismus finden sich die Antideutschen damit an der Seite der CDU/CSU wieder: Gemeinsam kritisiert man den "Antiamerikanismus" und die "Nachlässigkeit" der rot-grünen Regierung im weltweiten Anti-Terror-Kampf - und das in einer Situation, in der Schröder und Fischer längst auf die Unterstützung der USA auch im Krieg gegen den Irak umgeschwenkt sind. Anti-Deutschtum und Internationalismus schließen sich gegenseitig aus. Die antimilitaristische Mobilisierung wird nur ohne und gegen die Antideutschen möglich sein.

Seite 4-10